Archiv der Gossner Mission

im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin



Signatur

Gossner_G 1_1872

Aktenzeichen

ohne

Titel

Grundstücke und Gebäude in Mainz-Kastel, Eleonorenstraße 64 und General-Mudra-Straße 1-3

Band

Laufzeit

1949 - 1958

Enthält

u.a. Brandversicherung; Grundstücksverkauf; Mietverträge; Grundstückskaufvertrag; Hypothek und Unterlagen zum Jugendwohnheim in der General-Mudra-Straße 1-3; 18 Bauzeichnungen zum Objekt; Flurkarte; Wohnflächenberechnung; Lageplan

Digitalisiert/Verfilmt

2009

von Mikro-Univers GmbH



Hessische Brandversicherungsanstalt Darmstadt



Brandversicherungs-Urkunde

Die Gebäude in der Hofreite zu Mainz - Kastel,

(15) General-Mudra-Straße Nr. 1-3

Gebäudeeigentümer: Gossner Mission

sind mit Wirkung vom 19. Juni 1956

gemäß umstehender Darstellung mit

einem Versicherungskapital nach Baupreisen von 1914*) von zusammen

193.100,-- DM

in Worten: - Einhundertdreiundneunzigtausendeinhundert D- Mark

gegen die in Artikel 2 Absatz 1 des Hessischen Brandversicherungsgesetzes aufgeführten Schadensereignisse**) versichert.

Darmstadt, den 23. August 1956

Hessische Brandversicherungskammer

) Im Schadensfalle wird die Überteuerung zur Zeit des Wiederaufbaues gegenüber 1914 durch einen entsprechenden Teuerungszuschlag ausgeglichen
**) Brand, Biltzschlag, Explosion, Schäden durch Löscharbeiten und durch Luftfahrzeugabsturz.

Flur-Nr	16 29 1/10 Wah	rungsbeschluß-Nr. 40	/195
Nr. Lit.	Der Gebäude Bezeichnung nach dem neuesten Stand	Beginn der Versicherung bzw. Zeit der Änderung	Jetziges Versicherungs- kapital
1	2	3	DA
			4
1-3	Wohnhaus, 2 St. mit Kniest.	19.6.56	130 800
а	Studentenheim, 1 St.	п	13 800
b	Missionshaus, 2 St.	II .	47 000
c	Autohalle	11	1 500
	Neue Summen		193 100
	Bisherige Summen		78 000
ossn		ngskapital-Gesamtabgang	
700011		Gocambrugges	115 100

Mission

-Gesamtzugang

115 100

Gemarkung Kastel

Abzeichnung der Flurkarte

Gemeindebezirk Wiesbaden

Liegenschaftsbuch Nr. 1577

Grundbuch-Band 47 Blatt 2177

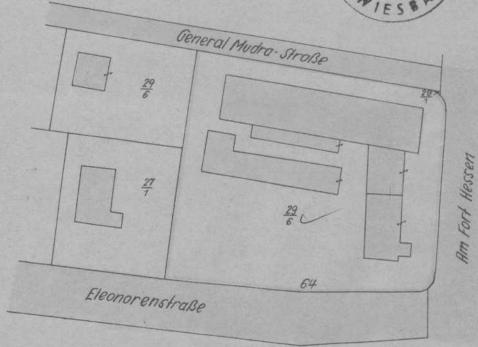
Der alte Bestand ist in schwarzer, der neue Bestand in roter Farbe eingetragen

Flur (Flurkarte) 1 a

Ungef. Maßstab 1: 1000

Ausgefertigt Wiesbaden , den 8 Juni 1955





Flurstück 29 = Goßnersche Missionsgesellschaft Berlin-Friedenau

Vervielfälligung verboten

4 DM 50 Pf. bezahlt. Geb. B. Nr. 1/458

Gebührenfrei gem.

*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

den 14. 12. An die Hessische Landesbank 2177

Das Amtsgericht

Es wird gebeten, bei allen Eingaben die

Geschäftsnummer

33 - K a SB

2177 Bl. Nr.

anzugeben.

Auf dem Grundbuchblatte de

belegenen, de r Gosener'schen Missionsgesellschaft in Berlin - Friedenau

Wiesbaden

Girozentrale -

Frankfurt/Main

gehörenden, im Grundbuche von

Kastel

Band

Blatt Nr.

eingetragenen Grundstück e 1fd. Br. 1 und 2

ist folgendes eingetragen worden:

Abteilung, Spalte Dritte -

Nr. 6 3 50.000.-DM - Funfzigtausend Deutsche Mark Darlehen der Deutschen Pfancbriefanstalt Wiesbaden mit 3 1/4 vom Hundert unter Umständen 3 3/4 vom Hundert Zinsen jährlich und bis gu 2 vom Hundert einmaliger Nebenleistung, sofort vollstreckbar gegen den jeweiligen Grundstücks-eigentümer, bezugnehmend auf die Bewilligung vom 7. Desember 1956 unter Ausnutzung des Rangvorbehalts im Rang vor der Post 1fd.Nr,5 eingetragen am 13.Desember 1956.

Daselbst Spalte Veränderungen :

Mr.5 : 34600.-DM Der verbehaltene Vorrang ist der Fost 1fd. Mr. 6 eingeräumt. Eingetregen am 13.Denember 1956.

Lfd. Nr. 1: 35109.-DM-Löschingsvormerkung nach § 1179 BGB zu 2 : 15000.-DM-Gunsten der Gläubigerin der Post 82 3 : 90000.-DMlfd. Nr.6 genäß Bewilligung vom 4 : 49000.-DH-7. Desember 1956 eingetragen am 6 : 50000.-DM-13. Dezember 1956.

G. S. Nr. 35. Allgemeiner Vordruck für Bekanntmachungen in Grundbuchsachen.

Vordrucklager Carl Ritter & Co., Frankfurt (Main)

Justizandestellte.

56iesbaden Das Amtsgericht !!. 22. Februar 19 56. , den Es wird gebeten, An die Bundesanstalt für Arbeitsverm. bei allen Eingaben die u.Arbeitslosenversicherung in Nürnberg. Geschäftsnummer z.Hd. Hessischen Landesbank-Girozentr.-Frankfurt/Main 33 - Kastel Bl. Nr. 2177 Darl. 413/668 AJ 5/35/45775 anzugeben. Auf dem Grundbuchblatte des in Kastel belegenen, de r Gossner'schen Missionsgesellschaft in Berlin - Friedenau gehörenden, im Grundbuche von Blatt Nr. Band eingetragenen Grundstück s 1fd. Nr.1 ist folgendes eingetragen worden: Britte -Abteilung, Spalte Nr. 1: 35109。- D版 -2 : 15000 .- DM 17 3 : 90000 .- DM 77 49000。- Dii -34600 .- DM -Der Eigentümer ist zur Löschung der Grundpfandrechte Abt. III Nr. 1,2,3,4,5 verpflichtet, wenn und soweit sie sich mit dem Eigentum in einer

Der Eigentümer ist zur Löschung der Grundpfandrechte Abt. III Nr. 1,2,3,4,5 verpflichtet, wenn
und soweit sie sich mit dem Eigentum in einer
Person vereinigen oder bereits vereinigt haben
oder eine Forderung gem. § 1163 Abs. 1 S.1 BGB ganz
oder teilweise nicht zur Entstehung gekommen ist.
Vorgemerkt für den Gläubiger der Post Abt. III
Nr.5 am 22. Fe bruar 1956.

Auf Anordnung: Justizangestellte.

G. S. Nr. 35. Allgemeiner Vordruck für Bekanntmachungen in Grundbuchsachen.

Vordrucklager Carl Ritter & Co., Frankfurt (Main)



of dem Grundbuchblatte de

Das Amtsgericht

Es wird gebeten, bei allen Eingaben die

Geschäftsnummer

anzugeben.

Wiesbaden

13. Oktobens 55.

An die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung undArbeitslosenversicherung

inNürnberg als Gläubigerin der Post III/ 3 v. 90.000.-DM

Kastel

belegenen, de r Gossner'schen Missionsgesellschaft in Berlin - Friedenau

gin

gehörenden, im Grundbuche von

Kastel

Blatt Nr. Band 2177

eingetragenen Grundstück s lfd.Nr.1

ist folgendes eingetragen worden:

Dritte -Abteilung, Spalte 5-7

Nr. 90.000.- DM - Der Post Nr. 3 ist der Rang vor der Post Nr.1 eingeräumt. 35.109.- DM -Eingetragen am 8. Oktober 1955.

Bundesanstall für Arbeitsvermilllung und Arbeitskosonversicherung

> Der Präsident Gesch. Z .: IIIb 1-

Urschriftlich - mit - Anlagen dem Herrn Präsidenten

oltenen des Landesarbeitsamtes

transfirst My übersandt mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung / zum dortigen Verbleib.

> Im Auftrag harry

G. S. Nr. 35. Allgemeiner Vordruck für Bekanntmachungen in Grundbuchsachen.

Vordrucklager Carl Ritter & Co., Frankfurt (Main)

Nürnberg, den 40. 10

Landesarkeit 🕳 t Hessen Frankfurt a. M.

2 0, 0 KT, 1955

Das Amtsgericht den Juni Wiesbaden Es wird gebeten, bei allen Eingaben die An das Geschäftsnummer Landesarbeitsamt Hessen 33 - Kaste 2177 in Frankfurt /Main zu: Darl. 413/668 Bl. Nr. AJ 5/35/45775 anzugeben. z.Hd.d.Hessischen Landesbank-Girozentrale - Frankfurt/Main. in Kastel Auf dem Grundbuchblatte des belegenen, der Gossner'schen Missionsgesellschaft in Berlin - Friedenau gehörenden, im Grundbuche von Blatt Nr. 2177 Band Kastel eingetragenen Grundstück S 1fd. Nr.1

ist folgendes eingetragen worden:

Dritte - Abteilung, Spalte 5 - 7

Nr. 3: 90.000.- DM - Der Post Nr. 3 ist der Rang vor dem Recht Abt.II Nr.1 eingeräumt.
Eingetragen am 13.J u n i 1955.

Nr. 2: 15.000.- DM - Der Post Nr. 3 ist der gleiche Rang mit der Post Nr. Nr. 3: 90.000.- DM - 2 eingeräumt.

Eingetragen am 13. Juni 1955.

Mr. 3: 90.000.-DM - Löschungsvormerkung gem. § 1179 BGB zu Gunsten der Stadt Mainz als Gläubigerin der Post Abt.III Nr.1 und als Berechtigte des Rechts Abt.II Nr.1 eingetragen am 13.J u n i 1955.

Z we i t e Abteilung : Spalte 4 - 5

Nr. 1: Der Post Abt.III Nr.3 ist der Vorrang eingeräumt. Eingetragen am 13. Juni 1955.

> Auf Anordnung: Justizangestellte.

G. S. Nr. 35. Allgemeiner Vordruck für Bekanntmachungen in Grundbuchsachen.

Gossner

Das Amtsgericht

Wiesbaden

Es wird gebeten, bei allen Eingaben die

Geschäftsnummer

33 - Kastel

2187 Bl. Nr.

anzugeben.

Kastel Auf dem Grundbuchblatte de S

belegenen, der Gossner'schen Missionsgesellschaft in Berlin - Friedenau

gehörenden, im Grundbuche von

Kastel

Band 47 Blatt Nr. 2177

eingetragenen Grundstück S lfd.Nr. 1

ist folgendes eingetragen worden:

Dritte - Abteilung, Spalte

90.000 - DM - Neunzigtausend Deutsche Mark Buchhypothek für ein Darlehen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg. Das Darlehen ist mit 2 vom Hundert unter Umständen bis zu 7 vom Hundert jährlich zu verzinsen und mit 4 vom Hundert jährlich zuzüglich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen zu tilgen. Ausserdem ist jährlich ein Verwaltungskostenbeitrag von o.25 v.H. zu zahlen. Der jeweilige Eigentümer ist der sofortigen Zwangsvollstreckung unterworden. Im übrigen wird Bezug genommen auf die Eintragungsbewilligung vom 17. Februar 1955. Eingetragen am 23. Februar 1955.

Daselbst Spalte 5 -7:

Nr.1: 35.109.- DM -) Nr.2: 15.000.- DM -Nr.3: 90.000.- DM -

Der Eigentümer ist zur Löschung der Grundpfandrechte Abt.III Nr.1,2,3, verpflichtet, wenn u. soweit sie sich mit dem Eigentum in einer Berson vereinigen oder bereits vereinigt haben, oder eine Forderung gem. § 1163 Abs. 1S.1 BGB ganz oder teilweise nicht zur Entstehung gekommen ist. Vorgemerkt für den Gläubiger der Post Abt. III Nr. 3 am 23. Februar 1955.

G. S. Nr. 35. Allgemeiner Vordruck für Bekanntmachungen in Grundbuchsachen.

Vordrucklager Carl Ritter & Co., Frankfurt (Main)

Zweite Abteilung-



Z we i te Abteilung - Spalte 1 - 3

Nr. 2 - auf Grundstück lfd.Nr.l: Der Eigentümer darf in das auf dem Grundstück zu errichtende Jugendwohnheim ausser dem er - forderlichen Aufsichts - und sonstigem Personal nur a) Lehrlinge, b) Arbeitnehmer und Umschüler, c) in Ausnahmefällen Teilnehmer an berufsfördennden Maßnahmen aufnehmen, die in der Regel nicht älter als 21 Jahre sein sollen. Bezugnehmend auf die Bewilligung vom 17.Februar 1955 eingetragen am 23. F e b r u a r 1955.

Justizangestevite.

Registratur
Eing. 28. FEB. 1055

Auf Anordnung:

Justizangestevite.

Fundesanstalt

f. Arb. Verm. u. Arbl. Va.

Fing. 26. EEB. 1955 Vr.

An die

Bundesandtalt für Arbeitsvermittlung u.Arbeitslosenversicherung in Nürnberg.

mit beglaubigt. Grundbuchblattabschrift .

zu: AJ 5/35/45775



Hessische Landesbank

— Girozentrale —
Frankfurt am Main

Bescheinigung über Abtretung von Straßenland, Straßenausbau und Straßenanliegerbeiträge

Bauherr: Mainz-Kastel	
Bauträger: Eleonorenstraße 64	A A A
Bauvorhaben in Kuskel	EZevuvvan str. 64
Flurstück (Parzelle Nr. 2/3, 3, and dem das ob	en bezeichnete Bauvorhaben errichtet wird, an einer öffentlichen Abtretung von Straßenland, den Straßenausbau und die Zahlung
Straßenanliegerbeiträgen gilt folgendes:	
1. Abtretung von Straßenland: Von dem Grundstücken	edkrist
*) Straßenland nicht mehr abzutreten —	
*) Straßenland von	iche abzetreten—
*) Straßenland von voraussichtlich	4 gm Fläche erst bei Ausbau Verbreiterung der St
-absutreton, die alebald erst in	Jahren voreret nicht vorgeschen ist.
2. Straßenausbau:	
a) Die Straße wind hat die Ortsbezeic Nr. 64 erhalten.	chnung Eleonoren - Straße, das Gebäude
b) *) Die Straße ist wird verläufig aus	gebaut.
*) Die Straße ist — wird-endgültig au auszubauen beabsiehtigt.	usgebaut – veraussichtlich in Jahren nicht endg
3. Straßenanliegerbeiträge:	
AND	calcurate. Die endgültigen Anliegerbeiträge
*) werden nicht erhoben	ait 1/10
	nit 1/10 eise*) — bezahlt — Rest DM ist nech zu bezahle
	eisen und Arbeitslöhnen veranschlagt auf DM
-DM. für den lfd. Meter Stra	
*) Die Anliegerbeiträge von DM	sind als Anliegerrente in Jahren abzutra
-Abschrift des Verrentungsbescheids ist	
*) Die noch zu zahlenden Anliegerbeiträge	st folgende Verzineung und Tilgung vereinbart:
	r restlichen Anliegerbeiträge (9/10) beginn
*) Die später auftretenden Anliegerbeiträ	ge werden zu dem Einkommen de Grundstückseigentümer
- Erbbauberechtigten entsprechenden,	angemessenen Zins- und Tilgungsbedingungen verrentet.

Othing manufacture of the stretchen.

The continue of the stretchen of the

Der Oberbürgermelster

Im Auftrag

Tietbauant

Unterschrift

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Bauaufsichtsamt - Nebenstelle: A.E.K.

Magistrat Wiesbaden

Mz .- Kastel, In der Witz 26

Fernruf: 2128 Kastel Sommehummer 5061x Nebenstelle:

An die Gossner Mission

Mainz - Kastel General-Mudra-Straße 1-3 Postscheckkonto : Stadtkasse Wiesbaden Nr. 2680 Frankfurt a. M.

Bei Rückantwort Brieftagebuch 1 st. angeben!

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen 634/101 17.3.56 Dr/B.

Betreff Das Anwesen General-Mudra-Straße 1-3, Flur Ia Nr. 29/6 in Mainz-Kastel.

hier: Gebrauchsabnahme-Beacheinigung.

Auf Antrag wird Ihnen hiermit bescheinigt, daß die Gebrauchsabnahme für den mit Baubescheid vom 24.8.1954 genehmigten 3. Bauabschnitt des Studenten- u. Lehrlingsheims am 2.3.1956 stattgefunden hat.

Die Ausführung entspricht den genehmigten Plänen.

Bezüglich der von der Feuerwehr beanstandeten gemeinsamen Aufstellung der öl- u.koksgefeuerten Heizungskessel ist noch eine Klärung erforder- lich.

(Lindemann)
Stadtbaumeister



Der Magistrat

der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Bauauisichtsamt. Nebenstelle: A.K.K.

Magistrat Wiesbaden

Mz.-Kastel, In der

Fernruf:

Am den

An die Gossner Mission Newscon 2128

Mainz - Kastel

Postscheckkonto: Stadtkasse Wiesbaden Nr. 2680 Frankfurt a. M. Bei Rückantwort

Brieftagebuch Nr.

Dr/Dö.

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen 634/101

Tog 14.12.1955

Betreff

Das Grundstück der Gossner Mission Am Fort-Hessen 10 in Mainz-Kastel, hier: Bauzustandsbescheinigung.

Auf Antrag wird Ihnen hiermit bescheinigt, daß der letzte Bauabschnitt Ihres Anwesens kurz vor der Fertigstellung steht. Es fehlen noch: Die Einfriedigung nach der General-Mudra-Straße, die Treppengeländer und die Malerarbeiten im Erdgeschoß sowie die Fußböden im Erdgeschoß und teilweise auch im Obergeschoß.

Der Außenputz ist fertiggestellt. Die Ausführung erfolgte nach den genehmigten Plänen.

Im Auftrag:

(Lindemann)

Stadibaumeister

Anlagen

Gossner Mission

Der Magistrat

der Landeshauptstadt Wiesbaden

-Bauaufsichtsamt-

Magistrat Wiesbaden

Mz.-Kastel, In der Witz 26

An die Gossner Mission

Mainz-Kastel
Am Fort Hessen 10

Sammelnumme 232

Postscheckkonto: Stadtkasse Wiesbaden Nr. 2680 Frankfurt a. M.

Bei Rückantwort Brieftagebuch Nr. angeben1

Dr/Fe.

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen 641/101

14.5.1955

Betreff Das Anwesen Am Fort Hessen 10 in Mainz-Kastel, hier: Rohbauabnahmebescheinigung.

Auf Antrag wird Ihnen hiermit bescheinigt, dass die Rohbauabnahme für den III. Bauabschnitt (Gebäude entlang der General Mudra Strasse) am 13.5. 1955 stattgefunden hat. Die Ausführung erfolgte nach dem mit Baubescheid vom 24.8.1954 genehmigten Plänen.

Beanstandungen ergaben sich nicht.



(Lindemann)

Anlagen

Gossiniste Mission

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden

Magistrat Wiesbaden

Nebenstelle A.K.K.

Mz.-Kastel, In der Witz 26

Sammelnummer 5861 Nebenstelle:

An die Gossner Mission

Mainz - Kastel
Am Fort Hessen 10

Postscheckkonto: Stadtkasse Wiesbader

Stadtkasse Wiesbaden Nr. 2680 Frankfurt a. M.

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

641/101

8.3.55 Dr/B.

Betreff Das Anwesen Am Fort Hessen 10 in Mz.-Kastel hier: Bauzustandsbescheinigung.

Auf Antrag wird Ihnen hiermit bescheinigt, daß der Rohbau für den letzten Bauabschnitt (Gebäude entlang der General Mudra Straße) kurz vor der Fertigstellung ist.

Die Elektro-Gas- und Wasserinstallation ist noch nicht getätigt.

Maurer- u. Dachdeckerarbeiten sind fertiggestellt.



Anlagen



Anlage zu 9a:

Wert der vorhandenen Baustoffe.

90		Fortlandzener Kalk	25		机		81.70 59.35	44	Dis	7.350
								10%		1.246
	ebm.	Ries			-		13.90	401	49	5-184
60.000		Mauoratoine	pro	Tal.	10	- 10	90	122	0	5.400
1.800	dw	Fertigteilde	lson		10	49	14	42	6	25.200
									DM apressus	44.360

Anlago zu 9a:

Mert der Selbst- und Mithilfe.

File	den Aushub	DAT	5.000
Für	Aushub und Verlegen des Esnals	**	2.000
Pur	die Hilfsarbeiten und Zuträgerarbeiten bei allen Beuarbeiten	n	15.000
Für	Hilfasrbeiten und das Stenmen der Schlitze für die Verschiedenen Installationen		8.000
Für	Maler-und Schreinerarbeiten in eigener Regie		3.620
		DM	33.620

Frankfurt/Main, den 13.September 1954

Der Architekt:

FRITZ LEHRECKE.
FRANKFURT A. MAIN
WESTENDSTRASSE 27L
TELEFON 735 93

Mulle



Anhang

zu 4 b

Anzahl der Zimmer mit Wohnfläche

Kellergeschoss:	1	Freizeit-Raum	54.60 qm	
	2	Bastel-Räume	56.15 qm	
	2	Wäscherei-Räume	50 qm	
	1	Putz-Küche	42 gm	202.75 qm
Erdgeschoss:	1	Gross-Küche mit Nebenräumen	85.83 qm	
	3	Speise-Räume	118.17 qm	
	3	Freizeit-Räume	77.52 qm	
	6	Verwaltungs-Räume	74.60 qm	356.12 qm
Obergeschoss:	14	Zimmer à 4 Betten	189.51 qm ×	
	2	Zimmer à 2 Betten	18.35 gm ×	
	3	Wohnschlafzimmer und 2 Bäder	42 qm ×	
	2	Freizeit-Räume	38.22 qm	
	1	Waschraum und 1 Bad	19.14 qm	307.22 qm
Dachgeschoss:	3	Zimmer à 3 Betten	35.97 qm ×	
	1	Freizeit-Raum	33.33 qm	
	1	Bad	7.20 qm	
	3	Hauspersonal-Zimmer	33.31 qm	109.81 qm
				975.90 qm

Wohnflächenberechnung

zum Bauvorhaben: Neubau der Gossner Mission Mainz - Kastel, General Mudra Strasse

nach der Berechnungsverordnung vom 20.11.1950 DIN 283 vom März 1951.

Erdgeschoss:	Raum Raum Raum Raum	40: 41: 51: 52:	2 x	6.45 13.15 3.43 3.10	x 4.2 x 4.2 x 6.7 x 4.2 x 4.2 x 1.1	0500==	27.09 88.76 14.41 13.02		
	Raum	ARTHUR	-	5.00	x 4.2) ==	21.00		
				0.55	x 1.7	0 =	-		
	./.	3%					196.12	190.24	
	Raum	60:		23.85	x 3.1	Bx	0.25 =	19.08	209.32
Obergeschoss:									
nach 2.1	Raum	62:		6.07	x 4.2) =	25.49		
	Raum	64:			x 4.2				
	Raum	65:			x 3.00				
	Raum	66:			× 4.20		COLD COLD COLD COLD COLD COLD COLD COLD		
	Raum	73:			x 2.50				
	Raum	78:		3.09	x 4.20) =	THE COLUMN THE PROPERTY OF THE PERSON OF THE		
	Raum			0.50	x 2.09	5 =			
	Raum	79:		3.16	x 4.20) ==	13.27		
					x 2.05		1.03		
	Raum	80:			# 4.20 # 2.05		12.60		
	Raum	81:			× 4.20		12.31		
					x 2.05		1.03		
	Raum	82:			× 4.20		12.73		
	Raum	83:			x 4.20		14.28		
	Raum	84:		3.00 1	× 4-20) ==	12.60		
	-				x 2.05		1.03		
	Raum	85:			£ 4.20		12.31		
	-				z 2.05		1.03		
	Raum	86:			£ 4.20		13.44		
	Raum	93:		3.40	E 4.20	=	14.28		
	Raum	96:	700	1.00 -	10 21				
				4.20 = 2.05 =					
	./.	0.75	x	0.50 =			12-96		
	Raum	97:		3.00 1	4.20	=	12.60		
				trag:			242.40		209.32

ARCHITEKT DIPL.-ING. FRITZ LEHRECKE FRANKFURT AM MAIN, WESTENDSTRASSE 27 - RUF 73593

- 2 -

Raum Dachgeschoss: Raum Raum	110: 111: 112: 115: 120: 125: 127: 128:	6.41 x 3.25 x 3.11 x 3.63 x 5.03 x 5.53 x 5.28 x 3.68 x 3.68 x	5.20 3.80 3.80 3.25 2.65 2.65 2.60 2.65		33.33 12.35 11.82 11.80 13.33 21.01 13.99 9.57 9.75		
Raum	108:	C 42 -	F 00				
		25x24.15	x3.20		0.45	14.17	322.57
nach 2.3. Raum Raum Raum	The same of the sa	1.20 x 1.60 x 1.28 x 2.25 x	1.60 2.90 1.15 2.93	= = = =	1.92 4.64 1.47 6.59		
nach 2.2. Raum	88:	3.40 x ./. 3%	4.20	=	14.28	13.86	
·/·	3 %				283.74	275.22	
Raum Raum Raum Raum	97: 98: 99: 100:	0.50 x. 3.00 x 0.50 x 2.93 x 0.50 x 2.93 x 0.50 x	4.20 2.05 4.20 2.05 4.20	= = =	1.03 12.60 1.03 12.31 103 12.31 1.03		
Übertrag:					242.40		209.32

ARCHITEKT, DIPL.-ING.
FRITZ LEHRECKE
FRANKFURT A. MAIN
WESTENDSTRASSE 271
TRLEFON 73593



ARCHITEKT DIPL.-ING. FRITZ LEHRECKE FRANKFURT AM MAIN, WESTENDSTRASSE 27 · RUF 73593

ERMITTLUNG DER KUBIKMETER UMBAUTEN RAUMES

Neubau der Gossner Mission zum Bauvorhaben: Mainz - Kastel, General Mudra Strasse

(nach DIN 277, alte Fassung)

1.)	Keller:	Gebäude: Fahrradkeller: Koksbunker:	3.20	x	52.96 23.85 10.30	x	3.10	=	2026.88 236.59 82.81	
	Differenz	Heizung: Kokskeller	4.98	x	7.57	x	2	=	75.40	
	u.S	Spielraum:			10.30				19.90 32.05 2473.63	
	Abzug Spi	elraum:	3.20	x	1.13	x	0.40	=	1.34	2472.19
2.)	Geschesse	u.	12.00	×	53.00	×	6.04	=		3841.44
3.)	Dachgesch	0881			53.00 53.00				184.44 2026.30 2210.74	

Abzug Trockenboden:

 $0.5 \times 12.00 \times 13.54 \times 0.29 = 23.56$ $0.5 \times 11.80 \times 13.54 \times 6.48/2 = 258.84$

Abzug Spitzbodenf

 $0.5 \times 6.90 \times 39.46 \times 3.77/2 = 257.30$

Abzug Dachschräge:

 $2 \times 0.5 \times 1.65 \times 39.46 \times 1.71/2 = 55.99$

1615.05 595.69

Gesamt: 7928.68 cbm

ARCHITEKT, DIPL.-ING.

Anlage 3 Abschrifti Mainz-Kastel, den 24.August 1954 Landeshauptstadt Wiesbaden Der Magistrat - Bauaufsichtsamt -Nebenstelle A.K.K. Mz.-Kastel, in der Witz 26 Aktz.: 641/101 - /172 -Baugenehmigung der Gossner Mission, Mainz-Kastel, Am Fort Hessen 10 im Nachgang zu den Baubescheiden vom 14. 6. 51 und 5.11.51 die Genehmigung erteilt auf dem Grundstück Anliegend: Am Fort Hessen 10 Flur Ia Nr. 29/6 in Mainz-Kastel 12 Plane lBauber ' als letzten Bauabschnitt an der General Mudrastrasse schreibung nach Massgabe der beiliegenden Umdruckpläne und sta 1 stat.Be- tischen Berechnungen das Hauptgebäude des Studenten und Lehrlingsheimes und die Einfriedigung zu errichrechnung Mainz-Kastel 25.Aug. 1954. Allgemeine Vorschriften Die zu diesem Baubescheid gehörigen Pläne sind bei der Ausführung des Bauvorhabens genau einzuhalteh. Bei der Bauausführung sind ausserdem die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst, die einschlägigen Bestimmungen der allgemeinen Bautrdnung und der Ausführungsverordnung dazu, sowie der Ortsbausatzungen und der Baupolizeiverordnungen genau zu befolgen. 3. Bei der Ausführung ler Kamine sind die Bestimmungen in § 64 der Ausführungsverordnung zur Allgemeinen Bauordnung und des § 67 der Mainzer Baupolizetordnung zu beachten. 4. Für die Ahzüge der Gasgeräte, wie z. B. Gasbadeöfen, sind besondere Gaskamine auszuführen, in die keine Kohlenfeuerung angeschlossen werden darf. Diese Kamine sind an ihrem oberen Ende mit einem " G " zu bezeichnen. 5. Wenn die Badeofen und die Boiler mit Gas beheizt werden, ist in Räumen von unter 12 com Rauminhalt eine Zu - und Abluftführung erforderlich, die in die Türen eingebaut werden kann. Die Zu - und Abluftöffnungen dürfen nicht durch Schieber abgereschlossen werden können und müssen für die Zu - und Abluft jeweils 150 qum betragen. Die Treppen und Treppenschächte müssen schützende Geländer bezw. Handleisten erhalten. Die Decken und das Dach sind mit den Aussenmauere entsprechend zu verankerh.

8.)

9.)

nach B. 13

Bauvorhaben:

Baugrundstück:

Neubau eines Jugendwohnheims

Mainz-Kastel, Flur la, 6

Bauherr:

Gossner Mission, Mainz-Kastel, Eleonorenstrasse 64.

Baubeschreibung

zum Bauantrag vom 28.5.1953

A. Erläuterungen:

 Zweck und Umfang des Bauvorhabens (genau bezeichnen):
 (Ein- oder Mehrfamilienwohnhaus mit Anzahl der Wohnungsarten, Geschäfts- oder Bürohaus, Werkstatt mit Angabe der Betriebsart usw.)

Jugend-Wohnheim.

2. Lage zur Straße und Orientierung des Bauvorhabens, gestalterische Absichten:

Vorderhaus

3. Dachform (Sattel-, Walm-, Pult-, Sheddach):

Satteldach

4. Geschoftzahl, Traufhöhe:

Erd-und Obergeschoß, Traufhöhe 6.30m

5. Bauart der Einfriedigung:

Sockel, 0.40 hoch, mit Steckelzaun wie vorhanden.

6. Bodenbeschaffenheit und vorgesehene Belastung:

Kies, Belastung pro dm2 2,00 kg

B. Technische Angaben: (Baustoffart und Steindruckfestigkeit angeben)

Beton

1. Fundamente:

.....kg/cm⁹

Kellergeschoß Außenwände:

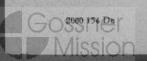
350kg/cm²

Innentragwände:

cozy km/cm²

Beton

Schwerbetonsteine mit Ziegelmauerwerk MZ 100



	Isolierung:	
	isolici ang.	Horizontal: Dachpappenisolierung 2fach, gegen aufstei- gende Feuchtigkeit.
3.	Erdgeschoß	Vertikal: Zementputz mit Ceresit u.2 Goudron-Anstrichen
	Außenwände:	Ziegel MZ 100 u.Bimshohlblock 40 cm
	kg/cm²	
	Innentragwände:	wie vor aber 25 cm
	kg/cm ²	wie vor aber 29 cm
	I Ob	
4.	I. Obergeschoß Außenwände:	
	kg/cm²	
	Innentragwände:	wie Erdgeschoß
	kg/cm²	
	II. Obergeschoß Außenwände:	Giebel: Bimshohlblock 25 cm stark.
	kg/cm²	
	Innentragwände:	
	kg/cm ²	./.
	III. Obergeschoft Außenwände:	
	kg/cm²	•/•
	Innentragwände:	
	kg/cm²	•/•
	5	
	IV. Obergeschoß Außenwände:	
	kg/cm ²	
	Innentragwände:	./.
	kg/em²	
5	Wohnungstrennwände:	
		Bimssteine 10 cm
6.	Raumtrennwände:	wie vor
7.	Kamine:	massiv Ziegel MZ 100
		BYOOTA TIERRY IN TOO
Q	Lüftungskamine:	
0.	Committee Britain	

Mission

9. Geschofidecken

Keller:

massive Betondecken(Fertigteile) Dyckerhoffdecke.

Erdgeschoff:

wie vor

Obergeschosse:

wie vor

wie ver

10. Treppen

Keller:

massive Eisenbetonstufen mit Terrazzo-oder

Geschosse:

Kunststeinplattenbelag

z.Spitzboden:

hölzerne Treppen.

11. Fußböden

Keller:

Zement-Estrich

Erdgeschoff:

Spachtelböden (Divenol)

Obergeschosse:

Dachgeschoff:

Haupttreppenhaus: Terrazzo oder Kunststein.

12. Dachkonstruktion:

Dachbinderkonstruktion in Holz

13. Dachhaut:

Falzziegel (Indowici Ziegel)

Dachhaken:

aus verzinktem Eisenblech

Schneefanggitter:

./.

14. Regenrinnen und Abfallrohre: aus Zink Nr.13. 33 cm im Zuschnitt der Rinnen 12 cm Ø Abfallrohren.

15. Innenputy:

Kalkmörtel mit Gipszusatz 15 mm stk.

16. Außenputs:

Zementmörtelputz (Kieskratzputz oder Rauhputz)

17. Fenster:

in Kiefernhols

18. Außentüren:

Holz

19. Elektrische Anlagen:

Ausführung nach den Vorschriften der V.D.E.



20. Sanitäre Anlagen (Entwässerung, Wasser, Gas): Entwässerungsleitung in LNA bis OK-Kellergeschoß, dann in Ton über OMS- Grube.

21. Heizung · (Ofen-, Zentral-, Warmwasserheizung, Warmwasserheizung, Kachelofen, Umluft):

C. Sonstige Angaben:

Wiesbaden- , den

Der Bauherr:

Der Architekt:

ARCHITEKT, DIPL.-ING.
FRITZ LEHRECKE
FRANKFURT A. MAIN
WESTENDSTRASSE 274
TELEFON 73593

Summone.



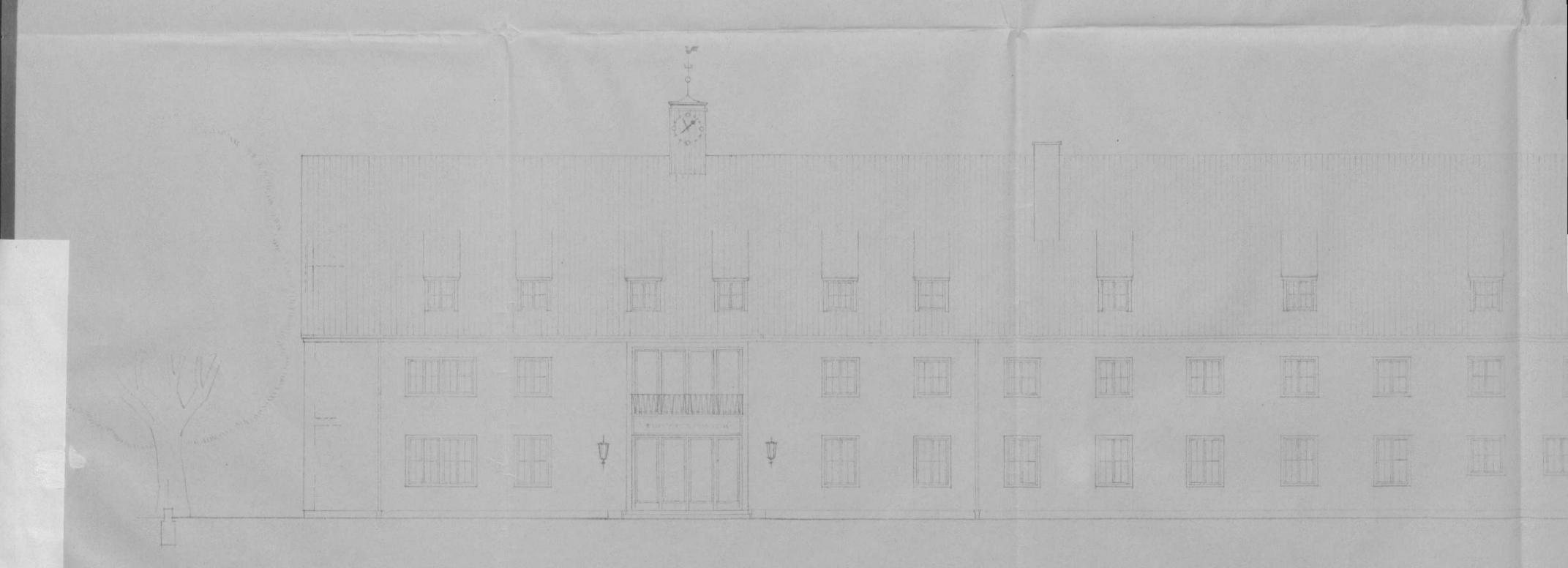
Anlage 7 Gossner Mission

BAUVORHABEN 1-5 Gossner Mission Mainz-Kastel Eleonorenstraße 64 H. Grunnogh: DER BAUHERR ARCHITEKT, DIPL.-ING. FRITZ LEHRECKE FRANKFURT A. MAIN WESTENDSTRASSE 27L TELEFON 73593 Zum Baubescheid

FFM.IM JUNI 1954

Anlage 2, a

NEUBAU DER GOSSNER MISSION, MAINZ-KASTEL GENERAL MUDRASTRASSE BLICK VON DER GENERAL MUDRASTRASSE MIJOG



FRANKFURJ A.M. MAI 1983

DER CRUNDSJÜCKSEIGENJÜMER:

Gossner Mission

Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64

H. Gruanoski.

DER BAUTERE!

Gossner Mission

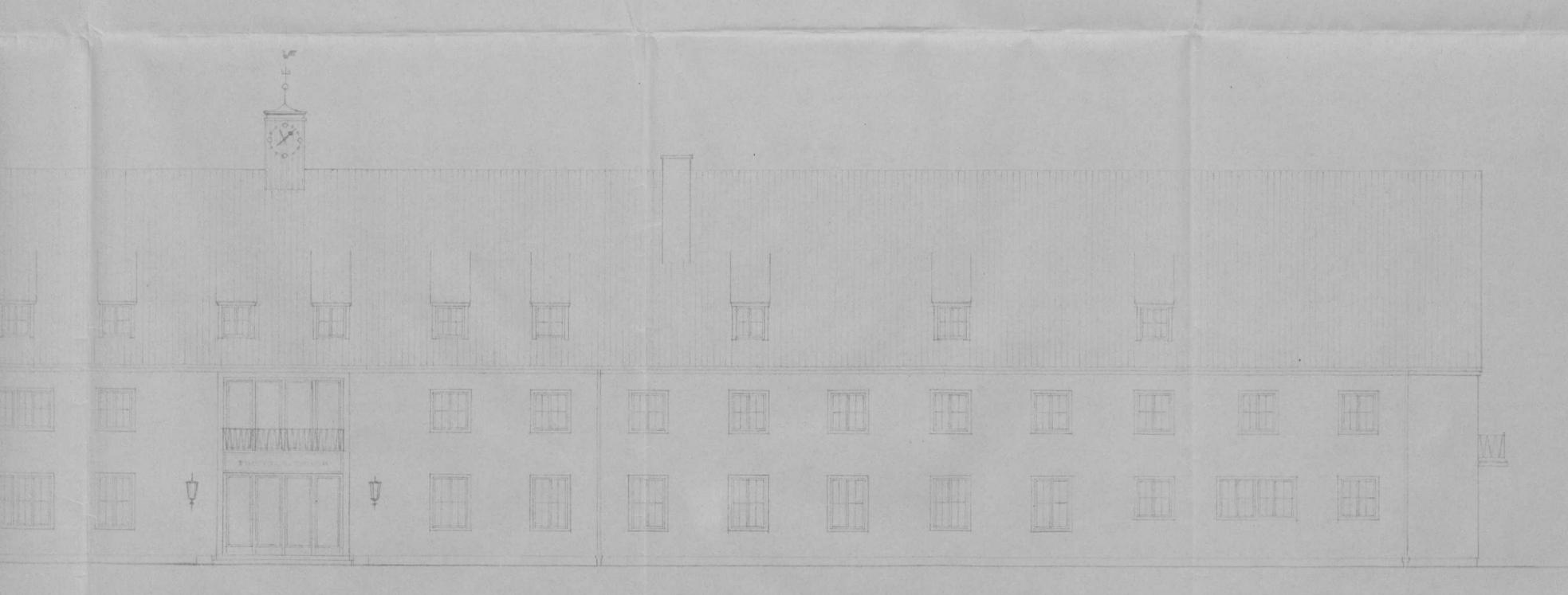
Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64

on H. Lymanorsh.



NEUBAU DER GOSSNER MISSION, MAINZ-KASTEL GENERAL MUDRASTRASSE BLICK VON DER GENERAL MUDRASTRASSE MITO



DER CRUNDSJÜCKSEIGENJÜMER:

Gossner Mission

Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64

H. Gruanoski.

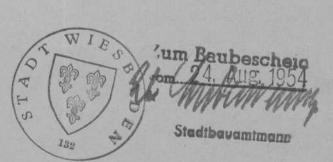
DER BAUTERR

Gossner Mission

Mainz-Kastel

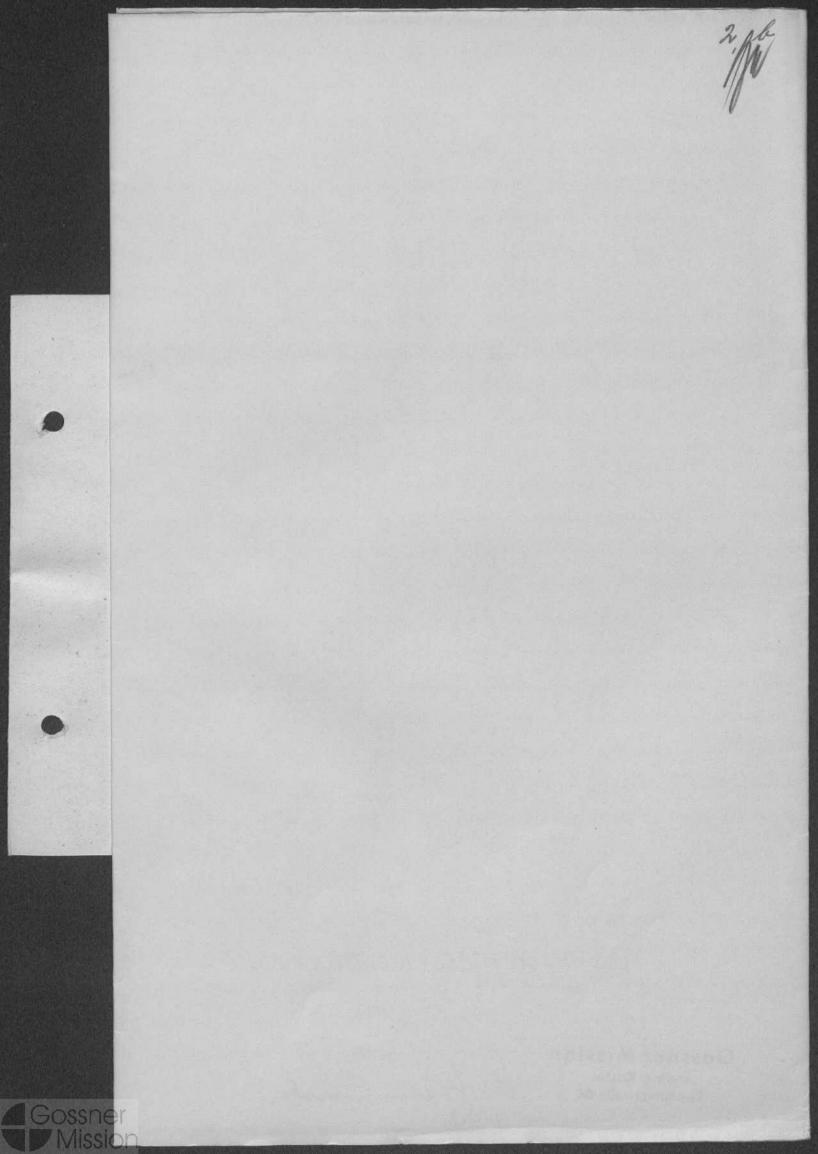
Eleonorenstraße 64

H. Gruanosh.



DEE ACCUIECT!

ARCHITEKT, DIPL.-ING.
FRITZ LEHRECKE
FRANKFURT A. MAIN
WESTENDSTRASSE 274
TELEFON 73593
ARCHITEKT, DIPL-ING.
FRITZ LEHRECKE
FRANKFURT A. MAIN
JOURS ANGSTRASSE 1007



NEUBAU DER GOSSNER MISSION MAINZ-KASTEL, GENERAL MUDRASTRASSE

BLICE VON DER ELEONORENSTRASSE M 1:100

FRANKFURTAM, MAI 1953

DER GRUNDSFÜCKSEIGENFÜMER:

DER BAUTERR!

Gossner Mission

Mainz-Kastel Eleonorenstraße 64 H. Gruanovski.

Gossner Mission

Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64

H. Gunanorski.

NEUBAU DER GOSSNER MISSION MAINZ-KASTEL, GENERAL MUDRASTRASSE

BLICE VON DER ELEONORENSTRASSE M 1:100

DER GRUNDSFÜCKSEIGENFÜMER:

DER BAUTERR!

Gossner Mission

Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64

H. Gunanorski.

Stadtbavamman

FRITZ LEHRECKE FRANKFURT A. MAIN WESTENDSTRASSE 274 TELEFON 73593

DER ARCHITEKT, DIPL. M.
FRITZ LEHRECK
FRANKFORT A. MAI
WOLFFGANGSTRASSE 1
FELEFON 52888

Chellistell

Gossner Mission

Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64

H. Gruanowski.

Gossner

NEUBAU DER GOSSNER MISSION, MAINZ-KASTEL
GENERAL MUDRASTRASSE

BLICK VON , AM FORT HESSEN', M/100

ALIBAU

NEUBAU

FRANKFURJAM. MAI 1953

DER GRUNDSJÜCKSEIGENJÜMER:

Eleonorenstraße 64

Gossner Mission H. Lymanoski.

BAUNERR!

Gossner Mission Mainz-Kastel Eleonorenstraße 64

NEUBAU DER GOSSNER MISSION, MAINZ-KASTEL.

GENERAL MUDRASTRASSE

BLICK VON , AM FORT HESSEN', M 1:100

ALIBAU

NEUBAU

DER GRUNDSJÜCKSEIGENJÜMER:

Gossner Mission

Mainz-Kastel
Eleonorenstraße 64

DER BAUNERR!

Gossner Mission

Mainz-Kastel

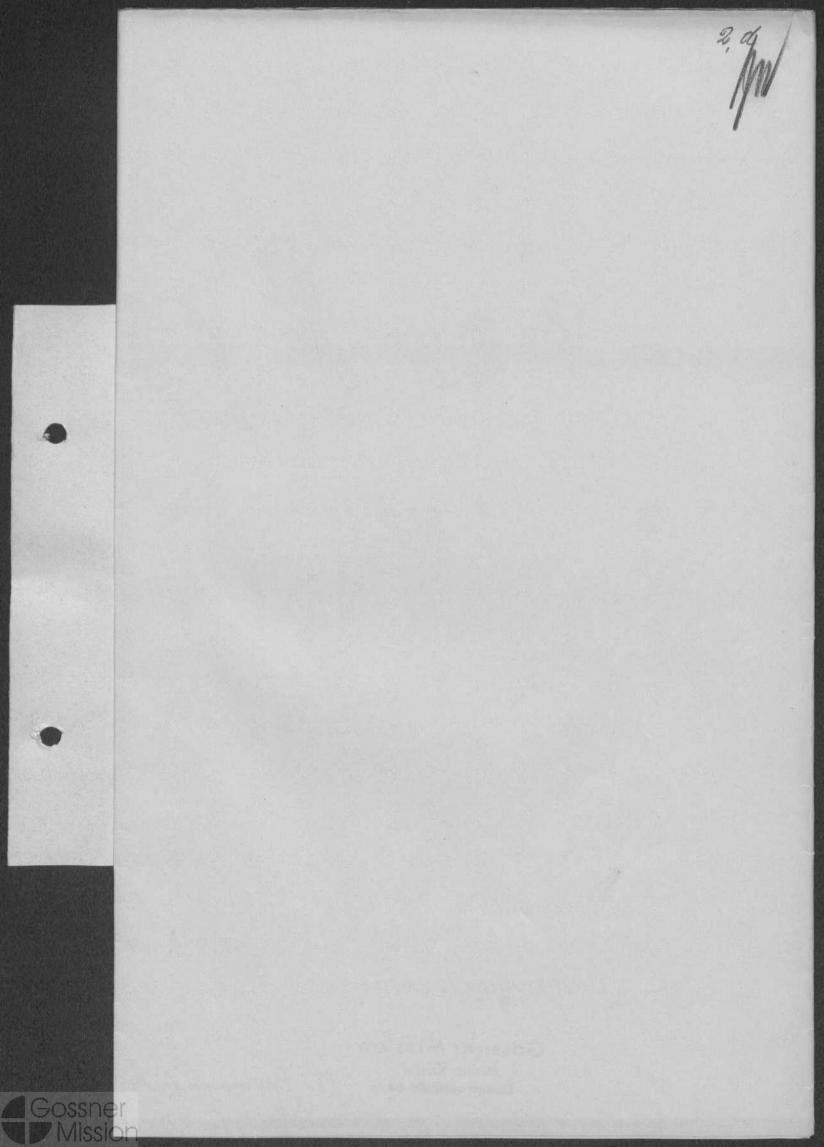
Eleonorenstraße 64



PER ARCHITEKT!

FRITZ LEHRECKE
FRANKFURT A. MAIN
WESTENDSTRASSE 274
TELEFON 73593
ARCHITEKT, DIPL.
FRITZ LEHRECKE
FRANKFURT A. MAIN
WOLSGANGSTRASSE 100

Gossner



NEUBAU DER GOSSNER MISSION, MAINZ-KASJEL GENERAL MUDRASJRASSE BLICK VOM WIRJSCHAFJSHOF MJ:100

CENERAL MUDEASJEASSE

NEUBAU

ALIBAU

FRANKFURJ A.M., MAI 1953

DER GRUNDSJÜCKSEIGENJÜMER!

Gossner Mission

Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64

H. Gruanoski

DER BAUNERR.

Gossner Mission

Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64



NEUBAU DER GOSSNER MISSION, MAINZ-KASJEL
GENERAL MUDRASJRASSE
BLICK VOM WIRJSCHAFJSHOF MJ:100

NEUB AU

ALIBAU

DER GRUNDSJÜCESFIGENJÜMER:

Gossner

Gossner Mission

Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64

H. Gruanorski

DER BAUTERE!

Gossner Mission

Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64



Momph 24. Aug. 1954 DER Momph 24. Aug. 1954 DER MULLINAMY. Stadtbauamtmann

DER ARCHITECT! FRITZ LEHRECKE

FRITZ LEHRECKE FRANKFURT A. MAIN WOUSGANGSTRASSE 100

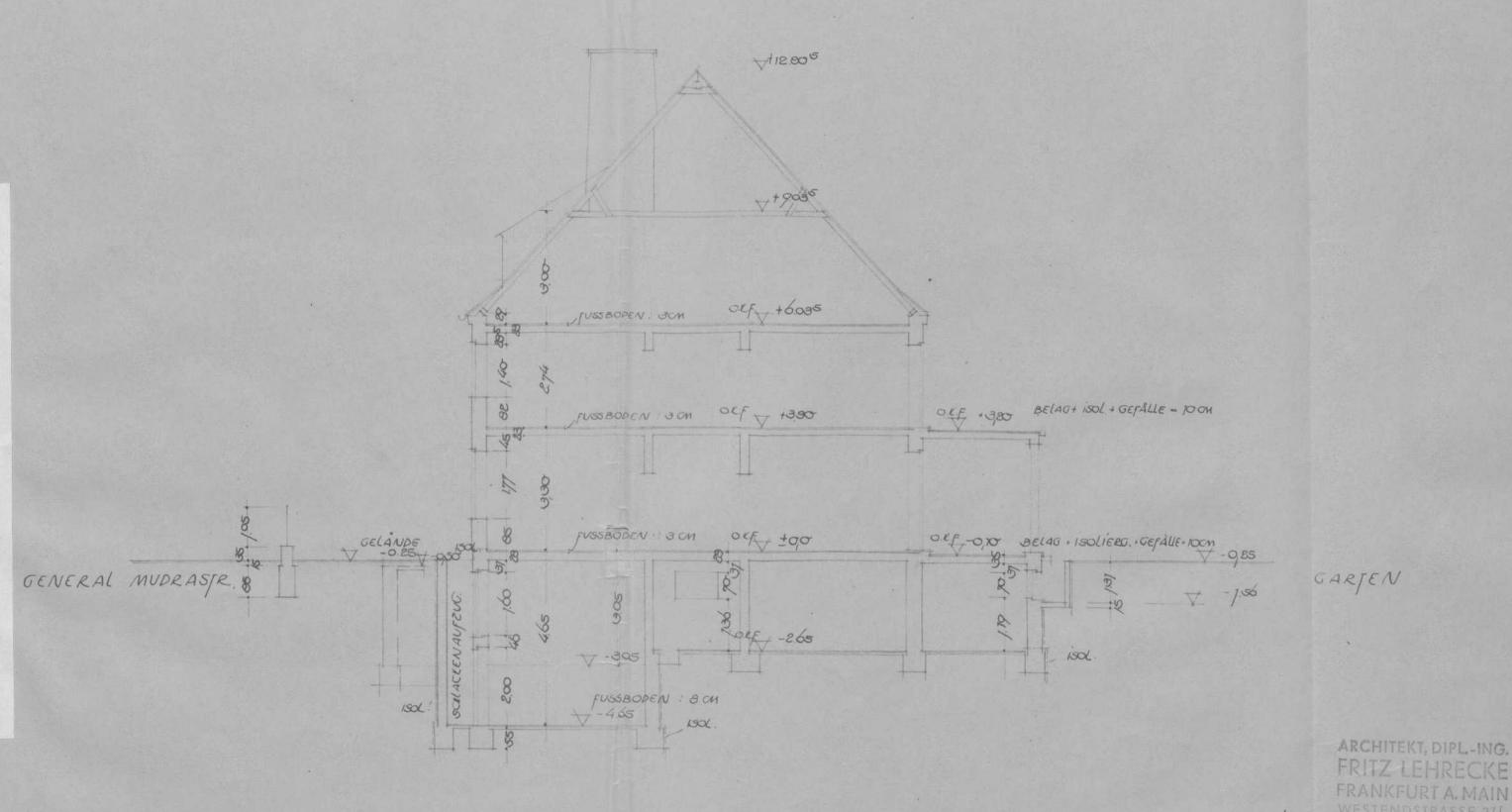
FRITZ LEHRECKE FRANKFURT A. MAIN WESTENDSTRASSE 27L TELEFON 733

Challed to



NEUBAU DER GOSSNER MISSION, MAINZ-KASJEL, GEN. MUDRASJRASSE

QUERSCHNITT M 1:100



FRANKFURT A.M., MAI 1953

DER GRUNDSJÜCESEIGENJÜMER!

Gossner Mission

Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64

H. Gossner Mission

Mainz-Kastelff. Lynnamons

Eleonorenstraße 64

ymouronk. 182

Zum Baubescheid

John 1954

FRAN

Stadtbauamtmann

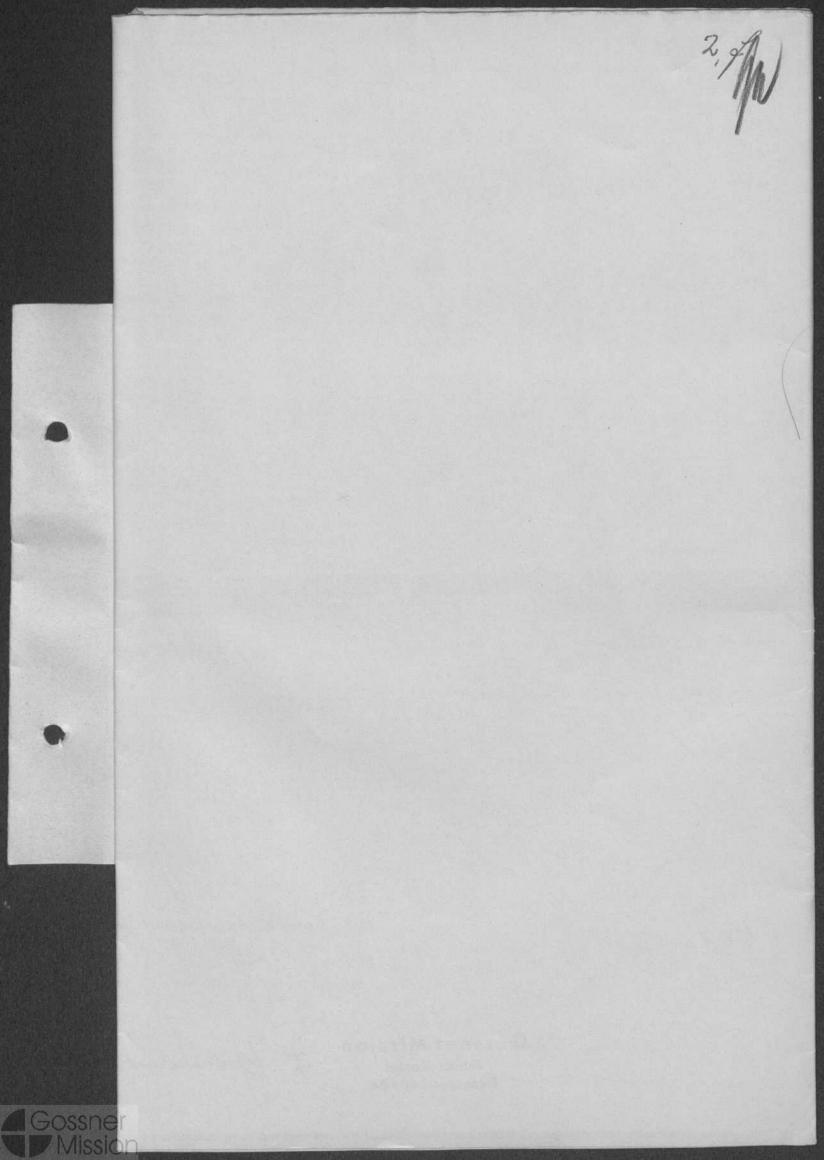
RANGURY A. MAIN

CESCANGSTRASSE 100

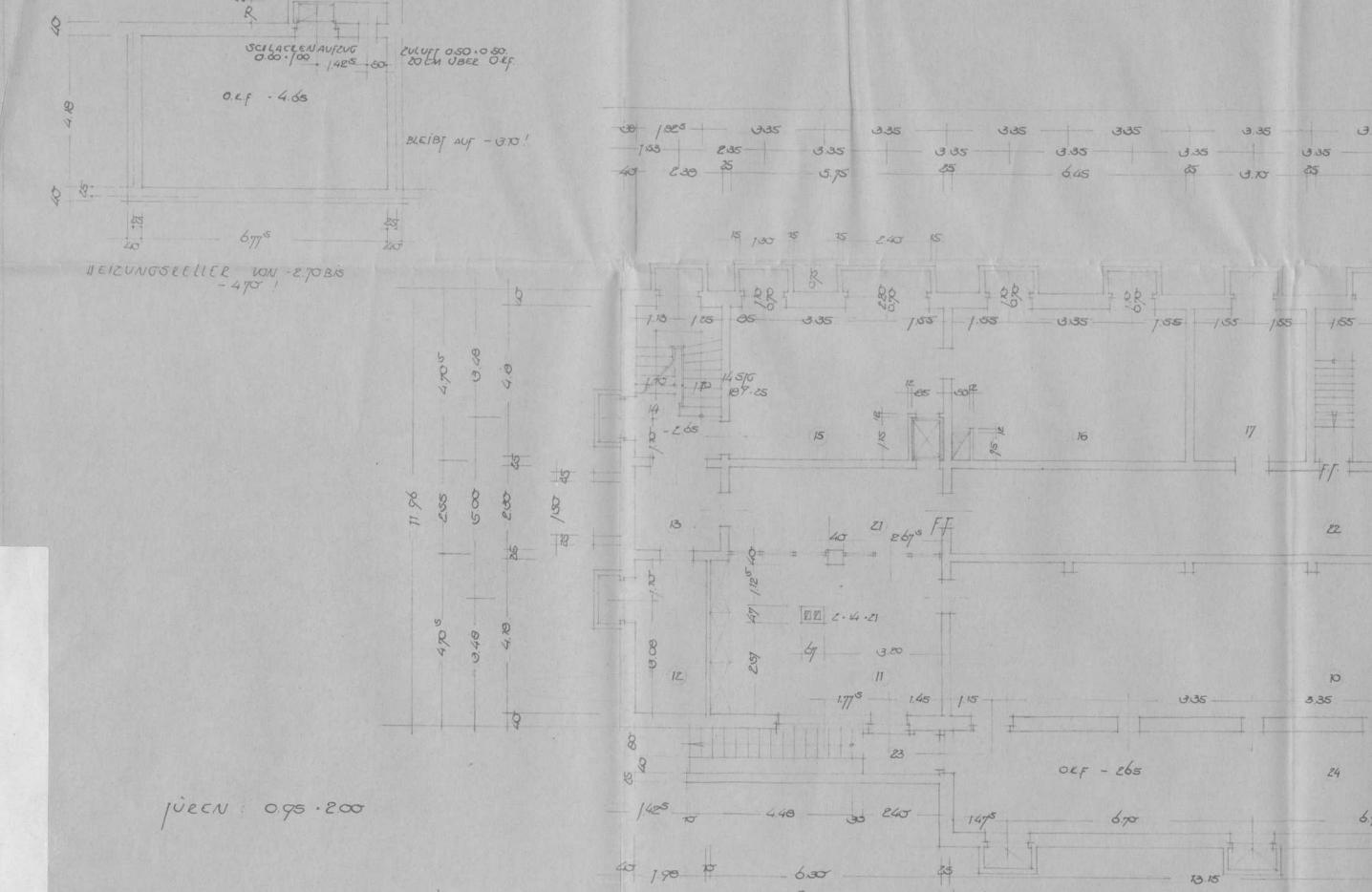
CESCANGSTRASSE 100

Mallines

Gossner



NEUBAU DER GOSSNER MISSI



FRANKFURT A. M., MAI 1953

25 2575

DER GRUNDSJÜCKSEIGENJÜMER:

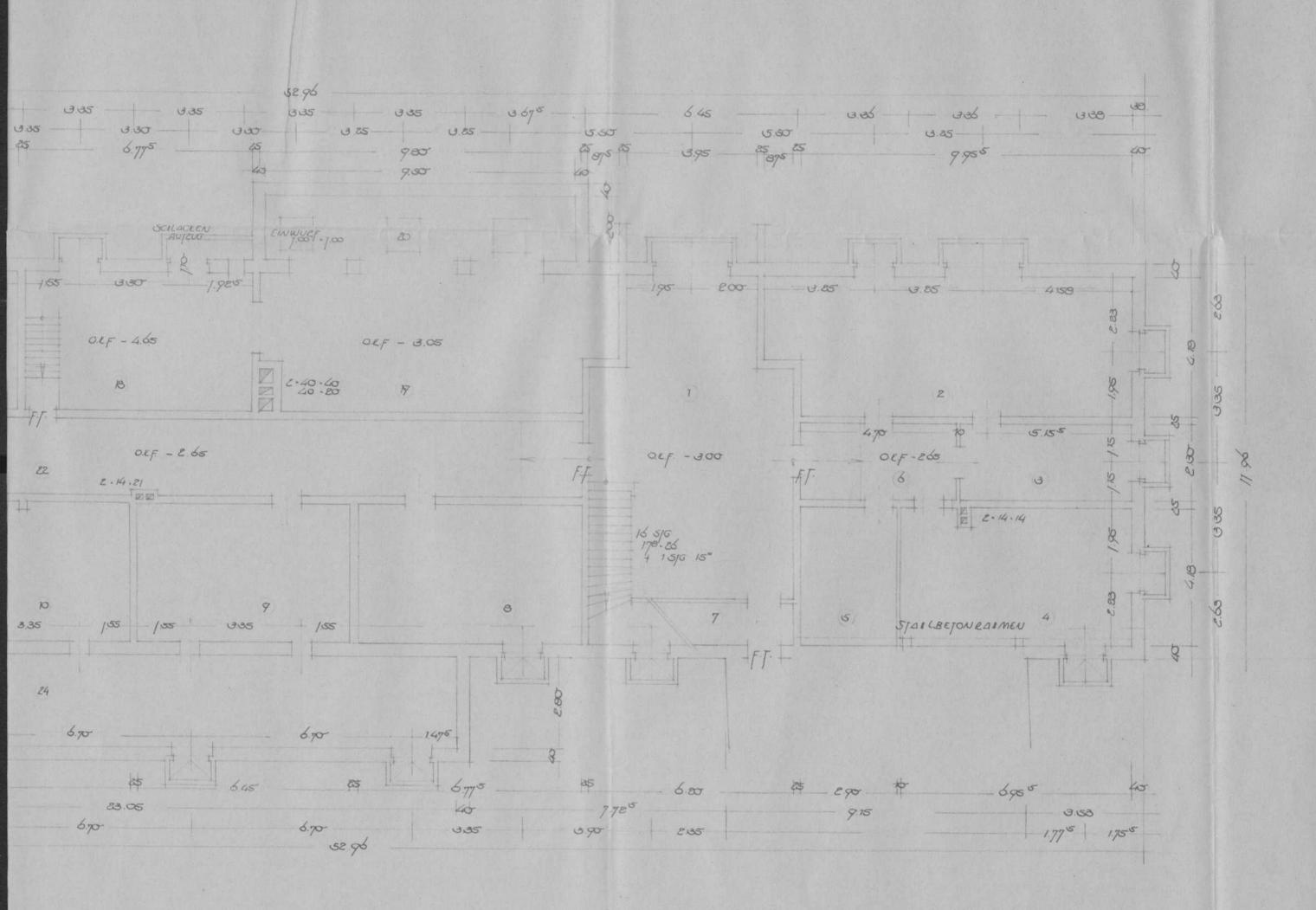
Gossner Mission
Mainz-Kastel
Eleonorenstraße 64

5,555 1.775 3.35

H. lymomorski.

ISSION, MAINZ - KASTEL, GENERAL MUDRASTRASSE

ELLERGESCHOSS M 1:100



ER:

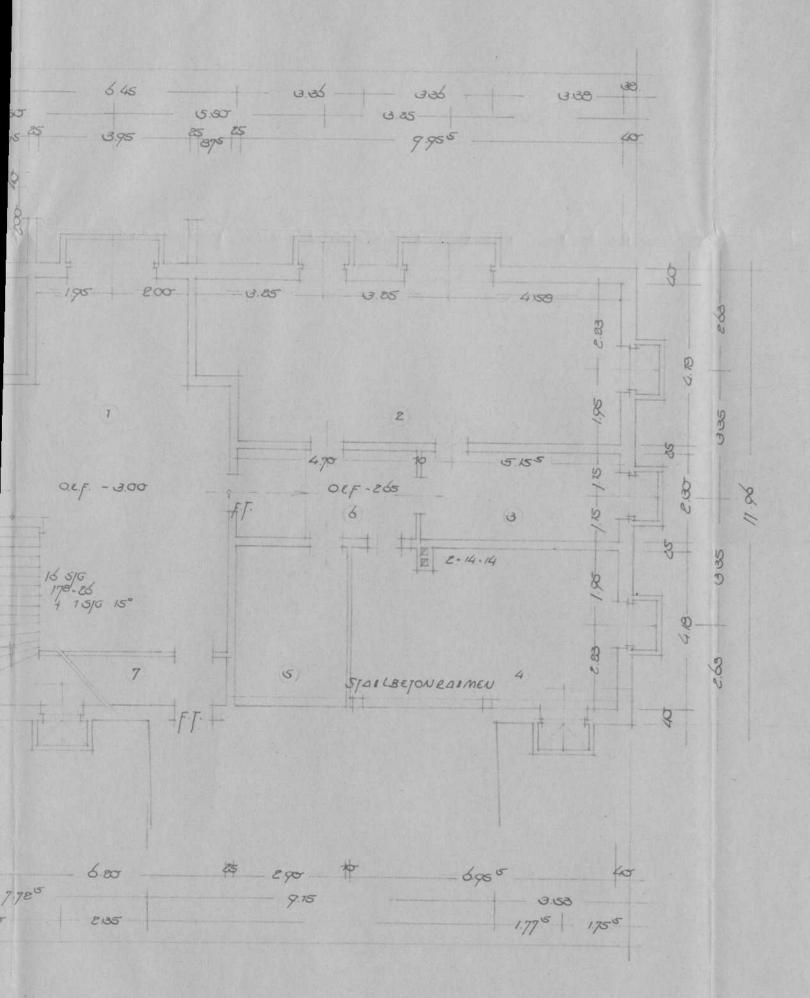
DEC BAUSERR!

Gossner Mission #. Lymanoski.
Eleonorenstraße 64



Stadtbavamtmang

GENERAL MUDRASTRASSE



- Spieleaum
- 2 BASSELRAUM
- 3 BASJELRAUM
- 4 MAGAZIN
- 5 BASIEL MAJERIAL
- 6 FLU
- 7 ABSIELLRAUM
- 8 VORRAJE
- 9 VORRAJE
- D LAEJOFFEL U. GEMUSE
- 11 CUPUTCE
- 12 SPEISERAMMER
- 13 VORRAUM
- 14 PREPPENHAUS
- 15 MANGELEAUM
- 16 WASCHEUCHE
- 17, BOILERRAUM
- 18 JEIZUNG
- 19 KOKSKELLER
- 20 LOKSBUNKER
- 21 FLUE
- 22 Flue
- 23 PREPPENABGANG
- 24 FAIRRADKELLER

BAUSERR!

kjuanorski.



Zum Baubescheid

1 24. Aug. 1954

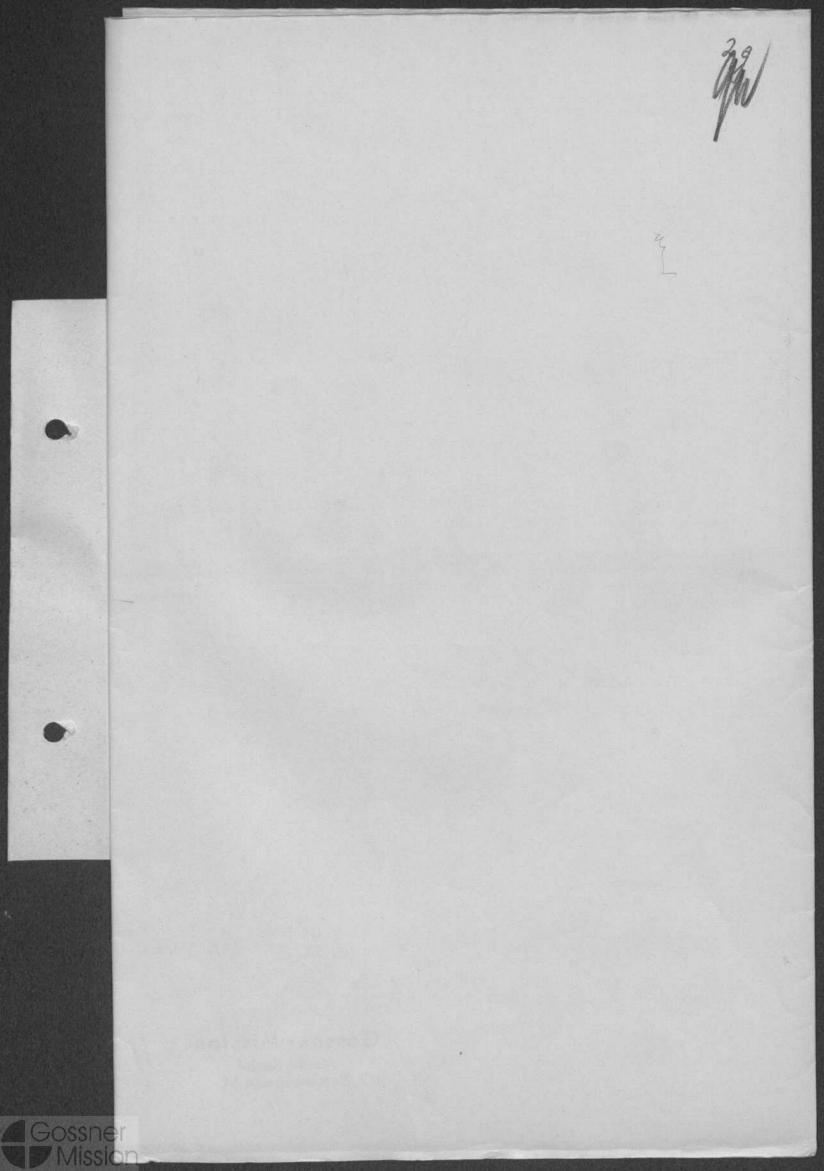
Stadtbavamtmann

DEE ARCHITEKT;

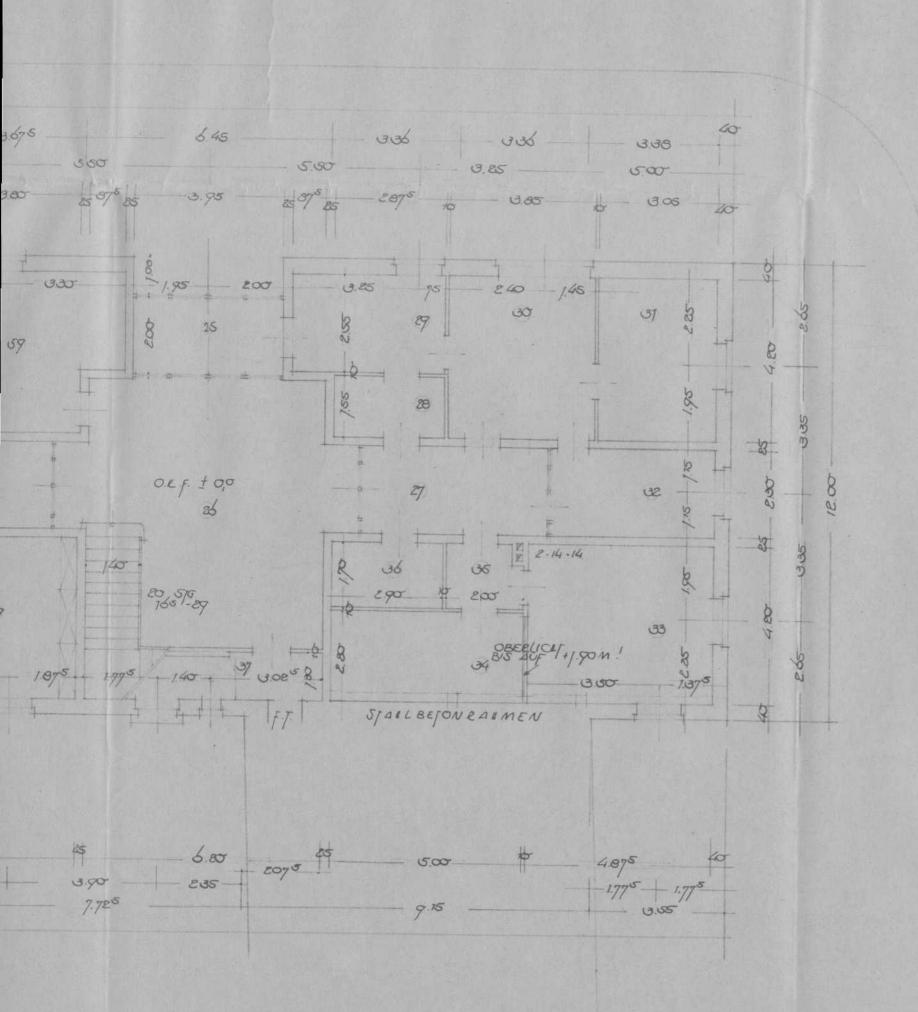
FRITZ LEHRECKE FRANKFURT A. MAIN WESTENDSTRASSE 274 TELEFON 73593

FRITZ LEHRECKE FRANKFURT A. MAIN WOLESCANGSTRASSE 100 TELEFON 52888

Calledon 528 88



EL, GENERAL MUDRASTRASSE



DER BAUHERR:

H. lymanorski



WINDFANG [REPPENUALLE FLUR CARDEROBE BURO ANMELDUNG + JEL-ZENJEALE BURO 30 BURO DES LEITERS SPRECEZIMMER Bueo ARCHIV FLUR PUZGERAJE JEEPPENABGANG 03 FLUR LESEZIMMER MUSIKZIMMER SPEISESAAL RUCIE KUILRAUM **EUCLENOFFICE** VORRAUM MASCIEAUM + GAEDEROBE W.C. SpulE ESSENAUSCABE PERSONALESSRAUM SPEISERAUM SPIELZIMMER PUZRAUM

voceaum

W.C. DAMEN VOREAUM W.C. LERREN

GARPEROBE 'TERRASSE

55

ARCHITEKT : ARC

ARCHITEKT, DIPL.-ING.
FRITZ LEHRECKE
FRANKFURT A. MAIN
WESTENDSTRASSE 27L
TELEFON 73593

ARCHITEKT, DIPL.-ING.
FRITZ LEHRECKE
FRANKFURT A. MAIN
WOLFSGANGSTRASSE 100
TELEFON 53089

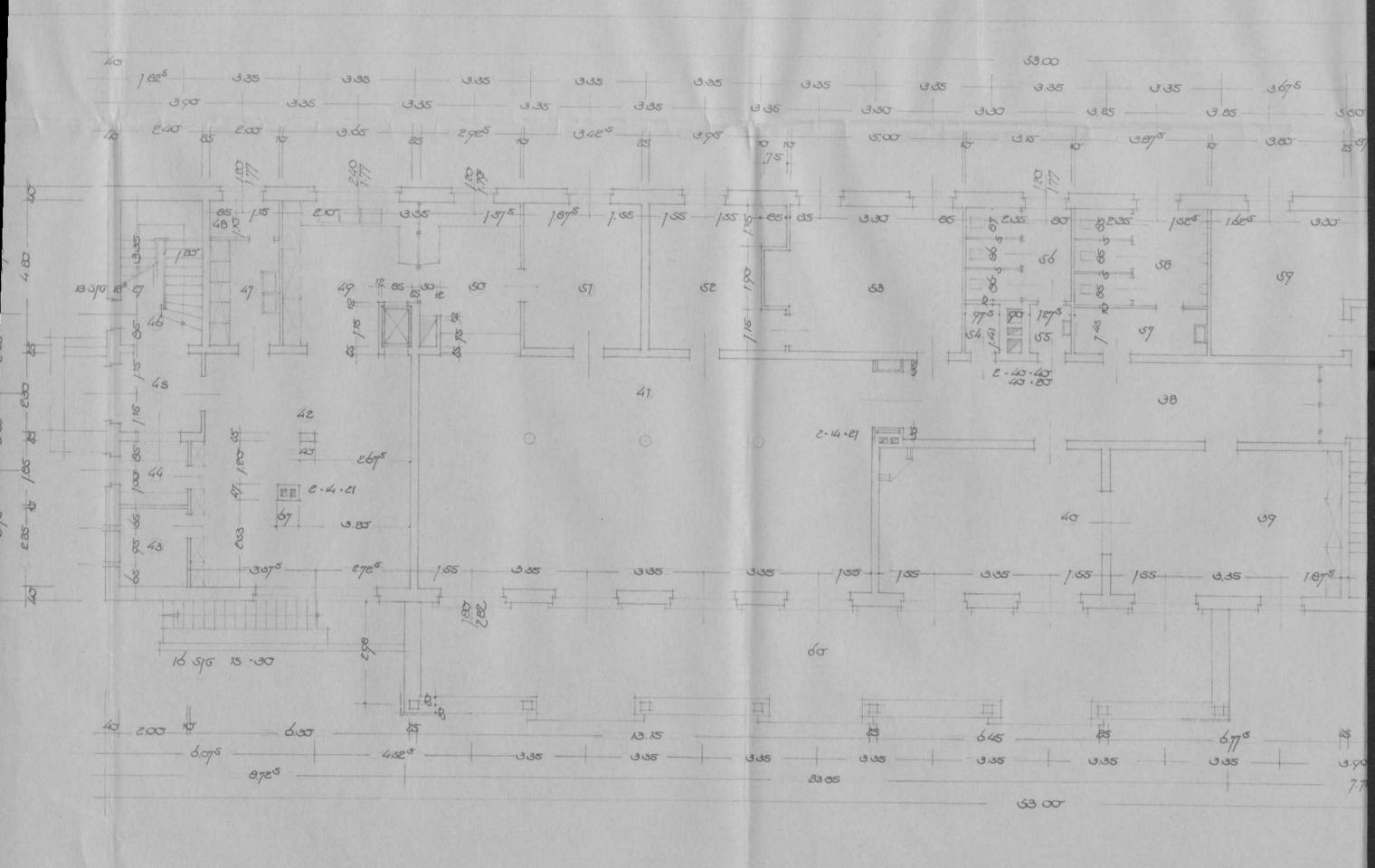
ission

Be 64

NEUBAU DER GOSSNER MISSION, MAINZ-KASTEL,

ERDGESCHOSS M 1:100

GENERAL NUDRA - STRASSE.



1. , MAI 1953

DER GRUNDSJÜCKSEIGENJÜMER:

Gossner Mission

Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64

H. Gruonorski.

Gossner Mission

Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64



NEUBAU DER GOSSNER MIS

16 5/6 15 .30 13.15 4.525 335 -335 3.35 9.785

We u cammequeen 600 803

FRANKFURT A.M., MAI 1953

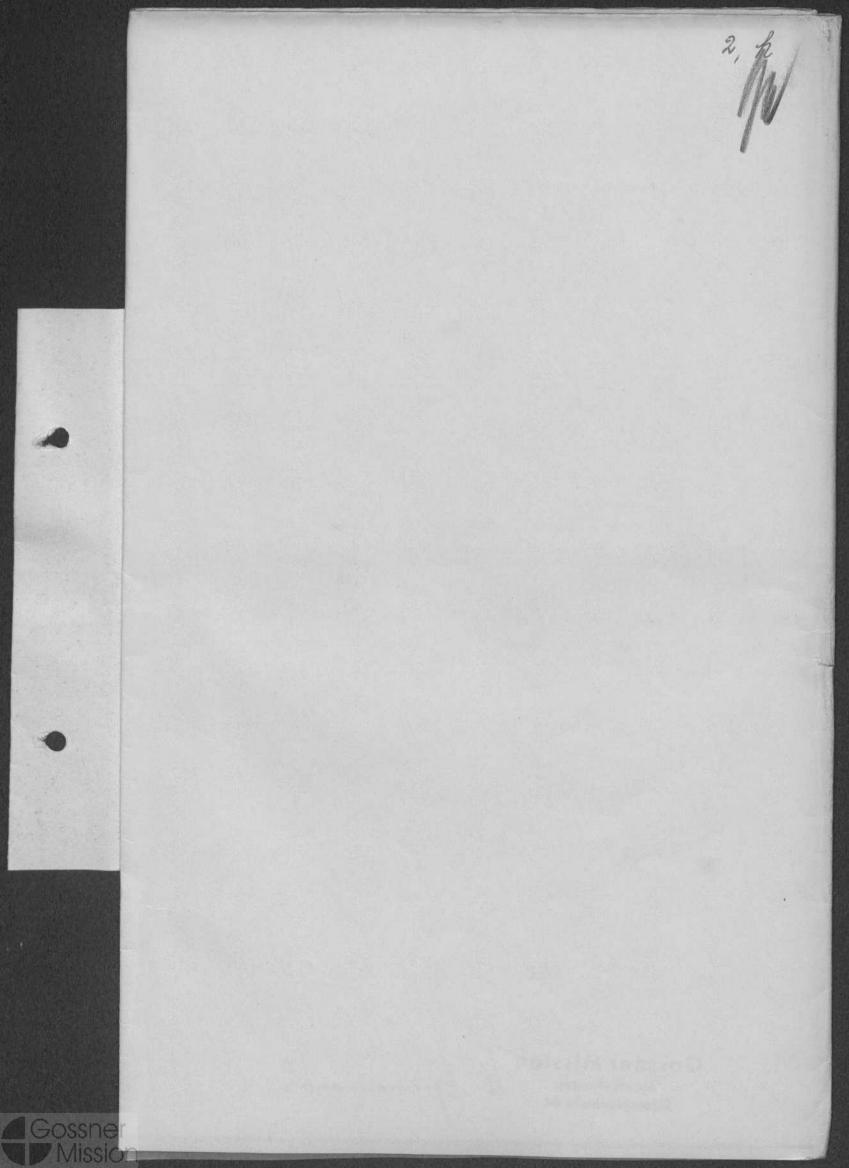
DER GRUNDS/

Gossner Mission

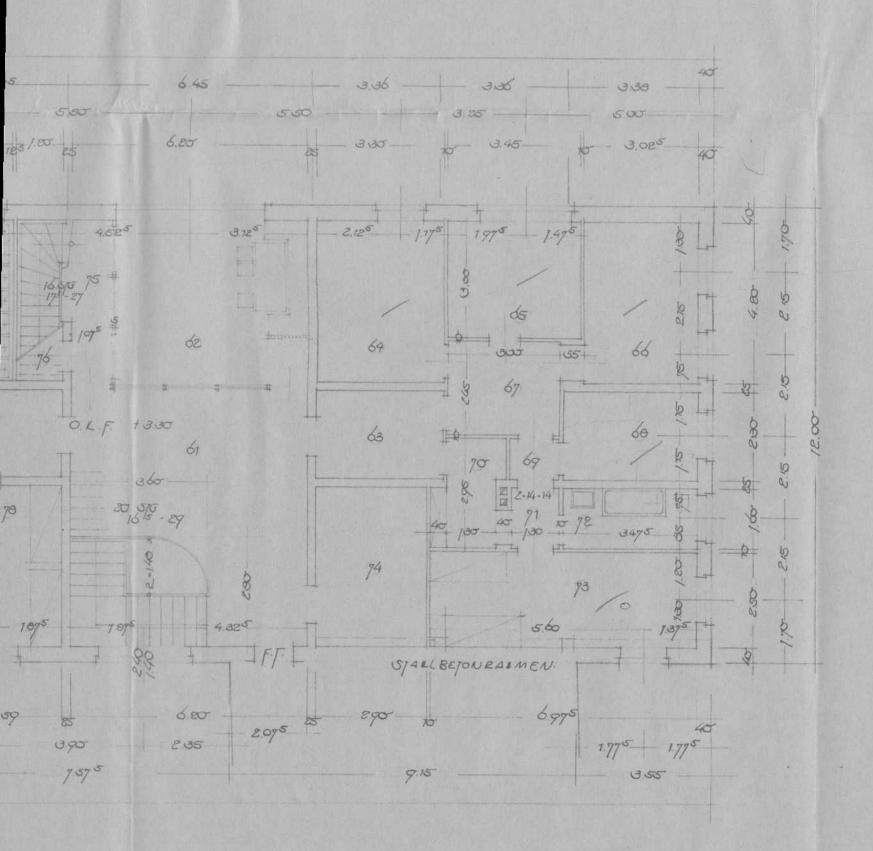
Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64

H. ly



GENERAL MUDRASTRASSE



```
TREPPENHALLE
    AUFENTUALISRAUM
   SJUDENJENZIMMER
   STUDENTENZIMMER
   STUDENTENZIMMER
   KUCIE
    FLUR
   FLUR
    BAD
   SJUDENJENZIMMER
   SJULLMAGAZIN
   PUZGERAJE
   ZIMMER
   ZIMMER
   ZIMMER
   AUFENTI ALISRAUM
   ZIMMER
   ZIMMER
   ZIMMER
   SCILAFEAUM
   FLUE
   WOINEUCLE
                 2. ZIMMERWOINUNG
   BAD
   FLUC
   PUZGERAJE
   JEEPPEN LAUS
    ZIMMER
                 1. ZIMMER WOLNUNG
   ZIMMER
   EIMMER
98 ZIMMER
   ZIMMER
100 ZIMMER
101 VOERAUM
102 pupeaum
103 VORRAUM
104 W.C
105 WASCIRAUM
```

DER BAUHERR:

H. Gunanoshi.



DER ARCHITEKT!

106 BALKON

FRITZ LEHRECKE
FRANKFURT A. MAIN
WESTENDSTRASSE 274
TELEFON 73593
ARCHITEKT, DIPLOID
FRITZ LEHRECKE
FRANKFURT A. MAIN
WESTENDSTRASSE 100
TELEFON 53886

TELEFON 53886

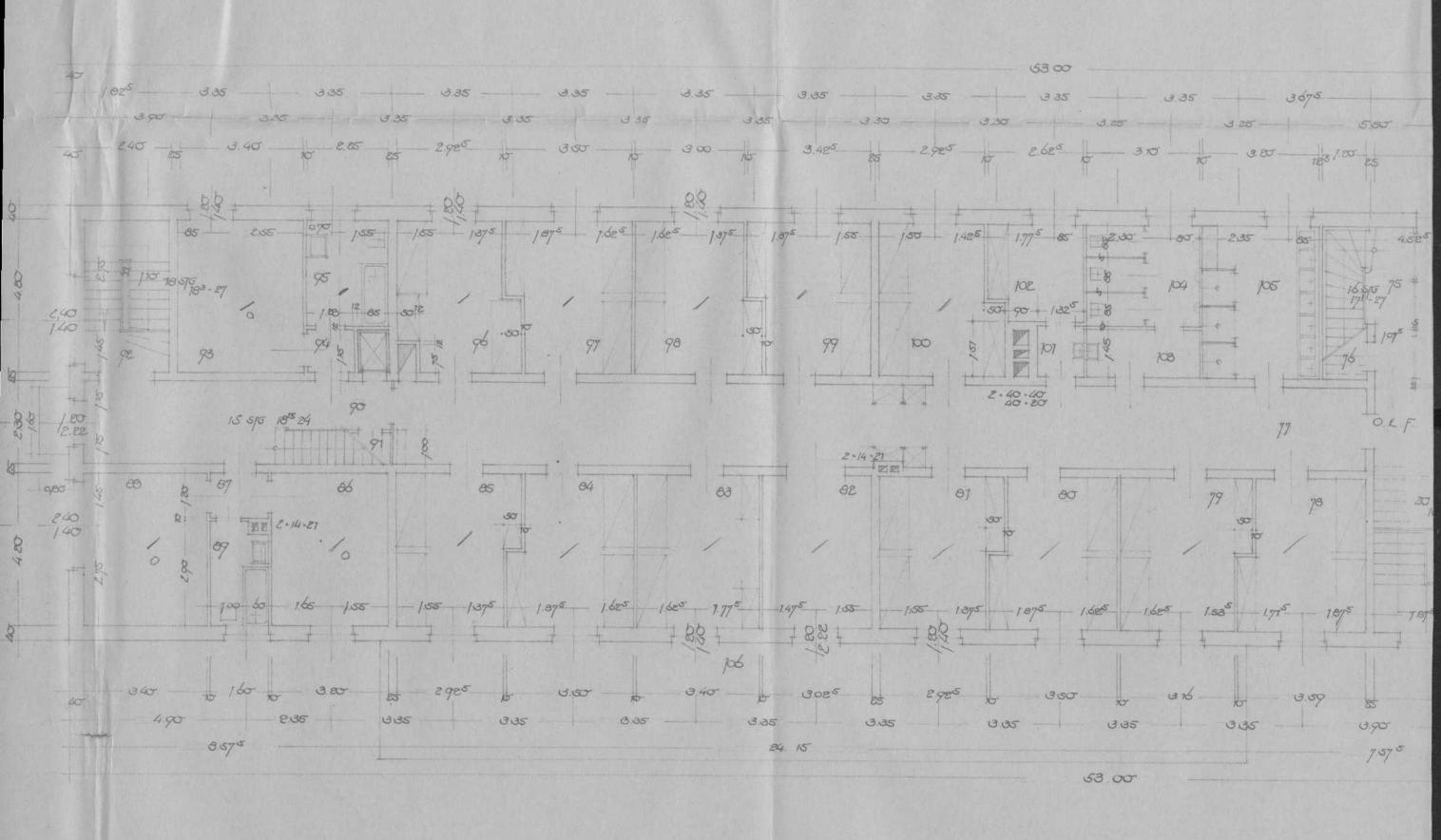
TELEFON 53886

TELEFON 53886

TELEFON 53886

NEUBAU DER GOSSNER MISSION, MAINZ-KASTEL, GEN

OBERGESCHOSS



DER GRUNDSJÜCKSEIGENJÜMER:

DER

Gossner Mission

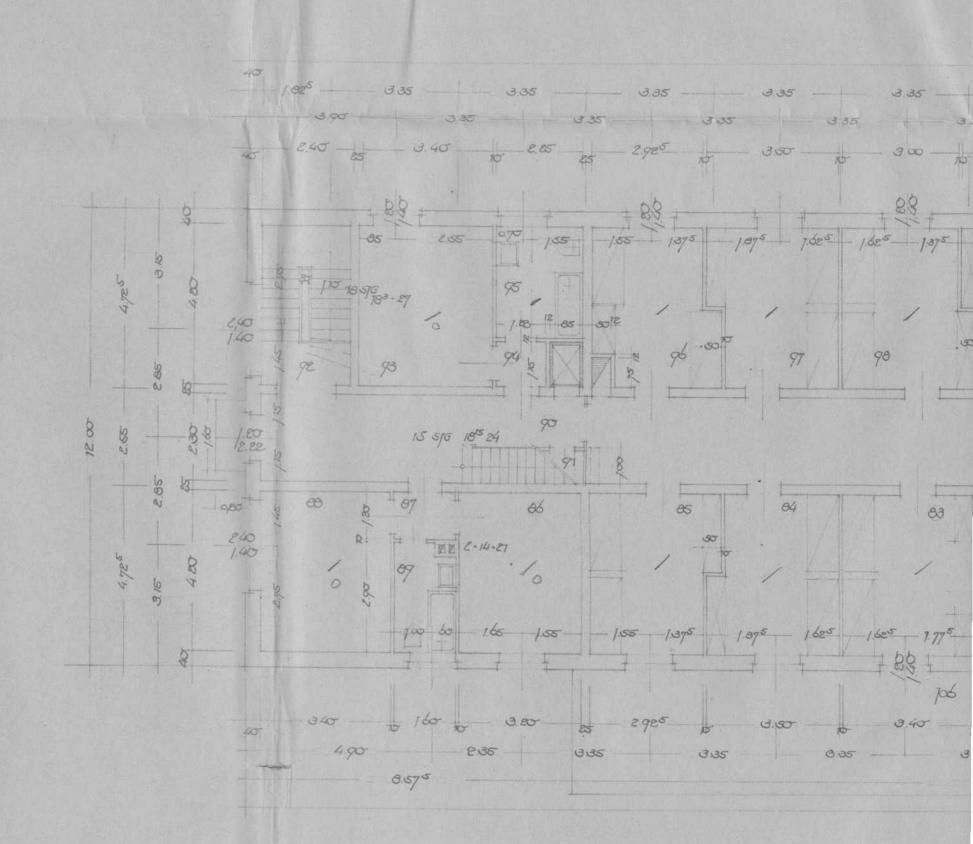
Mainz-Kastel Eleonorenstraße 64

Gossner

Mainz-Kastel Eleonorenstraße 64

Gossner Mission

NEUBAU DER GOSSNER MISSIC



ZIMMERTÜREN: 0.90. 203 W.C. U. KAMMERTÜREN 0.80. 203

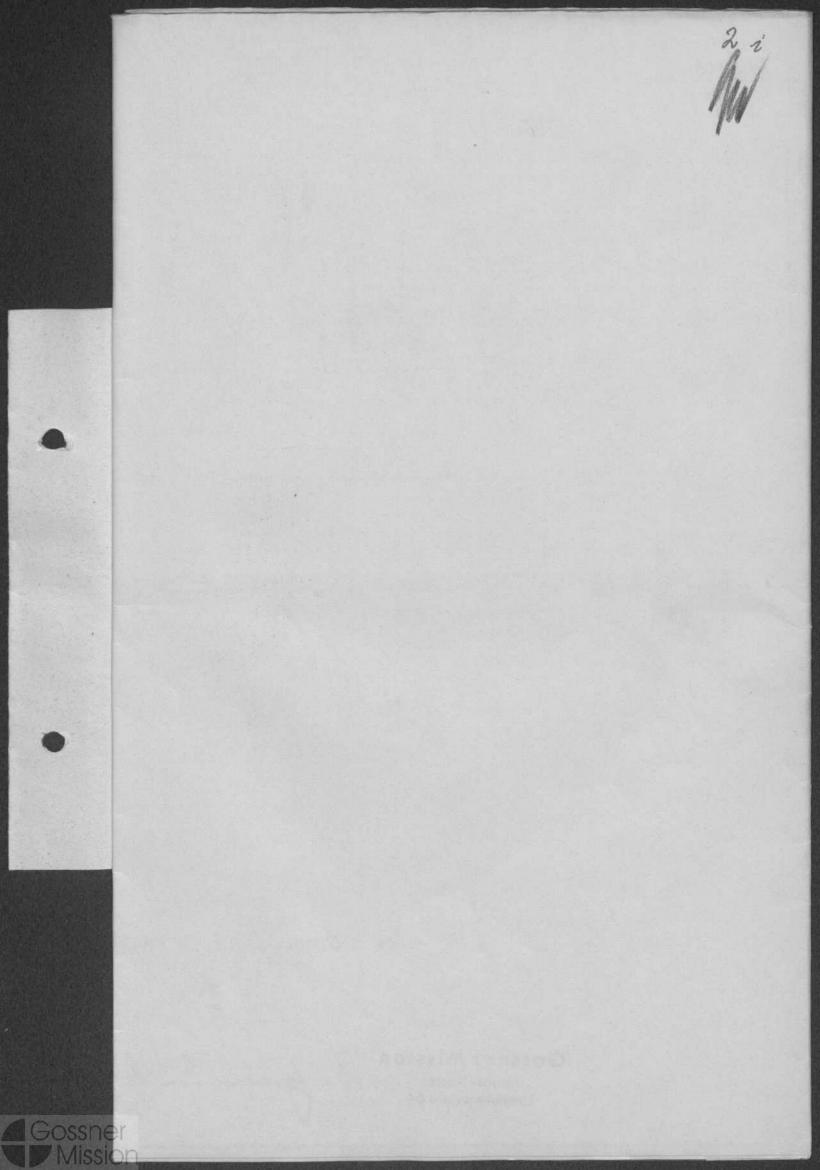
FRANKFURJAM., MAI 1953

DEL GEUNDSJÜCKSEIGENJÜMER:

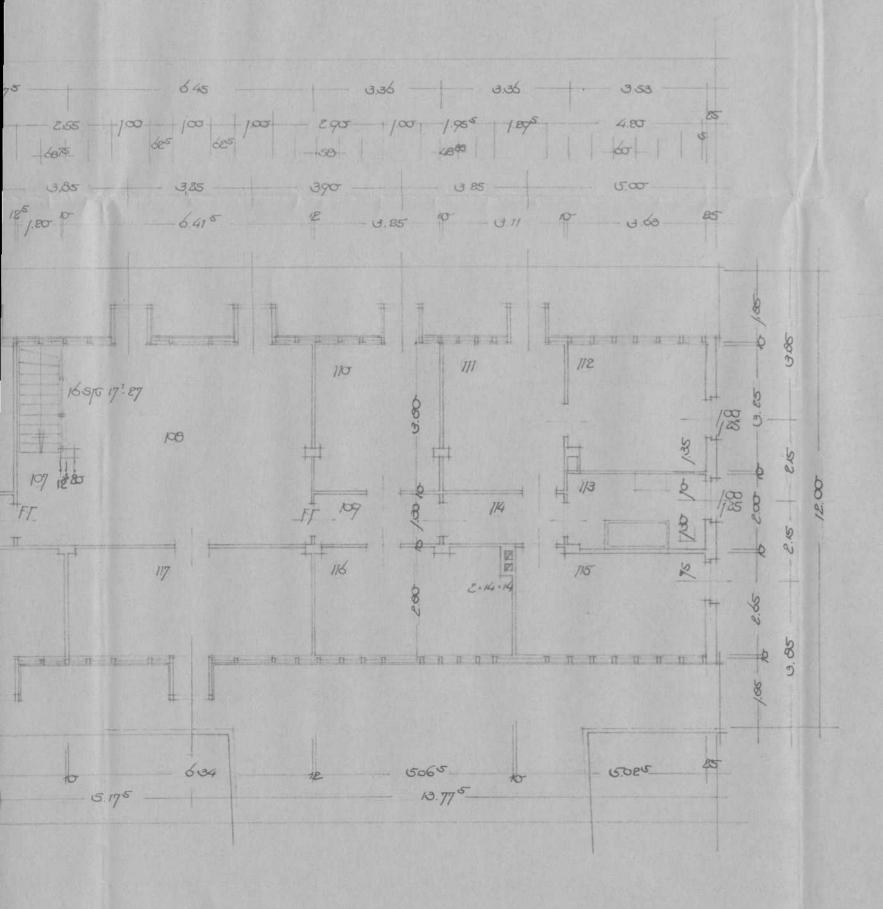
Gossner Mission

Mainz-Kastel
Eleonorenstraße 64

Gossner Mission



VZ - KASTEL, GENERAL MUDRASTRASSE



- DY PEPPENABUANG
- pos Spieleaum
- 109 Flue
- TO STUDENTENZIMMER
- III STUDENJENZIMMER
- 112 STUDENTENZIMMER
- 13 BAD
- 174 FLUR
- 115 STUDENTENZIMMER
- THE DUNKELKAMMER
- 117 BETTEN MAGAZIN
- 118 FLUR
- 17 MOBEL MAGAZIN
- 120 ZIMMER
- 121 MAGAZIN
- 122 FROCKENBODEN
- 183 flue
- 124 WASCLEKAMMER
- 185 ZIMMER
- 186 Flue
- 187 ZIMMER
- 180 ZIMMER
- 129 WASCIEAUM
- BO W.C.
- BI RESERVE

BAULERR!



Zum Baubescheid 124. Aug. 1954 Stedtbavemtment

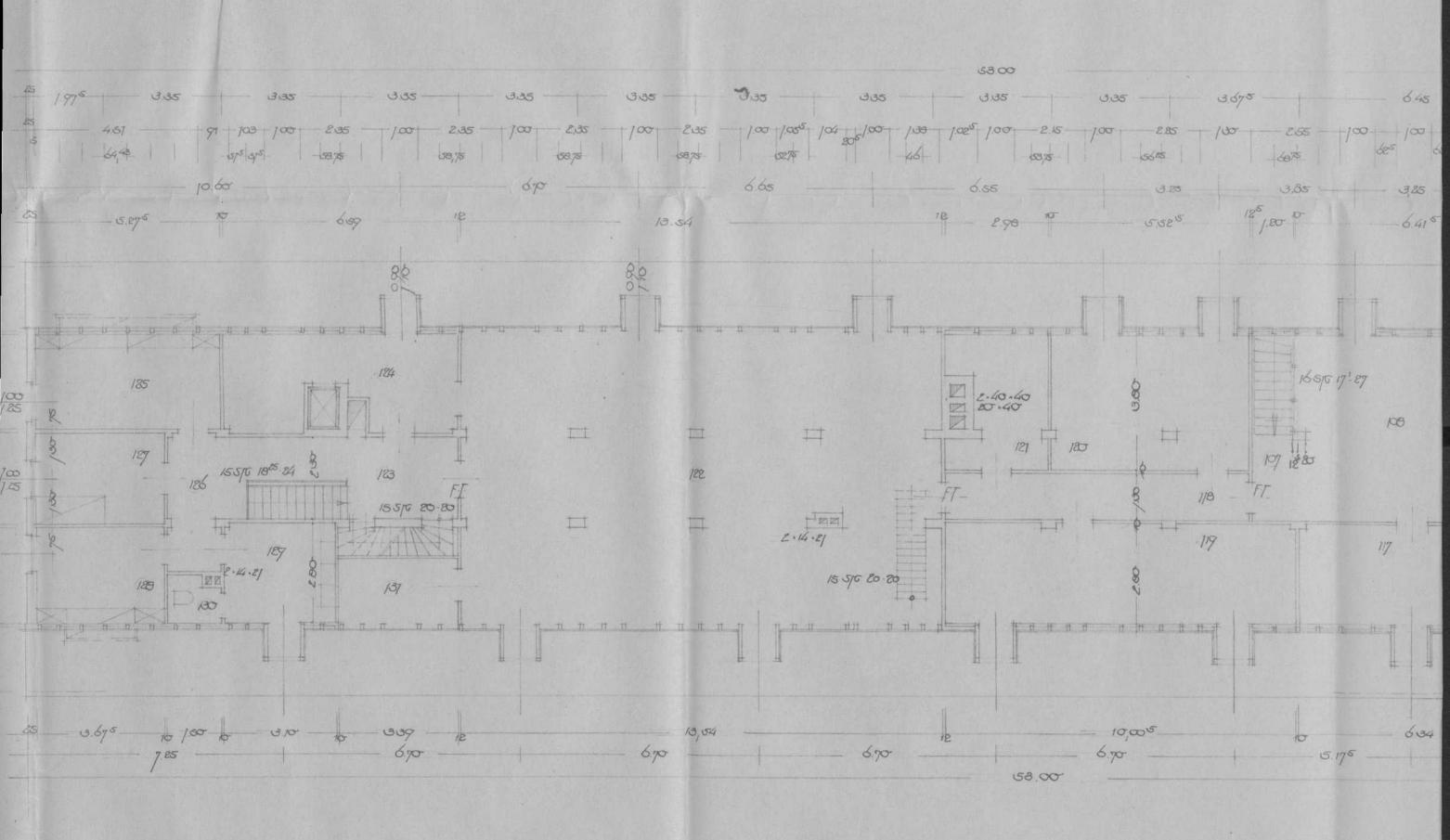
ARCHITEKT:

ARCHITEKT, DIPL .- ING. FRITZ LEHRECKE FRANKFURT A. MAIN WESTENDSTRASSE 2/L TELEFON 73593 ARCHITEKT, DIPL ING.

FRANKEURT A. MAIN SANGSTRASSE 100

NEUBAU DER GOSSNER MISSION, MAINZ-KAS

DACHGESCHOSS M 1:100



DER GEUNDSJÜCKSEIGENFÜMER!

DER BAU

Gossner Mission

Mainz-Kastel

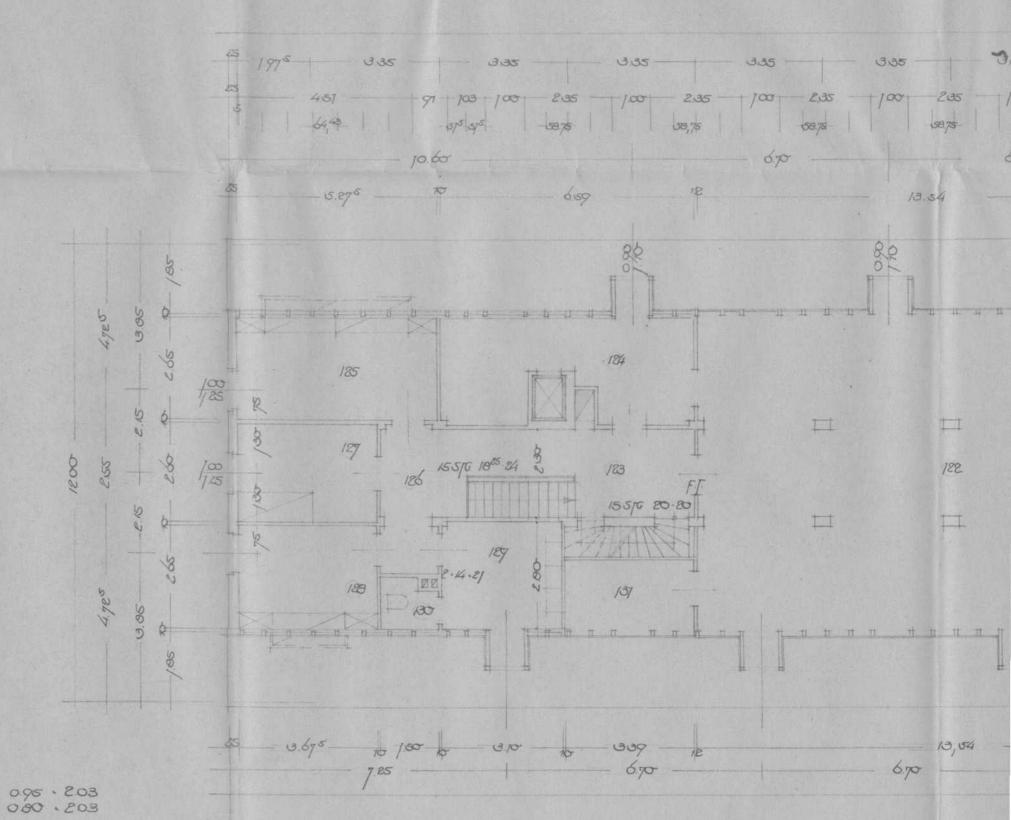
Eleonorenstraße 64

H. Gruanovski.

Gossner Mission
Mainz-Kastel
Eleonorenstraße 64

H. Gruon

NEUBAU DER GOSSNE



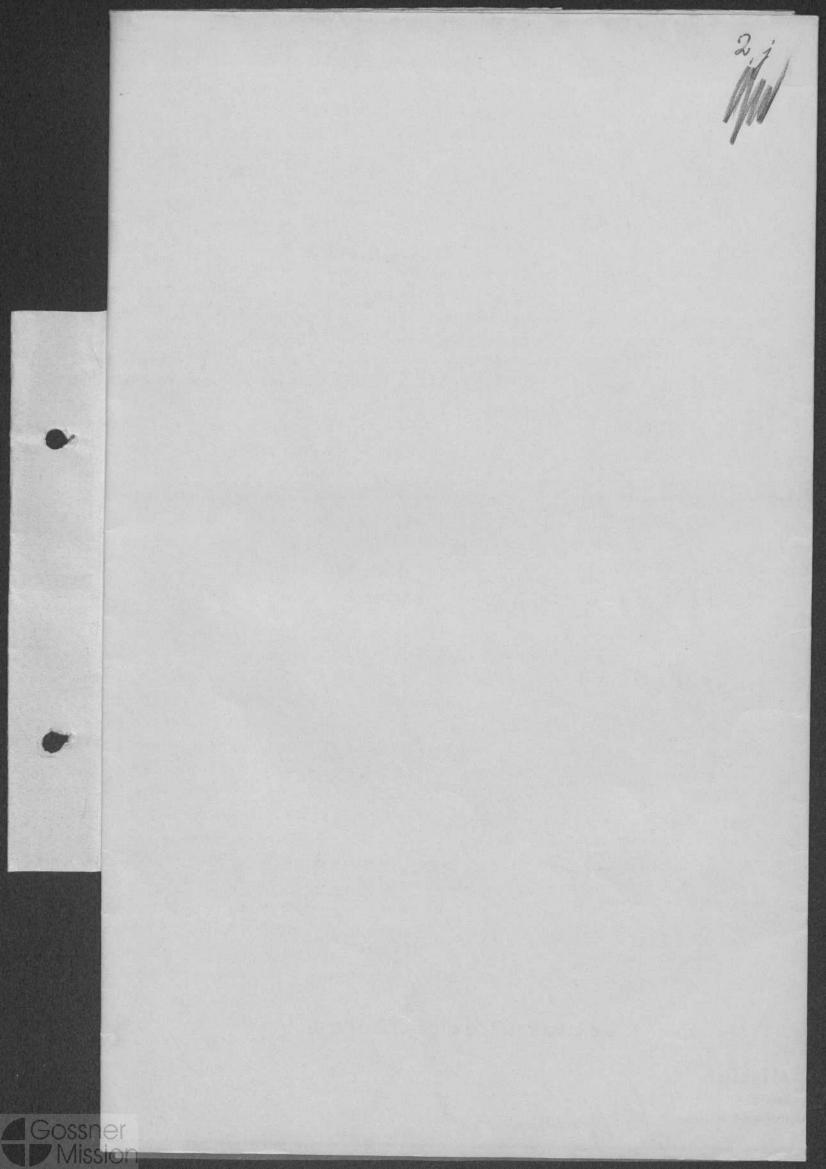
WC. U. KAMMEEJÜREN 0.95 . 2.03

FRANKFURJAM. MAI 1953

DER GEUNDSJÜCESEIGENJÜMER

Gossner Mission Mainz-Kastel Eleonorenstraße 64

5



MISSION, MAINZ - KASTEL - STRASSE UFRIEDIGUNG M 1:100

wiejschaffseingang

wierscraffstof Gepflasfeer

SCILACKENAUFZUG

上上路局

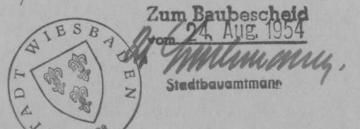
G e U N F L À CIE

40/0540 3.15 40

AUSFÜLEUNG WIE VORLANDENE EINFEIEDIGUNG AM FORF LESSEN!

DER BAUTERR!

r Mission H. humanonhic



DER ARCHITEKT FRITZ LE

ARCHITEKT, DIPLING.
ARCHITEKT, DIPLING.
FRITZ LEHRECKE
FRANKFURT A. MAIN
FRANKFURT A. MAIN WESTENDSTRASSE 271
WAFSGANGSTRASSE 109
TELEFON 7,3593

YELEFON 528 85 CUMULO

NEUBAU DER GOSSNER MISSION, MAI GENERAL MUDRA - STRASSE VORGARTENPLAN UND EINFRIEDIGUNG M 1:100

HAUPJEINGANG

LOKSEINWÜRFE SCHACKENAUFZUG

FARESPREIFEN

G E ÜN FLÄCIE

ANSICUT GENERAL MUDRA - STRASSE AUSTUTEUNG WIE VORTANDENE EINFRIEDIGUNG AM FOR

DER GRUNDSJÜCKSEIGENJÜMER!

GENERAL MUDRA - STRASSE

Gossner Mission

Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64

H. Granoshi.

DER BAUGERR!

Gossner Mission

Mainz-Kastel

GRUNFLACIE

Mainz-Kastel
Eleonorenstraße 64

H. Grnanorski.

NEUBAU DER GOS GENERA VORGARJENPLA

AM FORT HESSEN

VORIANDENER BAUM

GENERAL MUDRA - STRASSE

FRANKFURJAM. MAI 1953

DER GRUNDSJÜCKSEIGENJÜMER!

ANSICUT

Gossner Mission

Mainz-Kastel

Eleonorenstraße 64

H. Grnanorski.

Gossner Mission

Abzeichnung der Flurkarte

Gemeindebezirk Wiesbaden

Liegenschaftsbuch Nr.

Grundbuch-Band 47 Blatt 2/77

Der alte Bestand ist in schwarzer, der neue Bestand in roter Farbe eingetragen

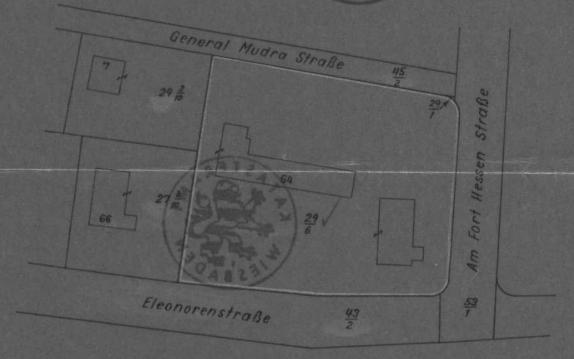
Flur (Flurkarte)

Ungef. Maßstab 1: 1000

Ausgefertigt_

den 7 Aug. 19 52

Catasterami



Flurstuck 29/6 - Gossnersche Missionsgesellschaft Berlin - Friedenau

27 2/10 - Petzold, Erich, Regierungsbaumeister

29 2/10 - Flörsheimer, August, Verwaltungsinspektor v. Ehefrau in Kostheim

Gebühren:

4 DM 50 Pf. bezahlt. Geb. B. Nr. 4575 9

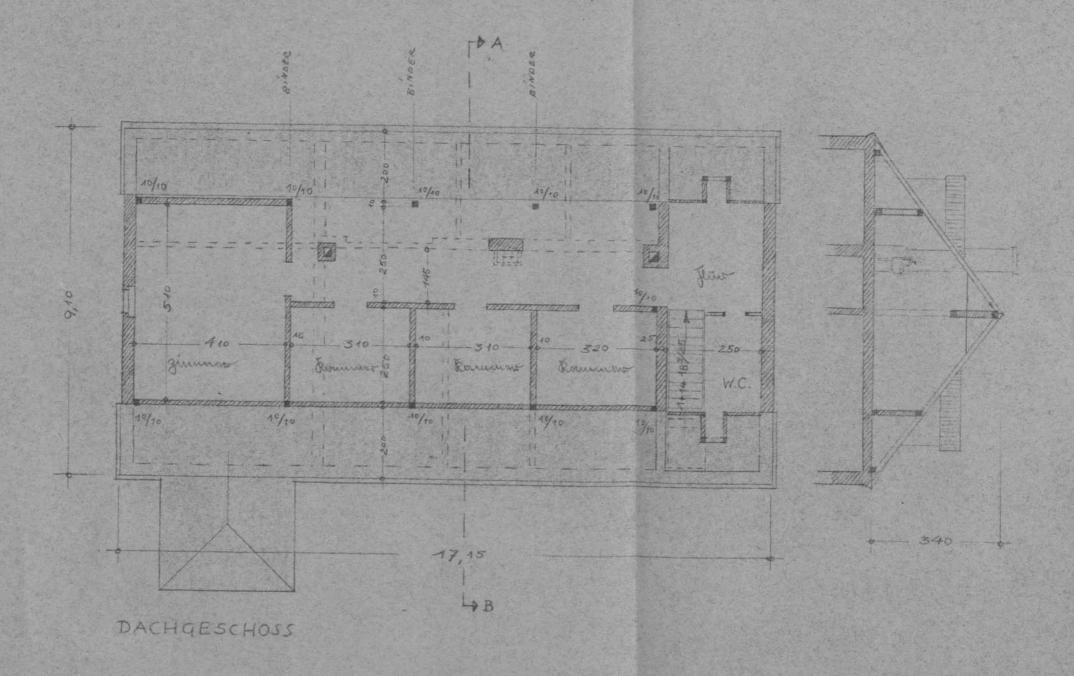
*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

Gossner Mission

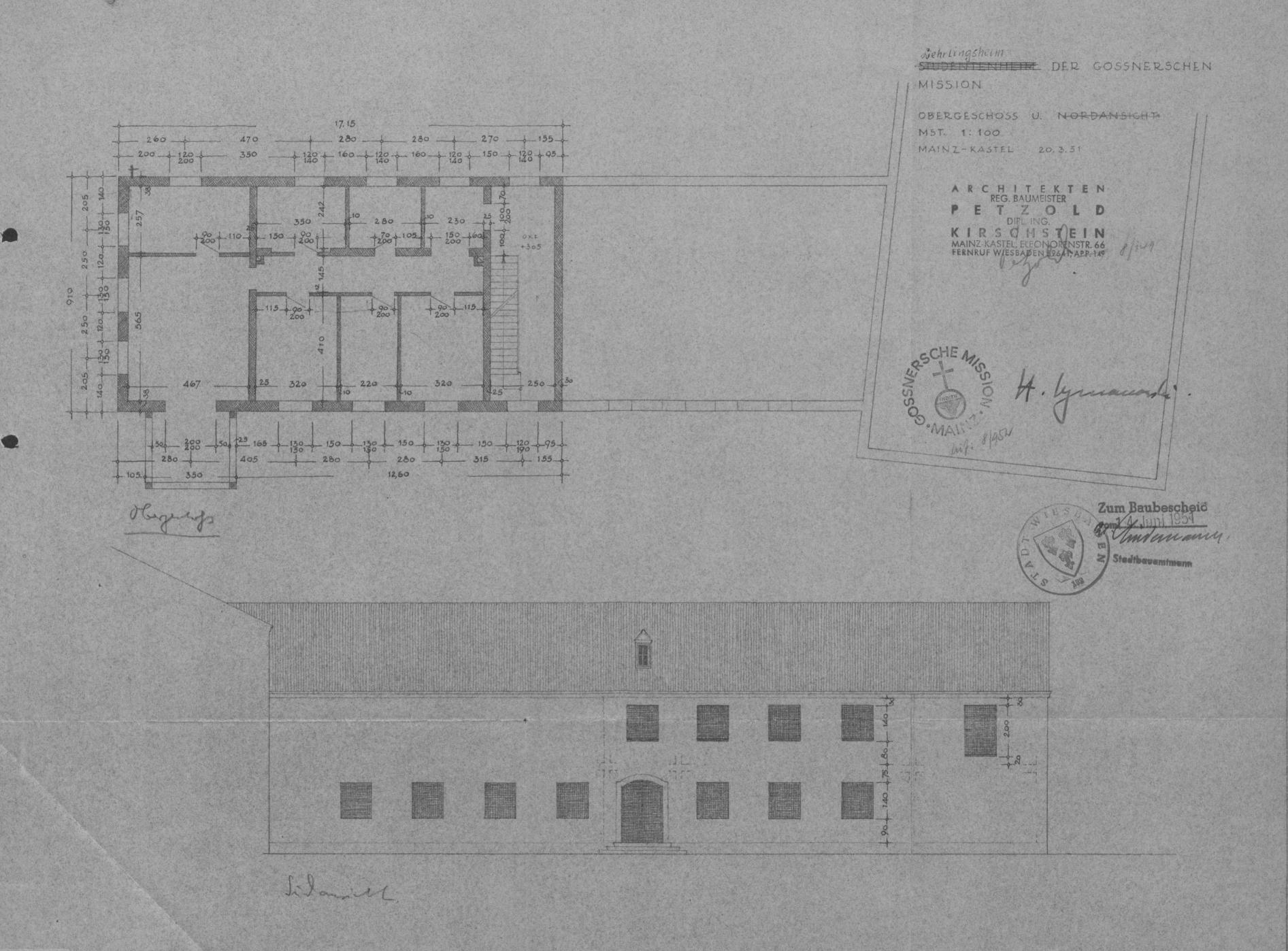
0

.

GOSSNER MISSION, WIESBADEN-KASTEL

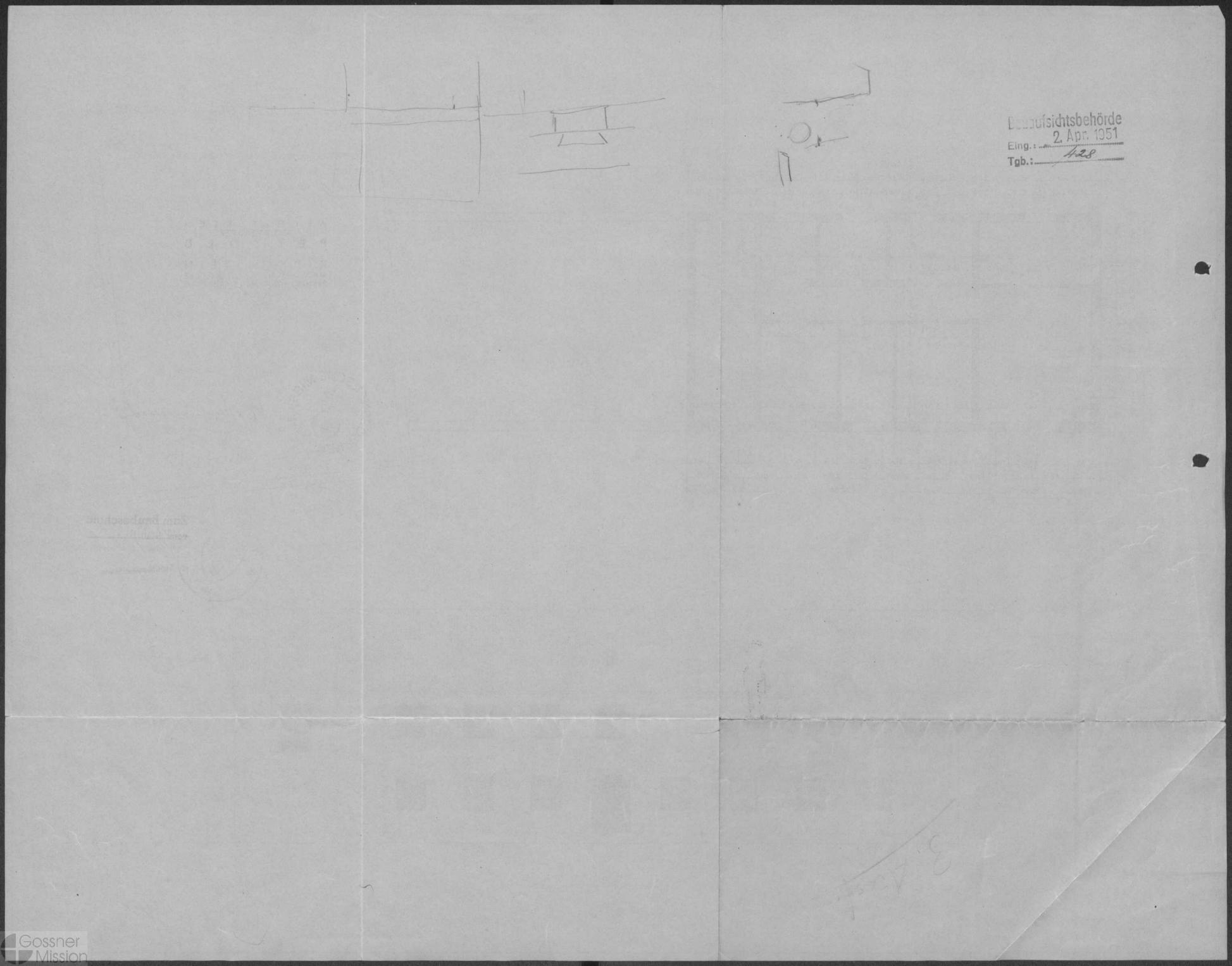


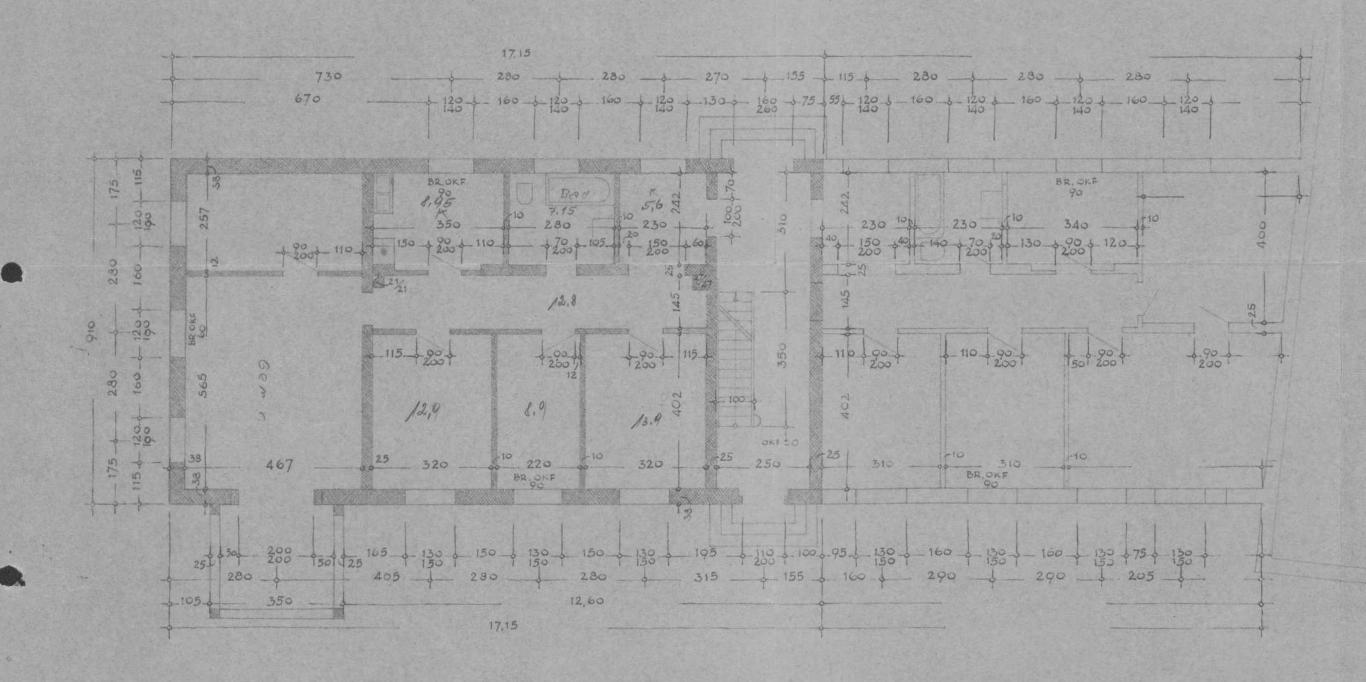
Gossner
Mission

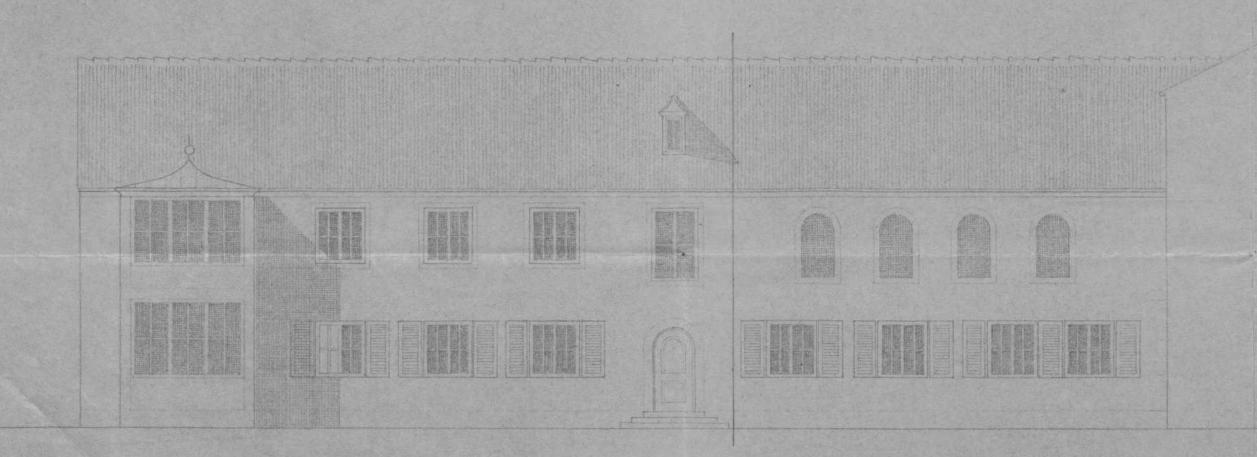


Gossne

478.58









DER DER

GOSSNERSCHEN

MISSION

ERDGESCHOSS U. SUDANSICHT M. 1:100

MAINZ-KASTEL DER ARCHITEKT

DER BAUHERR

REG. BAUMEISTER

PETZOLD

DIPLING.

KIRS C/14 STEIN

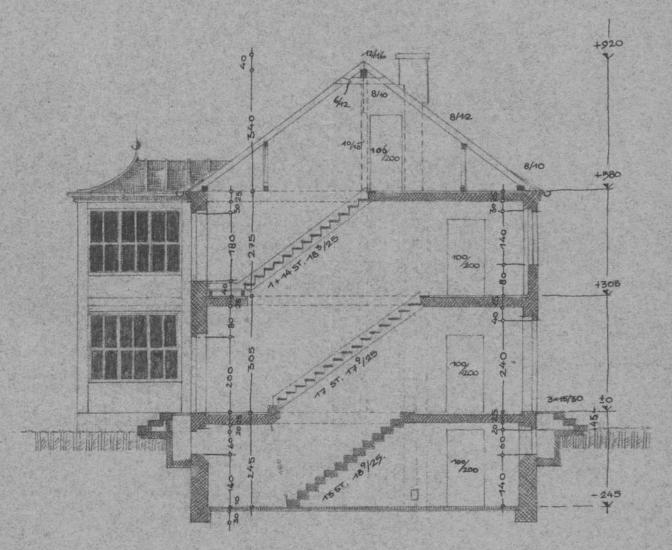
MAINZ-KASTEV, ELEONORENSTR. 66

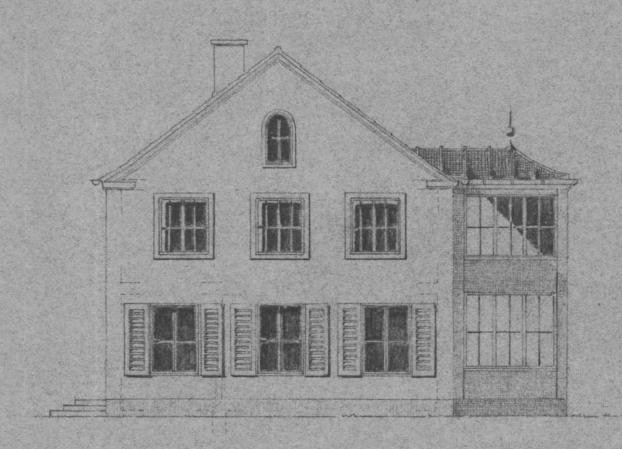
FERNRUF WIESBADEN 59641 APP. 149

Som Sambascheid

Bauaufsichtsbehörde Eing., 2. Apr. 1951 Tgb.: #28

Gossner





SCHNITT.

ANSICHT.

aum Daubescheid

Stadtbauamtmann

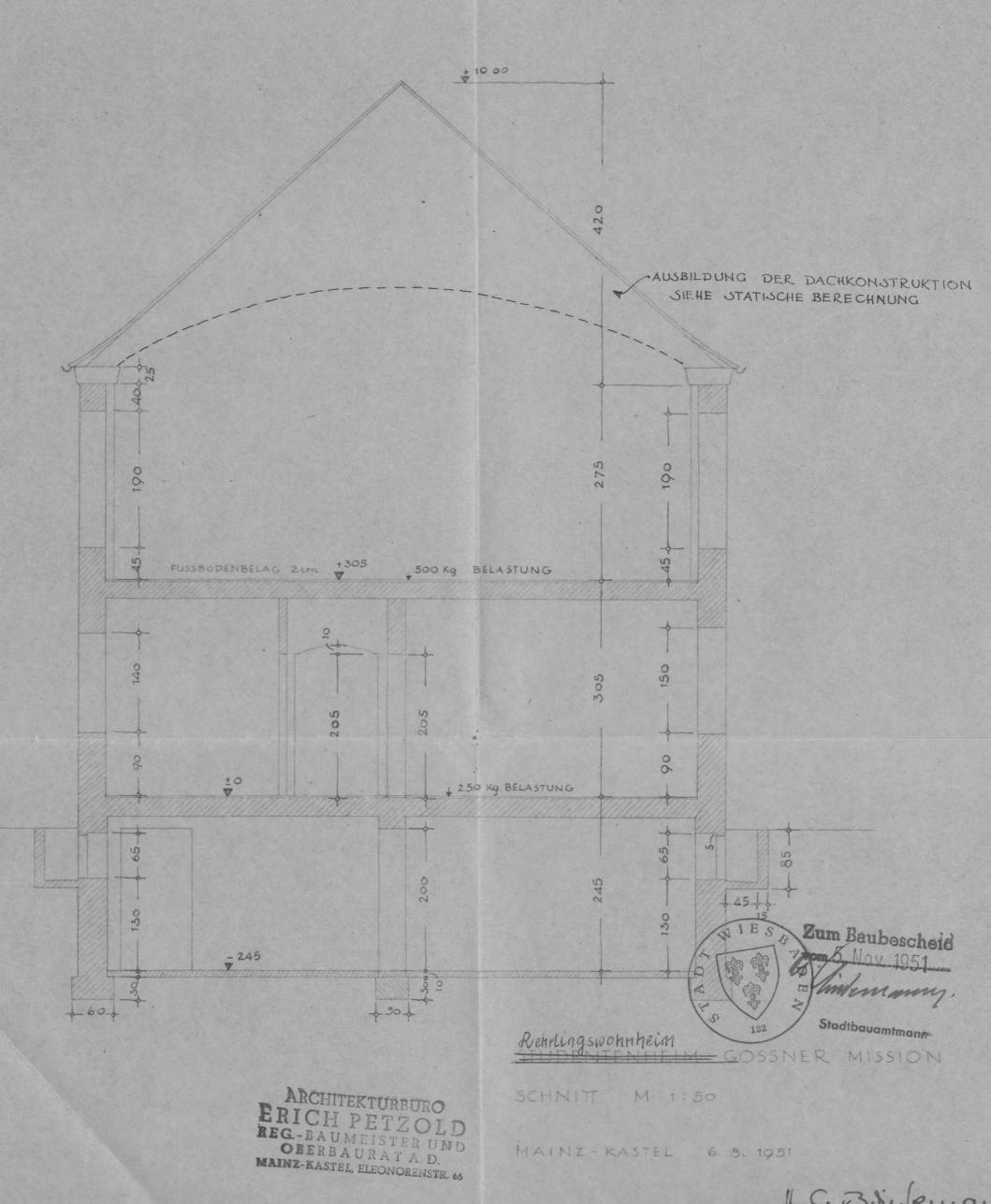
Lehrlu Jungarb. Wehnheim STUDENT ENHELM DER GOSSNED'SCHEN MISSION SCHNITT UND ANSICHT SÜD-WEST M: 1:100

MARZ 1951 KASTEL

DIE ARCHITEKAEN CALTE K

Bauaufsignsbehörde Eing.: 2. Apr. 1951 Tgb.: 428

Gossner Mission



4. C. Brinkmann

Ch.

Bauaufsichtsbehörde Eing. 21. Aug. 1951 Tgb.: /399 (zü. 428)

Lehrlingsheim

DER GOSSNERSCHEN MISSION

ANSICHT VON SUD-WESTEN
M. 1:100

ARCHITEKTURBURO REG. - BAUMEISTER UND OBERBAURAT A.D. MAINZ-KASTEL, ELEONORENSTE. 66 Zum Baubescheid A Stadtbauamtmann

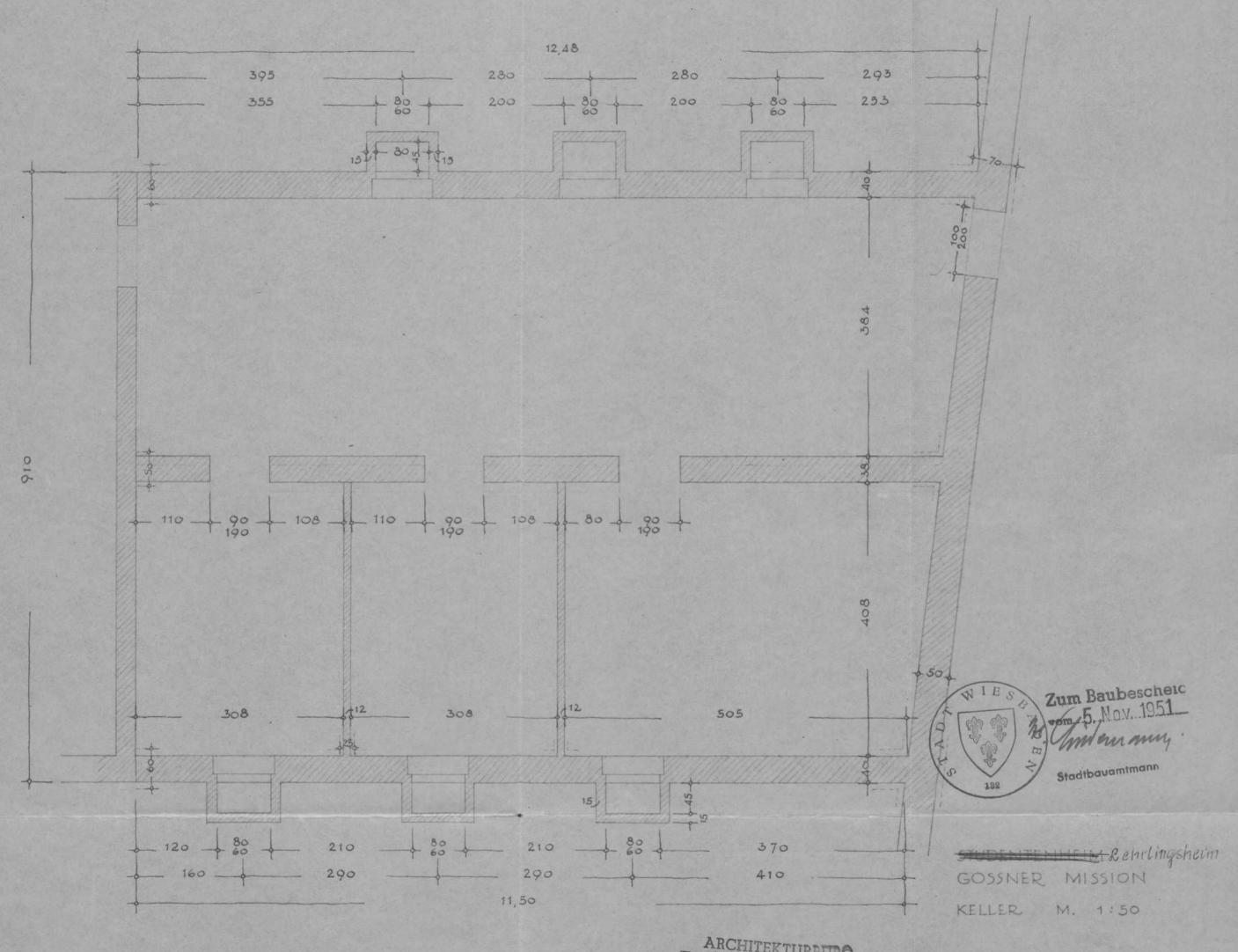
MAINZ - KASTEL 7. 8. 1951

H.C. Brukmann

Gossner Mission

P

Bauaulsiansbehörde Eing. 21. Aug. 1951 Tgb.: 1399 (3ú 428)



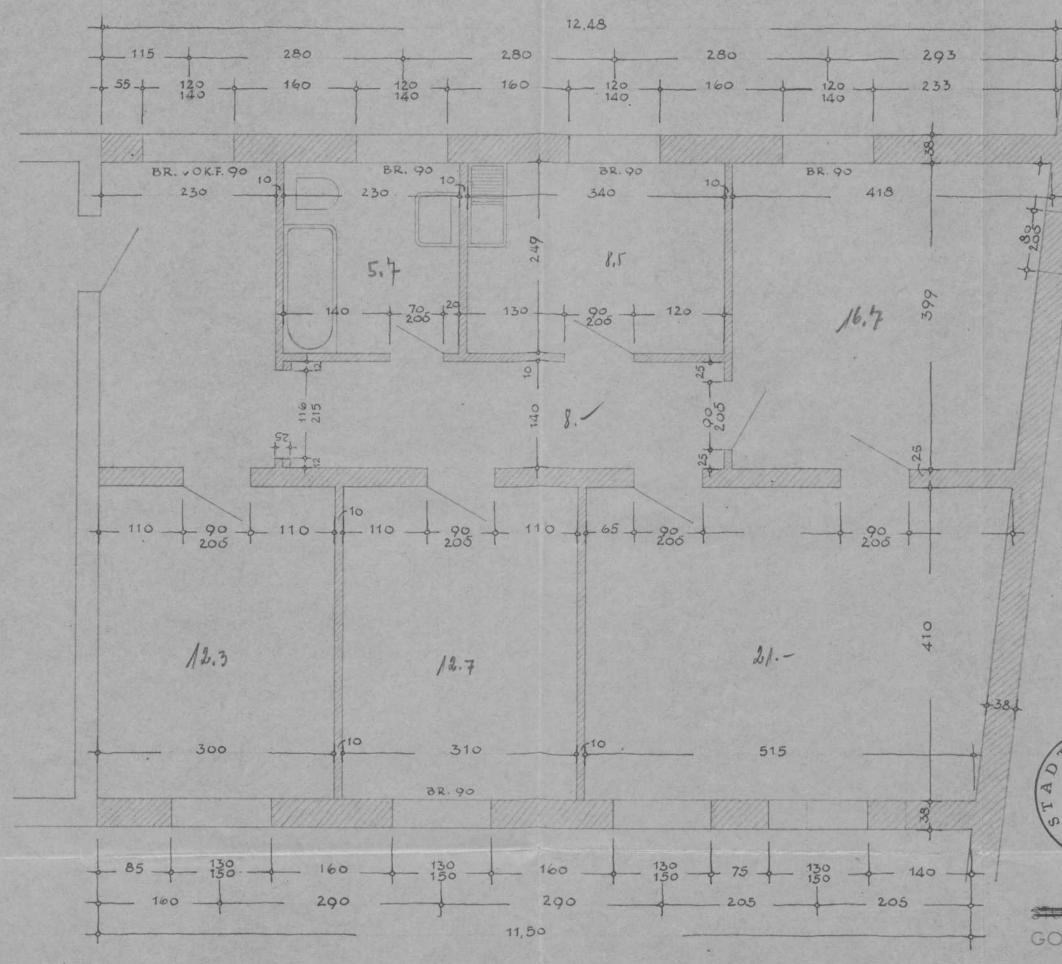
BAUABSCHNITT 18

ARCHITEKTURBURO
ERICH PETZOLD
REG.-BAUMEISTER UND
OBERBAURATA.D.
MAINZ-KASTEL, ELEONORENSTR. 66

MAINZ - KASTEL 2.8.51

4. C. Brukemann

Bauaussichtsbehörde Eing., 21. Aug. 1951 Tgb.: /399 (git 428)



W I E Zum Baubescheid 5. Nov. 1951 howemany Stadtbauamtmann

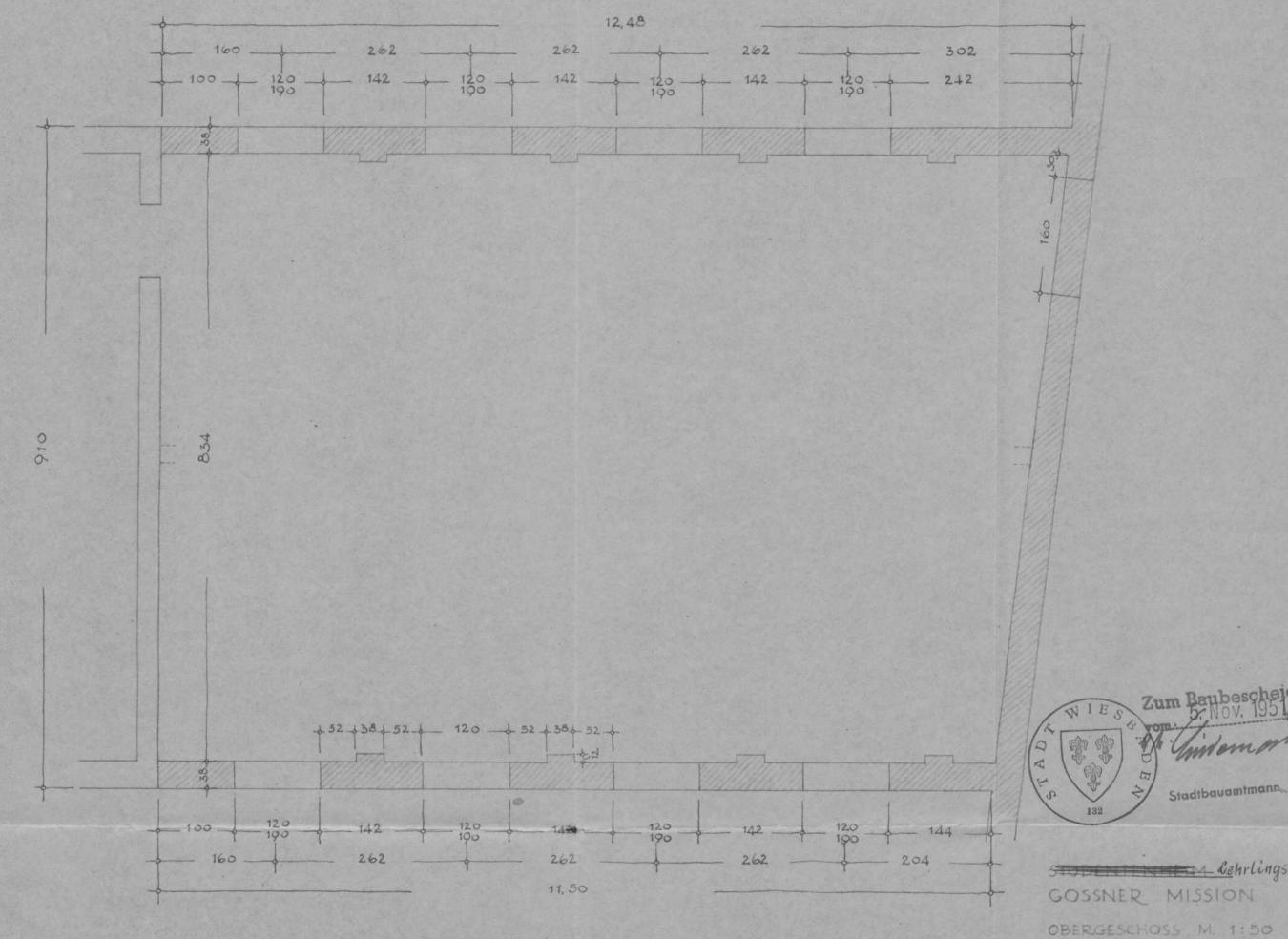
e hrlingsheim GOSSNER MISSION ERDGESCHOSS M. 1:50

ARCHITEKTURBURG
ERICH PETZOLD
REG.-BAUME16TER UND
OBERBAURATA.D.
MAINZ-KASTEL, ELEONORENSTR. 66 MAINZ - KASTEL 3.8.51.

BAUABSCHNITT 18

4. C. Brinkemann

Bauaulsichtsbehörde Eing. 21. Aug. 1951 Tgb.: (399 (34 528)



BAUABSCHNITT 1B

ARCHITEKTURBURO ERICH PETZOLD

REG.-BAUMEISTER UND

OBERBAURAT A. D.

MAINZ-KASTEL, ELEONORENSTR. 66 STODELLE MEM Lehrlingsheim

MAINZ - KASTEL 4. 8. 51

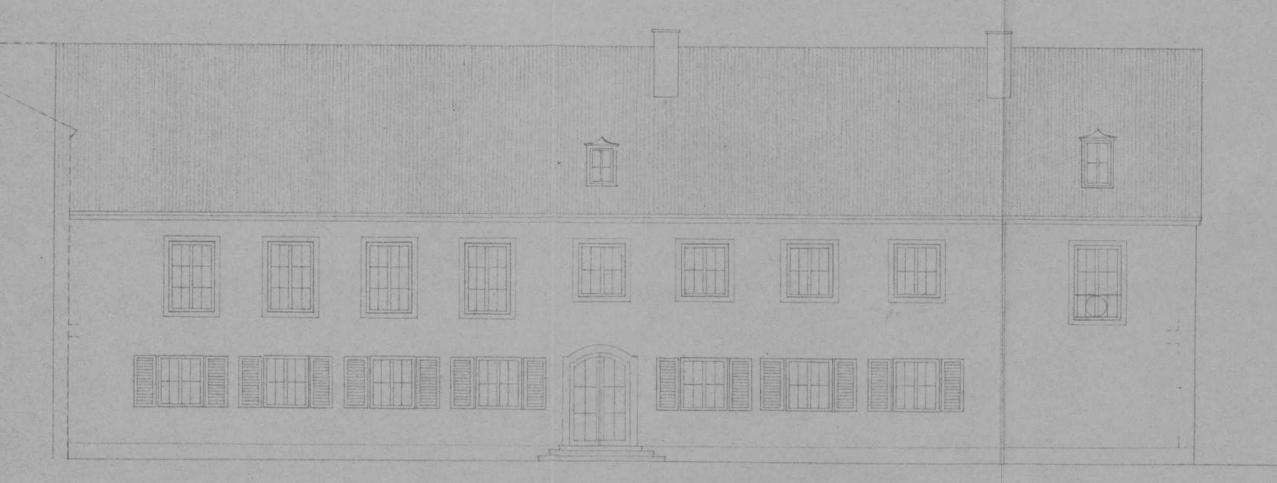
1. C. Brilemain

Bauaulsiúntsbehörde Eing., 21. Aug. 1951 Tgb.: 1399 (yū 428)

Lehrlingsheim

GOSSNER MISSION

NORDANSICHT M. 1:100



MAINZ - KASTEL 4.8.51.

ARCHITEKTURBURO
ERICH PETZOLD
REG.-BAUMEISTER UND
OBERBAURAT A.D.
MAINZ-KASTEL, ELEONORENSTR. 66



Zum Baubescheid

Stadtbauamtmann

Bauaulsianssehorde

Eing.: 21. Aug. 1951

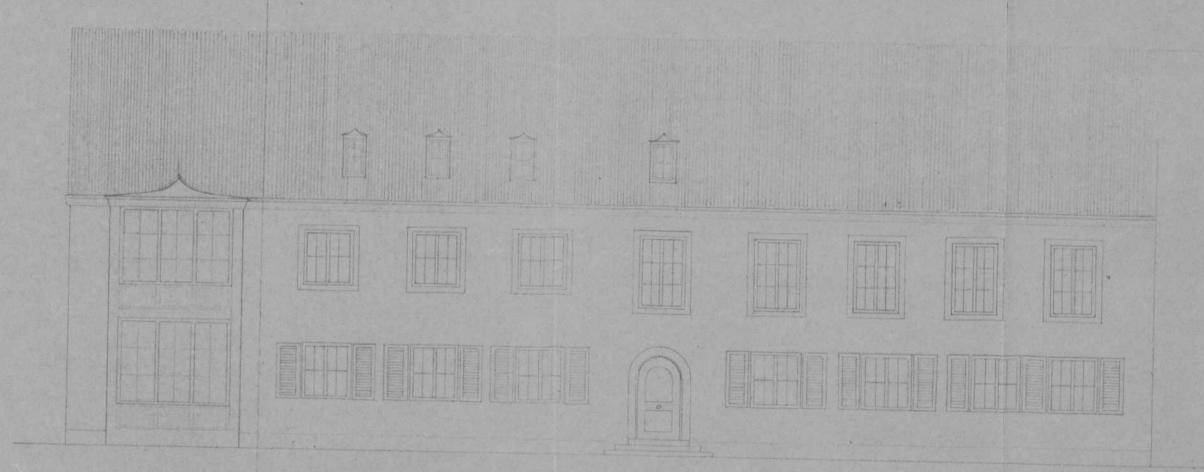
Tgb.: /399 (yii 428)

Jon/4-8

Lehrlingsheim

GOSSNERSCHE MISSION

SUDANSICHT M. 1:100



MAINZ - KASTEL 4.851.

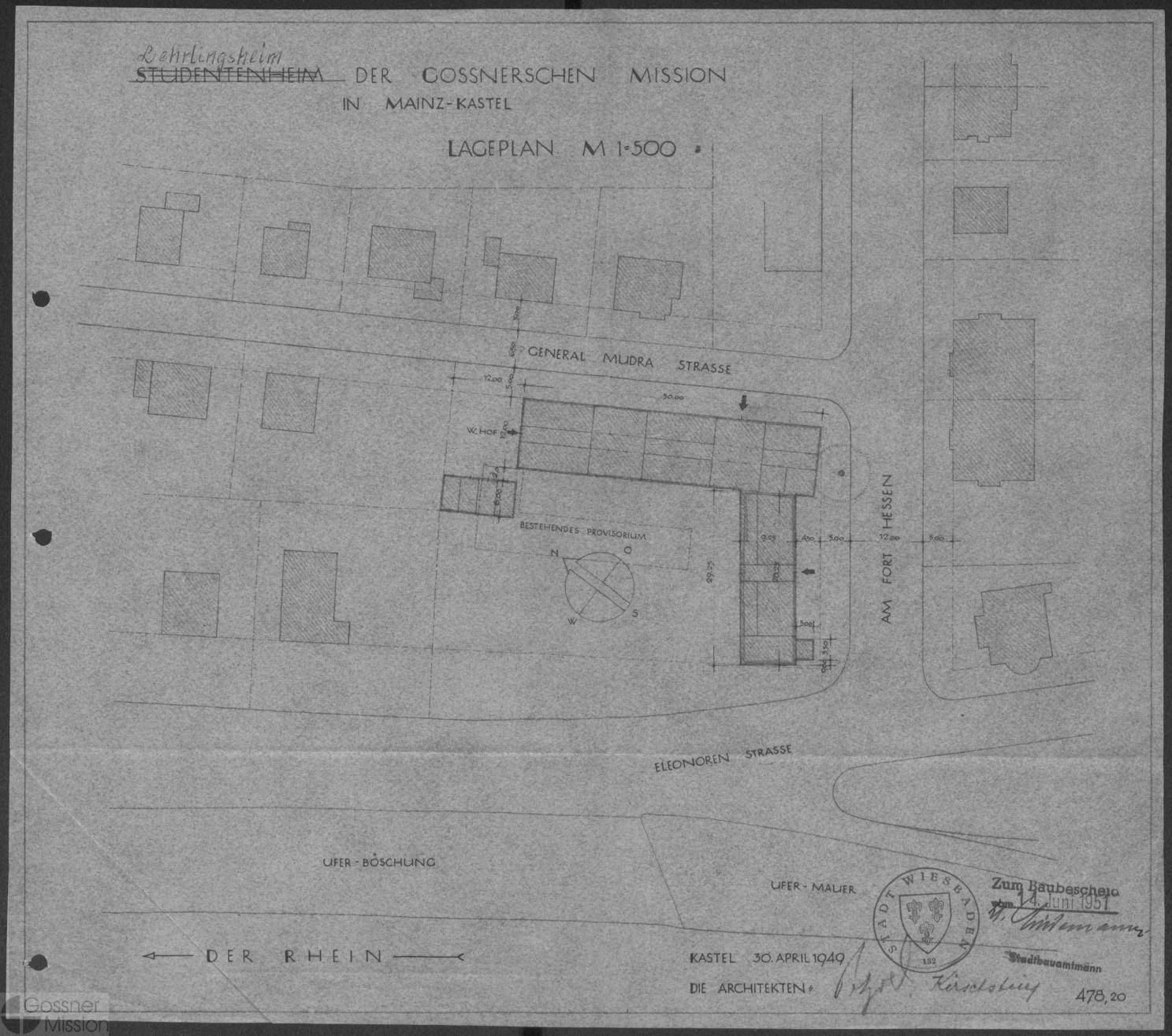
ARCHITEKTURBURO
ERICH PETZOLD
REG-BAUMEISTER UND
OBERBAUBATA D.
WANNZ-KASTEL ELECHIORISTER 66



Zum Baubescheid
5. Nov. 1951
Internamy

Stadtbauamtmans

Bauaufsichtsbehörde
Eing 21. Aug. 1951
Tgb.: /399 (36 428)



LAGEPLAN M 1=5000 EHEMALIGER PIONIER UBUNGSPL. PETERS - ALE Rehrlingsheim DER GOSSNERSCHEN MISSION KASTEL 5. JAN. 1948 478,1

Kaufvertrag.

U.R. Nr. 1061/1949

Mainz, den 27. Okt. 1949

Vor dem Notar Ludwig Köbeler mit dem Amtssitz zu Mainz, erschienen, dem Notar bekannt,

- 1. Herr Georg Schöffel, Stadtamtmann, wohnhaft in Mainz, handelnd gemäss anliegender Vollmacht als Bevollmächtigter des Herrn Oberbürgermeisters der Stadt Mainz. dieser als Vertreter der Stadt Mainz;
- 2. Herr Pastor Horst Symanowski, Mainz-Kastel, Eleonorenstrasse 64, handelnd hier gemäss anliegender Vollmacht als Revollmächtigter der Gossnerschen Missionsgesellschaft, Berlin-Friedenau,

Die Erschienenen erklären:

I. Kaufvertrag . -, -, -, -, -, -, -

Die Stadt Main: verkauft an die Gossnersche Missionsgesellschaft, Berlin-Friedenau, das Grundstück der Gemarkung Kaetel

Flur Ia mr. 29/6 - 3901 qm Bauplatz Eleonorenstrasse,

das gebildet wird aus den Grundstücken der Gemarkung Kastel, eingetragen im Grundbuch für Kastel Band 24 Blatt dd40

Flur Ia Nr. 29/3 - 1685 qm Bauplatz am Fort Hessen Nr. 42/2 - 33 qm Bauland allda Nr. 42/1 - 32 qm Bauland Eleonorenstrasse Nr. 43/1 - 27 qm Bauland allda Flur Ia

Flur Ia Flur Ia

Nr. 29/4 - 945 gm Bauland allda Flur Ia Nr. 29/5 - 1179 qm Bauplats allda Flur Ia

zum Preise von DM lo, -/qm = DM 39.010, - (Neununddreiseigtausend-und zehn deutsche Mark) frei von Geländestellung- Strassen- und Kanalbaukosten, und unter folgenden

Bedingungen: -,-,-,-,-,-,-,-,-,-,-,-,-,-,-

- 1. Die Veräusserung erstreckt sich auf das Zubehör des Grundstückes, dessen Zustand dem Käufer genau bekannt ist.
- 2. Die Gebergabe erfolgt sofort. Das Eigentum geht mit der Eintragung ins Grundbuch, die Gefahr mit der Vebergabe auf den Erwerber über.

- 3. Für den angegebenen Plächeninhalt haftet die Verkäuferin nicht. Käufer ist nicht verpflichtet, einen etwaigen Mehrgehalt herauszugeben oder wegen desselben einen höheren Kaufpreie zu zehlen.
- 4. Für die Freiheit des Grundstückes von Rechten Dritter wird gehaftet, nicht aber für die Freiheit von Grunddienstbarkeiten; der Stadt Mainz sind solohe nicht bekannt.
- 5. Die auf dem verkauften Grundstück ruhenden öffentlichen Abgaben und Lasten gehen mit dem ereten Oktober 1949 auf die Gossnersche Missionsgesellschaft über.
- 6. Auf Bintragung einer Auflassungsvormerkung wird verzichtet.
- 7. Die Kosten der Beurkundung, der Auflassung und Sintragung und die Grunderwerbesteuer belasten die Brwerberin, ebenso die Abmarkungs- und Vermessungskosten.
- 8. Der Verkauf erfolgt unter Vorbehalt sämtlicher hierzu erforderlichen behördlichen Genehmigungen. Der Notar wird von
 den Beteiligten ermächtigt, diese für sie zu beantragen sowie
 in Empfang und zur Kenntnis zu nehmen.
- 9. Nach dem Hinweis des Notars auf die Bedeutung der eidesetattlichen Versicherung und auf die Strafbesti-mmung des § 156 St.G.B. und nach dem Hinweis des Notars auf das Gesetz 52 der Militärregierung und seine Strafbestimmungen versichern die Brachienenen an Rides statt:

Es wird durch die beantragte Bintragung und das ihr zugrunde liegende Rechtsgeschäft weder ein Recht noch ein Anspruch hinsichtlich Besitz oder Rigentum einer Person übertragen, deren Vermögen von der Militärregierung gesperrt ist, noch der Nert solchen Vermögens vermindert oder beeinträchtigt. Es ist uns bekannt, dass auch dieSperre nach dem Befreiungegesetz vom 5.3.1946 und seinen Durchführungsbestimmungen einer Sperre durch die Militärregierung gleichkommt.

los Die Gozenersche Missionsgesellschaft unterwirft sich wegen aller Zahlungsverpflichtungen der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde persönlich, hinsichtlich der Hypothek auch in der Weise, dass die Zwangsvollstreckung gegen den jeweiligen igentümer des Grundstückes zulässig sein soll. Der Nachweis der Fälligkeit ist der Verkäuferin erlassen.

11. Die Gossnersche Missionsgesellschaft ist verpflichtet, mit der Bebauung des Geländes sofort nach Beurhundung des Kaufvertrages zu beginnen und die Bauten innerhalb dreier Jahre,
vom Tage der Beurkundung an gerechnet, bezugsfähig zu erstellen, anderenfalls der Stadt Mainz ein Wiederkaufsrecht zum heutigen Verkaufspreis ohne Zinsvergütung zusteht. Die etwaige
Rückübertragung hat auf Kosten der Gossnerschen Missionsgesellschaft zu erfolgen.

Vor Baubeginn sind die Plüne nicht nur der Baupolizei, sondern auch dem Herrn Oberbürgermeister der Stadt Mainz zur be-

sonderen Genehmigung zu unterbreiten.



12. Die Stadt Mainzshat den bisherigen Mietern und Pächtern des verkauften Geländes gekündigt. Die Gossnersche Missionsgesell-schaft verpflichtet sich, die Stadt Mainz von allen etwaigen Erzatzansprüchen dieser Mieter und Pächter freizustellen.

13. Auf den Kaufpreis ist 1/10 anzuzahlen. Sine Versinsung des verbleibenden Mestkaufpreises von 35.109. – DM erfolgt in Höhe von 3 % vom Tage der Beurkundung des Kaufvertrages an, zahlbar in vierteljährlichen Maten auf die K alendervierteljahresersten und zwar nachträglich, erst-malig am 1.1.1950. Am 1.10.1954 ist ein weiteres Zehntel fällig und so fort immer am 1.10. jeden folgenden Jahres bis zur völligen Tilgung. Vom 1.10.1954 werden für den jeweils geschuldeten Mestbetrag die Zinsen berechnet, die die Städtische Sparkasse Mainz jeweils für erststellige Hypotheken nimmt. Die Gossnersche Missionsgesellschaft verpflichtet sich der Gläubigerin gegenüber, die Resthaufpreishypothek von 35.109, – DM löschen zu lassen, wenn und eoweit sie sich mit dem Eigentum in einer Ferson vereinigt.

14. Die Verkäuferin verpflichtet sich für den Fall, dass sie von dem ihr nach Ziffer 11 eingeräumten Wiederkaufsrecht Gebrauch macht, dem Herrn Oberbaurat Petsold in Mains-Kastel das für diesen ohnehin eingetragene Vorkaufsrecht im alten Umfange wieder zu beetellen.

Gleichzeitig war erschienen der dem Notar bekannte Herr Oberbaurat Erich Petzold, wohnhaft in Mainz-Kastel, Eleonorenstrasse 66 und erklärt:

Ioh nehme alles vorstehende für mich an.

II. Auflassung

Wir eind darüber einig, dass das Eigentum an dem verkauften Grundstück auf die Gosenersche Missionsgesellschaft übergehen soll und beantragen die Eintragung der Eigentumsänderung in das Grundbuch.

Das Eigentum ist für die Gosenersche Missionegesellschaft einsutragen.

III. Löschungsantrag

Wir beantragen die Löschung der zu Lasten des verkauften Grundstücks eingetragenen Rechte, so, wie die Berechtigten diese Löschung bewilligen werden. Der gleichzeitig erschienene oben genannte Oberbaurat Petzold bewilligt die Löschung des für ihn auf dem Grundstück Flur Ia Nr. 29/5 eingetragene Vorkauferecht.

IV. Eintragungeantrag

a) Wir bewilligen und beantragen zur Sicherung des Rechtes der Stadt Mainz auf Rickübertragung des Eigentums (Ziffer 11) die Eintragung einer entsprechenden Vormerkung im Grundbuch



zu Gunsten der Stadt Mainz auf Webertragung des Eigentume.

- b) Der dieser Urkunde zugrunde liegende Auszug aus dem Veränderungenachweis des Vermessungsamtes Wiesbaden vom 25. Juni
 1949, Gemeindebezirk Wiesbaden, Gemarkung Kastel, Jahrgang
 1949 Nr. 12, wird von den Beteiligten als richtig anerkannt. Seine Wahrung im Grundbuch wird hiermit beantragt.
- o) Wir bewilligen und beantragen, dass für den unter Ziffer 13 bezeichneten Beetkaufpreis von 35.109, DM samt Zinsen bis zu 6 % auf das verkaufte Grundstück eine Sicherungshypothek für die Stadt Mains eingetragen wird mit dem Zusatz, dass die Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde gegen den jeweiligen Rigentümer des Grundstücks zulässig sein soll. Ferner wird die Eintragung einer Lösdungsvormerkung in das Grundbuch gemäss § 1179 BGB, bewilligt und beantragt.

Der Verkäuferin gegenüber verpflichtet sich die Gossnersche Missionsgesellschaft zur Zahlung der Grunderwerbssteuer sofort nach Anforderung, falls eine solche überhaupt entsteht. Befreiung von der Grunderwerbssteuer wird hiermit beantragt. Die Erwerberin ist als gemeinnütziges Unternehmen anerkannt. Der Ankauf des Grundstücks dient ebenfalls nur gemeinnützigen Zwecken.

Weitere Abreden haben wir nicht getroffen.

Der Notar machte beide Teile auf ihre Haftung für ev. Grunderwerbssteuer aufmerksam, auch darauf, dass Eintragung erst nach Steuer- und Kostenzahlung erfolgt.

Das Grundouch wurde am 12.0.1949 eingesehen.

Dem Notar ist es erlassen, die Beteiligten von dem Vollzuge der Eintragung zu benachrichtigen. Die Nachricht soll an den zur Antragstellung ermächtigten Notar und an die Stadt Mainz ergehen.

Vollstreckbare Ausfertigung für die Stadt Mainz, und zwar ohne Nachweis der eingetretenen Fälligkeit sowie Ausfertigung für die Gossnersche Missionsgesellschaft werden verlangt.

Vorgelesen, von den Brachienenen gemehmigt und von ihnen und dem Notar eigenhändig, wie folgt, unterschrieben:

gez. Georg Schöffel Horst Symanowski Frich Petrold Koatenberechnung Ludwig Köbler, Notar Geschäftswert: 39.010, - DM Geb . 5 29 II 176, - DM Für die Richtigkeit der Abschrift Gen. 138 5, - DM Sas Evangelische Pfarrent von Main. 8 139 Geb. 4. - DM Kastel und Amaneburg Uma. Steuer 5, 55 DM 190.55 DM Notar gez.: Köbler

A b s c h r i f t

Hauptamt für Soforthilfe
- Der Präsident II a-770/23Tgb. Nr. II A - 1167/51

Bad Homourg v.d. Höh, denn21.8.51 Terrassenstrasse 1

An das Jugendwohnheim und Lehrlingsheim der Gossnerschen Mission

in Wiesbaden - Kastel Fleonoren trasse 64

Betr.; Beihilfen zum Zoecke des Auf- und Ausbaus von:
1. Lehrlingswohnheimen
Rezug: Ihr Antrag an das zuständige Landesamt für Sofort-hilfe.

Für Ihr Lehrlingswohnheim stelle ich über das zuständige Landesamt für Soforthilfe zum Zoeche des Aus- und Aufbaus

ON 30.000,-(in Worten: Dreissigtausend DM)

bereit.

Fir das "Verfahren" und die "Bewirtschaftung der Mittel" gelten die Abschnitte III und IV meiner als Anlage beigefügten Weisung.

Mit der Inanspruchnahme der der bereitgestellten Mittel übernimmt der Heimträger die in Abschnitt II meiner Weisung festgelegten Verpflichtungen. Das Hauptamtkhält sich vor, Massnahmen zur Sicherung der Ansprüche der Geschädigten gegenüber dem Heimträger im Rahmen der gewährten Bei hilfe zu treffen. Der Heimträger ver pflichtet sich jederzeit zur Auskunftserteilung. Im Falle der Zweckentfremdung oder des späteren Verhaufs des Heimes ist der ausgezehlte Betrag dem Soforthilfefonds zurückzuzahlen.

Die Verwendung und Verrechnung dieser Mittel müssen bis spätestens 31. 3. 1952 erfolgt sein.

Anlage: 2 Weisungen

Im Auftrage

gez. Un terschrift (Dr. Tyczka)



Der Hessische Minister des Innern - Landesamt für Soforthilfe -

Wiesbaden, den 14.9.1951 Bertramstr. 3 26076/26355 Kl/Sch.

Aktenzel chen: - IX B/4 - 59 j 14/03 - 11910/51

An die Gossnersche Mission Wiesbaden - Kastel Eleonorenstrasse 64

Betr. § Beintlfen zum Zwecke des Aus- und Aufbaus von Lehrlingswohnheimen

Ick kann Ihnen mitteilen, dass es mir gelungen ist, neben der Ihnen vom Hauptamt für Soforthilfe bereits zugesprochenen Beihilfe von

DM 30.000, -

aus einem anderweitig frei gewordenen Betrag eine zusätzliche Beihilfe in Höhe von

DM 5.700, -

zu beschaffen, so dass Ihnen nunmehr insgesamt für den Aus- und Aufbau Ihres Lehrlingswohnheimes

DM 35 700. -

zur Verfügung stehen. Letzterer Betrag stammt aus der 2. Bewilligungs-aktion 1fd. Nt. 8.

Im Auftrage: gez. Unterschrift

(Klette)



Der Hessische Minister des Innern Wiesbaden, 28. April 1952 - Jugendwohlfahrt -

Bertramstr. 3 Fernruf; 59281 V/F.

Aktenzei chen: X b (3) 520-08-05/1389/52

An die Gossner Mission

Wiesbaden - Kastel Eleonorenstr. 64

Betr .: Gewährung eines Zuschusses aus Mitteln des 2. Bundesjuger dplanes für die Erstellung eines Jugendwohn- und Lehrlingshe imes in Wiesbaden-Kastel.

Nach Eingang Ihrer Erhlärungen vom 21.4. 1952 habe toh auf Grund Ihres Antrages vom 21.5.1952 die Staatshauptkasse Hessen angewiesen. Ihnen als Zuschuss aus Mitteln des 2. Bundesjugendplanes den Betrag

DM 20.000, -

(in Worten: Zwanzigtausend DM)

auf Ihr Konto Nr. 22272 bei der Rheinischen Kreditbank, Filiale Mainz, Ludwigstrasse 8/10 zu überweisen.

Der Zuschuss ist für folgende Zwecke zu verwenden: Erstellung eines Jugendwohn- und Lehrlingsheimes in Wiesbaden-Kastel, in dem 27 Plätze für Jugendliche aus dem Kreise der Kriegsfolgenhilfeempfänger geschaffen werden.

Auf Grund des § 64 a der Reich shaushaltsordnung ordne ich an, dass über die Verwendung der Mittel ein Nachweis zu führen ist (s. die mit Schret ben vom 18.3.52 übersandte Einverst ändniserklärung Ziffer 5 u.6). Ich behalte mir die Veberprüfung desselben vor und bitte, sich zunächst mit dem für Sie zuständigen Staatsbauamt zum Zwecke der Nachweisführung in Verbindung zu setzen, welches mir zu gegebener Zeit eine Bescheinioung über die Verwendung der Mittel ausstellen und einreichen wird.

Spätestens 3 Wochen nach Weberweisung des Zuschusses wollen Sie mir bitte über den Stand der Arbeiten berichten, insbesondere interessiert es mich, dabet zu erfahren, inwieweit die aus dem Bundesjugendplan gewährten Mittel schon in Anspruch genommen worden sind.

Im übrigen gelten für die Bewilligung des Zuschusses die Ihnen mit meinem Vorbescheid vom 18.3.1952 bekanntgegebenen Bedingungen, mit deren Einhal tung Sie sich inzwischen einverstanden erklärten.

Im Auftrage:

gez. Unterschrift

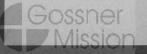




Wert der Selbsthilfeleistung und der vorhandenen Baustoffe

Gemäß Ziffer 9, Abschnitt a.

	Personen, Beruf Internati	I Tarana	Alter	Jahr
	Personen, Beruf			
	Personen, Beruf		Alter	Jahr
	Personen, Beruf		Alter	Jahre
2.	Prozentuale Selbsthilfeleistung oder Einsparung in % Einfriedigung, Hof und Nebengebäude) nach Tafel II (Bei Ausbau, Wiederaufbau oder Weiterführung bereits restlichen Arbeiten oder gesonderte Aufstellung).	der Wertgradermittlu	ng (Anlage Nr. 1	des Antrages).
		Selbsthilfeleistungs- anteil an den reinen Baukosten	Wertanteil an den reinen Baukosten gem. Anl. 1 (II)	Bemerkungen
	a) Ausschachtung und Erdabfuhr	0/0	1,0 0/0	Beispiel:
	b) durch Selbsthilfe eingesparte Löhne			50% Maurerarbei
	Maurer	0/0	9,8 %	ten als Selbsthilfe- leistung:
	Putzer	0/0	2,1 %	Wertant, d. Mau-
	Zimmerer	0/0	3,0 %	rerlohnes gemäß Anlage 1 = 9,8%
	Bauhilfsarbeiter	0/0	6,9 %	Einzutragen als
	Dachdecker und Hilfsarbeiter	0/0	0,6 %	Selbsthilfeleistung 50% von 9,8%
	Polierlohn	0/0	0,9 %	$=4,9^{0}/0.$
	Angestelltengehälter	0/0	1,1 0/0	
	c) vorhandene oder ganz oder teilweise selbst herge- stellte oder herzustellende Bauteile			
	Dachrinne, Regenrohre, Zinkblechverkleidungen	0/0	0,9 0/0	
	Be- und Entwässerungs- und Gasleitungen,			
	sowie Armaturen	0/0	2,3 0/0	
	elektrisches Leitungsmaterial	0/0	0,8 %	
	Badeeinrichtungen	0/0	3,1 0/0	
	Abort	0/0	0,7 %	
	Ausgußbecken	0/0	0,3 %	
	Küchenherde	0/o	1,4 0/0	
	Zimmeröfen	0/0	2,7 %	
	Treppen	0/0	4,2 %	
	Fenster	0/0	3,7 %	
	Türen	0/0	4,2 %	
	Verglasung	0/a	0,9 %	
	Farben	0/0	2,9 %	
	Tapeten	0/0	0,6 %	
	Linoleum und dergleichen	0/0	0,4 %	



		Selbsthilfeleistungs- anteil an den reinen Baukosten	Wertanteil an den reinen Baukosten	Bemerkungen
d) vo	orhandene oder selbstgewonnene		gem. Anl. 1 (II)	
der zu	gewinnende Baustoffe			
	Maurer- und Bruchsteine	0/0	10,6 %	
	Deckensteine	0/0	0,9 %	
	Kalk	0/0	1,9 %	
	Zement	0/0	2,0 %	
	Sand und Kies	0/0	2,5 0/0	
	Gips	0/0	0,2 %	
	Schnittholz	7 20/0	10,4 0/0	
	Baueisen	0/0	2,4 0/0	
	Dachziegel .	0/0	1,3 %	
e) Ei	nsparung an Arbeit und Material	.30	reinen Baukosten	
f) So	onstige Selbsthilfe leistungen und Einsparu		,000, - DM	
		7	minimum minimu	
	Mithilfe bei den Außenanlagen: Garten,	Hof, Einfriedung	.300, - DM	
	Einsparung der vorhandenen oder selbs zu gewinnenden Materialien			
	1) Nebengebäude		500, - DM	
	2) Außenanlagen, Garten, Hof, Einfriedu		DM	
	Bauplanung und Bauführung			
	Deaptaining und Daurumung		DM	
	***************************************		DM	
			DM	
	insgesamt		DM	
	Wert der prozentualen Selbsthilfeleistun	g		
	an den reinen Baukosten	2	8.000, DM	
	Selbsthilfewert insgesamt	4	8.000, DM	
	rird die Terrasse restlos in Selbsthilfe und aterial (Naturbaustoffe) hergestellt? ja / ne			
W	venn nein, wieviel Geldmittel			
sir	nd für die Erstellung der Terrasse aufzuwe	nden?	DM	
ung de ilfe ur	I hiermit versichert, daß die Aufstellung de er tatsächlichen Möglichkeiten erfolgte. Es nd der Einsparungen keine Erhöhung des ensgeber rückgängig gemacht werden kann.	ist bekannt, daß bei Nichte	einhaltung der vorg	esehenen Selbst-
	Der Architekt	Der Bauträger	Der Bat	
b.K	Gertal den 10.10.1952 Kas	////		//
11	Peront	(Unterschrift)	naus	le

Bescheinigung über Straßenbau und Anliegerbeiträge

Betr.:	Bauherr: Gossner Mission, Mainz-Kastel, Am Fort Hessen 10 Bauvorhaben: Studentenheim
	Dem Grundstückseigentümer — Erkhauberechtigten — wird bescheinigt, daß das Grundstück — Erkhauberechtigten —
	### Gemarkung Mainz-Kastel Kartenblatt Nr. Flur-Nr. Ia Parzelle Nr. 29/6 an einer öffentlichen — micht öffentlichen X Straße liegt.
	a) Straßenbau: (Nichtzutreffendes ist zu streichen) ent fällt Die Straße ist — wird vorläufig — wird endgültig — in voraussichtlich — Jahren ausgebaut. Es ist nicht beabsichtigt die Straße endgültig auszubauen.
	b) Straßenanliegerbeiträge: (Nichtzutreffendes ist zu streichen) ent fällt Die — vorläufigen — endgültigen Anliegerbeiträge werden nicht erhoben.
	Die Anliegerbeiträge sind mit DM teilweise bezahlt. — Der Rest beträgt DM Anliegerbeiträge sind noch zu bezahlen und werden nach den heutigen Materialpreisen und Arbeitslöhnen
	veranschlagt auf DM
	Die Anliegerbeiträge von DM
	Die noch zu zahlenden Anliegerbeiträge von DM werden gestundet bis
	Für die gestundeten Anliegerbeiträge ist folgende Verzinsung und Tilgung vereinbart: entfällt
(A)	Die später auftretenden Anliegerbeiträge werden zu — dem Einkommen de Grundstückseigentümer / Erbbanberechtigten entsprechenden — angemessenen Zins- und Tilgungsbedingungen gestundet.
A /	Mainz-Kastel Baug 10 Oktober 19 52
(Diens	strieted >.
chi	(Unterschrift)

Bescheinigung über Abtretung von Straßenland

Betr.	Bauvorhaben: Studentenheim	
	De M Grundstückseigentümer — xBrkbauberechtigten x	
	wird bescheinigt, daß von dem Grundstück — THE WENTER Gemarkung Mainz-Kastel	
	Kartenblatt Nr. , Flur Nr. Ia , Parzelle Nr. 29/6	
	*) Straßenland nicht mehr abzutreten ist.	
	*) Straßenland von	
	*) Straßenland von voraussichtlich	1
	der Straße in etwa Jahren - abzutreten ist. entfällt	
A G	Mainz-Kastel den 10. Oktober 19 Bauaufsichtsamt	52
Last boyen	minany.	7
1/2	(Unterschrift)	
MA	192 Nichtzutreffendes ist zu streichen.	



Kreditanstalt für Wiederaufbau

FRANKFURT A. M., den 2.7.1956 LINDENSTRASSE 27 FERNSPRECH-SAMMEL-NR. 70281 770281

Tn/a

An die Gossner Mission Mainz - Kastel Eleonorenstrasse 64

Betr.: V/ Bau von Jugendwohnheimen ECA-Zinsen und Tilgungen 1955

Unter Bezugnahme auf unser Einplanungsschreiben vom 25.5.1956 teilen wir Ihnen mit, dass die zuständigen Bundesministerien einen zusätzlichen Kredit von M 7.000,- für Ihr Bauprojekt vorgesehen haben. Damit erhöht sich der eingeplante Gesamtkredit auf

DM 50.000,-

(in Worten: Fünfzigtausend Deutsche Mark).

Wir bitten, den anliegenden Durchdruck unter Beifügung unseres Schreibens vom 25.5.1956 dem bei der Darlehnsdurchleitung einzuschaltenden Realkreditinstitut vorzulegen.

Hochachtungsvoll
KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU

Anlage
ANLAGE
183

Landesarbeitsamt Hessen Der Präsident

Bank-Konto Landeszentralbank-Giro-Konto Frankfurt am Main Nr. 4/152 Postscheck-Konto Nr. 43516 Frankfurt am Main

Geschäftszeichen: Id2 6443/2696/54

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei der Antwort anzugeben

An die

Gossnersche Mission Berlin-Friedenau Zweigstelle

Mainz - Kastel

Eleonorenstrasse 64

Betr.: Förderung von Jugendwohnheimen aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung; hier: Bau eines Jugendwohnheimes in Mainz-Kastel, General Mudrastrasse.

Vorg.: Ihr Schreiben vom 31. August 1954. -S/L.-

Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Hessen hat Ihnen in seiner Sitzung vom 25.0ktober 1954 zur Errichtung des obengenannten Jugendwohnheimes ein Baudarlehen in Höhe von DM 90.000.-- bewilligt.

Die Darlehenszusage und die Schuldurkunde mit den einzelnen Darlehensbedingungen geht Ihnen kurzfristig durch die Hessische Landesbank -Girozentrale- Frankfurt/M. zu.

Sauce.

6 Frankfurt a. M., 15. Dezember 1954

Feuerbachstraße 50 Fernsprecher: 78041—43



Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Ausgleichsamt -

Magistrat Wiesbaden, Ausgleichsamt, Dotzheimer Straße 3

An die Gossner Mission Berlin-Friedenau

Zweigstelle

Mainz-Kastel Eleonorenstrasse 64 Fernruf:

Sammelnummer 59561

Nebenstelle:

ab 3. April 1954: 5861

Nebenstelle: 479

Postscheckkonto:

Ausgleichsamt - Kasse - Nr. 42900 Frankfurt a. M.

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen 4114-18

22.3.1956

Betref

Heimförderung nach § 302 IAG; hier: Darlehen in Höhe von M 30.000. -- für den Neubau des Jugendwohnheimes der Gossner-Mission, Mainz-Kastel, Eleonorenstrasse 64 (Mittelverteilung aus der IX. Aktion, 1fd. Nr. 4)

Aufgrund der Zuweisungsverfügung des Hessischen Ministers des Innern - Landesausgleichsamt - vom 11.10.1955 - Az.: XI a (2) - 36/3518-1 - und des Freigabeantrages des Hessischen Staatsbauamtes, Wiesbaden, vom 19.3.1956 - Az.: 0 6245 - G.Nr. 1799/Ke/Ha - hat unsere Amtskasse heute Anordnung erhalten, den Darlehensbetrag in Höhe von

DM 30.000.--

an Sie auszuzahlen.

Der Betrag wird auf das Konto Nr. 53119 bei der Commerz- und Creditbank Kastel überwiesen.

Nach § 5 der Weisung über die Heimförderung vom 5.7.1954 und § 2 des Darlehensvertrages vom 12.10.1955 sind Gemeinschaftshilfedarlehen jährlich mit 2 % zu tilgen, und zwar in gleichen Halbjahresraten. Für jeden zur Auszahlung gelangenden Darlehensteilbetrag ist der Tilgungsbeginn gesondert festzulegen. Die erste Tilgungsrate ist am Ende des auf die Auszahlung folgenden Kalenderhalbjahres zu entrichten. Der jetzt zur Auszahlung gelangende Darlehensbetrag ist am 30.6. und 31.12. jeden Jahres mit je 300.-- M zu tilgen; die erste Tilgungsrate ist mithin am 31.12.1956 fällig.

Gemäss § 5 (2) der Weisung vom 5.7.1954 und Runderlass des Hessischen Ministers des Innern - Landesausgleichsamt - Nr. 110/54 Ziff. II a vom 28.9.1954 wird Ihnen anliegend noch eine beglaubigte Abschrift des aufgestellten Tilgungsplanes übersandt. Die fälligen Tilgungsraten wollen Sie bitte pünktlich einzahlen, damit das Amt nicht gehalten ist, Stundungs- bzw. Verzugszinsen zu berechnen.

Wir bitten, den genannten Tilgungsbetrag auf unser Konto Nr. 42900 beim Postscheckamt Frankfurt/M. spätestens 10 Tage nach dem jeweiligen Fälligkeitstermin, unter Angabe der Buchungs-Nr. 233/o, kostenfrei einzuzahlen.

Gm/Ku.

Im Auftrage:

1 -

Huwel)



Schuldurkunde und Hypothekenbestellung^{983-8-9V}

ellung953-8-9V

Nr. 52 D der Urkundenrolle

für das Jahr 1953

Verhandelt zu Augsburg am 7. Januar 19 53.

Vor dem unterzeichneten Notar Dr. Walter D. a. e. n. n. e. r. im Bezirk des Oberlandesgerichts

Minchen mit dem Amtssitz in Augsburg Amtsgericht in

Augsburg Ludwigstrasse 5: erschien(en) heute: an der Geschäftsstelle Augsburg

1 Herr Missionsdirektor Hens L o k i e s. Berlin-Friedenau Fehler-

strasse 11.

Herr Pfarrer und Missionsinspektor Horst Symanowski.

aus Mainz-Kastel Eleonorenstrasse 64kreis lies:) beide hier handelnd
wie am Schluss der Urkunde festgestellt.

Die Persönlichkeit de T Erschienenen stellte ich auf Grund der vorgelegten Kennkarten fest. Die Erschienene(n) erklärte(n):

I. Schuldurkunde

hier handelnd für die Gossner'sche Missionsgesellschaft in Berlin-Friedenan

erkenne(n) an, daß das Land Hessen (Landesstock), vertreten durch den Minister für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft, dieser vertreten durch den Präsidenten des Landesarbeitsamts Hessen in Frankfurt am Main, nach-

stehend mit Gläubigerin bezeichnet, mir/uns/de T. durch mich/uns vertretenen Gossner'schen Missions-

nachstehend mit Schuldner bezeichnet, zur Errichtung eines Wohngebäudes

in Kastel Straße Eleonorenstrasse Nr. 64
Gemarkung Kastel Kartenblatt/Flur

Parzelle/Flurstück Nr. 29/6

Baudarlehen

von DM 15.000.--

in Buchstaben: — fünfzehntausend – Deutsche Mark bewilligt und ausgezahlt hat.

Laah. 11, 51, 1000. GDM

Für das Baudarlehen gelten folgende Bedingungen, die hiermit ausdrücklich von mir/uns anerkannt werden:

§ 1 Verzinsung und Tilgung

Das Baudarlehen ist vom 1. des der Bezugsfertigstellung des Gebäudes, Heimes oder Wohnung folgenden Monats an mit vom Vom Hundert jährlich zu verzinsen. Ferner ist ein jährlicher Verwaltungskostenbeitrag von Vom Hundert jährlich zu verzinsungsbeginn ab, Auszahlungstag zu entrichten. Unbeschadet dessen beginnt die Verzinsung spätestens am 1. des der Auszahlung der ersten Darlehensrate folgenden 16. Monats.

Kommt der Darlehensnehmer mit der Zahlung von Zinsen, Tilgungsbeträgen oder Verwaltungskostenbeiträgen länger als 14 Tage nach Fälligkeit in Verzug, so sind neben den etwaigen Mahnkosten für die Dauer des Verzuges für die geschuldeten Zins- und Tilgungsbeträge sowie Verwaltungskostenbeiträge Verzugszinsen in Höhe von 2 v. H. über dem jeweiligen Diskontsatz der Landeszentralbank in Hessen zu zahlen.

§ 2 Kündigung

Dem Schuldner steht das Recht zu, das Darlehen ganz oder teilweise jederzeit ohne vorherige Kündigung zurückzuzahlen.

Die Gläubigerin kann das Darlehen mit 6-wöchiger Frist zur Neufestsetzung der Zinsen und Tilgungsbeträge kündigen, wenn für gleichgeartete Darlehen, die von ihr gegeben werden, allgemein andere Zins- oder Tilgungssätze festgesetzt werden.

8 8

Die Gläubigerin kann die sofortige Rückzahlung des Darlehens verlangen:

- a) wenn die Baumaßnahme nicht innerhalb von drei Monaten nach Bewilligung des Darlehens begonnen und vom Präsidenten des Landesarbeitsamts nicht eine Verlängerung dieser Frist bewilligt ist;
- b) wenn den Vertretern des Landesarbeitsamts oder von diesem beauftragten Stellen die notwendigen Auskünfte nicht erteilt oder Unterlagen nicht ausgehändigt werden oder wenn ihnen Zutritt zur Baustelle nicht gewährt wird;
- c) wenn der Darlehensnehmer ohne genehmigte Aussetzung oder Stundung länger als 1/2 Jahr mit der Zahlung von Zinsen, Tilgungsbeträgen oder Verwaltungskostenbeiträgen im Verzug ist;
- d) wenn von den geförderten Wohnungen, Heimen oder Lehrwerkstätten ein den Richtlinien widersprechender Gebrauch gemacht und dieser trotz Anmahnung nicht abgestellt wird;
- e) wenn der Darlehensnehmer das Darlehen durch wissentlich falsche Angaben erlangt hat;
- f) wenn die Ausführung der Maßnahme nicht dem genehmigten Antrag entspricht und mitgeteilte Beanstandungen nicht innerhalb einer angemessenen Frist behoben werden;
- g) wenn das Darlehen nicht zur Durchführung der im Darlehensvertrag bezeichneten Baumaßnahme verwandt wird;
- h) wenn die Zwangsvollstreckung in das für das Darlehen verpfändete Grundstück oder Erbbaurecht angeordnet wird, über das Vermögen des Schuldners das Konkurs- oder Vergleichsverfahren eröffnet wird oder der Schuldner die Zahlungen einstellt;
- i) wenn die Versicherung verpfändeter Gebäude gegen Feuersgefahr bei einer der Gläubigerin genehmen Gesellschaft nicht ordnungsmäßig und ausreichend abgeschlossen wird oder aufhört, oder die Versicherungssumme herabgesetzt wird oder dem jeweiligen Bauwert nicht mehr entspricht oder wenn die Versicherungsbeiträge bei Fälligkeit nicht pünktlich gezahlt werden, oder wenn der von der Gläubigerin verlangte Hypothekensicherungsschein nicht vorgelegt wird;
- k) wenn das Gebäude nicht in allen Teilen in gutem Zustand erhalten wird oder wenn der Wert des Unterpfandes so gesunken ist, daß das Darlehen im Vergleich mit dem bei der Bewilligung angenommenen Beleihungswert nicht mehr in demselben Umfang gesichert erscheint oder wenn ohne Zustimmung der Gläubigerin das Pfandgrundstück oder Erbbaurecht teilweise veräußert oder geteilt oder über Zubehör verfügt wird und die Gläubigerin nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen die für das Darlehen nötige dingliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet ansieht, es sei denn, daß bei einer Teilveräußerung des Grundstücks bzw. Erbbaurechts oder einer Verfügung über Zubehör die zuständige Behörde die Unschädlichkeit der Maßnahme bescheinigt;
- 1) wenn im Falle eines Verkaufs der Käufer nicht sämtliche Verpflichtungen aus dem Baudarlehen übernimmt;



- m) wenn das Eigentum am Unterpfand aufgegeben wird;
- n) wenn ohne Zustimmung der Gläubigerin über den Ertrag des Pfandobjekts verfügt, besonders dieser abgetreten, verpfändet oder gepfändet wird, jedoch nur, falls nach dem pflichtgemäßen Ermessen der Gläubigerin der Ertrag, der dem Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigten bei Berücksichtigung der anderen Lasten des Pfandobjekts verbleibt, nicht mehr zur vollen Befriedigung rückständiger und künftiger wiederkehrender Leistungen ausreicht;
- o) wenn der Schuldner stirbt und nicht das Grundbuch binnen 6 Monaten berichtigt wird, nachdem Gläubigerin eine solche Berichtigung verlangt hat;
- p) wenn der Schuldner seinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort in das Ausland verlegt oder wenn das Eigentum an dem Pfandobjekt auf eine im Ausland wohnende Person übergeht, ohne daß in Fällen dieser Art auf Verlangen der Gläubigerin binnen angemessener Frist ein im Inland wohnender Zustellungsbevollmächtigter bestellt wird.

\$ 4

Jede Änderung des Rechtsverhältnisses zwischen der Gläubigerin und dem Schuldner bedarf der schriftlichen Form.

Bei einer Mehrheit von Schuldnern haben Willenserklärungen gegenüber einem einzelnen Mitschuldner und die Auszahlung an einen der Mitschuldner Wirkung gegen alle.

\$ 5

Sicherstellung

Das Darlehen nebst Zins- und Tilgungsverpflichtung einschl. Verwaltungskosten ist durch Eintragung einer Hypothek an obengenannten Grundbesitz/Erbbaurecht im Grundbuch zu sichern.

8 6

Die Erteilung eines Hypothekenbriefes ist ausgeschlossen. Schuldner ist aber verpflichtet, auf Verlangen der Gläubigerin einen Hypothekenbrief jederzeit ausfertigen und der Gläubigerin vom Grundbuchamt unmittelbar aushändigen zu lassen. Zur Kündigung der Hypothek und der persönlichen Forderung bedarf es alsdann der Vorlage des Hypothekenbriefes nicht.

8 7

Schuldner ist verpflichtet, sämtliche der Hypothek der Gläubigerin im Range vorgehenden oder gleichstehenden Hypotheken und andere Belastungen auf Verlangen der Gläubigerin löschen zu lassen, wenn und soweit sie sich mit dem Eigentum bzw. Erbbaurecht in einer Person vereinigen, und zur Sicherung dieses Anspruchs Vormerkungen in das Grundbuch auf seine Kosten eintragen zu lassen.

\$ 8

Sämtliche durch den Abschluß, die Erfüllung und die spätere Abwicklung des Darlehensvertrages und der Hypothekenbestellung entstehenden Kosten und etwaige Steuern trägt der Schuldner.

\$ 9

Erfüllungsort für alle sich aus dieser Schuldurkunde ergebenden Verbindlichkeiten ist der Sitz der Gläubigerin.

II. Hypothekenbestellung

die	Fur das unter Abschmit i bezeichnete baudarienen nebst zansen und Nebenverpflichtungen bestehe(n) a	FOIL WIT
	der Gläubigerin hiermit eine brieflose Darlehenshypothek von	
	DM 15.000 in Worten - fünfzehntausend -)-Mark

lfd. Nr. verzeichneten Grundbesitz/Erbbaurecht und bewillige(n) und beantrage(n) die Eintragung dieser Hypothek nebst Zinsen und Nebenleistungen für das Land Hessen (Landesstock), vertreten durch den Minister für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft, dieser vertreten durch den Präsidenten des Landesarbeitsamts Hessen in Frankfurt am Main in das genannte Grundbuch auf meine/unsere Kosten.



- 2. Ich/Wir unterwerfe(n) mich/uns/d. Schuldner in Ansehung aller Verbindlichkeiten aus dieser Urkunde der sofortigen Zwangsvollstreckung nach § 794 Nr. 5 und § 800 ZPO in mein/unser/s. gesamtes Vermögen mit der Maßgabe, daß die Zwangsvollstreckung auch gegen den jeweiligen Eigentümer des belasteten Grundstücks—Erbbaurechts—zulässig sein soll und daß es zur Erwirkung einer vollstreckbaren Ausfertigung dieser Urkunde des Nachweises der Fälligkeit durch öffentliche Urkunden nicht bedarf. Ich/Wir bewillige(n) und beantrage(n) auch die Eintragung der Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung gegen den jeweiligen Grundstückseigentümer—Erbbauberechtigten—in das Grundbuch—Erbbaugrundbuch—.
- 3. Zur Sicherung des Löschungsanspruchs der Gläubigerin aus § 7 bewillige(n) und beantrage(n) ich/wir die Eintragung einer Löschungsvormerkung in das Grundbuch.
- DM Darlehenshypothek des Landes Hessen (Landesstock), vertreten durch den Minister für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft, dieser vertreten durch den Präsidenten des Landesarbeitsamts in Frankfurt a. Main, verzinslich unter Umständen bis zu vom Hundert jährlich. Außerdem ist jährlich ein Verwaltungskostenbeitrag von D. V. H. zu zahlen. Sofort vollstreckbar gegen den jeweiligen Grundstückseigentümer/Erbbauberechtigten. Unter Bezugnahme auf die Eintragungsbewilligung vom vom D. D. D. Die brieflos eingetragen am

Ich/Wir verzichte(n) hiermit ausdrücklich auf das Recht des Widerrufs dieses Antrages.

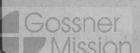
(Ich, der Ehemann, gebe zu vorstehenden Anträgen und Erklärungen meiner Ehefrau hiermit meine ehemännliche Zustimmung und unterwerfe mich der Duldung der Zwangsvollstreckung in das eingebrachte Gutmeiner Ehefrau.

Die vorstehende Verhandlung wurde dem/den Erschienenen vorgelesen, von ihm/ihnen genehmigt und wie folgt unterschrieben: 1105:
Weiter beantragen wir die Eintragung des Vorrangs der oben bestellten Hypothek vor dem Recht Abteilung II Nr. 1 und der Post Abteilung III Nr. 1 in das Grundbuch. Entsprechende Vorrangseinräumung wird dem Grundbuchamt in Kürze zugehen. Überhaupt wird allen zur Rangbeschaffung abgegebenen Erklärungen zugestimmt und der Vollzug im Grundbuch beantragt.
Die Herren Hans Lokies und Horst Symanowski handeln bei dieser Beurkundung für die Gossner sche Missionsgesellschaft in Berlin-Friedename Eine Bescheinigung über ihre Vertretungsbefugnis wird dieser Urkunde beigeheitet.
Bei Beurkundung lag eine einfache Grundbuchblattabschrift des Amtsgerichts Wiesbaden für das Grundbuch von Kastel Band 47 Blatt 2177 vor.
Vorgelesen vom Notar, von den Beteiligten genehmigt und eigenhändig

Vorgelesen vom Notar, von den Beteiligten genehmigt und eigenhändig unterschrieben.

Hans Lokies HogrstSymanowski Dr. Daenner, Notar

Siegel



Gemeinnützig!
Kostenberechnung:
Geschäftswert: 15.000.— DM
1/5 / § 29/1 11.— DM
§ 138 4x 8.— DM
§ 139 2.14 DM
Ums.Steuer —.86 DM
Insgesamt:
Notar: Dr. Daenner

Bescheinigung.

Auf Grund der Akten wird bescheinigt, dass sich der Verwaltungsausschuss des Kuratoriums der Goßner'schen Missionsgesellschaft aus folgenden Personen zusammensetzt:

a) Präses Direktor Dr. Moeller, Bln.-Zehlendorf,
am Heidehof 37 Vorsitzender;
Missionspräses Lic. Stosch, Bln.-Wannsee, Schuchardtweg 5. stellv. Vorsitzender;
 b) Missionsdirektor Lokies, Bln.-Friedenau, Albestr.12,
vertreten durch:
Pfarrer und Missionsinspektor Sympnowski. Bln.-

Pfarrer und Missionsinspektor Symnnowski, Bln.-Zehlendorf, Fischerhüttenstr. 137;
c) Konsistorialrat Drescher, Bln. Zehlendorf Dall-witzstr. 33,
yertreten durch:

Pfarrer von Rabenau, Bln.-Schöneberg Klixstr.2.
Der Verwaltungsausschuss vertritt die Gesellschaft in allen gerichtlichen und aussergerichtlichen Angelegenheiten gegenüber Behörden und Privatpersonen. Urkunden verpflichten die Gesellschaft, wenn sie von zwei Mitgliedern dieses Ausschusses unterschrieben sind.
Berlin, den 12. Juni 1948

Der Polizeipräsident in Berlin

(LS) Abteilung V
I V.

Siegel Unterschrift

Aprile Verdaderungen and Seles - The black of the plant o

Genehmigung.

Ich, das unterzeichnete Mitglied des Verwaltungsausschusses des Kuratoriums der Gossner'schen Missionsgesellschaft in Berlin-Friedenau habe Kenntnis vom Inhalt der Urkunde des Notars Dr. Walter Daenner in Augsburg Nr. 52 vom 7. Januar 1953 und genehmige diese namens der vorangegebenen Missionsgesellschaft in allen Teilen.

Meine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus dieser Urkunde vom 7. Januar 1953

Berlin, den 4. März 1953 Hugo Dreshher

Nr. 46/1953 des Notariatsregister. Ich beglaubige hiermit die Echtheit der vorstehenden, heute eigenhändig vor mir gefertigten Namensunterschrift des Mitgliedes des Verwaltungsausschlusses des Kuratoriums der Gossner'schen Missionsgesellschaft in Berlin, Herrn Konsistorialrat

Hugo D r e s c h e r, wohnhaft in Berlin-Zehlendorf, Dallwitzstrasse 33. Uber die Persönlichkeit des Genannten hat sich der Notar durch Einsichtnahme in den ihm vorgelegten, mit amtlich abgestempeltem Lichtbild versehenen behelfsmässigen Personalausweis Gewißsheit verschafft.

Siegel

Berlin, dm 4. März 1953 Dr. Günther Sparr Notar in Berlin

Das Amtsgericht 3 Kastel Bd. 47 Bl.Nr.2177

Wiesbaden, den 27. April 1953

Auf dem Grundbuchbatt des in Kastel belegenen, der Gossnerschen Missionsgesellschaft in Berlin-Friedenau gehörenden, im Grundbuche von Kastel Bd. 47 Blatt 2177 eingetragenen Grundstücks ist folgendes eingetragen worden:

III Abteilung Spalte 1 - 4
Nr. L.f.d.Nr. der Eintragung 2
Lfd.Nr. des belasteten Grundstücks 1
fünfzehntausend Deutsche Mark Darlehenshypothek des Landes Hessen,
Landesstock, vertreten durch den Minister für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft, dieser vertreten durch den Präsidenten des
Landesarbeitsamtes in Frankfurt a.M., verzinslich u.U. bis zu
6.v.H. jährlich, ausserdem ist jährlich ein Verwaltungskostenbeitrag von 0,25 v.H. zu zahlen. Sofort vollstreckbar gegen den jeweiligen Grundstückseigentümer. Unter Bezugnahme auf die Eintragungsbewilligung vom 7. Januar 1953 brieflos eingetragen mit Rang vor dem Recht Abt. II Nr. 1 und der Post Abt. III Nr. 1 am 27. April 1953.

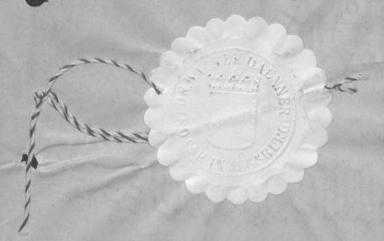
Apalte Veränderungen
zur 1fde.Nr. 1 der Eintragungen (35109.-- DM)
Der Post Nr. 2 ist der Vorrang eingeräumt, eingetragen am 27.April 1953.

zur lfde.Nr. 2 der Eintragungen (15.000DM)
Der Eigentümer ist zur Löschung der Post Abt. III Nr.
2 verpflichtet, wenn und soweit sie sich mit dem Eigentum in einer Person vereinigt. Vorgemerkt für den Gläubiger der Post Abt. III Nr. 1 am 27.4.1953.
Abteilung II Spalte Veränderungen zur 1fd.Nr. 1 der Eintragungen (Rückübertragungen des Eigentums).
Der Post Abt. III Nr. 1 ist der Vorrang eingeräumt eingetragen am 27. April 1953

A.A. Unterschrift Justizangestellter

-,-,-,-

Die Übereinstimmung vorstehender Abschrift mit der mir vorliegenden Urschrift wird bezeugt. Augsburg, den zwölften Mai neunzehnhundertdreiundfünfzig.







Zweite (vollsteckbare) Bus fertigung. ArbJugWohnheim LAA zu 1 wurde dem Notar durch Vorlegung seines mit Lichtbild versehenen Personalausweises Nr.163/3675/1952, ausgestellt vom Polizeipräsident Berlin am 19. März 1953, ausgewiesen. Der Erschienene zu 2 ist dem Notar von Person bekannt. 5. der Urkundenrolle für das Jahr 195 Berlin-Friedenau 17. Februar Verhandelt zu Kammergerichts Dr.Günther Sparr Vor dem unterzeichneten Notar im Bezirk des Oberlandesgerichts mit dem Amtssitz in Berlin-Friedenau /Amtogoricht in 1.) Präses Direktor Dr. Reinhard Moeller, Berlin-Zehlendorf, Am Heidehof 37, erschien(en) heute: 2.) Missionsdirektor Hans Lokies Berlin-Friedenau, Handjerystraße 19/20, und zwar in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Verwaltungsausschusses Die Persönlichkeit des Erschienenen schaft in Berlin mit der Erklärung, daß sie in dieser erhandlung auftreten und ihre Erklärungen abgeben für diese. Sie legten eine Bescheinigung des Polizeipräsidenten in Berlin Die Erschienene(n) erklärte(n): Vom 12. Juni 1948 zum Nachweis ihrer Vertretungsbefugnis vor, von welcher eine beglaubig-1. Schulter Abschrift dieser Verhandlung als Anlage beigefügt wird. Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg -nachstehend mit Gläubigerin bezeichnet- hat mir/unsy reachstehend mit Schuldner bezeichnet- zur Errichtung eines Arbeiterwehnheimes/Jugendwohnheimes x) in der Gemeinde Eleonorenstraße Str. Nr. 64 auf/Grund des min/uns Erbbeurechts am/ dem Grundstück x) Gemarkung Kartonblatt/Flur verzeichnet im Grund-Blatt 2177 Kastel buch/Erbbauarundbuch-x) von Band -neunzigtausend---------nach Maßgabe der von Verwaltungsrat der Bundesanstalt am 19.2.1953 beschlossenen Richtlinien / zur Förderung des Arbeiter wehnheimbauss/zur Förderung von Jugendwehnheimen aus Mitteln der Bundesanstalt auf Grund § 140 Abs. 2 AVAVG x) und der Barlehenszusage der Hessischen Landesbank -Girozentrale-, Frankfurt/Main, -nachstehend kurz Bank genannt- vom 7.2.1955 gewährt. Für das Darlehen gelten die folgenden Bedingungen, die hiermit ausdrücklich von mir/uns anerkannt werden. Auszahlung und Verwaltung (1) Mit der Auszahlung und Verwaltung des Darlehens ist für Rechnung der Gläubigerin die Hessische Landesbank -Girozentrale-, Frankfurt/Main, beauftragt. (2) Das Darlehen wird nach Vorleistung der Eigenmittel und entsprechend dem Fortschreiten der Bauausführung im Gleichschritt mit den sonstigen, für die gleiche Baumaßnahme etwa in Anspruch genommenen Fremdmittel ausgezahlt, wenn die Fertigstellung des Bauvorhabens gewährleistet ist. Voraussetzung für die Auszahlung ist der Nachweis der ordnungsgemäßen und rangrichtigen Eintragung der für das Darlehen zu bestellenden Hypothek (§ 5) und der beschränkten persönlichen Dienstbarkeit (§ 10) im Grundbuch/Erbbaugrundbuch x). Juli 1954

Verzinsung und Tilgung

(1) Das Darlehen ist vom Ende des auf die Erteilung der Darlehenszusage folgenden 15. Monats an, bei früherer Bezugsfertigkeit vom Ende des Monats der Bezugsfertigkeit an, jährlich mit 2 (zwei) v.H. zu verzinsen und von dem auf die Vollauszahlung folgenden 31. März bzw. 30. September an jährlich mit 4 (vier) v.H. zuzüglich der durch den Tilgungsablauf ersparten Zinsen zu tilgen. Ferner ist bis zu. vollständigen Rückzahlung des Darlehens ein jährlicher Verwaltungskostenbeitrag (VKB) von 0,25 v.H. der ursprünglichen Darlehenssumme zu zahlen.

(2) Eine Neufestsetzung der Zins- und Tilgungssätze bleibt jederzeit vorbehalten, wenn die Grundlagen, die für die Fest-

setzung der obigen Sätze maßgebend waren, eine Änderung erfahren.

(3) Zinsen, Tilgung und VKB sind je zur Hälfte bis 15. März bzw. 15. September für das abgelaufene Halbjahr (Halbjahresleistung) fällig und spätestens binnen 14 Tagen nach dem Fälligkeitstage unter Ausschluß der Aufrechnung an die Hessische Landesbank -Girozentrale-, Frankfurt/Main, oder eine sonstige von der Gläubigerin benannte Stelle kostenfrei zu zahlen. Die bis zum Tilgungsbeginn anfallenden Zinsen werden bei Auszahlung der Schlußrate mit dieser verrechnet.

(4) Bleibt der Schuldner länger als 14 Tage mit einer Zahlung im Rückstand, dann sind neben den etwaigen Mahnkosten für den Rückstand Verzugszinsen von 2 v.H. über dem jeweiligen Diskontsatz der Landeszentralbank in Hessen vom Tage der Fällig-

keit an zu zahlen.

(5) Die Tilgung wird dem Schuldner mit Schluß eines jeden Tilgungshalbjahres gutgeschrieben. Geleistete Zahlungen werden jeweils auf die ältesten Kosten-, alsdann Tilgungsrückstände verrechnet. Anders lautende Weisungen des Schuldners stehen dem nicht entgegen.

63

Außerplanmäßge Rückzahlung und vorzeitige Fälligkeit
Der Schuldner ist berechtigt, das Darlehen jederzeit ganz oder in Teilbeträgen von vollen hundert DM zurückzuzahlen. Die
Aufrechnung von Teilrückzahlungen erfolgt nur zum Ende des laufenden Tilgungshalbjahres. Die laufenden und künftigen Halbjahresleistungen gemäß § 2 werden durch eine Teilrückzahlung nicht geändert.

\$ 4

(1) Das Darlehen ist gläubigerseits grundsätzlich unkündbar.

(2) Die Gläubigerin kann jedoch unbeschadet der Vereinbarungen im § 2 Abs.4 die sofortige Rückzahlung des Darlehens verlangen und die Darlehenszusage hinsichtlich des noch nicht ausgezahlten Betrages sofort zurücknehmen, wenn

a) das Darlehen nicht zur Errichtung des eingangs dieser Schuldurkunde bezeichneten Wohnheimes einschließlich dessen erstmaliger Einrichtung (z.B. Betten, Bettzeug, Tische, Stühle, Schränke, Kücheneinrichtung) verwendet oder das Bauvorhaben nicht nach den der Bewilligung zugrundeliegenden Bauplänen ausgeführt wird,

b) das Bauvorhaben nicht binnen 3 Monaten nach Erteilung der Darlehenszusage begonnen oder innerhalb von 15 Monaten, vom gleichen Zeitpunkt ab gerechnet, bezugsfertig erstellt ist, es sei denn, daß von der Gläubigerin eine Verlän-

gerung dieser Fristen gewährt worden ist,

c) der Schuldner eine sonstige Verpflichtung aus dieser Schuldurkunde schuldhaft verletzt hat,

d) der Schuldner vorsätzlich oder fahrlässig unrichtige Angaben gemacht hat, die für die Finanzierung des Bauvorhabens von Bedeutung waren oder wenn er der Gläubigerin, dem Bundesrechnungshofe oder der Bank oder den von diesen beauftragten Personen nicht die geforderten Auskünfte erteilt oder wenn er diesen den Zutritt zur Baustelle oder zum Gebäude verweigert oder auf Anforderung die zur Beurteilung seiner wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse erforderlichen Unterlagen nicht vorlegt,

e) die Hypothek für das Darlehen (§ 5) und die beschränkte persönliche Dienstbarkeit (§ 10) nicht an dem Baugrundstück/Erbbaurecht x) ordnungsgemäß und mit dem verlangten Rang bestellt sind oder eine von der Gläubigerin im Zusammenhang mit dem Darlehen nach allgemeinen Beleihungsgrundsätzen für notwendig erachtete Ergänzung oder Berichtigung des Grundbuches/Erbbaugrundbuches-x) nicht innerhalb angemessener Frist nach der an den Schuldner ergange-

nen Aufforderung zustande kommt,

f) der Schuldner mit der Zahlung von Zins- und Tilgungsleistungen ganz oder teilweise trotz Mahnung länger als 6 Mo-

nate in Verzug bleibt.

g) der Schuldner in Zahlungsschwierigkeiten gerät, die Eröffnung eines Konkurses oder eines Vergleichsverfahrens über sein Vermögen beantragt oder die Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung in das für das Darlehen verpfändete Grundstück/Erbbaurscht—x) angeordnet oder eine sonstige Zwangsvollstreckungsmaßnahme von dritter Seite gegen den Schuldner eingeleitet wird bzw. ist,

h) über das Zubehör des verpfändeten Grundstücks/Erbbaurechts x), auf das sich die Hypothek erstreckt, oder die Erträgnisse des Grundstücks/Erbbaurechts x) zu Gunsten Dritter ohne Zustimmung der Gläubigerin ganz oder teilweise

verfügt ist oder wird,

i) das Gebäude nicht in allen Teilen in einem guten Zustand erhalten wird,

k) das verpfändete Grundstück/Erbbaurscht x) ohne Zustimmung der Gläubigerin ganz oder teilweise veräußert wird oder im Falle der Zustimmung der Erwerber nicht sämtliche Verpflichtungen aus dem Darlehen übernimmt,

1) die verpfändeten Gebäude nicht zum vollen Wiederherstellungswert -soweit zulässig schon während der Bauzeit- gegen Brandschaden versichert und dauernd versichert gehalten werden und die Versicherungsurkunde nach Abschluß der Bauarbeiten nicht der Hessischen Landesbank -Girozentrale-, Frankfurt/Main, auf Verlangen übergeben wird.

Mission

(3) Kommt der Schuldner dem Verlangen der sofortigen Rückzahlung gemäß Abs.2 nicht binnen 14 Tagen nach Abgang der schriftlichen Aufforderung nach, so hat er vom Tage des Abganges der schriftlichen Aufforderung an den geschuldeten Betrag zum Satz von 2 v.H. über dem jeweiligen Diskontsatz der Landeszentralbank in Hessen zu verzinsen. Ist das Darlehen durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangt und wird es aus diesem Grunde zurückgefordert, so ist die Gläubigerin berechtigt. die Verzinsung der zurückgeforderten Beträge zu dem vorgenannten Satze rückwirkend schon vom Tage ihrer Bereitstellung an zu verlangen. Das gleiche Recht steht der Gläubigerin zu, wenn die vorzeitige Rückzahlung wegen einer bestimmungswidrigen Verwendung des Darlehens (Abs.2a) oder aus einem der in Abs.2 unter k) genannten Gründe verlangt wird oder verlangt werden kann.

Sicherstellung

(1) Die Darlehensforderung einschließlich Zinsen und sonstigen Nebenleistungen ist durch Eintragung einer Darlehenshypothek im Grundbuch/Erbbaugrundbuch x) des obengenannten Grundstücks/Erbbaurschts x) im Rang-unmittelbar nach den Beleetun

und im gleichen Range mit den Bolactungen dem in Abbiling III eingetragenon Alrechen des hander Herren (hander stocke), vertreten direk den Herrn Herrischen Minister Stocket, dieser vertreten stirch den Herrn Frasiolenten der Mirtschaft, dieser vertreten stirch den Herrn Frasiolenten der Lander Erbeits auch, von 04 15.000,

(2) Die Erteilung eines Hypothekenbriefes ist ausgeschlossen. Der Schuldner ist jedoch verpflichtet, auf Verlangen der Gläubigerin einen Hypothekenbrief jederzeit ausfertigen und der Gläubigerin vom Grundbuchamt unmittelbar aushändigen zu lassen. Der Schuldner beantragt und bewilligt schon jetzt die Aufhebung des Briefausschlusses und die Aushändigung des Hvpothekenbriefes an die Gläubigerin, wenn diese ihre Bewilligung zur Aufhebung des Briefausschlusses dem Grundbuchamt schrift-

Der Schuldner verpflichtet sich, sämtliche der Hypothek sowie der nachstehend unter § 10 bezeichneten Dienstbarkeit gegenwärtig und künftig im Rang vorgehenden oder gleichstehenden Grundpfandrechte löschen zu lassen, wenn und soweit sie sich mit dem Eigentum/Erbbaurecht x) in einer Person vereinigen oder bereits vereinigt haben oder eine Forderung gemäß § 1163 Abs.1 Satz 1 BGB ganz oder teilweise nicht entstanden ist. Er verpflichtet sich, zur Sicherung dieses Anspruches Löschungsvormerkungen in das Grundbuch/Erbbaugrundbuch-x) auf seine Kosten eintragen zu lassen. Der Schuldner stimmt schon jetzt der Löschung dieser Hypotheken oder Grundschulden zu, wenn die Gläubigerin Löschungsbewilligungen hierzu einreicht und die Löschung beantragt.

Der Schuldner hat ferner auf Verlangen der Gläubigerin einen Sicherungsübereignungsvertrag abzuschließen, in dem er der Gläubigerin zur Sicherung des Darlehens nebst Nebenforderungen sämtliche zum Betriebe des geförderten Wohnheimes dienenden Einrichtungsgegenstände (Inventar) übereignet.

digen Tilgung des Darlehens, mindestens aber für die Dauer von 20 Jahren, außer dem netwendigen Personal nur ledige oder lediggehende Arbeitnehmer, die in der Regel wenigstens 21 Jahre sein sollen, mindestens aber 18 Jahre alt sein müssen, im

\$ 8 xx)

des geförderten Jugendwohnheimes

Der Schuldner verpflichtat sich, in das auf dem obengenannten Grundstück zu errichtende Jugendwohnheim außer dem erforderlichen Aufsichts- und sonstigen Personal nur

a) Lehrlinge,

b) Arbeitnehmer und Umschüler,

c) in Ausnahmefällen Teilnehmer an berufsfördernden Maßnahmen

aufzunehmen, die in der Regel nicht älter als 21 Jahre alt sein sollen. Dem örtlich zuständigen Arbeitsamt ist auf Verlangen Auskunft über die Belegung des Jugendwohnheimes zu geben.

<u>Sicherung der Zweckbestimmung des Wohnheimes</u>
Der Schuldner ist verpflichtet, zur Sicherung des Rechts der Gläubigerin, die Aufnahme des in § 8/§ 9 xx) bezeichneten Personenkreises in das zu errichtende Wohnheim zu verlangen, zu Gunsten der Gläubigerin eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit im Grundbuch/Erbbaugrundbuch x) des Grundstücks/Erbbaurschte x) eintragen zu lassen.

Recht snach folge

Der Schuldner hat die sich aus der Darlehensgewährung für ihn ergebenden Verpflichtungen seinem Rechtsnachfolger aufzuerlegen, und zwar in der Weise, daß dieser wiederum gehalten ist, seinen jeweiligen Nachfolger in gleicher Weise zu binden.
Die Gläubigerin ist berechtigt, die ihr aus der Darlehensgewährung zustehenden Rechte auf einen Dritten zu übertragen, wenn besondere Umstände es notwendig machen sollten.

\$ 2211

Kosten

Die durch den Abschluß, die Erfüllung und Abwicklung des Darlehensvertrages sowie die Bestellung der Hypothek und der beschränkten persönlichen Dienstbarkeit entstehenden Gerichts- und Notariatskosten, Steuern, Gebühren usw. trägt der Schuldner.

\$ 13 12

Erfüllungsort und Gerichtsstand

Erfüllungsort und Gerichtsstand ist für alle sich aus dieser Schuldurkunde ergebenden Verbindlichkeiten Frankfurt/Main.

\$ 14 13

Abgrenzung der Bestimmungen

Die Bestimmungen in § 2 Abs.3, soweit die Aufrechnung ausgeschlossen ist, § 7, § 8 bzw. § 9, § 10, § 11 und § 12, soweit hiernach der Schuldner über die Haftung des Grundstücks/Erbbaurschts x) nach § 1118 BGB hinausgehende Kosten zu tragen hat, sind nur schuldrechtlicher Art, soweit die darin enthaltenen Verpflichtungen des Schuldners nicht durch die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit (§ 10) Inhalt eines dinglichen Rechtes sind oder ein Verstoß gegen diese Verpflichtungen einen Kündigungsgrund nach § 4 der Schuldurkunde darstellt.

II. Hypothekenbestellung

1. Für das in Abschnitt I bezeichnete Darlehen nebst Zinsen und Nebenleistungen bestelle(n) ich/wir der Gläubigerin hiermit eine Buchhypothek yon DM 90.000 in Norten:

Zu 7 (sieben) v.H., Jahreszinsen sowie 4 (vier) v.H. jährlicher Tilgung und einem jährlichen Verwaltungskostenbeitrag von 0,25 v.H. an dem obengenannten, im Grundbuch/Erbbaugrundbuch x) von Mastel (finits gericht Wiesfaden)

Blatt 2/77 unter Ifd.Nr.

verzeichneten Grundstück/Erbbaurscht x) und bewillige(n) und beantrage(n) die Eintragung dieser Hypothek nebst Zinsen und Nebenleistungen zu Gunsten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg in das genannte Grundbuch/Erbbaugrundbuch x) auf meine/unsere Kosten im gleichen Rang mit der nachstehenden beschränkten persönlichen Dienstbarkeit. sowie wich der im 65 dieser Arbunde begeichneten

Oaslehush in ohhete von 15.000, Du webst Suhang.

2. Zur Sicherung des Rechts der Gläubigerin, die Aufnahme des in § 8/§ 9 xx) der Schuldurkunde bezeichneten Personenkreise

2. Zur Sicherung des Rechts der Gläubigerin, die Aufnahme des in § 8/§ 9 xx) der Schuldurkunde bezeichneten Personenkreise in das zu errichtende Wohnheim zu verlangen, bestelle(n) ieh/wir der Gläubigerin ferner gemäß § 10 der Schuldurkunde an dem obengenannten Grundstück/Erbbaurscht x) eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit und bewillige(n) und beantrage(n) die Eintragung dieser beschränkten persönlichen Dienstbarkeit zu Gunsten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg auf meine/unsere Kosten im Grundbuch/Erbbaugrundbuch x) im gleichen Rang mit der zu Ziffen 1 genomten Hungthak.

Ziffer 1 genannten Hypothek. Lie dirik ims vertrebene Missions gesellschaft

- 3. tch/Wir unterwerfe(n) mich/uns) in Ansehung aller Verbindlichkeiten aus dieser Urkunde der sofortigen Zwangsvollstreckung nach § 794 Ziff.5 und § 800 ZPO in mein/unser gesamtes Vermögen mit der Maßgabe, daß die Zwangsvollstreckung auch gegen den jeweiligen Eigentümer des belasteten Grundstücks/Erbbauberechtigten x) zulässig sein soll und daß es zur Erwirkung einer vollstreckbaren Ausfertigung dieser Urkunde des Nachweises der Fälligkeit durch öffentliche Urkunden nicht bedarf. leh/Nir bewillige(n) und beantrage(n) auch die Eintragung der sofortigen Zwangsvollstreckung gegen den jeweiligen Grundstückseigentümer/Erbbaubersehtigten x) bei der vorstehend unter Ziffer 1 bestellten Hypothek in das Grundbuch/Erbbau-grundbuch x).
- 4. Auf Grund der der Gläubigerin gegenüber übernommenen Verpflichtung in § 6 dieser Urkunde bewillige(n) und beantrage(n) ich/wir, bei der zu Ziff. 1 genannten Hypothek sowie bei den dieser etwa vorgehenden oder gleichstehenden Hypotheken oder Grundschulden eine Löschungsvormerkung nach § 1179 BGB zu Gunsten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg als Gläubigerin der vorstehend unter Ziff.1 und 2 bezeichneten Rechte in das Grundbuch/Erbbaugrundbuch x) mit der Maßgabe einzutragen, daß sich der Löschungsanspruch des Vormerkungsberechtigten jeweils auf das gesamte Grundpfandrecht einschließlich etwa schon zurückgezahlter Teilbeträge und auch auf den Fall des § 1163 Abs.1 Satz 1 BGB erstreckt.

Gossner Mission

- 5 -

- 5. Von dem Vollzug der vorstehend beantragten Eintragungen bitte(n) ich/wir für die Gläubigerin die Hessische Landesbank -Girozentrale-, Frankfurt/Main, zu benachrichtigen.
- 6. Für die Eintragung der Hypothek und der beschränkten persönlichen Dienstbarkeit sowie der Löschungsvormerkung im Grundbuch/Erbbaugrandbuch-x) wird folgende Fassung vorgeschlagen:
 - a) "PM 90.000; Buchhypothek für ein Darlehen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg. Das Darlehen ist mit 2 v.H., u.U. bis zu 7 v.H., jährlich zu verzinsen und mit 4 v.H. jährlich zuzüglich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen zu tilgen. Außerdem ist jährlich ein Verwaltungskostenbeitrag von 0,25 v.H. zu zahlen. Sofort vollstreckbar gegen den jeweiligen Grundstückseigentümer/Erbbauberschtigten x). Im übrigen wird auf die Eintragungsbewilligung vom 14. Pol. 1953 Bezug genommen. Eingetragen am im gleichen Rang mit der Post Abt.II 1fd.Nr. (beschränkte persönliche Dienstbarkeit). **sowie wiel bler Voll Aff. M. Vr.

b) Beschränkte persönliche Dienstbarkeit, bestehend in dem Recht, nach Maßgabe der Eintragungsbewilligung vom die Aufnahme eines bestimmten Personenkreises in das Wohnheim zu verlangen, zu Gunsten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg, im gleichen Rang mit der Post Abt.III lfd.Nr.

c) "Der Eigentümer/Erbbauberechtigte x) ist verpflichtet, die Rechte Abt.|| Ifd.Nr. und löschen zu lassen, wenn und soweit sie sich mit dem Eigentum/Erbbaurecht x) in einer Person vereinigen oder bereits vereinigt haben oder eine Forderung ganz oder teilweise nicht entstanden ist. Vorgemerkt für die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg als Gläubigerin der Post Abt.|| Ifd.Nr. und Berechtigte der in Abt.|| Ifd.Nr. verzeichneten beschränkten persönlichen Dienstarkeit."

7. Leh/Wir verzichte(n) hiermit ausdrücklich auf das Recht des Widerrufes dieser Anträge.

Lch/Wir beantrage(n), diese Verhandlung einmal zwecks Eintragung in das Grundbuch/Erbbaugrundbuch x) zu den Grundakten auszufertigen, für die Gläubigerin zu Händen der Hessischen Landesbank -Girozentrale-, Frankfurt/Main, eine vollstreckbare Ausfertigung und eine einfache Abschrift sowie mir/uns eine einfache Abschrift zu erteilen. Ferner beantrage(n) ich/wir, der Hessischen Landesbank -Girozentrale-, Frankfurt/Main, nach Vollzug der Eintragungen einen beglaubigten Grundbuchauszug zu übersenden.

Weitere vollstreckbare Ausfertigungen dieser Urkunde soll sich die Gläubigerin jederzeit ohne jeden Nachweis auf meine/unsere Kosten erteilen lassen können.

Heh/Wir versichere(n) hiermit, auf die Bedeutung einer eidesstattlichen Erklärung hingewiesen, an Eidesstatt, daß sich das eingangs dieser Schuldurkunde genannte Grundstück/Grundstück und Erbbaurecht x) in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis einschließlich 8. Mai 1945 nicht im Eigentum einer Person befand(en), die einer der im Militärregierungsgesetz Nr.59 (Rückerstaatungsgesetz) genannten Personengruppen angehört und daß dasGrundstück/Erbbaurecht x) auch nicht mit Althypotheken oderGrundschulden zu Gunsten solcher Personen belastet ist, die als Ausländer im Sinne von § 13 Abs.4 des Umstellungsgesetzes gelten.

Die vorstehende Verhandlung wurde dem/den Erschienenen vorgelesen, von ihm/ihnen genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Fr. Reinhard Voeller Hans Tollies (L.S.) A. Günther Sparr Votar

x) Nichtzutreffendes ist zu streichen

eingetragen am

xx) § 8 ist zu streichen bei Förderung eines Jugendwohnheimes; § 9 ist zu streichen bei Förderung eines Arbeiterwohnheimes



Anlage zum Protokoll vom 17. Februar 1955. Nr. 22/1955 des Notariatsregisters. Berlin, den 17. Februar 1955.

(IS) Dr.Sparr

Beglaubigte Abschrift.

Bescheinigung.

Auf Grund der Akten wird bescheinigt, daß sich der Verwaltungsausschuß des Kuratoriums der Goßner'schen Missionsgesellschaft aus folgenden Personen zusammensetzt:

a) Präses Direktor Dr. Moeller, Bln. - Zehlendorf, am Heidehof 37 Vorsitzender;

Missionspräses Lic. Stosch, Bln.-Wannsee, Schuachardtweg 5, stelly. Vorsitzender;

b) Missionsdirektor Lokies, Bln.-Friedenau, Albestr. 12, vertreten durch:

Pfarrer u. Missionsinspektor Symanowski, Bln.-Zehlendorf, Fischerhüttenstr. 137;

c) Konsistorialrat Drescher, Bln.-Zehlendorf, Dallwitzstr.33, vertreten durch: Pfarrer von Rabenau, Bln.-Schöneberg, Klixstr.2.

Der Verwaltungsausschuß vertritt die Gesellschaft in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten gegenüber Behörden und Privatpersonen. Urkunden verpflichten die Gesellschaft, wenn sie von zwei Mitgliedern dieses Ausschusses unterschrieben sind.

> Berlin, den 12. Juni 1948 Der Polizeipräsident in Berlin -Abteilung V-

> > I.V.

(Dienststempel) Unterschrift

Gebührenfrei! V. 1 Tgb.Nr.2078/48

Vorstehende Abschrift stimmt mit der mir heute vorgelegten Urschrift dieser Bescheinigung wortgetreu überein, was hiermit beglaubigt wird. Berlin, den 17. Februar 1955.

(LS) Dr.Günther Sparr

Notar.

Vorstehen de

Gossner Mission

Vorstehende, in das Notariatsregister unter der Nummer 22 für das Jahr 1955 eingetragene Verhandlung wird hiermit einschließlich der Anlage ausgefertigt und diese zweite Ausfertigung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg

zu Händen der Hessischen Landesbank - Girozentrale in Frankfurt am Main zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt.

ALLE STATES OF THE STATES

Berlin, den 18. Februar 1955.

Kostenberechnung.

Geschäftswert:

a) Hypothek

b) Dienstbarkeit

10.000 .--100.000,-- DM

1.) Gebühr nach §§ 144,29 (I) R.K.O. 2.) Schreibgebühren §§ 138,152 """ 3.) Postgebühren §§ 139,152 """ 4.) Umsatzsteuer, 4 %

8,40

218,40 DM zusammen:

An die Gossner - Mission Berlin Friedenau, Zweigstelle Mainz-Kastel

Mainz - Kastel
Eleonorenstraße 64

Aktenzeichen: J 24 21 02 1/49

25.Marz 1958

Kaufvertrag vom 27.10,1949 vor Notar Köbler in Mainz; hier: Verzinsung und Tilgung des Restkaufpreises

Wir nehmen Bezug auf Ihren Antrag vom 23.10.1957 und unseren Zwischenbescheid vom 30. des gleichen Monats in obiger Sache.

Nach Überprüfung der Angelegenheit hat sich der Stadtrat in seiner Sitzung vom 30.1. d.J. mit folgender Regelung einverstanden erklärt:

Der Restkaufpreis von 35.109,--DM wird um die bis einschließlich 30.6.1957 gezahlten Zinsen in Höhe von 8.086,78 DM durch Erlaß auf 27.022,22 DM gemindert. Die verbleibende Schuld ist in Jahresraten von 1.000,-- DM abzutragen.

Hiervon bitten wir Sie Kenntnis und Vormerkung zu nehmen. Die nächste Rate von 1.000,-- DM ist von Ihnen am 1.10. d.J. zu entrichten. Eine entsprechende Benachrichtigung wird Ihnen noch zugehen.

Wir hoffen, Ihnen hiermit gedient zu haben und bitten um eine kurze Bestätigung des Inhalts dieses Schreibens.

In Vertretung:

Bürgermeister.



Herrn

Oberbürgermeister Franz S t e i n ,

Mainz.

Pulverturm.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Nachdem der Hauptbau unseres Jugendwohnheimes fertiggestellt und die Zahl der Heimbewohner auf 110 angewachsen ist, erlaube ich mir noch einmal an Sie die Bitte Um Hilfe Zu richten. Die Jugendlichen werden uns zum grossen Teil durch das Jugendamt, Ausgleichsamt und die Berufsberatung, bezw. Arbeitsamt der Stadt Mainz, durch das Telegrafenbauamt und durch private Lehrherren in Mainz zugewiesen. Wir können nachweisen, dass wir zur Begleichung unserer Baukosten noch eine Summe von 80.000,-- DM benötigen, aber nicht wissen, woher wir diese Summe nehmen sollen. Dazu kommt, dass wir bei den heute üblichen Sätzen für Lehrlinge an jedem Heimbewohner monatlich ein Defizit von mindestens DM 20,-- haben. Wir versuchen, dieses Defizit durch Einzelgaben unserer Missionsfreunde zu decken. Der Stadträt wird verstehen, dass es uns unter diesen Umständen ausserordentlich schwer fällt, Zinsen für das Restkaufgeld in Höhe von DM 35,109,-- zu zahlen, was wir nun bereits seit 1.1.1950 tun. Wir haben somit an die Stadt Mainz bereits DM 6.846,32 bis einschl. Schluss des laufenden Rechnungsjahres gezahlt.

An v e r l o r e n e n Zuschüssen aus dem hessischen Raum haben wir für den Gesamtbau erhalten, von

Stadt Wiesbaden Hess. Innenministerium Abtl. IX (Bundesjugendplan)	DM ""	20.000,
Hess. Innenministerium Abtl. VIII	11.11	43.000,
Kultusministerium Wiesbaden	11.11	5.000
Lastenausgleichsamt Wiesbaden	11.11	35,700,

Naturgemäss haben wir von Rheinland-Pfalz nichts erhalten. Es wäre aber wohl folgerichtig, wenn wir von der Stadt Mainz eine grösseren Unterstützung unserer Arbeit bekommen würden, weil durch die Aufnahme von Jugendlichen, die in Mainzer Betrieben als Lehrlinge arbeiten, die Stadt Mainz ohne eigene besondere Gegenleistung profitiert hat und auch zukünftig den Nutzen haben wird.

Deshalb erlaube ich mir einuge Vorschläge für die Änderung desVertrages zu unterbreiten.

- 1. Vorschlag: Die Stadt Mainz verzichtet auf das Restkaufgeld in Höhe von DM 35.109,-- und lässt diefür sie einge tragene Hypothek löschen.
- 2. Vorschlag: Die Stadt Mainz rechnet die bisher gezahlten Zinsen und die in Zukunft zur Überweisung kommenden als Amortisationszahlungen auf das Restkaufgeld an.

Ich hoffe, dass es der Stadt Mainz möglich sein wird, einen gangbaren Weg zu finden, der uns bei dem dienst an den Jugendlichen eine wesentliche Hilfe sein kann.

Mit freundlichem Gruss bin ich

Irh sehr ergebener

(H. Symanowski, Pfarrer.)



16. November 1954.

An den

Herrn Oberbürgermeister der Stadt Mainz,

Mainz.

Betr.: Kaufvertrag Stadt Mainz / Gossner Mission vom 27.10.1949 Ihr Schreiben vom 9.Nov.1954 - J. 24.21.02.1/49.

Sehrgeehrten Herr Oberbürgermeister,

Wir danken Ihnen für die Nachricht vom 9. 11. ds. Js., dass auf Grund des Stadtratsbeschlusses vom 14. 10. 1954 die derzeitige Regelung für weitere 3 Jahre bestehen bleibt.

Da die Gossner Missiom gerade jetzt mit dem Hauptbau des Jugendwöhnheimes beschäftigt ist, bedeutet der Stadtratsbeschluss schon eine wesentliche Hilfe. Wir hoffen, bis zum Herbst 1955 weitere 60 Plätze für Lehrlinge schäffen zu können und damit auch den Bedürfnissen der Stadt Mainz entgegen zu kommen.

Mit bestem Gruss

(H. Symanowski, Pfarrer.)



9. Nov. 1954

An die

Gossner Mission

Zweigstelle Mainz-Kastel

Mainz-Kastel

Eleonorenstr. 64

Kaufvertrag Stadt Mainz / Gossner Mission vom 27.10.1949.

Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 26.8.1954 teile ich Ihnen mit, dass der Stadtrat in seiner Sitzung vom 14.10.1954 sich damit einverstanden erklärt hat, es bei der derzeitigen Regelung für weitere drei Jahre zu belassen.

Die Tilgung würde demnach am 1.10.1957 beginnen. Bis zu diesem Zeitpunkt verbleibt es bei einem Zinssatz von 3% p.a. Ich Freue mich, Ihnen hiervon Kenntnis geben zu können.

In Vertretung:

Bürgermeister.



31. August 1954.

An den

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz, z. Hd. Herrn Dr. Zeeh.

Mainz.

Für Ihre Mitteilung vom 26. 8. 1954 Aktz. J 24 21 02 1/49 danke ich Ihnen bestens. Ich bin damit einverstanden, dass Sie unser Schreiben vom 14. Juli 1954 als Antrag vor die Städtischen Körperschaften bringen wollen. Da der 30. September 1954 Zahlungstermin ist wäre ich dankbar, wenn bis zu diesem Zeitpunkt die Angelegenheit geklärt werden könnte.

Indem ich Ihnen für Ihre Mühewaltung und Hilfe herzlich danke bin ich mit freundlichem Gruss

Ihr sehr ergebener



26. August 1954

An die

Gossner Mission Zweigstelle

Mainz-Kastel
Elennorenstrasse 64.

Sehr geehrter Herr Pfarrer Symanowski!

Auf Grund einer Aussprache mit Herrn Stadtratsmitglied Delorme und einer anschließenden Besprechung mit Herrn Oberbürgermeister Stein fasse ich Ihr Schreiben vom 14.7.1954als einen endgültigen Antrag Ihrerseits auf. Ich werde den städtischen Körperschaften entsprechende Vorlage machen, weil diese über jede weitere Erleichterung in der Zahlung Beschluß fassen müssen. Es ist anzunehmen, daß ein Vorschlag auf Hinausschieben der restlichen Raten um weitere 3 Jahre bei gleichen Bedingungen wie seither Annahme Finden kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Der Oberbürgermeister.
Im Auftrag:



14. Juli 1954.

Herrn

Oberbürgermeister Dr. Stein,

Mainz.

Pulverturm.

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister,

Haben Sie nochmals herzlichen Dank, dass Sie mit den Mitgliedern des Stadtrates am 1. Juli ds. Js. bei uns gewesen sind. Wir haben von verschiedenen Stadtratsmitgliedern ein gutes Echo erhalten, sogar einige persönliche Spenden als Zeichen dafür, dass unsere Arbeit Zustimmung und Anklang gefunden hat. Wir möchten auch Ihnen für die Gabe in Höhe von DM. 50.-- noch einmal danken.

Es erhebt sich nunmehr die Frage, ob es ratsam ist einen Antrag an den Stadtrat zu richten um eine für unsere Finanzen tragbare Lösung bezüglich des Kaufvertrages, der Zinshöhe und der Amortisationsraten zu finden. Ich wäre Ihnen sehr dankbar wenn Sie mitteilen könnten, welchen modus procendenti Sie für den besten halten würden. Am 30. 9. läufz die biehrige Regelung für die Zinshöhe ab. Deshalb müsste wohl in nächster Zeit eine Entscheidung herbeigeführt werden.

Mit herzlichem Dank für all Ihr Verständnis und Ihre Hilfe bin ich mit herzlichem Gruss

Ihr sehr ergebener



Leven Brechuer



Kaufvertrag.

U.R. Mr. 1061/1949

Mainz, den 27. Okt. 1949

Vor dem Notar Ludwig Röbeler mit dem amtseitz zu Mainz, erschienen, dem Notar bekannt,

- 1. Herr Georg Schöffel, Stadtamtmann, wohnhaft in Main:, handelnd gemäss anliegender Vollmacht als Bevollmach-tigter des Herrn Oberbürgermeisters der Stadt Mainz, dieser als Vertreter der Stadt Mainz;
- 2. Herr Pastor Horst Symanowski, Mainz-Eastel, Eleonorenatrasse 64, handelnd hier gemäss anliegender Vollmacht ale Bevollmächtigter der Gossnerschen Hissionsgesellachaft, Berlin-Friedenau.

Die Brachienenen erklären:

I. Raufvertrag

Die Stadt Bain: verkauft an die Gossnersche Missionegesellschaft, Berlin-Priedenau, das Grundstück der Gemarkung Kastel

Flur Ia Mer. 29/6 - 3901 gm Bauplatz Eleonorenetrosse,

das gebildet wird que den Grundstüsken der Gemarkung Kastel, eingetragen im Grundbuch für Kastel Band 24 Blatt 4140

Flur Ia Nr. 29/3 - 1685 qm Bauplatz am Fort Heasen Flur Ia Nr. 42/2 - 33 qm Bauland allda Flur Ia Nr. 42/1 - 32 qm Bauland Eleonorenatrasse

Flur Ia Nr. 45/1 - 27 qm Bauland alida Flur Ia Nr. 29/4 - 945 qm Bauland alida

Plur Ia Nr. 29/5 - 1179 qm Baupletz allde

zum Pretse von DN 10, -/gm = DN 59,010, - (Neununddretesigtausendund zehn deutsche Mark) frei von Gelündsstellung- Strassen- und Konalbaukosten, und unter folgenden

Bedingungen:

- 1. Die Verdusserung erstreckt sich auf das Zubehör des Grundstückes, dessen Zustand dem Käufer genau bekannt ist.
- 2. Die Gebergabe erfolgt sofort.

 Das Rigentum geht mit der Eintragung ins Grundbuch, die Gefahr mit der Vebergabe auf den Broerber über.



- 3. Für den angegebenen Plächeninhalt haftet die Verkäuferin nicht. Käufer ist nicht verpflichtet, einen etwalgen Wehrgehalt herauszugeben oder wegen desselben einen höheren Kaufpreis zu zehlen.
- 4. Für die Freiheit des Grundstückes von Rechten Dritter wird gehaftet, nicht aber für die Freiheit von Grunddienstbarkeiten; der Stadt Mainz sind solohe nicht bekannt.
- 5. Die auf dem verkauften Grundstück ruhenden öffentlichen Abgaben und Lasten gehen mit dem ersten Oktober 1949 auf die Gossnersche Missionsgesellschaft über.
- 6. Auf Bintragung einer Auflassungsvormerhung wird verzichtet.
- 7. Die Kosten der Beurkundung, der Auflassung und Eintragung und die Grunderwerbssteuer belasten die Erwerberin, ebenso die Abmarkungs- und Vermessungskosten.
- 8. Der Verkauf erfolgt unter Vorbehalt sämtlicher hierzu erforderlichen behördlichen Genehmigungen. Der Notar wird von
 den Beteiligten ermächtigt, diese für sie zu beantragen sowie
 in Empfang und zur Kenntnis zu nehmen.
- 9. Nach dem Hinweis des Notars auf die Bedeutung der eidesstattlichen Versicherung und auf die Strafbesti-mmung des § 156 St.G.B. und nach dem Hinweis des Notars auf das Gesetz 52 der Willtärregierung und seine Strafbestimmungen versichern die Erschienenen an Eides statt:

Es wird durch die beantragte Eintragung und das ihr sugrunde liegende Rechtsgeschäft weder ein Recht noch ein Anspruch hinsichtlich Besitz oder Eigentum einer Person übertragen, deren Vermögen von der Militärregierung gesperrt ist, noch der Wert solchen Vermögens vermindert oder beeinträchtigt. Es ist uns bekannt, dass auch diesperre nach dem Befreiungegesetz vom 5.3.1946 und seinen Durchführungsbestimmungen einer Sperre durch die Militärregierung gleichkommt.

- lo. Die Gomenersche Missionegesellschaft unterwirft sich wegen aller Zahlungsverpflichtungen der sofortigen Zwangsvoll-streckung aus dieser Urkunde persönlich, hinsichtlich der Hypothek auch in der Weise, dass die Zwangsvollstreckung gegen den jeweiligen sigentümer des Grundstückes zulässig sein soll. Der Nachweis der Fälligkeit ist der Verkäuferin erlassen.
- 11. Die Gossnersche Missionsgesellschaft ist verpflichtet, mit der Bebauung des Geländes sofort nach Beurhundung des Kauf-vertrages zu beginnen und die Bauten innerhalb dreier Jahre, vom Tage der Beurkundung an gerechnet, bezugsfähig zu erstellen, anderenfalls der Stadt Mainz ein Wiederkaufsrecht zum heutigen Verkaufspreis ohne Zinsvergütung zusteht. Die etwaige Rückübertragung hat auf Kosten der Gossnerschen Missionsgesellschaft zu erfolgen.

Vor Baubeginn eind die Pläne nicht nur der Baupolizei, sondern auch dem Herrn Oberbürgermeister der Stadt Mainz zur besonderen Genehmigung zu unterbreiten.



12. Die Stadt Mainsshat den bisherigen Mietern und Pächtern des verkauften Geländes gekündigt. Die Gossnersche Missionsgesell-schaft verpflichtet sich, die Stadt Mains von allen etwaigen Ersatzansprüchen dieser Mieter und Pächter freisustellen.

verbleibenden Restkaufpreises von 35.109.- DM erfolgt in Höhe von 3 % vom Tage der Beurkundung des Kaufvertrages an, zahlbar in vierteljährlichen Raten auf die K alendervierteljahresersten und zwar nachträglich, erst-malig am 1.1.1950. Am 1.10.1954 ist ein weiteres Zehntel fällig und so fort immer am 1.10. jeden folgenden Jahres bis zur völligen Filgung. Vom 1.10.1954 werden für den jeweils geschuldeten Restbetrag die Zinsen berechnet, die die Städtische Sparkasse Mainz jeweils für erststellige Hypotheken nimmt. Die Gosenersche Missionsgesellschaft verpflichtet sich der Gläubigerin gegenüber, die Restkaufpreishypothek von 35.109,- DM löschen zu lassen, wenn und soweit sie sich mit dem Eigentum in einer Ferson vereinigt.

14. Die Verkäuferin verpflichtet sich für den Fall, dass sie von dem ihr nach Ziffer 11 eingeräumten Wisderkaufsrecht Ge-brauch macht, dem Herrn Oberbaurat Petzold in Mainz-Kastel das für diesen ohnehin eingetragene Vorkaufsrecht im alten Umfange wieder zu bestellen.

Gleichzeitig war erschienen der dem Notar bekannte Herr Oberbaurat Erich Petzold, wohnhaft in Mainz-Kastel, Eleonorenstrasse 66 und erklärt:

Ich nehme alles vorstehende für mich an.

II. Auflassung

Wir sind darüber eintg, dass das Eigentum an dem verkauften Grundstück auf die Gossnersche Missionsgesellschaft übergehen soll und beantragen die Eintragung der Eigentumsänderung in das Grundbuch.

Das Eigentum ist für die Gosenersche Missionsgesellschaft einzutragen.

III. Löschungsantrag

Wir beantragen die Löschung der zu Lasten des verkauften Grundstücks eingetragenen Rechte, so, wie die Berechtigten diese Löschung bewilligen werden. Der gleichzeitig erschienene oben genannte Oberbaurat Petzold bewilligt die Löschung des für ihn auf dem Grundstück Flur Ia Nr. 29/5 eingetragene Vorkauferecht.

IV. Eintragungsantrag

a) Wir bewilligen und beantragen zur Sicherung des Rechtes der Stadt Mainz auf Rickübertragung des Eigentums (Ziffer 11) die Eintragung einer entsprechenden Vormerkung im Grundbuch



Weltere Abreden haben wir nicht getroffen.

Der Notar machte beide Teile auf ihre Haftung für ev. Grunderwerbssteuer aufmerkeam, auch darauf, dass Eintragung erst nach Steuer- und Kostenzahlung erfolgt.

Das Grundbuch wurde am 12.8.1949 eingesehen.

Dem Notar ist es erlassen, die Beteiligten von dem Vollzuge der Eintragung zu benachrichtigen. Die Nachricht soll an den zur Antragstellung ermächtigten Notar und an die Stadt Mainz ergehen.

Vollstreckbare Ausfertigung für die Stadt Mainz, und zwar ohne Nachweis der eingetretenen Fälligkeit sowie Ausfertigung für die Gossnersche Missionsgesellschaft werden verlangt.

Vorgedesen, von den Brachienenen gemehmigt und von ihnen und dem Notar eigenhündig, wie folgt, unterschrieben:

gez. Georg Schöffel

"Horst Symanowski

"Erich Petzold

"Ludwig Köbler, Notar

Geschäftswert: 39.010, - DM

Geb. § 29 II 176, - DM

Geschäftewert: 39.010, - DM

Geb. § 29 II 176, - DM

Geb. § 138 5, - DM

Geb. § 139 4, - DM

Uma. Steuer 5,55 DM

Notar gez.: Köbler



Notar Köbler Mainz Schillerplatz 16 Beglaubigte Abschrift Kaufvertrag U.R.Nr. 1061/1949 Mainz, den 27. Oktober 1949 Vor dem Notar Ludwig Köbler mit dem Amtssitz zu Mainz erscheinen, dem Notar bekannt: 1. Herr Georg Schöffel, Stadtamtmann, wohnhaft in Mainz, handelnd gemäß anliegender Vollmacht als Bevollmächtigter des Herrn Oberbürgermeisters der Stadt Mainz, dieser als Vertreter der Stadt Mainz: 2. Herr Pastor Horst Symanowski, Kastel, Eleonorenstraße 64, handelnd hier gemäß anliegen-der Vollmacht als Bevollmächtigter der Gossnerschen Missionsgesellschaft, Berlin-Friedenau. Die Erschienenen erklären: I. Kaufvertrag Die Stadt Mainz verkauft an die Gossnersche Missionsgesellschaft, Berlin-Friedenau das Grundstück der Gemarkung Kastel Flur Ia Nr. 29/6 -3901 qm Bauplatz Eleonorenstraße das gebildet wird aus den Grundstücken der Gemarkung Kastel, eingetragen im Grundbuch für Kastel Band 24 Blatt 1140 Flur Ia Nr. 29/3 -1685 qm Bauplatz am Fort Hessen Flur Ia Nr. 42/2 - 33 qm Bauland allda
Flur Ia Nr. 42/1 - 32 qm Bauland Eleonorenstraße
Flur Ia Nr. 43/1 - 27 qm Bauland allda
Flur Ia Nr. 29/4 - 945 qm Bauplatz allda
Flur Ia Nr. 29/5 -1179 qm Bauplatz allda

zum Preise von 10.-- M / qm = 39.010.-- M (Neununddreißigtausendundzehn Deutsche Mark), frei von Geländestellungs-, Strassen- und Kanalbaukosten, unter folgenden

Be'd ingungen:

Be'd ingungen:

tel overnews at a b training of none x ado

frantos see training tel-equipments.

The order of the contract of

des Grundstücks, dessen Zustand dem Käufer genau bekannt ist.

2. Die Übergabe erfolgt sofort.

Das Eigentum geht mit der Eintragung in das Grundbuch, die Gefahr mit der Übergabe auf den Erwerber über.

- 3. Für den angegebenen Flächeninhalt wird nicht gehaftet. Käufer ist nicht verpflichtet, einen etwaigen Mehrgehalt herauszugeben oder wegen desselben einen höheren Kaufpreis zahlen.
- ter wird gehaftet, nicht aber für die Freiheit von aus dem Grundbuch nicht ersichtlichen Grunddienstbarkeiten; der Stadt Mainz sind solche nicht bekannt.
 - 5. Die auf dem verkauften Grundstück ruhenden öffentlichen Abgaben und Lasten gehen mit dem J. Oktober 1949 auf die Gossnersche Missionsgesellschaft über.
 - 6. Auf Eintragung einer Auflassungsvormerkung wird verzichtet.
 - Eintragung und die Grunderwerbsteuer belasten die Erwerberin, ebenso die Abmarkungs- und Vermessungskosten.
 - zur Wirksamkeit erforderlichen behördlichen Genehmigungen. Der Notar wird von den Beteiligten ermichtigt, diese für sie zu beantragen sowie in Empfang und zur Kenntnis zu nehmen.
 - 9. Nach dem Hinweis des Notars auf die Bedeutung der eidesstattlichen Versicherung und auf die Strafbestimmung des § 156 St.G.B. und nach dem Hinweis des Notars auf das Gesetz 52 der Militärregierung und seine Strafbestimmungen versichern die Erschienenen an Eides statt:

Es wird durch die beantragte Eintragung und das ihr zugrunde liegende Rechtsgeschäft weder ein Recht noch ein Anspruch hinsichtlich Beseitz oder Eigentum einer Person übertragen, deren Vermögen von der Militärregierung gesperrt ist, noch der Wert solchen Vermögens vermindert oder beeinträchtigt. Es ist uns bekannt, daß auch die Sperre nach dem Befreiungsgesetz vom die Militärregierung gleichkommt.

Gossner Mission

wis also wan if. . If o a 30 min. . Il theorythatilate rangagaray Te 10. Die Gossnersche Missionsgesellschaft unterwirft sich wegen aller Zahlungsverpflichtungen der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde persönlich., hinsichtlich der Hypothek auch in der Weise, daß die Zwangsvollstreckung gegen den jeweiligen Eigentûmer des Grundstückes zulässig sein soll. Der Nachweis der Fälligkeit ist der Verkäuferin erlassen. 15 (1) Die Gossnersche Missionsgesellschaft ist verpflichtet, mit der Bebauung des Geländes sofort nach Beurkundung des Kaufvertrages zu beginnen und die Bauten innerhalb dreier Jahre, vom Tage der Beurkundung an gerechnet, bezugsfähig zu erstellen, andernfalls der Stadt Mainz ein Wiederkaufsrecht zum heutigen Verkaufspreis ohne Zinsvergütung zusteht. Die etwaige Rückübertragung hat auf Kosten der Gossnerschen Missionsgesellschaft zu erfolgen. Vor Baubeginn sind die Plände nicht nur der Baupolizei, sondern auch dem Herrn Oberbürgermeister der Stadt Mainz zur besonderen Genehmigung zu unterbreiten. I de dans de la 12. Die Stadt Mainz hat den bisherigen Mietern und Pächthe desiverkauften Geländes gekündigt. Die Gossnersche Miszasionsgesellschaft verpflichtet sich, die Stadt Mainz von allen etwaigen Ersatzansprüchen dieser Mieter und Pächter freizustellen. 13. Auf den Kaufpreis ist 1/10 anzuzahlen. Einme Verzinsung des verbleibenden Restkaufpreises von 35.109 .-- DM erfolgt in Höhe von 3 % vom Tage der Beurkundung des Kaufvertrages an, zahlbar in vierteljährlichen Raten auf die Kalendervierteljahremersten, und zwar nachträglich, erstmalig am 1.1.1950. Am 1.10.1954 ist ein weiteres Zehntel fällig und sofort, immer am 1.10. jeden folgenden Jahres bis zur völligen Tilgung. Vom 1.10. 1954 ab werden für den jeweils geschuldeten Restbetrag die Zinsen berechnet, die die Städtische Sparkasse Mainz jeweils für erststellige Hypotheken nimmt. Die Gossnersche Missionsgesellschaft verpflichtet sich der Gläubigerin gegenüber, die Restkaufpreishypothek von 35.109 .-- M löschen zu lassen, wenn und soweit sie sich mit dem Eigentum in einer Person vereinigt. 14. Die Verkäuferin verpflichtet sich für den Fall, daß sie von dem ihr nach Ziffer, 11 eingeräumten Wiederkaufsrechts Gebrauch macht, dem Herrn Oberbaurat, Petzold in Mainz-Kastel das für diesen ohnehin im Grundbuch eingetragene Vorkaufsrecht im alten Umfang wieder, zu bestellen. Gleichzeitig war erschienen der dem Notar bekannte Herr Oberbaurat Erich Petzold, wohnhaft in Mainz-Kastel, Eleonorenstraße 66 und erklärt: Ich nehme alles Vorstehende für mich an. II. Auflassung BI I THE AME TO BE ENGINEERING WARRANCE COMMENCE OF BRIDE CONTRACTOR and a contract of the contract of with darge to a ste carte. Wir sind darüber enig, daß das Eigentum an dem werkauften Grundstück auf die Gossnersche Missionsgesellschaft übergehen soll und beantragen die Eintragung der Eigentumsänderungen in das Grundbuch.

Das Eigentum ist für die Gossnersche Missionsgesellschaft einzutragen.

III. Löschungsantrag

Wir beantragen die Löschung der zu Lasten des verkauften Grundstücks eingetragenen Rechte so, wie die Berechtigten diese Löschung bewilligen werden. Der gleichzeitig erschienene obengenannte Herr Oberbaurat Petzold bewilligt die Löschung des für ihn auf dem Grundstück Flur Ia Nr. 29/5 eingetragenen Vorkaufsrechts.

IV. Eintragungsantrag

- a) Wir bewilligen und beantragen zur Sicherung des Rechtes der Stadt Mainz auf Rückübertragung des Eigentums (Ziffer 11) die Eintragung einer entsprechenden Vormerkung im Grundbuch zugunsten der Stadt Mainz auf Übertragung des Eigentums.
- b) Der dieser Urkunde zugrunde liegende Auszug aus dem Veränderungsnachweis des Vermessungsamtes Wiesbaden vom 25.Juni
 1949, Gemeindebezirk Wiesbaden, Gemarkung Kastel, Jahrgang
 1949 Nr. 12, wird von den Beteiligten als richtig anerkannt.

 Seine Wahrung im Grundbuch wird hiermit beantragt.
- bezeichneten Restkaufpreis von 35.109. -- M samt Zinsen bis zu 6 % auf das verkaufte Grundstück eine Sicherungshypothek für die Stadt Mainz eingetragen wird mit dem Zusatz, daß die Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde gegen den jeweiligen Eigentümer des Grundstücks zulässig sein soll. Ferner wird die Ein tragung einer Löschungsvormerkung in das Grundbuch gemäß § 1179 BGB bewilligt und beantragt.

Der Verkäuferin gegenüber verpflichtet sich die Gossnersche Missionsgesellschaft zur Zahlung der Grunderwerbsteuer sofort nach Anforderung, falls eine solche überhaupt entsteht. Befreiung von der Grunderwerbsteuer wird hiermit beantragt. Die Erwerberin ist als gemeinnütziges Unternehmen anerkannt. Ankauf des Grundstückes dient ebenfalls nur gemeinnützigen Zwecken.

Weitere Abreden haben wir nicht getroffen. Der Notar machte beide Teile auf ihre Haftung für ev. Grunderwerbsteuer aufmerksam, auch darauf, daß Eintragung erst nach Steuer- und Kostenzahlung erfolgt. Das Grundbuch wurde am 12.9.1949 eingesehen. Dem Notar ist es erlassen, die Beteiligten vom Vollzuge der Eintragung zu benachrichtigen. Die Nachricht soll an den zur Antragstellung ermächtigten Notar und an die Stadt Mainz ergeben.

gehen.

Vollstreckbare Ausfertigung für die Stadt Mainz, und zwar ohne
Nachweis der eingetretenen Fälligkeit sowie Ausfertigung für
die Gossnersche Missionsgesellschaft werden verlangt.

Vorgelesen, von den Erschienenen genehmigt und von ihnen und dem Notar eigenhändig, wie folget, unterschrieben:

Pa

Die Aberenstimmung vorstehender Absch...
mit der Hauptschrift wird beglaubigt.
Mainz, den 18. AUG. 1955

minote

Gossner Mission



VERSICHERUNGEN

INHABER: HANS KOLBECK - WIESBADEN MARKTPLATZ 7 - TELEFON: 27351

Gossner Mission

17. April 1956

Mainz - Kastel

Eleonorenstrasse 64

Betrifft: Haushalt-Versicherung KO, ST, G, H 11 - 56 - 549.

In der Anlage übersende ich Ihnen den neu ausgefertigten Versicherungsschein für die Haushalt-Versicherung.

Wie vereinbart wurde die Versicherungssumme auf DM 90.000,-- - zum Neuwert - festgesetzt.

Die Prämie beträgt für die Zeit vom 20. März 1956 bis 20. März 1957 einschließlich der Rückzahlung aus Versicherung KO 11-52-434

DM 87,60. Bezahltam: 25.4.56

Ich bitte höflichst um Überweisung dieses Betrages auf mein Postscheckkonto.

Mit bester Empfehlung und

mit vorzüglicher Hochachtung!

K O L B E C K , Versicherungen

Anlage: Versicherungsschein.

"ALBINGIA"

VERSICHERUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT

ZUSTÄNDIGE GESCHÄFTSSTELLE:

Frankfurt / Main Liebig-Strasse 6

VERMITTLUNGSSTELLE:

Generalagentur HANSKOLBECK

Wiesbaden, Markiplaiz 7, Tel. 27351

- 159 -

HAUSHALT - VERSICHERUNG

KO, ST, G, H 11-56-549

Ersatz für Versicherung Nr.

KO 11-52-434

(Bündelung von drei rechtlich selbständigen Versicherungsverträgen)

ausgefertigt am: 6.4.1956

Versicherungsnehmer:

Goßnersche Mission,

Mainz-Kastel, Eleonorenstrasse 64.

Versicherungsgrundstück:

(s. Rückseite IV. Hinweise Pkt. 1. a)

Versicherungsdauer: vom 20. März 1956

bis 20. März 1966

ie 12.00 Uhr.

Die Versicherung verlängert sich nach Ablauf stillschweigend von Jahr zu Jahr, wenn sie nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Beträgt die Dauer weniger als ein Jahr, so endigt die Versicherung, ohne daß es einer Kündigung bedarf.

Der Versicherungsschutz wird gewährt auf Grund des gestellten Antrages gegen

I. Feuer-, Einbruchdiebstahl/Beraubungs-, Leitungswasser- und Sturmschäden am Hausrat gemäß den Allgemeinen Bedingungen für die Versicherung des Hausrats gegen Feuer-, Einbruchdiebstahl/Beraubungs- und Leitungswasserschäden (VHB) mit

den Haftungserweiterungen vom 15. 8. 53,

den Zusatzbedingungen zu den erstgenannten Bedingungen für die Versicherung des Hausrats,

den Sonderbedingungen für die Neuwert-Versicherung

und der Klausel für die Sturmschadenversicherung.

- II. Bruchschäden an den Glas- und Spiegelscheiben des Hausrats gemäß den Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Glasbruch-Versicherung (AGIB).
- III. die gesetzliche Haftpflicht als Privatperson, Familien- und Haushaltungsvorstand einschließlich Sporthaftpflicht gemäß den Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflicht-Versicherung (AHB).

Die im § 3 II 1 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen vorgesehene Selbstbeteiligung des Versicherungsnehmers hat keine Gültigkeit.

pie auf den folgenden Seiten dieser Police aufgeführten näheren Erläuterungen bzw. besonderen Bedingungen haben für den Vertrag nur insoweit Gültigkeit, als sich nicht durch vereinbarte Ausschlüsse bzw. Streichung im vorstehenden Text etwas anderes ergibt.

Versicherungssumme zu I und II: DM

90.000.-

- zum Neuwert -

Deckungssummen zu III: DM 200 000,- je Personenschaden, DM 10 000,- je Sachschaden.

Gesamt-Rechnung DN

Ges.-Prämie für 1 Jahr .. 117.--

Rückzahlung 34.10

v.20.3.-17.7.56

Ausfertigungsgebühr

5 % Versicherungssteuer ...

Frankfurt/Main, den 6.4.1956

Nebenstehenden Betrag erhalten:

(Bei Uberweisungen ist der Einlieferungsschein die Quittung.)

Der Versicherungsnehmer kann jederzeit auf seine Kosten Abschriften der Erklärungen fordern, die er mit Bezug auf den Versicherungsvertrag gemacht hat. An den rot kenntlich gemachten Stellen weicht der Versicherungsschein vom Antrag ab. Wenn nicht innerhalb eines Monats nach Empfang des Versicherungsscheins schriftlich widersprochen wird, gelten die Abweichungen als genehmigt.

Erläuterungen über den Deckungsumfang

I. Hausratsversicherung

Versichert sind nach Maßgabe der allgemeinen Hausrats-Versicherungsbedingungen

a) Der gesamte Hausrat.

Zum Hausrat gehört alles, was in einem Haushalt zur Einrichtung und zum Gebrauch oder zum Verbrauch dient, sowie Bargeld, Wertpapiere und Sammlungen (s. Hinweis 2). Nicht zum Hausrat gehören: Gebäudebestandteile, Kraftfahrzeuge, ungefaßte Edelsteine, ungefaßte Perlen.

b) Die zur Ausübung eines Gewerbes oder Berufes dienenden Einrichtungsgegenstände, Arbeitsgeräte, Vorräte und Waren, soweit sie sich in der Wohnung des Versicherungsnehmers befinden und sofern sie insgesamt keinen höheren Wert als 2000,— DM haben. Übersteigt ihr Wert 2000,— DM, so sind

sie überhaupt nicht mitversichert.

c) Kleinvieh, Futter- und Streuvorräte auf dem Versicherungsgrundstück bis zu 500,— DM auf erstes Risiko (in Abweichung von § 3 (1), Ziffer 2 der verbundenen Hausrat-Versicherungsbedingungen bei Landwirten nicht mitversichert). Fremdes Eigentum ist für Rechnung des Eigentümers insoweit mitversichert, als es seiner Art nach unter die versicherten Gruppen fällt. Ausgenommen ist das Eigentum der Untermieter. Ausgeschlossen sind Schäden durch Atomenergie.

II. Haushalts-Glasbruch-Versicherung

Versichert sind:

a) die Scheiben an und in Gegenständen des Hausrates (z. B. an Schränken, Tischen, Bildern, feststehenden Spiegeln) mit Ausnahme von Hohlgläsern (Vasen, Glasglocken, gegossene Aquarien und dergl.), Gebrauchsgegenständen aus Glas, Beleuchtungskörpern, optischen Gläsern, Hand- und aufstellbaren Spiegeln.

b) die Scheiben in Türen und Fenstern der Wohnung bzw. des Einfamilienhauses mit Ausnahme von künstlerisch bearbeiteten Scheiben (Bleiverglasungen, Glasmalereien, Scheiben mit Reliefschliff u. ä.), Glasdächern, Wintergartenverglasungen über 3 qm Gesamtfläche, Einzelscheiben über 3 qm Flächeninhalt sowie Mehrscheiben-Isolierverglasungen.

III. Privat- und Sporthaftpflicht-Versicherung

Die Versicherung gewährt — mit Ausnahme der Gefahren eines Betriebes, Berufes oder einer ungewöhnlichen, gefährlichen Beschäftigung — bedingungsgemäßen Schutz gegen die gesetzliche Haftpflicht:

- a) als Privatperson gegen die Haftpflichtgefahren des täglichen Lebens.
- als Familienvorstand aus der Aufsichtspflicht über Minderjährige,
- c) als Dienstherr gegenüber den im Privathaushalt tätigen Personen und für deren dienstliche Verrichtungen in diesem Haushalt,
- d) 1. als Haushaltungsvorstand und als Inhaber der eigenen Wohnung (auch Miet-, Dienst- oder Werkwohnung), aus Einrichtung, Beleuchtung und Unterhaltung derselben oder als Besitzer (Eigentümer, Mieter, Nutzungsberechtigter) eines von ihm allein bewohnten Hauses, ferner als Besitzer eines Kleingartens (Schrebergarten und dergl.). Eingeschlossen ist die Haftung aus der Vermietung von nicht mehr als 2 Zimmern zu Wohnzwecken.

Werden mehr als 2 Zimmer ohne Fremdenpension zu Wohnzwecken oder Räume zu gewerblichen Zwecken abgegeben oder eine oder mehrere Garagen vermietet, so besteht Versicherungsschutz für die Haftung aus der Abgabe/Vermietung aller dieser Räume nur, wenn die Mit-

versicherung vereinbart worden ist.

3. Als Vermietung im Sinne von d) Abs. 1 und 2 gilt nicht, wenn Zimmer tageweise vermietet werden. In diesem Falle besteht Versicherungsschutz auch für die Haftung aus der Vermietung der tagweise vermieteten Räume nur dann, wenn die Mitversicherung vereinbart worden ist.

 Der Versicherungsschutz für die Haftung bezüglich der vom Wohnungsinhaber oder Eigenheimbesitzer selbst bewohnten Räume bleibt von den Bestimmungen zu

Abs. 2 und 3 unberührt.

5. Werden Zimmer der eigenen Wohnung oder des Einfamilienhauses vom Wohnungsinhaber oder Eigenheimbesitzer zu Zwecken eines eigenen Betriebes oder Berufs (z. B. als Büro, Ambulatorium, Werkstätte) verwandt, kommt Versicherungsschutz als Wohnungsinhaber oder Besitzer eines Eigenheimes im Rahmen der Privathaftpflichtversicherung nicht in Betracht. In diesen Fällen wird Versicherungsschutz für die Wohnung bzw. das Einfamilienhaus gewährt nur im Anschluß an die nach den jeweils in Betracht kommenden Tarifen abzuschließende Betriebs- oder Berufshaftpflichtversicherung.

(Die Haftpflicht wegen Beschädigung der gemieteten Räume selbst ist bedingungsgemäß ausgeschlossen.)

 e) aus dem Besitz und der Benutzung einer genehmigten Rundfunk- und Fernsehempfangsanlage. Die dem Hausbesitzer gegenüber etwa vertraglich übernommene Haftung aus dem Vorhandensein einer Hochantenne ist im Rahmen der Allgemeinen Versicherungsbedingungen mitversichert,

f) als Radfahrer mit Fahrrädern ohne Motor,

 aus dem privaten Besitz und Gebrauch von Hieb-, Stoß- und Schußwaffen und Munition, jedoch nicht während des Mitführens oder ihrer Verwendung zu Jagdzwecken,

 h) als Reiter oder Fahrer bei Benutzung fremder Pferde und Fuhrwerke zu Privatzwecken.
 (Die Haftpflicht wegen Beschädigung der Pferde oder Fuhr-

werke ist bedingungsgemäß ausgeschlossen.)

- i) als Halter von zahmen Haustieren, sofern diese nicht zu gewerblichen Zwecken gehalten werden und aus nicht gewerbsmäßiger Bienenhaltung. Als zahme Haustiere gelten jedoch nicht Affen, Hunde, Rinder, Pferde und sonstige Zugund Reittiere,
- k) aus der Ausübung jeder Sportart, mit Ausnahme von Rugby, Boxen, Jiu-Jitsu, Judo und Ringkampf.

Zu a—k: Ausgeschlossen bleiben in jedem Falle Schäden, die im Zusammenhang stehen mit dem Besitz oder der Führung, dem Gebrauch oder Mißbrauch von Luftfahrzeugen, von Kraftfahrzeugen, von Motorbooten, von mit Hilfsmotor versehenen Fahrzeugen jeder Art sowie von eigenen Wasserfahrzeugen und eigenen Fuhrwerken.

Eingeschlossen ist:

 die gleichartige Haftpflicht der Ehefrau des Versicherungsnehmers und seiner in häuslicher Gemeinschaft bei ihm lebenden minderjährigen Kinder,

m) die Haftpflicht der Hausangestellten gegenüber dritten Personen in Ausübung der dienstlichen Verrichtungen im Privathaushalt des Versicherungsnehmers.

IV. Hinweise.

Auf folgende Bestimmungen der Allgemeinen Hausratsversicherungs-Bedingungen wird besonders hingewiesen:

- 1. a) Die Versicherung gilt innerhalb der Bundesrepublik Deutschland einschl. West-Berlin in der jeweiligen Wohnung einschl. Nebenräume und bei Wohnungswechselauch während des Umzuges. Erstreckt sich die Versicherung nach Seite 1 auf Einbruchdiebstahlschäden, so haftet der Versicherer bei einem Umzug auch dann, wenn die Entwendung aus einem verschlossenen Möbelwagen erfolgt.
 - b) Außenversicherung: Bis zu 10 v. H. der Versicherungssumme, höchstens 5000,— DM, und nur soweit nicht aus einer Reisegepäck- oder Schmucksachen-Versicherung eine Entschädigung beansprucht werden kann, sind die Sachen und zwar auf Erstes Risiko innerhalb Europas auch dann versichert, wenn sie sich vorübergehend außerhalb der Wohnungen befinden.

Auf deutschen Schiffen und deutschen Luftfahrzeugen gilt diese Außenversicherung auch außerhalb Europas.

2. Schmuck-, Gold- und Silbersachen, die sich außer Gebrauch befinden, sind gegen Einbruchdiebstahlschäden nur in verschlossenen Behältnissen versichert, die eine erhöhte Sicherheit, und zwar auch gegen die Wegnahme der Behältnisse selbst gewähren. Bargeld, soweit es 2 v. H. der Versicherungssumme, höchstens 300,— DM übersteigt, Wertpapiere, Urkunden, Briefmarken- und Münzensammlungen sind gegen Feuer und Einbruchdiebstahl nur unter einem solchen Verschluß versichert. Soweit Bargeld den Betrag von 1000,— DM übersteigt, ist es nur im Geldschrank oder Tresor versichert. Beträgt jedoch die Versicherungssumme mehr als 50 000,— DM, dann erhöht sich diese Begrenzung von 1000,— DM auf 2 v. H. der Versicherungssumme, höchstens aber auf 5000,— DM.

Übersteigt der Wert der Wertpapiere, sonstigen Urkunden und Sammlungen insgesamt 3000,— DM, so hat der Versicherungsnehmer darüber laufend Verzeichnisse zu führen und gesondert unter Verschluß aufzubewahren.

- Erstreckt sich die Versicherung nach Seite 1 auf Feuerschäden, so leistet der Versicherer Entschädigung auch für versicherte Sachen, die durch den Betrieb von Luftfahrzeugen zertrümmert werden.
- Erstreckt sich die Versicherung nach Seite 1 auf Einbruchdiebstahlschäden, so ist über den Rahmen der VHB hinaus vereinbart:
 - a) Der Versicherer leistet auch dann Entschädigung, wenn der Einbruch oder der Raub durch einen bei dem Versicherungsnehmer wohnenden Untermieter herbeigeführt wird



b) Dem Raub oder der räuberischen Erpressung im Sinne des § 2 (3) VHB wird auch die gewaltlose Verwendung oder Einflößung von Mitteln zur Verhinderung von Widerstand gleicherachtet.

Der Versicherer leistet auch dann Entschädigung, wenn die in Betracht kommenden Personen durch einen Unfall getötet oder so schwer verletzt werden, daß sie hand-lungsunfähig sind und alsdann durch dritte Personen

eine rechtswidrige Wegnahme stattfindet. Der Versicherer leistet ferner Entschädigung, wenn der Tod oder die Handlungsunfähigkeit durch andere Ursachen ohne eigene Schuld herbeigeführt wird.

5. Die Versicherung gegen Leitungswasserschäden schließt auch die gesetzliche Haftpflicht des Versicherungsnehmers für Leitungswasserschäden am Haus und dem Hausrat anderer Wohnungsinhaber bis zum Höchstbetrage von 10 000 DM ein,

Zusatzbedingungen

zu den Allgemeinen Bedingungen für die Versicherung des Hausrats gegen Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Beraubungs- und Leitungswasserschäden (VHB)

I. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auch

- 1. auf Schäden durch einfachen Diebstahl:
 - a) von Fahrrädern und ihren Bestandteilen, die dem Versicherungsnehmer oder den mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Personen gehören. Zubehör ist nur versichert, wenn es zusammen mit dem Fahrrad gestoh-

Als Bestandteile gelten alle mit dem Fahrrad fest verbundenen Teile, wie z. B. Laterne, Dynamo, Sattel, Gepäckhalter, Bereifung, als Zubehör alle nur lose mit dem Fahrrad verbundenen, regelmäßig seiner Benutzung dienenden Sachen, wie z. B. Satteltasche, Werkzeug, Luftpumpe, Gepäcktasche.

Versicherung gilt innerhalb der Bundesrepublik und

West-Berlin in Gebäuden und im Freien.

In unverschlossenen Räumen und im Freien ist das Fahrrad in verkehrsüblicher Weise durch ein Schloß zu sichern. Für die Nachtzeit ist das Fahrrad nach beendetem Gebrauch in einem verschlossenen Raum unterzubringen, Bei Verletzung einer dieser Obliegenheiten ist der Versicherer nach Maßgabe des § 6 Abs. I und II VVG von der Entschädigungspflicht frei.

b) von zum Haushalt gehöriger Wäsche, die sich tagsüber zum Waschen, Trocknen oder Bleichen außerhalb der Versicherungsräume auf dem Versicherungsgrundstück befindet.

c) von Gartenmöbeln und Gartengeräten außerhalb der Versicherungsräume auf dem Versicherungsgrundstück, sofern es eingefriedigt ist.

In den Fällen a) bis c) wird die Entschädigung für den einzelnen Schadenfall je auf 2 % der Hausratversicherungssumme, höchstens jedoch auf je 300,— DM begrenzt. Durch besondere Vereinbarung kann die Entschädigungsgrenze zu a) erhöht werden.

Der Versicherungsnehmer hat u. a. im Schadensfalle die Bestimmungen des § 12 VHB zu befolgen. Er hat hiernach insbesondere einen Schadensfall durch einfachen Diebstahl unverzüglich dem Versicherer und der Polizeibehörde zu melden und binnen drei Tagen nach Feststellung des Verlustes eine Aufstellung der entwendeten oder sonst abhandengekommenen Sachen der Polizeibehörde einzureichen.

2. auf Schäden durch Einbruchdiebstahl:

a) den bei dem Versicherungsnehmer wohnende Hausangestellte begangen haben (vgl. § 1 (1) b VHB). Entschädigung und Versicherungsschutz sind je ausführende Hausangestellte auf 1000,- DM begrenzt.

b) in Erweiterung des § 2 (2) a in Verbindung mit § 2 (2) letzter Absatz VHB auch dann, wenn der Täter den richtigen Schlüssel durch einfachen Diebstahl an sich gebracht hat und der Versicherungsnehmer glaubhaft macht, daß weder er noch der Gewahrsamsinhaber den Diebstahl des Schlüssels durch fahrlässiges Verhalten begünstigt haben.

an außer Gebrauch und nicht Verschlußbefindlichen Schmuck-, Goldund Silbersachen, soweit deren Einzelwert 1000,- DM nicht übersteigt (vgl. § 3 (2) VHB).

- II. Auf die Versicherung des Bargeldes, das gemäß § 3 (2) VHB bis zum Betrage von 1000,- DM nicht im Geldschrank aufbewahrt zu werden braucht, finden die Bestimmungen über die Unterversicherung (§ 4 (2) VHB) keine Anwendung.
- III. In Ergänzung des § 3 (1) VHB sind auch versichert Schäden durch Leitungswasser an Badewannen, Badeöfen, Waschbecken und sonstigen wasserführenden Installationen, die der Ver-

sicherungsnehmer als Mieter auf seine Kosten beschafft hat und für die er die Gefahr trägt. Insoweit sind in Erweiterung des § 1 (1) c VHB auch Frostschäden (einschl. Nebenarbeiten) in die Haftung eingeschlossen.

Zusatzbedingungen für Hausrat-Sturmschäden:

In Erweiterung von § 1 (1) VHB leistet der Versicherer Entschädigung auch für versicherten Hausrat, der durch unmittelbare oder mittelbare Einwirkung eines Sturmes zerstört oder beschädigt wird. Der Versicherer haftet nicht

- 1. für Sturmflut- oder Hochwasserschäden, und zwar auch dann nicht, wenn sie die Folge eines Sturmes sind.
- 2. für Schäden an Außenantennen jeder Art.

Sonderbedingungen für die Neuwertversicherung des Hausrats

Für die Versicherung des Hausrats gelten die folgenden Abweichungen von den Allgemeinen Bedingungen für die Versicherung des Hausrats gegen Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Beraubungsund Leitungswasserschaden (VHB):

Als Versicherungswert gilt der Wiederbeschaffungspreis.

Für Bekleidung und Wäsche aller Art bleibt Versicherungswert der Zeitwert (§ 4 (1, Satz 2) VHB).

Ist der Zeitwert einer Sache niedriger als 50 % des Wiederbeschaffungspreises, so wird der Schaden auch nur zum Zeitwert

§ 2

Ist die Versicherungssumme des Hausrats niedriger als sein Versicherungswert z. Zt. des Schadensfalles, aber mindestens gleich dem Zeitwert, so wird nur der Teil des Schadens voll vergütet, der bei Zeitwertversicherung zu ersetzen wäre (Zeitwertentschädigung), der Rest dagegen im Verhältnis der den Zeitwert übersteigenden Versicherungssumme zu dem den Zeitwert übersteigenden Versicherungswert.

Ist die Versicherungssumme niedriger als der Zeitwert, so finden die Sonderbedingungen für die Neuwertversicherung des Hausrats keine Anwendung.

8 3

Der Versicherungsnehmer erwirbt bei dem zum Wiederbeschaffungspreis versicherten Hausrat den Anspruch auf Zahlung des die Zeitwertentschädigung übersteigenden Teiles der Entschädigung nur insoweit, als die Verwendung der Entschädigung zur Wiederbeschaffung oder Wiederherstellung von Hausrat innerhalb von 2 Jahren nach dem Schadensfalle sichergestellt ist.

8 4

Im Falle eines Sachverständigenverfahrens (§ 14 VHB) haben die Sachverständigen den Zeitwert und den Wiederbeschaffungspreis festzustellen.

V. Verhaltungsregeln.

- 1. Zahlen Sie stets pünktlich Ihre Prämie!
- 2. Geben Sie bitte bei den für uns bestimmten Mitteilungen und Anzeigen stets die Nummer des Versicherungsscheines
- 3. Zeigen Sie uns oder unserem Vertreter sofort an
 - a) wenn Sie umziehen oder den Hausrat veräußern;
 - b) wenn sich die Gefahr, gegen die versichert ist, wesentlich erhöht. Bei der Einbruchdiebstahl-Versicherung gilt es als wesentliche Erhöhung der Gefahr, wenn die Wohnung länger als 60 Tage ununterbrochen unbewohnt und unbeaufsichtigt ist;

 - c) wenn ein Schaden eintritt; d) wenn abhandengekommene oder gestohlene Sachen wieder herbeigeschafft werden.
 - Alle Anzeigen sind schriftlich zu erstatten; bei Schadenmeldungen genügt mündliche oder fernmündliche Anzeige.
- 4. Sorgen Sie für weitestgehende Schadenminderung.
- 5. Sofern sich die Versicherung auf Brand- oder Einbruchdiebstahlschäden erstreckt, benachrichtigen Sie von solchen Schäden auch sofort die Polizei.

Wenn Sie die Verhaltungsregeln nicht beachten, laufen Sie Gefahr, Ihren Versicherungsschutz zu verlieren.

Nebengebühren: Ausfertigungsgebühr für Versicherungsscheine 5 % der Prämie, mindestens 0,50 DM, höchstens 4,- DM; für Verlängerungsscheine und Nachträge 0,50 DM; Zustellungsgebühr für Versicherungsurkunden jeder Art und Prämienrechnungen 0,50 DM.

Weitere Nebengebühren und Kosten werden nicht erhoben. Insbesondere sind die Versicherungsvertreter und Versicherungsmakler nicht berechtigt, ihrerseits von dem Versicherungsnehmer noch irgendwelche — nicht in der vorstehenden Gebührenübersicht aufgeführte — besondere Gebühren oder Kosten für die Aufnahme des Antrags oder aus anderen Gründen zu erheben.



Versicherte Gegenstände:

Einrichtung und Vorräte des Missionsheimes, sowie die Effekten der Heimbewohner aber ohne Gold-, Silber- und Schmucksachen.

Bargeld der Heimbewohner ist pro Heiminsasse bis zu einem Betrage von DM 500.- mitversichert.

Frankfurt/Main, den 6.4.1956

"AIBINGIA"
Versicherungs-Aktiengesellschaft
Przyksdirektion

Erklärung des Grundstückseigentümers in doppelter Ausfertigung Wiesbaden

Ich bin - Wir sind - damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost auf - meinem - unserem - Grundstück

in (Ort) Straße (Platz), Hausnummer

6503 Mainz-Kastel, Johannes Gossner Str. 14

sowie an und in den darauf befindlichen Gebäuden alle die Vorrichtungen (Gestänge, Stützen, Kabel nebst Zubehör usw.) anbringt, die zur Einrichtung von Anschlüssen an ihr Fernmeldenetz auf dem Grundstück und in den darauf befindlichen Gebäuden, zur Einführung von Leitungen sowie zur Herstellung, Instandhaltung und Erweiterung ihres Fernmeldenetzes erforderlich sind. Wenn infolge dieser Vorrichtungen Beschädigungen des Grundstücks und der darauf befindlichen Gebäude eintreten, ist die Deutsche Bundespost verpflichtet, die beschädigten Teile des Grundstücks und der Gebäude wieder in ordnungsmäßigen Zustand zu setzen. Sie ist ferner verpflichtet, die Vorrichtungen binnen Jahresfrist nach der Kündigung zu entfernen.

Diese Erklärung gilt auf unbestimmte Zeit und ist bei einer Veräußerung des Grundstücks für den Nachfolger bindend. Die Kündigung ist nur zum 1. April oder zum 1. Oktober zulässig. Das Kündigungsrecht ruht, solange sich ein Anschluß an das Fernmeldenetz der Deutschen Bundespost auf dem Grundstück befindet.

Ausbesserungsarbeiten, die in den Innenräumen infolge der Herstellung, Instandhaltung, Änderung oder Aufhebung von Fernmeldeeinrichtungen erforderlich werden, sind Sache des Inhabers des Anschlusses an das Fernmeldenetz.

Ort. Datum

Mainz-Kastel, den 7.11.1967

Eigenhändige Unterschrift des Grundstückseigentümers, Vorname ausschreiben

(Wohnort, Straße und Hausnummer des Grundstückseigentümers)

Gossner-Mission, Mainz-Kastel, Joh.-Gossner-Str. 14

Zur geft. Beachtung: Beide Ausfertigungen dieser Erklärungen sind vom Grundstückseigentümer seibst zu unterschreiben. Nur wenn dies in Ausnahmefällen auf besondere Schwierigkeiten stoßen sollte, kann ein rechtlich dazu befugter Hausverwalter oder anderer Bevollmächtigter statt des Eigentümers unterschreiben. Beide Erklärungen sind zu vollziehen. Das Doppel wird dem Grundstückseigentümer mit der auf der Rückseite abgedruckten Gegenerklärung zurückgesandt.

624 453 25 000 × 25 × 2 8. 66

// FAm 17 zu 25 VI, 3 A Anl. 1 u. 2; VI, 3 B Anl. 17

Mission

Gegenerklärung der Deutschen Bundespost

An die Gossener Mission

6503 Mainz-Kastel

Hoh. Gossener Str. 14

Ort. Datum

Wieshaden, den 15.11.67

(Ort, Straße, Hausnummer)

Die Deutsche Bundespost verpflichtet sich, Ihr Grundstück in

Mainz-Kastel, Johann-Gossener Str. 14

und die darauf befindlichen Gebäude wieder in ordnungsmäßigen Zustand zu setzen, soweit das Grundstück oder die Gebäude durch die Vorrichtungen zur Einrichtung von Anschlüssen an ihr Fernmeldenetz auf dem Grundstück und in den Gebäuden zur Einführung von Leitungen sowie zur Herstellung, Instandhaltung und Erweiterung ihres Fernmeldenetzes beschädigt worden sind. Binnen Jahresfrist nach Ihrer Kündigung werden die angebrachten Vorrichtungen wieder beseitigt werden.

Ihre Erklärung gilt auf unbestimmte Zeit und ist bei Veräußerung des Grundstücks für den Nachfolger bindend. Die Kündigung ist nur zum 1. April oder 1. Oktober zulässig. Ihr Kündigungsrecht ruht, solange sich ein Anschluß an das Fernmeldenetz der Deutschen Bundespost auf dem Grundstück befindet.

Ausbesserungsarbeiten, die in den Innenräumen infolge Herstellung, Instandhaltung, Änderung oder Aufhebung von Fernmeldeeinrichtungen erforderlich werden, sind Sache des Inhabers des Anschlusses an das Fernmeldenetz.

J.A.

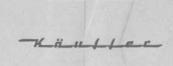




KÄUFFER & CO · GMBH

GEGR. 1888 - HEIZUNG - ÖLFEUERUNG - LÜFTUNG

SANITÄR - LABORBAU - WÄRMEWIRTSCHAFT



Gossner-Mission

6503 Wiesbaden-Kastel Johann-Goßner-Straße 14

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Unser Zelchen

Ort/Tag

Betreff:

pi-sr

Mainz, 7.11.1968

Heizölkellertanks

Sehr geehrte Herren,

als Anlage übersenden wir Ihnen Zeichnungen ung Prüfzeugnisse in dreifacher Ausfertigung für die im Jahre 1965 gelieferten Heizöllagerbehälter.

Zwei Exemplare wollen Sie dem zuständigen Bauaufsichtsamt zwecks Anmeldung weiterleiten. Eine Ausführung ist für Ihre Akten bestimmt.

> Mit vorzüglicher Hochachtung Kälffer&Co.

Anlage

1 Skizze (dreifach)

2 Prüfzeugnisse (dreifach)

ob-day with

Stadtwerke Mainz -0-

Mainz, den .8, 2. 1956 Aktz.: Ba/Fr

An die Gossner Mission Studenten- u. Lehrlingsheim

Mainz-Kastel Eleonorenstraße 64

Betr.: Gewerbetarif

sezeitpunkt mitzuteilen.

In der Anlage erhalten Sie den Tarif-Vertrag unterschrieben zurück. Wir werden erstmals den Verbrauchsmonat Februar 1956 nach dem mit Ihnen vereinbarten Tarif abrechnen. Die monatliche Grundgebühr können Sie aus beiliegendem Tarif-Vertrag ersehen. Wir machen Sie besonders auf den Abschnitt "E" (Bestätigung) aufmerksam, wonach Sie verpflichtet sind, uns jede Änderung der tatsächlichen Verhältnisse, die eine Änderung der Grundpreise oder Einstufung zur Folge hat, bis spätestens zum nächstfolgenden Able-

Anl.

Hochachtungsvoll Stadtwerke Mainz

Stadtwerke Mainz

Tarif-Vertrag

für gewerbliche Betriebe

und für gewerbliche Betriebe in Verbindung mit Haushalten

Buch Nr.

Abnehmer 642

	(Die s	tark umrandeten Felder sind nic	nt vom Abnehmer auszufüllen)		
Ort der Verbrauchsanlagen:	Karlel	Straße - Platz	ace str. 64. Gebäudeteil	und Stockwerk	K. B. Nr.
	0	0.	- n. A.		K. B. Nr.
Abnehmer:	Gossuey de	Forname Torre	at Karkel	2	Ers. f. K. B. Nr.
	Fider Leus Beruf - B	etriebsart Pell, Cong	n Le Lestraße und Hausnummer	٥.	ersetzt durch
A	YY1 -1/		Eastantes	D	

A. Haushaltsangaben

Wohnungsangaben. Über meine(n) - unsere(n)1) Zähler wird - nur mein Haushalt - werden Haushalte') - versorgt. Die über diese(n) Zähler versorgte(n) Wohnung(en) befinden sich in einem Einfamilienhaus - Mehrfamilienhaus - und umfaßt - umfassen¹) nachstehende Räume, die ganz oder vorwiegend Haushaltszwecken dienen. Gewerbliche Räume oder Haushaltsräume, die vorwiegend für gewerbliche Zwecke genutzt werden, sind unter B aufgeführt.

Tarifpflichtige Räume Anzahl Bewohnbare Räume mit 6 qm Grundfläche und mehr Wohn-, Schlaf-, Herren-, Eß-, Kinderzimmer usw. Mansarden Wohndielen, Wohnveranden untervermietete Räume Sonstige tarifpflichtige Räume

	-
13 Tarifräume Strom	
13 DM Grundpreis n. H 11	

Ställe mit einer Gesamtgrundfläche von

B. Gewerbliche Anlagen

(Die stark umrandeten Felder sind nicht vom Abnehmer auszufüllen)

1. Ganz oder vorwiegend gewerblich genutzte Räume (elektr. Innenbeleuchtung)

Räume			1000	elektr.	Lampen		
Art	A			Anz. Fläche	bis 75 W	über 75 Watt	
Art	Anz.		Anz.	Gesamt-Watt			
Raum-Klasse 1 Geschäfts-, Büroräume Läden, Verkaufsräume Werkstätten, Fabrikr.	4	58,4	8		180		
Gastzimmer, Schankr. gewerbliche Küchen Sprech-, Wartez. u. ä. abends ben. Kantinen	1	39	12				
Summe	5	97,4	20		180		
97,4 qm	9,	74	980,00	W =	9,8		

Räume		elektr.	Lampen		
Art	Anz.	Fläche	bis 75 W	- 25	ber 75 Watt
		qm	Anz.	Anz.	Gesamt-Wat
Raum-Klasse 2					
Versammlungsräume	2	132	19		
Säle, selten ben. Gastr.	14	412	49		720
Fremdenzimmer	49	604	55		
Lagerräume					
Kellerräume					6
Flure, Treppenhäuser	12	231	38		Liv
Toiletten, Baderäume	19	134	24		
Bri drain		24	2		
Louk & laun	41	11	2		
Summe	90	1548	180	100	920
1549 qm =	5	1,6	1490	<u>W</u> =	NAME OF TAXABLE PARTY.
Raum-Klasse 3	4			SIE	
Stallungen	Sulveyo				
Einstellräume	6	118	7		
Gerät, Kohlenschupp.					
gewerbl. Garagen					
leent Keller	10	299	19		
	o dincini		amenta	himus	
abends nicht ben. Kant.			zina		
Summe	16	416	26		
4160 qm=		6	in	W	
7760 =	1	132	100	-	10.4

2. Elektr. Außenbeleuchtung (Transparente, Leuchtschilder, Neonanlagen, Eingangs-, Hof- und Torfahrtbeleuchtung)

Anzahl	The second secon		
Anzahl	D12 17 W 414	tiber 75 Watt	
	Anzahl	Anzahl	Gesamt-Watt
4	4		San Suparamenta
	11		
	160	W/. 11	00/1
Name and Address of the Owner, where the Owner, which is the Owner, where the Owner, which is the Owner, whi			THE RESERVE OF THE PARTY OF THE
oliche In	nen- und Au	Benbeleuc	chtung
3	A	Gesamt	Aufger.
1011	1.6	101 -	1127
	3	bliche Innen- und Au	160 W: 10 bliche Innen- und Außenbeleuc

Grundpreis DM

1) Nicht Zutreffendes streichen

Klingeltransformatoren, Synchronuhren, Glimmlampen usw. sind auf der Rückseite unter "C" angegeben.

(bis 75 = 40 W)

Pauschaltarif PKL

Synchronuhren

Glimmlampen

monatlicher

Pauschalbetrag

genutzte

ha

36

Klingeltransformatoren

Dpf

15

Tarif

ha

50º/0

100°/0

200°/0

91

III. Ganz oder vorwiegend gewerblich benutzte Elektro-Motoren und Geräte: Nennleistung Tarif Art Anz

		LOIRVE	IC W	17.44
	Motoren un	d Geräte		
1	größter Motor		2,0	11, 2,0
1	Aweit großter Motor		0,55	213 0,36
1	Motor Kondensp.		0.52	
1	Jennuty osserp.		0.36	
	Unonolap.		0,36	
1	Kichimotehine		916	
1	Waschmaschin		0,55	
1	Zontrifuse		955	
.1	Silmeseline		0.5	
			Contract of the Contract of th	The state of the s

Grundpreis

Summe auf 1/2 kW auf- oder abgerundet 113.0.99

mit	om Zi	tuhr N	Jr	
ngez	wärn	Verbr		
	ler W-D			
	-Uhr DN		DIVI	
			chafts	tar
	Lan	dwirts		900
W	Lan		eiden	
		md We	eiden	

Nachtstromtarif N 6

6 Dpf. je kWh in der Zeit von 21 bis 6 Uhr

Grundpreis DM

einberge

Samme

Zähler Nr. ¹) Schaltuhr Nr.	bisheriger Tarif	Grundpreis- Tarif ²)	Kleinst- abnehmer- Tarif ²)	Zählerart	monatlicher Grundpreis DM Dpf	Schl.
15017		H11 + GL11 + GK11 + L11	K38 K25	02/30	153 -	13
		Abz. für erspan	te Zähler		- 70	
		" " "	"			
		bleibt zu zahle	n		152,30	13
412				02/30	1720	14
61883				W915	- 50	13
19356				764110	- 50	13
19355				16 41/10	- 50	13
9127				222 / 10	- 76	13

E. Bestätigung

Der vorstehende Vertrag wird mit den rot eingetragenen Änderungen vorbehaltlich einer späteren Nachprüfung und Nachberechnung bestätigt. ebruiar

Wir werden erstmals den Verbrauchsmonat Tarifen abrechnen.

nach den beantragten

An die beantragten Tarife sind Sie bis zum Ablauf des Rechnungsjahres (31. März) gebunden; die Bindung erstreckt sich jeweils auf ein weiteres Rechnungsjahr, wenn Sie uns nicht spätestens einen Monat vorher mitteilen, welche andere Wahl Sie treffen.

Sie sind verpflichtet, uns jede Änderung der tatsächlichen Verhältnisse, die eine Änderung der Grundpreise oder Einstufung zur Folge hat, spätestens bis zum nächstfolgenden Ablesezeitpunkt schriftlich mitzuteilen.

Mainz, den

Hafenstraße 7 (Feldbergschule) Eingang Hafenstraße

Stadtwerke Mainz Stempel und Unterschrift

An die Eirchenleitung der Ev. Kirche in Hessen und Nassau -Kirchenverwaltung-

61 Darmstadt Faulusplatz 1 2. Juni 1969 GM - Kr - Kl

ZUR KENNTNISNAHME AN Henry Bauer

Betreff: Kündigung der Dienstwohnung für den Leiter des Amtes für Industrie- und Sozialarbeit

Die von uns durch Mietvertrag vom 1. Juni 1967 zur Verfügung gestellte Dienstwehnung wird zum nächstmöglichen Termin für unsere eigenen Verwaltungsbedürfnisse benötigt, da ein neu einzustallander Geschäftsführer mit seiner Familie in unserem Hause untergebracht werden nuß.

Mach Rucksprache mit Herrn Pfarrer Krockert kundigen wir deshalb hiermit den Mietvertrag zum 30. September 1989.

(H. Symanowski, Pfr.)

KIRCHENLEITUNG DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN HESSEN UND NASSAU KIRCHENVERWALTUNG

An die Goßner-Mission z.H. Herrn Pfarrer H. Symanowski 6503 Mainz-Kastel Joh.-Goßner-Str. 14

61 DARMSTADT . PAULUSPLATZ 1 POSTFACH 669 FERNSPRECHER: (06151) 26041 26492

> 19. Juni 1967 Az. 026-01

Betr.: Dienstwohnung des Leiters des Amtes für Industrie- und Sozialarbeit

Sehr geehrter Herr Pfarrer!

Anliegend übersenden wir Ihnen den von uns unterzeichneten Mietvertrag in einer Ausfertigung zurück. § 3 Abs. 4 haben wir ergänzt.

Im Auftrag

(Beyse)

Aktennotiz

Betr.: Heizung, Strom und Warmwasser für Wohnung Krockert

Bisher: Pauschale 40.- DM mtl.

Probe-Ablesung für die 4 Monate Dezember 66 - März 67 ergab zusammen DM 87,80 für Strom, also rund 22.- DM mtl. während der Wintermonate. (Zähler 327)

Nach dieser Ablesung wurde auf eine Änderung des bisherigen Verfahrens verzichtet: Krockert zahlt wie zuvor monatlich 40.- DM pauschal.

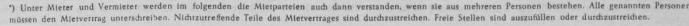
(Wassergeld wird zusammen mit der Miete von der Kirchenleitung bezahlt).



Deutscher Einheits-Mietvertrag

• (Fettgedruckte Punkte am Rande weisen auf auszufüllende Lücken und besondere Regelungen hin! Nichtzutreffendes streichen!)

Zwischen demr Gossner-Mission, Zweigstelle Mainz- in Mainz-Kastel, Joh. Gossner Str. 14		ale Vermiete
und de Ev. Kirche in Hessen und Nassau, Kirchen	IVELWAL GUITE	s, Darms vau v
sowie seiner Ehefraugeborenen	······································	beide zur Zei
in wohnhaft, als Mieter,	wird folgender M	ietvertrag geschlossen: "
§ 1. Mieträume.		
1. Zur Benutzung als Wohnung Maing Vastel I Gossner Str. 14 Endsaches	werden verm	nietet folgende im Haus
mainz-kaster, s.dossher bur. 14 Erugeschob	Trannan	gelegene Räume
5 (Ort. Straße und Nr.) Zimmer, Kammer, 1 Küche, 1 Korridor, 1 Bad,Mädchenstube, L	aden 1 Wir	tergarten
1 Kellerraum Nr		
Der Mieter ist berechtigt, Waschküche und Trockenboden gemäß der Hauss Dem Mieter werden vom Vermieter für die Mietzeit ausgehändigt: Boden-, Keller-, Fahrstuhl-Schlüssel	ordnung mitzuben Haus-, 2	utzen.
Boden-, Keller-, Fantstuni-Schlusser		
§ 2. Mietzeit		
1. Der Abschluß des Mietvertrages erfolgt auf	Monate. Das M	lietverhältnis beginnt mi
1. Der Abschluß des Mietvertrages erfolgt auf Jahre dem und endet am		
dem und endet am		
dem und endet am vor Ablauf der Mietzeit gekündigt, so verlängert es sich jedesmal um ein Jahr.	. Wird es nicht s	pätestens — Monat
dem und endet am vor Ablauf der Mietzeit gekündigt, so verlängert es sich jedesmal um ein Jahr. (Nur für Wohnungs- mietverträge von un- mietverträge von un- mietverträge von un-	. Wird es nicht s r 1967 natiger Frist zum I	pätestens Monat Es läuft au Ende eines jeden Monats
dem und endet am. vor Ablauf der Mietzeit gekündigt, so verlängert es sich jedesmal um ein Jahr. (Nur für Wohnungsmierverträge von unbestimmter Dauer) 2. Das Mietverhältnis beginnt mit dem unbestimmte Zeit und kann von jedem Teil mit dreimon spätestens am 3. Werktage des ersten Monats dieser Fris 3. Die Kündigung muß schriftlich erfolgen. Für die Rechtzeitigkeit der Kündi	r 1967 natiger Frist zum Est, gekündigt were	pätestens Monat
dem und endet am vor Ablauf der Mietzeit gekündigt, so verlängert es sich jedesmal um ein Jahr. (Nur für Wohnungsmierverträge von unbestimmter Dauer) 2. Das Mietverhältnis beginnt mit dem unbestimmte Zeit und kann von jedem Teil mit dreimon spätestens am 3. Werktage des ersten Monats dieser Fris 3. Die Kündigung muß schriftlich erfolgen. Für die Rechtzeitigkeit der Kündisondern auf die Ankunft des Kündigungsschreibens an.	r 1967 natiger Frist zum I st, gekündigt were	Epätestens
dem und endet am vor Ablauf der Mietzeit gekündigt, so verlängert es sich jedesmal um ein Jahr. (Nur für Wohnungsmietverträge von unbestimmter Dauer) 2. Das Mietverhältnis beginnt mit dem unbestimmte Zeit und kann von jedem Teil mit dreimon spätestens am 3. Werktage des ersten Monats dieser Fris 3. Die Kündigung muß schriftlich erfolgen. Für die Rechtzeitigkeit der Kündisondern auf die Ankunft des Kündigungsschreibens an. § 3. Mietzins. 1. Der Mietzins — Grundmiete — beträgt monatlich	r 1967 natiger Frist zum I st, gekündigt werd igung kommt es r	Es läuft au Ende eines jeden Monats den. nicht auf die Absendung
dem und endet am. vor Ablauf der Mietzeit gekündigt, so verlängert es sich jedesmal um ein Jahr. (Nur für Wohnungsmietverträge von unbestimmter Dauer) 2. Das Mietverhältnis beginnt mit dem unbestimmte Zeit und kann von jedem Teil mit dreimon spätestens am 3. Werktage des ersten Monats dieser Fris 3. Die Kündigung muß schriftlich erfolgen. Für die Rechtzeitigkeit der Kündisondern auf die Ankunft des Kündigungsschreibens an.	r 1967 natiger Frist zum I st, gekündigt werd igung kommt es r	Es läuft au Ende eines jeden Monats den. nicht auf die Absendung
dem und endet am vor Ablauf der Mietzeit gekündigt, so verlängert es sich jedesmal um ein Jahr. (Nur für Wohnungsmietverträge von unbestimmter Dauer) 2. Das Mietverhältnis beginnt mit dem unbestimmte Zeit und kann von jedem Teil mit dreimon spätestens am 3. Werktage des ersten Monats dieser Fris 3. Die Kündigung muß schriftlich erfolgen. Für die Rechtzeitigkeit der Kündisondern auf die Ankunft des Kündigungsschreibens an. § 3. Mietzins. 1. Der Mietzins — Grundmiete — beträgt monatlich	r 1967 natiger Frist zum I st, gekündigt werd igung kommt es r	Es läuft au Ende eines jeden Monats den. nicht auf die Absendung 406,60
dem und endet am vor Ablauf der Mietzeit gekündigt, so verlängert es sich jedesmal um ein Jahr. (Nur für Wohnungsmietverträge von unbestimmter Dauer) 3. Die Kündigung muß schriftlich erfolgen. Für die Rechtzeitigkeit der Kündisondern auf die Ankunft des Kündigungsschreibens an. § 3. Mietzins. 1. Der Mietzins — Grundmiete — beträgt monatlich zuzüglich % für Wassergeld Pauschale	r 1967 natiger Frist zum I st, gekündigt werd igung kommt es r	Es läuft au Ende eines jeden Monats den. nicht auf die Absendung 406,60 7,50
dem und endet am vor Ablauf der Mietzeit gekündigt, so verlängert es sich jedesmal um ein Jahr. (Nur für Wohnungsmierverträge von unbestimmter Dauer) 3. Die Kündigung muß schriftlich erfolgen. Für die Rechtzeitigkeit der Kündisondern auf die Ankunft des Kündigungsschreibens an. § 3. Mietzins. 1. Der Mietzins — Grundmiete — beträgt monatlich — zuzüglich — % für — Wassergeld Pauschale — %	r 1967 natiger Frist zum I st, gekündigt werd igung kommt es n DM	Es läuft au Ende eines jeden Monats den. nicht auf die Absendung 406,60
dem und endet am vor Ablauf der Mietzeit gekündigt, so verlängert es sich jedesmal um ein Jahr. (Nur für Wohnungsmierverträge von unbestimmter Dauer) 3. Die Kündigung muß schriftlich erfolgen. Für die Rechtzeitigkeit der Kündisondern auf die Ankunft des Kündigungsschreibens an. § 3. Mietzins. 1. Der Mietzins — Grundmiete — beträgt monatlich zuzüglich % für Wassergeld Pauschale " % " % " % " % " Zusan " Zus	T 1967 natiger Frist zum I st, gekündigt werd igung kommt es n DM	Es läuft au Ende eines jeden Monats den. nicht auf die Absendung 406,60 7,50
dem und endet am. vor Ablauf der Mietzeit gekündigt, so verlängert es sich jedesmal um ein Jahr. (Nur für Wohnungsmietverträge von umbestimmter Dauer) 3. Die Kündigung muß schriftlich erfolgen. Für die Rechtzeitigkeit der Kündisondern auf die Ankunft des Kündigungsschreibens an. § 3. Mietzins. 1. Der Mietzins — Grundmiete — beträgt monatlich zuzüglich % für Wassergeld Pauschale " % " " % " zusan somit jährlich DM 414,10 "in Worten: DM Vierhunder"	DM D	Es läuft au Ende eines jeden Monats den. nicht auf die Absendung 406,60 7,50 414,10
dem	T 1967 natiger Frist zum Frist, gekündigt werdigung kommt es r DM DM DM DM DM tvierzehn Warmwasser -	Es läuft au Ende eines jeden Monats den. nicht auf die Absendung 406,60 7,50 414,10 10/100 — Fahrsfühl — Treppen
dem und endet am vor Ablauf der Mietzeit gekündigt, so verlängert es sich jedesmal um ein Jahr. (Nur für Wohnungsmietverträge von unbestimmter Dauer) 2. Das Mietverhältnis beginnt mit dem unbestimmter Zeit und kann von jedem Teil mit dreimon spätestens am 3. Werktage des ersten Monats dieser Fris 3. Die Kündigung muß schriftlich erfolgen. Für die Rechtzeitigkeit der Kündisondern auf die Ankunft des Kündigungsschreibens an. § 3. Mietzins. 1. Der Mietzins — Grundmiete — beträgt monatlich zuzüglich % für Wassergeld Pauschale % für wassergeld Pauschale % " " "% " Zusan somit jährlich DM 414,10 , in Worten: DM vierhunder: 3. Nebenabgaben, nämlich Kosten für — Sammelheizung (mindestens 20° C) reinigung — Strom — gehen zu Lasten des Wohnungsinl	DM D	Es läuft au Ende eines jeden Monats den. nicht auf die Absendung 406,60 7,50 414,10 10/100 Fahrsfühl — Treppen 6a) und werde
dem	DM DM DM DM DM The DM DM The D	Es läuft au Ende eines jeden Monats den. nicht auf die Absendung 406,60 7,50 414,10 10/100 — Fahrstühl — Treppen 6a) und werde g in Höhe von %





§ 4. Zahlung des Mietzinses. 1. Der Mietzins ist — menatlich — vierteljährlich — jährlich — im voraus, spätestens am dritten Werktage des — Mo-🛮 nats — Vierteljahres — Jahres — an den Vermieter oder an die von ihm zur Entgegennahme ermächtigte Person oder Stelle zu zahlen. 2. Die Nebenabgaben sind zusammen mit dem Mietzins zu zahlen, jedoch sind folgende Nebenabgaben innerhalb von nach besonderer Aufforderung zu zahlen: 3. Für die Rechtzeitigkeit der Zahlung kommt es nicht auf die Absendung, sondern auf die Ankunft des Geldes an. § 5. Vom Vermieter zugesagte Arbeiten in den Mieträumen. 1. Der Vermieter verpflichtet sich - vor dem Einzug des Mieters oder, wenn dies nicht möglich ist, - bis spätestens folgende Arbeiten in den Mieträumen vornehmen zu lassen: zum § 6. Aufrechnung mit Gegenforderungen, Minderung des Mietzinses, Zahlungsrückstand. 1. Der Mieter kann gegenüber dem Mietzins mit einer Gegenforderung nur aufrechnen oder ein Minderungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur ausüben, wenn er dies mindestens einen Monat vor der Fälligkeit des Mietzinses dem Vermieter schriftlich angekündigt hat. 2. Ist der Mieter mit mehr als einer Monatsmiete 10 Tage nach Fälligkeit der zweiten Monatsmiete im Rückstande, so kann der Vermieter das Mietverhältnis fristlos kündigen. Der Vermieter kann nicht mehr kündigen, wenn der Mieter noch vor der Kündigung zahlt. Während der Geltungsdauer des Mieterschutzgesetzes tritt an die Stelle der Kündigung die Mietaufhebungsklage. § 7. Benutzung der Mieträume, Untervermietung. 1. Vermieter und Mieter versprechen, im Haus sowohl untereinander wie mit den übrigen Mietern im Sinne einer vertrauensvollen Hausgemeinschaft zusammen zu leben und zu diesem Zwecke jede gegenseitige Rücksicht zu üben. 2. Der Mieter verpflichtet sich, die Mieträume und die gemeinschaftlichen Einrichtungen schonend und pfleglich zu behandeln. 3. Der Mieter darf die Mieträume nur zu den vertraglich bestimmten Zwecken benutzen. Will er sie zu anderen Zwecken benutzen, so bedarf er der schriftlichen Zustimmung des Vermieters. 4. Der Mieter darf die Mieträume nur mit Zustimmung des Vermieters untervermieten. Eine im einzelnen Fall erteilte Zustimmung kann der Vermieter beim Vorliegen eines wichtigen Grundes wiederrufen. 5. Bei unbefugter Untervermietung kann der Vermieter verlangen, daß der Mieter sobald wie möglich, spätestens jedoch binnen Monatsfrist das Untermietverhältnis kündigt. Geschieht dies nicht, so kann der Vermieter das Hauptmietverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen bzw. Mietaufhebungsklage erheben. Diese Rechte kann er nur unverzüglich geltend machen, nachdem er die gegen den Untermieter sprechenden Gründe erfahren hat oder nachdem die Frist zur Kündigung des Untermietverhältnisses fruchtlos verstrichen ist. § 8. Ausbesserungen und bauliche Veränderungen. 1. Der Vermieter darf Ausbesserungen und bauliche Veränderungen, die zur Erhaltung des Hauses oder der Mieträume oder zur Abwendung drohender Gefahren oder zur Beseitigung von Schäden notwendig werden, auch ohne Zustimmung des Mieters vornehmen. 2. Ausbesserungen und bauliche Veränderungen, die zwar nicht notwendig, aber doch zweckmäßig sind, dürfen ohne Zustimmung des Mieters vorgenommen werden, wenn sie den Mieter nur unwesentlich beeinträchtigen. 3. Soweit der Mieter die Arbeiten dulden muß, kann er weder den Mietzins mindern, noch ein Zurückbehaltungsrecht ausüben noch Schadenersatz verlangen. Diese Rechte stehen ihm jedoch zu, wenn es sich um Arbeiten handelt, die den Gebrauch der Räume zu dem vereinbarten Zweck ganz oder teilweise ausschließen oder erheblich beeinträchtigen. § 9. Instandhaltung der Mieträume. 1. Schäden an den Mieträumen hat der Mieter, sobald er sie bemerkt, dem Vermieter anzuzeigen. 2. Der Mieter haftet dem Vermieter für Schäden, die nach dem Einzug durch ihn, seine Familienmitglieder, Hausgehilfen, Untermieter sowie die von ihm beauftragten Handwerker, Lieferanten und dergleichen schuldhaft verursacht werden. Insbesondere haftet er für Schäden, die durch fahrlässiges Umgehen mit der Wasser-, Gas- oder elektrischen Licht- und Kraftleitung, mit der Klosett- und Heizungsanlage, durch Offenstehenlassen von Türen oder durch Versäumung einer vom Mieter übernommenen sonstigen Pflicht (Beleuchtung usw.) entstehen. 3. Dem Mieter obliegt der Beweis dafür, daß ein schuldhaftes Verhalten nicht vorgelegen hat. § 10. Pfandrecht des Vermieters an eingebrachten Sachen. Der Mieter erklärt, daß die beim Einzug in die Mieträume eingebrachten Sachen sein freies Eigentum und nicht gepfändet oder verpfändet sind, mit Ausnahme folgender Gegenstände. .. § 11. Betreten der Mieträume durch den Vermieter. 1. Der Vermieter oder ein von ihm Beauftragter kann die Mieträume betreten, um die Notwendigkeit unaufschiebbarer Hausarbeiten festzustellen. 2. Will der Vermieter oder sein Beauftragter das Grundstück verkaufen, so darf er die Mieträume zusammen mit den Stunden betreten. 4. Der Mieter muß dafür sorgen, daß die Räume auch in seiner Abwesenheit betreten werden können. § 12. Beendigung der Mietzeit. 1. Die Mieträume sind bei Beendigung der Mietzeit besenrein und mit sämtlichen Schlüsseln zurückzugeben. 2. Einrichtungen mit denen der Mieter die Räume versehen hat, kann er wegnehmen. Der Vermieter kann aber verlangen, daß die Sachen in den Räumen zurückgelassen werden, wenn der Vermieter so viel zahlt, wie zur Herstellung einer neuen Einrichtung erforderlich wäre, abzüglich eines angemessenen Betrages für die inzwischen erfolgte Abnutzung. Dem Vermieter steht das Recht auf die Einrichtung nicht zu, wenn der Mieter ein berechtigtes Interesse daran hat, sie mitzuneh§ 13. Vorzeitige Beendigung der Mietzeit.

Wird das Mietverhältnis durch fristlose Kündigung bzw. Mietaufhebungsklage des Vermieters (z. B. wegen Mietrückstandes oder vertragswidrigen Gebrauches der Räume) vorzeitig beendet, so haftet der Mieter für den dadurch entstehenden Mietausfall für die Zeit bis zum Ende der vereinbarten Mietzeit, jedoch höchstens für 1 Jahr nach dem Auszug. Diese Haftung entfällt, wenn der Vermieter sich nicht genügend um einen Ersatzmieter bemüht hat.

§ 14. Ehegatten als Mieter.

1. Ehegatten haften für alle Verpflichtungen aus dem Mietverhältnis als Gesamtschuldner.

2. Erklärungen, deren Wirkung beide Ehegatten berührt, sind wirksam, wenn sie von oder gegenüber einem von ihnen abgegeben werden.

3. Tatsachen, die für einen Ehegatten eine Verlängerung oder Verkürzung des Mietverhältnisses herbeiführen oder für ihn einen Schadenersatz- oder ähnlichen Anspruch oder eine Schadenersatzpflicht begründen, haben für den anderen Ehegatten die gleiche Wirkung.

§ 15. Anderungen und Ergänzungen des Mietvertrages.

Nachträgliche Anderungen und Ergänzungen dieses Vertrages müssen schriftlich erfolgen.

§ 16. Sonstige Vereinbarungen.

(Gartenbenutzung, Anbringung von Schildern, Haustierhaltung usw.)

- a) Die Wohnung wird vom Mieter als Dierstwohnung dem Leiter des Amtes für Industrie- und Sozialarbeit, Pfarrer Horst Krockert (Wohnungs-inhaber), überlassen.
- b) Verfügungen betr. Versetzung oder Umzug des Wohnungsinhabers sind dem Vermeiter alsbald mitzuteilen. Der Mietvertrag gilt in diesem Falle als vom Mieter zum Ende des Auszugsmonats gekündigt.

§ 17. Hausordnung

Die vertrauensvolle Hausgemeinschaft im Sinne des Mietvertrages zwischen Mietern untereinander wie auch zwischen Mietern und Vermieter setzt voraus, daß von allen Hausbewohnern weitgehende Rücksichten geübt und das den Mietern im Rahmen des Vertrages zur Verfügung gestellte Eigentum des Vermieters sachgemäß behandelt wird. Darüber hinaus sind Mieter und Vermieter zur Berücksichtigung besonderer Belange der Allgemeinheit verpflichtet.

A. Die Rücksicht der Hausbewohner aufeinander verpflichtet diese unter anderem zu folgendem:

Vermeidung störender Geräusche, z. B. durch Benutzung nicht abgedämpfter Maschinen, durch starkes Türenzuschlagen und Treppenlaufen, durch Musizieren einschließlich Rundfunkempfangs mit belästigender Lautstärke und Ausdauer vor allem in den Mittagsstunden und nach 22 Uhr, sowie Unterlassung des Teppichklopfens usw. außerhalb der zugelassenen Zeiten.

Unterlassung des Ausschüttelns und Ausgießens aus Fenstern, von Balkonen, auf Treppenfluren usw.

Beseitigung scharf- und übelriechender, leicht entzündbarer oder sonst irgendwie schädlicher Dinge.

Ausreichende Erziehung und Beaufsichtigung der Kinder. Abwendung und Minderung eines drohenden Schadens, insbesondere auch ausreichende Maßnahmen gegen das Aufkommen von Ungeziefer.

Ordnungsgemäße Beseitigung von Abfällen und Unrat (Müll, Scherben, Küchenreste usw. in [nicht neben] die aufgestellten Müllkästen, von sperrigen oder leicht brennbaren Stoffen durch Verbrennen oder Beförderung außerhalb des Grundstücks).

Brennstoffzerkleinern nicht innerhalb der Mieträume, sondern nur an den vom Vermieter bezeichneten Stellen.

Einholen der Genehmigung des Vermieters für etwaige Tierhaltung sowie für Verkehr, Aufstellen und Lagern in Gängen, auf Höfen usw. (auch von Fahrzeugen aller Art), wofür der Mieter außerdem zuvor die behördliche Genehmigung nachsuchen muß.

Die Anbringung von Außenantennen bedarf des vorherigen Abschlusses eines Antennenvertrages. Die Anbringung hat fachmännisch zu erfolgen und darf nicht zur Beschädigung von Bauteilen, Verunstaltung von Grundstück- und Gebäudeteilen oder Belästigung anderer Hausbewohner führen.

Zum Schutze der Mieter- und Vermieterrechte gegenüber Unbefugten ist das Haus im allgemeinen in der Zeit von 20 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verschlossen zu halten.

Falls der Mieter vor Ablauf des Vertrages die Räume ganz oder auch nur zeitweilig verläßt, ist er verpflichtet, die Schlüssel an den Vermieter oder an seinen Beauftragten abzuliefern, und zwar auch dann, wenn er noch Gegenstände in den Räumen belassen hat, jedoch aus Anzahl oder Beschaffenheit der zurückgelassenen Gegenstände die Absicht des dauernden Verlassens der Räume zu erkennen ist. In diesen Fällen ist der Vermieter im Interesse des Mietnachfolgers berechtigt, die Mieträume schon vor der endgültigen Räumung ausbessern zu lassen, ohne daß der Mieter ein Recht hätte, deshalb die Zahlung der Miete zu verweigern oder gezahlte Miete zurückzuverlangen.

(Fortsetzung nächste Seite)



pflichtet den Mieter unter anderem zu folgendem:

Trockenhalten der Fußböden, insbesondere in der Nähe von Wasserzapfstellen und -behältern, Vermeidung von Beschädigungen der Gas-, Be- und Entwässerungsanlagen, elektrischen Anlagen und sonstigen Hauseinrichtungen, von Verstopfungen der Gas- und Entwässerungsanlagen.

Sofortiges Melden von Störungen an solchen Einrichtungen. Ordnungsmäßiges Verschlossenhalten der Türen und Fenster bei Unwetter, Nacht und Abwesenheit.

Vermeiden der Vergeudung von Licht in gemeinschaftlich benutzten Gebäudeteilen sowie Vermeiden der Vergeudung von

Verhütung unbefugter Benutzung von Hauseinrichtungen durch nicht zum Haushalt des Mieters gehörende Personen.

Ordnungsgemäße Behandlung der Fußböden (Linoleum nicht ölen, sondern bohnern, gestrichene Fußböden nicht wachsen, Parkett nicht naß aufwischen, Steinholz nicht scharf abseifen).

Die Befreiung der Balkone usw. von Schnee und sonstigen ungewöhnlichen Belastungen (Brennstoffen usw.), das Reinigen von Kellerlichtschächten und -fenstern, soweit solche etwa innerhalb des Mieterkellers liegen, im gleichen Falle das ord-nungsmäßige Lüften der Keller und Böden in dem Umfange, wie dies für den gesamten Hauskeller oder -boden erforderlich ist, ebenso das Fensterschließen bei Nacht, Kälte oder Nässe.

Die Unterlassung jeglicher Veränderungen der Mietsache, sofern nicht der Vermieter seine schriftliche Genehmigung dazu erteilt, insbesondere die Unterlassung von Veränderungen an den Installationen einschließlich der elektrischen Leitungen und des Einschlagens von Nägeln (Schrauben) in Holzverkleidungen aller Art.

Die genaue Beachtung der dem Vermieter abzufordernden Sondervorschriften, für die Bedienung von Fahrstühlen, Heißstromautomaten, Feuerungsstellen usw.

Sorgfältige Aufbewahrung und Behandlung aller Schlüssel und Zubehörteile.

Das Anbringen von Schildern, Kästen usw. außerhalb der Mieträume nur mit Genehmigung des Vermieters und nach dessen Anweisung unter Berücksichtigung der behördlichen

Das ausreichende Heizen, Lüften und Zugänglichmachen der Mieträume sowie das Zusperren der Zapfhähne, besonders bei vorübergehender Wassersperre, auch während etwaiger längerer Abwesenheit des Mieters.

Etwa vorhandene Sammelheizunganlagen werden, soweit es die Außentemperatur erfordert, sachgemäß in Betrieb gehalten; doch hat der Mieter keinen Anspruch auf ununterbrochene Leistung. Mit dem Heizen wird begonnen, wenn an vier auf-einanderfolgenden Tagen die Außentemperatur um 21 Uhr niedriger als plus 12 Grad Celsius ist. Als Richtlinie gilt eine Erwärmung der hauptsächlich genutzten Räume auf plus 20 Grad Celsius und eine durchschnittliche Erwärmung auf plus 18 Grad Celsius. Für Räume, die auf Wunsch des Mieters oder durch diesen mittels Ein- oder Umbauten geändert worden sind, kann diese Erwärmung nicht verlangt werden. Der Mieter hat während der Heizperiode Türen und Fenster auch von unbeheizten Räumen gut verschlossen zu halten. Notwendiges

Die Erhaltung des Hauseigentums ver- Lüften darf nicht zur Durchkühlung der Räume führen. Bei Frost dürfen die Ventile zur Vermeidung des Einfrierens nicht auf "kalt" stehen. Für die Zeit vom 1. Mai bis 15. September besteht grundsätzlich kein Anspruch auf Beheizung. Eine be-stimmte Temperatur kann nicht gewährleistet werden, wenn eine Beschränkung der Brennstoffversorgung eintritt, ebenso nicht bei Störungen durch Naturereignisse, Unterbrechung des Friedenszustandes allgemein oder in eigenen oder fremden Betrieben.

> Etwa vorhandene Warmwasserversorgungsanlagen werden sachgemäß von 7 bis 24 Uhr in Betrieb gehalten, und zwar derart, daß die Temperatur an den Zapfstellen nicht unter 30 Grad Celsius sinkt, jedoch im Durchschnitt plus 35 Grad Celsius übersteigt. Eine Gewähr für ununterbrochene vereinbarungsgemäße Warmwasserlieferung übernimmt der Vermieter nicht. Im übrigen gilt der vorstehende Absatz sinngemäß. Zum Spülen von Wäsche darf Warmwasser nicht entnommen werden.

> Etwa vorhandene Personen oder Lastenaufzuge werden sachgemäß in Betrieb gehalten, doch hat der Mieter keinen Anspruch auf ununterbrochene Leistung. Der Mieter verpflichtet sich, die Aufzugsbestimmungen in allen Punkten zu erfüllen, er verzichtet insbesondere dem Vermieter gegenüber auf Schadensersatzansprüche wegen Unfällen irgendwelcher Art, es sei denn, daß den Vermieter ein Verschulden trifft.

> C. Im Interesse der allgemeinen öffentlichen Ordnung und Sicherheit bestehen u. a. folgende Verpflichtungen:

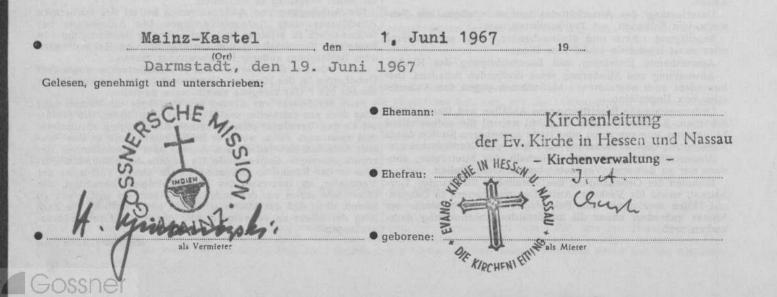
> Alle behördlichen Vorschriften (besonders die der Staats-, Bau- und Feuerpolizei usw.) sind von den Mietern auch dann zu beachten, wenn hierüber nichts ausdrücklich gesagt ist.

> Keller, Böden und ähnliche Räume dürfen nicht mit offenem Licht betreten werden.

> Veränderungen an Feuerstätten nebst Abzugsrohren sind nur mit Genehmigung des Vermieters und unter Beachtung der behördlichen Vorschriften zulässig; die Mieter haben aber für die regelmäßige und rechtzeitige übliche Reinigung der Ofen und Herde Sorge zu tragen.

> Im Interesse des Feuerschutzes dürfen leicht entzündliche Gegenstände, wie Packmaterial, Papier und Zeitungspakete, Matratzen, Strohsäcke, Lumpen, alte Kleider und Polstermöbel, Kleintierstallung und größere Futtervorräte in den Kellerund Bodenräumen nicht vorhanden sein. Brennstoffe dürfen nicht in den Bodenräumen gelagert werden. Größere Gegenstände müssen, wenn sie nicht anderweitig aufbewahrt werden können, so aufgestellt werden, daß diese Räume in allen Teilen übersichtlich und zugänglich bleiben; kleinere Gegenstände, Kleider, Wäsche usw. dürfen nur in geschlossenen Kästen und Truhen aufbewahrt werden.

> Das Mietverhältnis ist ein freiwilliger Vertrag, der in stärkstem Maße auf dem gegenseitigen Vertrauen aufgebaut ist und der das Gemeinschaftsleben im Hause gewährleisten Gegen Treu und Glauben und gegen die guten Sitten verstößt es aber, wenn ein Vertragspartner seine Vertragsrechte einseitig geltend macht und wenn er seine Pflichten gegen den anderen Vertragsteil und gegen die anderen Hausbewohner böswillig und fahrlässig verletzt.



Abschrift.

Gossner Mission, Berlin-Friedenau, Zweigstelle Mainz
Mainz-Kastel, 12.9. 1951.
Eleonorenstrasse 64

Zwischen der Erbengemeinschaft nach dem verstorbenen Oberbaurat E. Petzold, vertreten durch seine Witwe Elfriede Petzold in Mainz-Kastel, Eleonorenstrasse 66 und der Gossnerschen Missionegesell - schaft, Berlin-Friedenau, Stubenrauchstrasse 12, vertreten durch das Kuratorium, wird vereinbart:

Die Gossnersche Missionegesellschaft überlässt einen Streifen von etwa 12 mtr. Breite ihres Grundstücks, Mainz-Kastel, Eleonorenstrasse 64, pachtweise an die Erben des Herrn Oberbaurat Petzoldzur persönlichen Mutzung als Gartenland bis zum 1.10. 19 99.

Der verpachtete Streifen ist etwa 12 mtr. breit und schliesst sich

an das Grundstück der Pächter an, wird im Nordosten durch die Garage und das Behelfsheim der Gossnerschen Missionsgesellschaft und im Südwesten durch den Zaun zur Eleonorenstrasse begrenzt. Die neu zu errichtende Abzäunung zum Gartenland der Gossnerschen Mission wird so errichtet, dass der Zugang su der auf dem Pachtland befindlichen Wasseruhr des Grundstücke Eleonorenstrasse 64 ausgespart wird, sodass die Verpächterin jederzeit dorthin ungehinderten Zugang hat.

Der Pachtzins beträgt DM 30.- jährlich. Er ist am 1.10. jeden Jahres für das laufende Kalenderjahr zu entrichten.

Die Erben des Herrn Oberbaurat E. Petzold sind berechtigt, Wasser auf eigene Kosten aus der Zuleitung zu entnehmen, die von der von Herrn Petzold im Behelfsheinm eingebauten S Wasseruhr zum Garten führt. Bei Verkauf oder Verpachtung des Grundstücke Eleonoren - atrasse 66 wird dieser Vertrag hinfällig. Diese Vereinbarungen treten anstelle der Berechtigungen des Vertrages vom 1. August 1949.

Mainz-Kastel, den 12. September, 1951.

(Siegel)

Für die Gossnersche Missionsgesellschaft:

gez. Dr. Moeller

gez. Drescher

Für die Erbengemeinschaft:

gez. Elfriede Petzold, Wws., geb. Dyas



3. Oktober 1961

Herrn

Dr. Michels

GM./Wei./Z.

Duisburg Am Buchenbaum 42

Sehr geehrter Herr Doktor !

Sie teilten uns seinerzeit mit, daß der Betrag von 5 575.- DM bei Ihnen von Herrn Bußmann hinterlegt worden ist. Soweit wir mit dem Grundbuchamt Wiesbaden-Kastel zu verhandeln hatten, haben wir dies erledigt. Wir wären Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie den genannten Betrag möglichst bald uns zusenden könnten. Oder steht dem noch irgendetwas im Wege? dann bitten wir um Mitteilung, wenn wir noch etwas zu veranlassen haben. Heute ist nun bereits begonnen worden, die Baugrube auszuheben d.h., daß nominell das Grundstück schon in dem Besitz von Herrn Bußmann ist. Deshalb verstehen Sie bitte auch unsere Anfrage, ob wir mit der Überweisung des Geldes jetzt rechnen können.

Hochachtungsvoll

(Weissinger, Diakon)



Es wird gebeten bei allen Eingaben das

Aktenzeichen

Kastel 2177

anzugeben.

Auf Anordnung des Amtsgerichts werden Sie benachrichtigt, daß

das in Kastel

belegene , bisher im Grundbuche von Kastel

Band 47

Blatt 2177

Eigentümer: Gossner Mission in Berlin-Friedenau

Eigentümer: Dipl.Ing. Hans Bussmann in Duisburg

auf Grund Auflassung vom 3. August 1961 übertragen worden ist.

Auf diesem Grundbuchblatt ist folgendes eingetragen worden:

Bestandsverzeichnis

a) Spalten 1 bis 4:

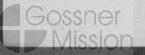
Lfde.	Bisherige laufende		K	arte	Kataste	rbücher	Wirtschaftsart			
Nr. der Grund- stücke	Nummer der Grund- stücke	Gemarkung (Vermessungsbezirk)	Flur	Flurstück	Liegen- schafts- buch	Ge- bäude buch	und Lage	ha	Größ	e qn
1	2	a	1	ь 3	1 0	d	l e		4	1 1
4		Kastel	16	378	1947		Gartenland Rinkergewann		2	23
			X 3	xabtei	innex	xApai	.XE			
					Ju	Auf /	nordnung: Workl ngestellte			

G. S. Nr. 19.

Bekanntmachung der Abschreibung eines Grundstücks oder Trennstücks an den Erwerber (§ 55 G.B.O.). b) Spalte Bestand und Zuschreibungen.

b) Spalte Bestand und Zuschreibungen: Zur laufenden Nummer der Grundstücke:

Abteilung I, Spalten



Kastel Bl. 2177

Beschluss

In der Grundbuchsache Gossnersche Missionsgesellschaft in Berlin-Friedenau

wird der Antrag der Gossner Mission auf Löschung der Post III/4 von Blatt 2177 Kastel kostenpflichtig zurückgewiesen.

Gründe

Der Antragstellerin wurde am 27.1.1961 folgende Zwischenverfügung vom 23.1.1961 zugestellt:

"In der Grundbuchsache Gossnersche Missionsgesellschaft wird gebeten, den Löschungsantrag der Eigentümerin in öffentlich beglaubigter Form vorzulegen. Die Vertretungsbefugnis der Vertreter ist durch öffentliche Urkunden oder notarielle Bescheinigung zu belegen. Frist gemäss § 18 GRO: bis zum 1.4.1961."

Am 4.4.1961 wurde an die Brledigung der Verfügung erinnert. Nach erneuten fruchtlosem Fristablauf war, wie geschehen, zu beschliessen.

Wiesbaden, den 9. Mai 1961 Amtsgericht Abt. 33

gez. Valentin
Rechtspfleger



Ausgefertigt:

Justizangestellte als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Gossner Mission

GH./Kr./Z.

An die

Kirchenleitung -- Kirchenverwaltung-

Darmstadt Paulusplatz 1

Betr.: Burgschaft der Ev. Kirche in Hessen u. Nassau über 50 000.- DM

Bezug: Unsere telefonische Rückfrage bei Herrn Stamm

Zu obigem Schreiben teilen wir Ihnen mit, daß das Darlehen bei der Deutschen Pfandbriefanstalt am 31.12.1962 die Höhe von 47 900,36 DM hat.

Höhe des Darlehens vom 12.10.1961 ein Fehler unterlaufen. Die damals mitgeteilte Höhe von 46 824,34 DM war falsch errechnet. Die wirkliche Höhe zum 31.12.61 war 48 983,76 DM. Somit erklärt sich der Kapitalstand zum 31.12.1962, wie oben mitgeteilt, nach laufender Zahlung der Tilgungsraten und Zinsen.

(Horst Krockert, Pfarrer)



Dr. Michels Dr. Dahlfeld Konrad Rechtsanwälte und Notare Rechtsanwalt Telefon 21251/52 - Postscheckkanto Essen Nr. 859 - Bankkonten: Landeszentralbank Nr. 9511, Nationalbank Nr. 13771 Stadtsparkasse Nr. 8906 Duisburg, den 20. Juli 1961 Herrn Am Buchenbaum 42 (Ecke Mercatorstraße, Haus der WAZ) Diakon Friedrich Weissinger Goundshirchoverhung Mainz - Kastel ========== General-Mudra-Strasse 1 - 3 Sehr geehrter Herr Weissinger ! Beiliegend übersende ich Ihnen mit der Bitte um Kenntnisnahme und demnächstige Weiterleitung an Ihre Missionsgesellschaft 1) Fotokopie des Angebotes vom 7. Februar 1961, 2) Abschrift der Annahmeerklärung vom 23. Februar 1961, Nr. 184/61 meiner Urk.Rolle, 3) Abschrift meiner heutigen Eingabe an das Grundbuchamt in Wiesbaden. Weiterhin übersende ich Ihnen hiermit den Entwurf einer Auflassungsverhandlung mit der Bitte, beim Grundbuchamt in Wiesbaden vorzusprechen und die Auflassungserklärung beurkunden zu lassen. Hochachtungsvoll

184

Ausfertigung



Verhandelt

Duisburg

am 23. Februar 1961

Vor dem unterzeichneten Notar

Dr. Albert Michels

mit dem Amtssitz in

Duisburg

heute , von Ferson bekannt,

der Dipl .- Ing. Hans Bussmann, früher wohnhaft in Düsseldorf, Franz Jürgenstrasse 5, jetzt wohnhaft in Duisburg, Karl-Lehr-Strasse 9.

Derselbe erklärte:

Die Gosenersche Missionsgesellschaft in Berlin-Friedensu hat mir in der Urkunde des Notare Dr. Bodo Opphard zu Berlin-Friedenau vom 7. Februar 1961, Hr. 27/61 der Urk.Holle, das

Angebot



Angebot zum Abschlust einem Kaufvertrages gemacht.

Gegenstand des Kaufvertrages ist das im Grundbuch von Wiesbaden-Aussen, Band 47 Blatt 2177 eingetragene Grundstück Flur 16, Parzelle 378 in der Grösse von 223 cm.

Dieses Angebot nehme ich hiermit an.

Ich erteile hiersit dem Diskon Friedrich Weissinger, Mainz-Kastel, General-Eudra-Strasse 1-3, die Vollmacht, etwa notwendige Ergünzungserklärungen zu dem Zaufangebot und zu der Kaufannahme abzugeben, die Auflassung zu erklären und alle erforderlichen Eintragungwanträge an das Grundbuchamt zu stellen. Herr Weissinger soll von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit sein.

Der Kaufpreis beträgt 5.579, - DM.

Das Protokoll wurde dem Brechienenen vorgelesen, von ihm genehmigt und eigenhändig, wie folgt, unterschrieben:

gez. Hans Bussmann

gez. Dr. Albert Michels

Vor dem unterzeichneten Notar

Dr. Albert Midnels

Duisburg

nit dem Amtssitz in

erschien heute

Rechtsanwalt

Duisburg, Am Buchenbaen 42

Teleton 21251/52

20. Juli 1961

L/M.

Zu den Grundakten Wiesbaden-Aussen Band 47 Blatt 2177

Eigentümer: Gossnersche Missions-Gesellschaft

überreiche ich hiermit:

- 1) Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes Wiesbaden vom 4. Mai 1961,
- 2) Genehmigungsbescheid der Wohnsiedlungsbehörde vom 23. Juni 1961,
- 3) Fotokopie des Schreibens des des Senators für Justiz in Berlin-Schäneberg vom 12. Juni 1961,
- 4) Fotokopie einer Bescheinigung des Polizeipräsidenten von Berlin-Tempelhof vom 19. Mai 1958 nebst einer Übersicht über die rechtlichen Grundlagen der Gössnerschen Missionsgesellschaft

mit dem Antrag, die beantragte Umschreibung im Grundbuch vorzunehmen, sobald der Auflassungsbevollmächtigte, der Diakon Weissinger, bei dem dortigen Grundbuchamt die Auflassung hat beurkunden lassen.

Für die Gerichtskosten komme ich auf.

An das

Amtsgericht
- Grundbuchamt in

Wiesbaden

gez. Dr. Michels

Notar

Verhandelt

zu

Vor dem unterzeichneten

erschien heute,

der Diakon Friedrich Weissinger, Mainz-Kastel, General-Mudra-Strasse 1-3, handelnd aufgrund der ihm erteilten-Vollmachten in den Urkunden:

- a) vom 7. Februar 1961, Nr. 27/61 der UR des Notars Dr. Bodo Opphard, Berlin-Friedenau,
- b) vom 23. Februar 1961, Nr. 184/61 der UR des Notars Dr-Albert Michels, Duisburg.

Derselbe erklärte:

Zunächst möchte ich/in den genannten Urkunden gemachten Angaben über das Grundbuch berichtigen. Die Kaufgrundstücke sind eingetragen im Grundbuch von Kastel Band 47 Blatt 2177.

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass das Eigentum an dem Grundstück Gemarkung Kastel, Flur 16, Parzelle Nr. 378, Gartenland Minkergewann, gross 223 qm, auf Herrn Dipl.-Ing. Hans Bussmann, Duisburg, Karl-Lehr-Strasse 9, übergeht.

Ich bewillige und beantrage die Umschreibung im Grundbuch.



In Abteilung III des Grundbuchs unter 1fd. Nr. 6 ist für die Deutsche Pfandbriefanstalt zu Wiesbaden eine Hy-pothek in Höhe von 50.000,-- DM eingetragen. Die Gläubigerin hat das "aufgrundstück aus der Haft für die vorgenannte Hypothek entlassen. Ich stimme dieser Haftentlassung zu und beantrage die Lintragung im Grundbuch.

Der Kaufüreis beträgt 5.575,-- DM.
Das Kaufgrundstück soll nach Kastel Band 34 Blatt
1635 A übertragen werden.

Das Protokoll wurde dem Erschienenen vorgelesen, von ihm genehmigt und eigenhändig, wie folgt, unterschrieben:



Amtsgericht Abt. 33 -Grundbuchamt -Kastel Bl. 2177

> An das Jugendwohnheim der Gossner-Mission Mainz-Kastel

In der Grundbuchsache Gossnersche Missionsgesellschaft, wird an Erledigung der Verfügung vom 23. Januar 1961 erinnert.

Auf Anordnung:

Justizangestellte

Mun





DEUTSCHE PFANDBRIEFANSTALT

KORPERSCHAFT DES OFFENTLICHEN RECHTS ORGAN DER STAATLICHEN WOHNUNGSPOLITIK

WIESBADEN
PAULINENSTRASSE 15

FERNRUF-SAMMEL-NR. 5 97 71 FERNSCHREIBER 0416 857

den 28. 2. 1961 Unser Zeichen 401 292/0 BIIIa-05-Fr/Be.

Bei Antwortschreiben wird um Angabe obigerBezeichnung und der Konto-Nr. gebeten. An

Gossener Mission Berlin-Friedenau Zweigstelle:

Wiesbaden-Kastel Eleonorenstr. 64

Betr.: Grundstück in Wiesbaden-Kastel, Eleonorenstr. 64 Hypothek von DM 50.000,--

Sehr geehrte Herren!

Wir bestätigen den Erhalt Ihres Antrages auf Pfandfreigabe des Flurstücks 378 in Größe von 223 qm und teilen Ihnen mit, daß wir grundsätzlich keine Einwendungen vorzubringen haben. Da jedoch die Kirchenleitung der Ev. Kirche in Hessen und Nassau, Darmstadt, für die Hypothek von DM 50.000,-- die Bürgschaft übernommen hat, haben wir uns mit der vorgenannten Stelle in Verbindung gesetzt. Sobald uns deren Zustimmung zu der beantragten Entpfändung vorliegt, werden wir die Angelegenheit weiterbearbeiten.

Hochachtungsvoll
DEUTSCHE PFANDBRIEFANSTALT

Beglaubigte Abschrift

Wr. 27 des Notariatsregisters für das Jahr 1961

Verhandelt am 7. Februar 1961.

Vor dem unterzeichneten Rechtsanwalt Wilhelm Haegert in Berlin-Friedenau als dem amtlich bestellten Vertreter des Betars Dr. Bode Opphard in Berlin-Friedenau erschienen:

- beide dem Notarvertreter von Person bekannt -
- 1. Missionsdirekter D. Hans Lokies aus Berlin-Friedenau, Handjerystraße 19-20,
- 2. der Juristische Referent der Kirchlichen Ersiehungskammer für Berlin, Dr. Hermann Kandeler, ebenda.

Die Brachienenen erklärten:

Wir geben unsere nachstehenden Erklärungen namens der Gossnerschen Missionsgesellschaft in Berlin-Friedenau ab.

Wir machen hiermit dem Bipl. Ing. Hans Bussmann in Düsseldorf, Franz Jürgen-Str. 5 das Angebot zum Abschluß folgenden

Kan fvertrages:

I. Kaufvertrag

Die Gossnersche Missiensgesellschaft in Berlin-Friedenau, Handjerystraße 19-20 verkauft an Dipl. Ing. Hans Bussmann in Düsselderf, Franz-Jürgen-Str. 5

dag in dem Grundbuch für Wiesbaden - Außen Band 47 Blatt 2177 eingetragene Grundstück Flur 16 Parselle 378 in der Größe von 223 que um den Kaufpreis von DM 25.-- pro qm - DM 5.575.-- unter folgenden Bedingungen:

5 1

Die Veräusserung erstreckt sich auf das Zubehör des Grundstückes.

\$ 2

Die Übergabe erfolgt sofort. Das Eigentum geht mit der Eintragung ins Grundbuch, die Gefahr mit der Übergabe auf den Erwerber über.

\$ 3

Für den angegebenen Flächeninhalt haftet der Verkäufer nicht. Die Kauferin ist nicht verpflichtet, einen etwaigen Mehrgehalt herauszugeben oder wegen desselben einen höheren Kaufpreis zu

sahlen



zahlen. Die Verkäuferin leistet keinerlei Gewähr für die Beschaffenheit des Grundbesitzes, insbesondere des Baugrundes. Der Käufer übernimmt den Grundbesitz in dem Zustand, in dem sich das Grundstück zur Zeit der Übergabe befindet. Der Zustand ist dem Käufer bekannt.

5 4

Für die Freiheit des verkauften Grundstückes von Rechten Dritter wird - samtverbindlich - gehaftet, nicht aber für die Freiheit von Grunddienstbarkeiten.

Verkäufer erklärt, daß ihm solche nicht bekannt sind.

\$ 5

Die auf dem verkauften Grundstück ruhenden öffentlichen Abgaben und Lesten gehen mit dem Tage der Annahme des Kaufangebotes auf den Käufer über.

Bezüglich der Lastenausgleichsabgaben verbleibt es bei der gesetzlichen Regelung; sie verbleibt bei dem Verkäufer.

Dem Käufer ist bekannt, daß die Straßenanliegerkosten nach Aufforderung zu entrichten sind. Er erkennt seine Verpflichtung an, diese Straßenanliegerkosten zu tragen, soweit sie den Kaufgegenstand umfassenden Grundbesitz betreffen.

\$ 6

Die Kosten der Beurkundung, der Auflassung, der Eintragung und die Grunderwerbsteuer zahlt der Käufer.

5 7

Die Zahlung des Kaufpreises erfolgt bar oder mit einem Scheck, der von der Bank bestätigt sein muß, an den, die Annahme des Kaufangebotes protokollierenden Notar, der hiermit angewiesen wird, denselben an die Verkäuferin herauszugeben, sobald die lastenfreie übertragung des Grundstückes auf die Käuferin gewährleistet und die erforderlichen behördlichen Genehmigungen bei ihm vorliegen.

8 8

Die Genehmigung dieser Urkunde durch die zuständigen Behörden bleibt vorbehalten und wird hiermit beantragt. Der die Annahme des Kaufangebetes protokollierende Notar wird ermächtigt, diese Genehmigung zu beantragen und die hierauf ergangenen Entscheidungen in Empfang und sur Kenntnis zu nehmen.

Der Noter wird ermächtigt, alle Anträge an das Grundbuchamt und andere Behörden selbst zu stellen, sowie diese gans und auch teilweise in unserem Hamen wieder zurückzusiehen.

\$ 9

KHufer beantragt Befreiung von der Grunderwerbsteuer, da er das Grundstück im Rahmen des sozialen Wohmungsbaues bebauen wird.



Falls eine Berichtigung oder Ergänzung dieser Urkunde notwendig werden sollte, erteilen wir dem Diakon Friedrich Weißinger in Mainz-Kastel, General-Mudra-Str. 1-3 Vollmacht und Auftrag, solche für uns vorzunehmen, unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB.

II. Auflassung

Wir erteilen dem Diakon Friedrich Weißinger, Mainz-Kastel, General- Mudra-Str. 1 - 3 Auflassungsvollmacht unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB.

Die Auflassung soll erst dann vorgenommen werden, wenn das Kaufangebot angenommen und der Kaufpreis beim Notar hinterlegt

Das Protokoll ist in Gegenwart des Notarvertreters vorgelesen, von den Beteiligten genehmigt und von ihnen eigenhändig wie folgt unterschrieben worden:

gez. D. Hans Lokies

gez. Dr. Hermann Kandeler

gez. Wilhelm Haegert, Notarvertreter

Kostenrechnung

Geschäftswert: DM 5.575.--

 Gebühr § 37 KostOrdng. Schreibgebühren § 136 K.O. Portoauslagen und Telefonspeser 	DM	45.— 4.50	
§ 137 K.O. 4. Umsatzsteuer 4 %	DM	1.50	N THE
zusammen	DM	53.04	

ges. Wilhelm Haegert, Notarvertreter

二甲基酚酚酚硷 不知识的

Vorstehende Abschrift stimmt mit der mir vorliegenden Urschrift wörtlich überein und wird hiermit beglaubigt.

Berlin, den 7. Februar 1961



Notarvertreter Notarvertreter



Der Polizeipräsident in Berlin

- Abteilung V - V 1 - 26.01 Korp. 88

OBerlin Tempelhof . den 19. Mai 19.58 Tempelhofer Damm 1-7, zimmer Nr.: 4333 Fernruf: 66 00 17 . App. 3042

Bescheinigung

Es wird hiermit bescheinigt, daß gem. § 6 der Satzung der "Gossnerschen Missionsgesellschaft" in Verbindung mit der Berufungsniederschrift vom 6.2.1953 die nachstehend aufgeführten Personen den Verwaltungsausschuß der Gesellschaft bilden:

- Präses Direktor Dr. Reinhard MOELLER, Berlin-Zehlendorf, Am Heidehof 37, Vorsitzender
- Missionsdirektor D. Hans LOKIES, Berlin-Friedenau, Fehlerstr. 11,
- Konsistorialrat Hugo DRESCHER, Berlin-Zehlendorf, Dallwitzstr. 33.

ImBehinderungsfalle werden vertreten:

Der Vorsitzende Präses Direktor Dr. Reinhard MOELLER durch

den stellvertretenden Vorsitzenden Missionspräses Lic. Johannes STOSCH, Berlin-Wannsee, Schuchardtweg 5,

der Missionsdirektor D. Hans LOKIES durch

Missionsinspektor Pastor Horst SYMANOWSKI, Mainz-Kastel, Eleonorenstr. 64,

der Konsistorialrat Hugo DRESCHER

durch

Dr. jur. Hermann KANDELER, Berlin-Steglitz, Südendstr. 59.



-2-

Der Verwaltungsausschuß vertritt die Gesellschaft in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten gegenüber Behörden und Privatpersonen. Urkunden verpflichten die Gesellschaft, wenn sie von zwei Mitgliedern dieses Ausschusses unterschrieben sind.

a DENT IN THE STATE OF THE STAT

In Vertretung:

Gebührenfrei (mildtätig-kirchlich)

ko

LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN DERMAGISTRAT Magistrat Wiesbaden Verwaltungsgebäude: An die Zimmer Nr. 17 Gossner-Mission Fernruf: Sommelnummery 5864 Kastel 2128 Nebenstelle: Mainz-Kastel Eleonorenstraße 64 Postscheckkonto: Stadtkasse Wiesbaden Nr. 2680 Frankfurt am Main Ihr Zeichen Ihr Schreiben vom Unser Zeichen 6. Oktober 1961 (in der Antwort angeben) 634/541 Dr/H. Betr.: Das Grundstück Flur 16 Nr. 379/1 Im Rinkergewann in Mainz-Kastel hier: Widerruf des Duldungsbescheides vom 2. Mai 1950

Auf dem von Herrn Bussmann gepachteten Gelände hat Herr Otto Jetzkowitz, der unseres Wissens heute in Kanada wohnhaft ist, nachträglich die Errichtung einer Notwohnung geduldet bekommen. Wie uns bekannt haben Sie die Nachfolge als Eigentümer angetreten, und nehmen wir an, daß Ihnen der Grundstückseigentümer Bussmann die Benutzung seines Grundstückes bereits aufgekündigt hat.

Für das Baugebiet im Rinker, in dem sich das vorgenannte Gelände befindet, liegt der Entwurf für einen Bebauungs- und Fluchtlinienplan vor. Auf der Parzelle 379/1 wird ein Wohnblock errichtet. Das Bauwerk berührt unmittelbar die Baugrube und behindert die Durchführung der vorgesehenen Bebauung. Die Notunterkunft kann auch deswegen nicht stehen bleiben, weil der erforderliche Gebäudeabstand nicht gewahrt würde. Das Bauwerk steht deshalb der geordneten Entwicklung des Gemeindegebietes und der ordnungsmäßigen Bebauung zuwider. Wir machen deshalb gemäß § 77 (2) der Hess. Bauordnung vom 6.7.1957 von dem Recht des jederzeitigen Widerrufs Gebrauch. Das Gebäude ist bis zum 1. September 1962 niederzulegen.

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch schriftlich oder zur Niederschrift beim Magistrat - Bauaufsichtsamt Nebenstelle AKK, Mainz-Kastel, In der Witz 26 - erheben.

Über den Widerspruch entscheidet der Regierungspräsident in Wiesbaden als obere Bauaufsichtsbehörde. Die Frist wird auch durch Einlegen des Widerspruchs beim Regierungspräsidenten gewahrt.



Es wird gebeten die Widerspruchsschrift in zweifacher Ausfertigung einzureichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung Der Magistrat - Bauaufsichtsamt -Nebenstelle AKK

Im Auftrag:

(Wagener) Stadtbauamtmann

Mynnav

Es wird gebeten, bei allen Eingaben die Geschäftsnummer

Das Amtsgericht Wiesbaden, den 28. August 1952.

3 - Kastel 2092 -Auf Anordnung des Amtsgerichts werden Sie benachrichtigt, daß anzugeben.

d as in Kastel

belegene , bisher im Grundbuche von Kastel

Blatt 2092 - auf den Namen der Therese Bete geb. Sander in Mz. - Kastel

unten angegebene — Grundstück — T/con/nst/nck/ — am eingetragene 8. August 1952 auf de^M vorbezeichneten Grundbuchblatt abgeschrieben und auf das Grundbuchblatt

Kastel Band 47 Blatt 2177 - auf Grund der Auflassung vom lo. September 1951-

übertragen worden

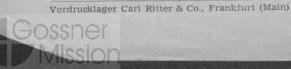
Auf diesem Grundbuchblatt ist folgendes eingetragen worden:

Bestandsverzeichnis

a) Spalten 1 bis 4:

Lfde.	Bisherige		K	arte	Kataste	rbücher	Wirtschaftsart		
Nr. der Grund- stücke	Nummer der Grund- stücke	(Vermessungsbezirk) Flur Flurstück Liegen- schafts- baude buch Lage ha Kastel Acker, Rinker- gewann	Größ	1					
1	2	a	1		1 e	ď	l e	4	
2		Kastel	16	378				. 2	23
									-
	Al	s Eigent	üme	rin	ist	dase	lbst eingetrag	en:	
		Gossnersche Mi	ssion	sgesell	schaf	tin	Berlin-Frieden	au.	
			-						
					A	af Ar	STANS A		
errn ainz-	Pasto Kast	r Horst Syman o ws	ki,		J	ustiz	ansesterite.		
	1						bitte we	nden !	

G. S. Nr. 19. Békanntmachung der Abschreibung eines Grundstücks oder Trennstücks an den Erwerber (§ 55 G.B.O.). b) Spalte Bestand und Zuschreibungen.



Gleichzeitigt wurde die in Blatt 2092 in Abt. II eingetragene Vormerkung zur Erhaltung des Rechts für Peter Faber, Kostheim, gelöscht am 8. August 1952.

b) Spalte Bestand und Zuschreibungen:

Zur laufenden Nummer der Grundstücke:

Abteilung I, Spalten





FRANKFURTER VERSICHERUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT

VERSICHERUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT

Abteilung für TRANSPORT-Versicherung

Geschäftsstelle:

Vertretung:



113

ERSICHERUNG! FÜR FILMPOSITIVE

Auf Grund des am 29.9.1953 versichern wir hiermit

eingereichten Versicherungsantrages

de r Gossner Mission, Wiesbaden-Kastel, Eleonorenstr. 64,

zelexEigentioner/xPärkter/das/XDbratars/K

inex

von ihr vorgeführten Schmaldie invozenangten kheaten zur Arrichtung gelangen den Filmpositive, unter Einschluß von Licht- und Nadeltonfilmen sowie Tonfilmplatten. Wenn Tonfilmplatten mitversichert sind, ist die gewöhnliche Bruchgefahr nicht gedeckt.

Die Versicherung gilt zu den diesem Versicherungsschein beigefügten Allgemeinen sowie zu den umseitig abgedruckten "Besonderen Bedingungen". Die "Besonderen Bedingungen" gehen, soweit sie von den Allgemeinen Bedingungen abweichen, diesen vor. Diese Police gilt für nicht mehr als zwanzig Vorführungen jährlich. Wird öfter gespielt, dann sind die Versicherer zu benachrichtigen.

Einvers Frankfurt/Main, den 29.9. Kl.

tan 1953 Die Versicherungsnehmerin:

sossner Mi

FRANKFURTER

ALLIANZ VERSICHERUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT VERSICHERUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT

Mainz-Kasi

Empfangsbescheinigung

Den obenstehenden Einlösungsbetrag erhalten:

, den

19

Unterschrift des Vertreters

13 679

Die Versicherung ist für die Zeit vom 29.9.1953 12 Uhr mittags

bis zum

29.9.1954 12 Uhr mittags abgeschlossen.

Das Versicherungsverhältnis verlängert sich mit dem Ablauf der Vertragszeit stillschweigend um die gleiche Dauer, wenn es nicht unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist vor jedesmaligem Ablauf von einem der beiden Telle mittels eingeschriebenen Briefes gekündigt wird.

Die Höchsthaftungssumme der Versicherer für ein Schadenereignis beträgt DM 1.000,-

Bei Aushändigung dieses Versicherungsscheines sind zu entrichten:

Prämie . . DM 40,-

Ausfertigungsgebühr DM

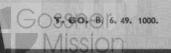
Versich.-Steue

2,10 DM

Einlösungsbetrag 43,10

DM

Außer der vorstehenden Ausfertigungsgebühr werden weitere Nebengebühren und Kosten nicht erhoben. Insbesondere sind die Versicherungsvertreter und Versicherungsmakler nicht berechtigt, ihrerseits von dem Versicherungs-nehmer noch irgendweiche besondere Gebühren oder Kosten für die Aufnahme des Antrags oder aus anderen Gründen zu erheben.



Besondere Bedingungen

§ 1. Umfang der Versicherung

Der Versicherer versichert die vom Versicherten geliehenen Filmpositive

- a) auf dem Wege vom und zum Verleiher von Haus zu Haus, gleichviel mit welcher Art von Beförderungsmitteln der Transport vor sich geht, ob mit der Bahn, der Post, mit Fuhren, Kraftwagen oder durch Boten, gegen die allgemeinen Transportgefahren auf Grund der beigefügten einschlägigen Transport-Versicherungsbedingungen. Für Botentransporte finden die allgemeinen Versicherungsbedingungen für Transporte durch Fuhre sinngemäße Anwendung. Diebstahl und Abhandenkommen ist bei diesen Transporten mitgedeckt;
- b) während des Aufenthaltes im Theater gegen Schäden, entstanden durch Feuer und Einbruchdiebstahl, unter Zugrundelegung der beigefügten einschlägigen Bedingungen. Es wird darauf hingewiesen, daß hierbei auch der während der Vorführung auf der Trommel befindliche Teil des Films mitversichert gilt.

Ferner deckt die Versicherung den an den versicherten Normalfilm-Positiven entstehenden Sachschaden durch Verkratzung, Verschrammung oder Perforationsrisse. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß

- der Filmtheaterbesitzer den Film nach Eintreffen vom Verleiher oder Vorspieler geprüft und nur dann vorgeführt hat, wenn er als einwandfrei angesehen wurde;
- 2. die Beanstandung des Verleihers innerhalb einer Frist von drei Tagen nach Bekanntwerden dem Versicherer durch Übermittlung des Originalschreibens mitgeteilt wird.

Der Filmtheaterbesitzer ist verpflichtet, einen bei der Prüfung des Filmes festgestellten ungünstigen Befund dem Verleiher entsprechend den Bezugsbedingungen unverzüglich telegraphisch oder fernmündlich mitzuteilen. Ein beschädigter Film darf nur dann vorgeführt werden, wenn sich der Verleiher mit der Vorführung unter Verzicht auf jegliche Schadenersatzansprüche ausdrücklich einverstanden erklärt hat.

Ausgeschlossen sind alle Schäden, die durch normalen Verschleiß, insbesondere durch sogenanntes Verregnen, entstanden sind.

Die vorstehend erläuterte Haftung des Versicherers versteht sich für ein jeweiliges Programm bis zu höchstens 4000 Meter Gesamtlänge.

MIN WERE INDENING MOST PROPERTY OF MIN A DECEMBER OF MALE ROTH OF THE

§ 2. Ersatzpflicht

Im Schadenfalle ersetzt der Versicherer nur die Kosten der Neuanfertigung oder Wiederinstandsetzung der beschädigten Kopie resp. des beschädigten Teiles auf Grund der von der Kopieranstalt ausgestellten Rechnung. Die Wiederherstellung darf nur in Kopieranstalten vorgenommen werden, deren Kostensätze sich im allgemein üblichen Rahmen halten. Wird die Kopie nicht wiederhergestellt, ist der Materialwert zu vergüten mit einem angemessenen Abzuge für Alter und Gebrauch.

Die Entschädigung wird in derselben Währung geleistet, in der die Prämie gezahlt wurde. Anderweitig bestehende Versicherungen für die durch diesen Versicherungsschein versicherten Gegenstände gehen dieser Versicherung stets voran, so daß diese Versicherung erst in zweiter Linie gilt.

§ 3. Kündigung im Schadenfalle

Im Schadenfalle hat der Versicherer das Recht, den Versicherungsschein durch eingeschriebenen Brief zu kündigen. Das Vertragsverhältnis erlischt dann vier Wochen nach erfolgter Kündigung mittags 12 Uhr. Für die noch nicht abgelaufene Versicherungszeit wird die verhältnismäßige Prämie zurückvergütet, soweit sie nicht durch Entschädigungsleistungen verbraucht ist.

§ 4. Streitigkeiten

Für Rechtsstreitigkeiten ist das Gericht des Ortes zuständig, an dem der Versicherer seine Hauptniederlassung (Gesellschaftssitz) hat. Für die sich aus vorstehendem Vertrag ergebenden allgemeinen Rechtsfragen sind die dem Versicherungsschein beigefügten allgemeinen Feuerversicherungs-Bedingungen maßgebend, soweit sie nicht durch die vorstehenden besonderen Bedingungen abgeändert wurden.

8 5. Anlagen

Als ergänzender Bestandteil sind diesem Versicherungsschein beigeheftet:
Allgemeine Deutsche Binnen-Transportversicherungs-Bedingungen (ADB.), Form. T. 290, V.1951.
Kennen-Ergengen Komm Kr. 200, V.1951.





FRANKFURTER

VERSICHERUNGS · AKTIENGESELLSCHAFT

ALLIANZ

VERSICHERUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT ZWEIGNIEDERLASSUNG FRANKFURT A.M.



Allgemeine Deutsche Binnen-Transportversicherungs-Bedingungen (ADB).

Umfang der Haftung

Umfang der Haftung

(1) Der Versicherer trägt, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, alle Gefahren der Beförderung zu Lande, auf Binnengewässern oder mit Luftfahrzeugen, denen die Güter während der Dauer der Versicherung ausgesetzt sind.

(2) Der Versicherer ersetzt:

a) Verlust oder Beschädigung der versicherten Güter als Folge einer versicherten Gefahr,

b) den Beitrag, den der Versicherungsnehmer oder Versicherte zur großen Haverei nach gesetzmäßig aufgemachter und von der zuständigen Dispacheprüfungsstelle anerkannter Dispache zu leisten hat, sofern durch die Haverei-Maßregel

Dispache zu leisten hat, sofern durch die Haverei-Maßregel ein dem Versicherer zur Last fallender Schaden abgewendet werden sollte,

Aufwendungen zur Abwendung oder Minderung des Schadens bei Eintritt des Versicherungsfalles, vgl. § 63 Gesetz über den Versicherungsvertrag (VVG), und Kosten der

Schadensfeststellung durch Dritte.

§ 2 Versicherungswert

(1) Als Versicherungswert der Güter gilt der gemeine Handelswert und in dessen Ermangelung der gemeine Wert, den die Güter am Orte der Absendung bei Beginn der Versicherung haben unter Hinzurechnung der Versicherungskosten sowie derjenigen Kosten, die bis zur Annahme der Güter durch den Frachtführer entstehen. Darüber hinaus können die Kosten der Reise, insbesondere die Fracht, und die Kosten am Bestimmungsort einschließlich Zölle mitversichert

(2) Imaginärer Gewinn kann, wenn das Interesse des Käufers versichert ist, ohne besondere Vereinbarung bis zur Höhe von 10% des

Versicherungswertes der Güter mitversichert werden.

Versicherungsdauer

(1) Die Versicherung beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem die Güter am Absendungsort zum Zwecke der unverzüglichen Beförderung auf der versicherten Reise von der Stelle, an der sie bisher aufbewahrt wurden, entfernt werden. Die Versicherung endet mit dem Zeitpunkt, in dem die Güter am Ablieferungsort an die Stelle gebracht werden, die der Empfänger zu ihrer Aufbewahrung bestimmt hat (Abliefe-rungsstelle), spätestens mit dem Ablauf des Werktages, der auf den ag der Ausladung aus dem letzten anbringenden Transportmittel

(2) Die Versicherung ruht mangels besonderer Vereinbarung und unbeschadet § 6 im Falle eines von dem Versicherungsnehmer, dem Versicherten oder ihren Vertretern veranlaßten Aufenthalts der Güter. Bei anderem Aufenthalt der Güter ruht die Versicherung, wenn im Einzelfall der Aufenthalt länger als 30 Tage dauert.

(3) Im übrigen gelten die Vorschriften des VVG über Gefahrenerhöhung; jedoch findet § 142 VVG keine Anwendung.

Grenze der Haftung

Grenze der Haftung

(1) Der Versicherer haftet für den während der versicherten Reise entstandenen Schaden nur bis zur Höhe der Versicherungssumme (vgl. § 50 VVG). Bezüglich der Erstattung von Aufwendungen und Kosten vgl. §§ 63, 144 VVG.

(2) Ist im Falle großer Haverei der beitragspflichtige Wert höher als die Versicherungssumme, so haftet der Versicherer für den Beitrag zur großen Haverei nur im Verhältnis des Beitragswertes zur Versicherungssumme.

Beschränkung der Haftung

(1) Ausgeschlossene Gefahren:

Ausgeschlossen sind

Ausgeschlossen sind
a) die Gefahren des Krieges, Bürgerkrieges oder kriegsähnlicher Ereignisse und die Gefahren, die sich unabhängig vom Kriegszustand aus der Verwendung oder dem Vorhandensein von Minen, Torpedos, Bomben oder anderen Kriegswerkzeugen ergeben,
b) die Gefahren des Aufruhrs, der Plünderung, politischer Gewalthandlungen oder sonstiger bürgerlicher Unruhen, Streik, Aussperrung, Sabotage, Beschlagnahme oder sonstiger Entziehung durch Verfügung von hoher Hand,

c) die Gefahren des Diebstahls, der Unterschlagung oder des

c) die Gefahren des Diebstahls, der Unterschlagung oder des Abhandenkommens bei Transporten auf Binnengewässern und bei Eisenbahntransporten von und nach Ländern, welche nicht dem internationalen Übereinkommen für den Güterverkehr beigetreten sind.
d) Soweit die versicherten Güter gegen einzelne Gefahren (z. B. Feuer) anderweitig versichert wurden, sind diese Gefahren ausgeschlossen. Der Versicherungsnehmer oder Versicherte ist verpflichtet, dem Versicherer auf Verlangen alle ihm über die anderweitige Versicherung zur Verfügung stehenden Nachweise zu liefern. stehenden Nachweise zu liefern.

(2) Ausgeschlossene Schäden:

Ausgeschlossen sind

Ausgeschlossen sind
a) Schäden, verursacht durch die natürliche Beschaffenheit der Güter, namentlich durch inneren Verderb, Schwinden, Rost, Oxydation, Schimmel, Leckage, Bruch, Verbiegen, Verbeulen, Emaille-Absplitterung, Selbstentzündung, durch Anziehen von Geruch oder Feuchtigkeit, Schiffs-

schweiß oder beigeladenes Gut,

durch Ratten, Mäuse oder Ungeziefer, durch Witterungseinflüsse (Frost, Hitze, Regen, Schnee,

Hagel), durch Fehlen oder Mängel handelsüblicher Verpackung, durch Reißen oder Platzen der Säcke, durch Verstreuen, Untermaß oder Untergewicht,

es sei denn, daß die unter a) aufgeführten Schäden als Folge höherer Gewalt, eines Brandes, einer Explosion oder eines dem Transportmittel zugestoßenen Unfalles vom Versiche-

rungsnehmer nachgewiesen werden;
b) Schäden, verursacht durch die Verladung der Güter in offenen, nicht ordnungsmäßig bedeckten Eisenbahnwagen

oder sonstigen Landfahrzeugen;
c) Schäden, verursacht durch Verstöße gegen Zoll- oder sonstige behördliche Vorschriften, ferner gegen Versandvorschriften oder Vorschriften des Beförderungsunternehmens, sowie durch gerichtliche Verfügung oder ihre Vollstreckung.

(3) Konnte nach den Umständen des Falles ein Schaden aus einer oder mehreren der in Abs. (1) und (2) bezeichneten Ursachen entstehen, so wird bis zum Nachweis des Gegenteils durch den Versicherungsnehmer oder Versicherten vermutet, daß der Schaden daraus entstanden ist.

Besondere Fälle

Beschädigte Güter, lose verladene Güter, Vorreise-Güter und zu Wasser verladene Güter

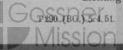
(1) Der Versicherer haftet nicht für Beschädigung oder Teilverlust von Gütern, die bei Antritt der versicherten Reise beschädigt sind; im Falle des Totalverlustes solcher Güter ersetzt er nur den wirklichen Wert der Güter bei Antritt der Reise.

(2) a) Lose verladene Güter (Schüttgüter),
b) Güter, deren Vorreise nicht durch diese Versicherung gedeckt ist,

c) in offenen Schiffen, auf Deck oder oberlästig verladene Güter sind nur gegen einen Schaden versichert, der durch einen dem Transportmittel zugestoßenen Unfall, durch Brand, Ex-plosion oder höhere Gewalt entstanden ist.

plosion oder höhere Gewalt entstanden ist.

(3) a) Der Versicherer haftet für die Kosten der Schiffahrt, wie Einschleppkosten, Hafengelder, Bewachungskosten, Leichter- und Ausladekosten wegen Niedrigwasser oder für Auseisungskosten nur mit dem auf die versicherten Güter entfallenden Beitrag für diese Kosten nach gesetzmäßig aufgemachter und von der zuständigen Dispacheprüfungsstelle anerkannter Havarie-grosse-Dispache. Jedoch haftet der Versicherer für Einschleppkosten in den Winterhafen, dort entstehende Hafengelder, Bewachungskosten u. dgl. nur dann, wenn hierfür eine Zuschlagsprämie (Winterzuschlag) vereinbart worden ist. Frachtzuschläge oder Nebengebühren, die vom Frachtführer unter der Bezeichnung Überliegegelder, Winterstandsgelder und dergleichen ergebühren, die vom Frachtuhrer unter der Bezeichnung Überliegegelder, Winterstandsgelder und dergleichen erhoben werden, gehen nicht zu Lasten des Versicherers. Bei Reisen auf den Haffen, den pommerschen Küstengegewässern, der Weichsel, allen nördlich und östlich dieses Stromes gelegenen Gewässern und auf der Brahe sind besondere Vereinbarungen zu treffen.



- b) ist die Schiffahrt durch Eis, Hochwasser oder niedrigen Wasserstand geschlossen und wird zu diesem Zeitpunkt das Gut eingeladen, so ruht die Versicherung ab erfolgter Einladung und beginnt erst wieder mit der Wiedereröffnung der Schiffahrt.
- c) Wenn die Güter bei behinderter oder geschlossener Schifffahrt, sei es durch Eis, Hochwasser oder niedrigen Wasserstand, im Fahrzeug lagern müssen, so ist eine angemessene Zuschlagsprämie (Standprämie) zu zahlen. Der Versicherungsnehmer, der Versicherte oder ihre Vertreter sind verpflichtet, sobald sie von der Behinderung in der Beförderung Kenntnis erhalten, dieses dem Versicherer anzuzeigen.

Eignung des Fahrzeuges

(1) Die Versicherung gilt nur bei Benutzung eines Fahrzeuges-welches die für die Aufnahme und Beförderung der betreffenden Güter erforderliche Eignung besitzt, worüber der Nachweis auf Verlangen des Versicherers vom Versicherungsnehmer zu führen ist.

(2) Dieser Nachweis gilt für Schiffe auf Binnengewässern ohne weiteres als erbracht, wenn das Fahrzeug vom Germanischen Lloyd, von der Internationalen Vereinigung "Das Rheinschiffs-Register" oder einem anderen anerkannten Klassifikationsregister als geeignet bezeichnet worden ist.

\$8 Prämie

(1) Die Prämie, Ausfertigungsgebühr und Versicherungssteuer sind mangels anderer Vereinbarung gegen Aushändigung des Versicherungsscheines an die Inkassostelle zu zahlen. Ist die Prämie zur Zeit des Eintritts des Versicherungsfalles nicht gezahlt, so ist der Versicherer mangels anderer Vereinbarung von der Verpflichtung

(2) Dem Versicherer gebührt im Falle der Gefahrerhöhung eine Zuschlagsprämie, insbesondere wenn die versicherte Reise erheblich verzögert wird, oder wenn gefahrerhöhend die Beförderung der Güter auf einem anderen als dem vereinbarten Reiseweg oder mit einem anderen als dem vereinbarten Transportmittel erfolgt.

Obliegenheiten

(1) Die von dem Versicherungsnehmer oder Versicherten vor, bei oder nach dem Abschluß des Versicherungsvertrages zu erfül-lenden Obliegenheiten und die Folgen ihrer Verletzung regeln sich, falls nichts anderes bestimmt ist, nach den Vorschriften des VVG. In Betracht kommen insbesondere die Vorschriften der §§16 -32 VVG (Anzeigepflicht, Gefahrerhöhung usw.).

(2) Der Versicherungsnehmer oder Versicherte hat im Schadens-

falle folgende Vorschriften zu beachten:
Anzeige des Versicherungsfalles (§ 33 VVG).
Auskunftspflicht (§ 34 VVG).
Rettungspflicht (§ 62 VVG).
Wahrung von Ersatzansprüchen (§ 67 VVG).

- (3) Der Versicherungsnehmer oder Versicherte hat die Zustim-(3) Der Versicherungshehmer oder Versicherte hat die Zusummung des Versicherers zur Aufmachung der Dispache durch den Schiffseigner einzuholen (§ 87 Binnenschiffahrtsgesetz). Die Dispache darf von dem Versicherungsnehmer oder Versicherten nicht ohne Zustimmung des Versicherers anerkannt werden, ebensowenig dürfen Einschüsse oder endgültige Beiträge ohne Zustimmung des Versicherers sichergestellt oder geleistet
- (4) Zum Schadennachweis sind folgende Belege zu beschaffen:
 - die Faktura (Original), Beförderungspapiere (Original-Frachtbrief, Ladeschein und dergleichen),
 - schriftliche Abtretungserklärung des aus dem Beförderungsvertrage Berechtigten an den Versicherer,
 - Bescheinigung des Transportunternehmens, in dessen Gewahrsam sich das Gut bei Eintritt des Schadenfalls befunden hat, nämlich:
 - bei Eisenbahntransporten die bahnamtliche Bescheinigung,
 - bei Postsendungen die postamtliche Bescheinigung,
 - bei Transporten mit Kraftfahrzeug oder Fuhrwerk ein Bericht des Fahrzeugführers mit einer Stellungnahme des Unternehmers,
 - bei Transporten auf Binnengewässern ein Unfallbericht des Schiffers und ein Bericht des zuständigen Havarie-Kommissars,
 - bei Transporten mit Luftfahrzeugen ein Bericht des zuständigen Havarie-Kommissars und möglichst des Luft-verkehrs-Unternehmens,
 - bei Lagerungen ein Bericht des Lagerhalters und des zuständigen Havarie-Kommissars,
 - d) eine Berechnung des Gesamtschadens.

(5) Verletzt der Versicherungsnehmer oder Versicherte eine der in Absatz (2) bis (4) vorgeschriebenen Obliegenheiten, so ist der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung frei, es sei denn, daß die Verletzung nicht auf Verschulden beruht.

§ 10 Verschulden des Versicherungsnehmers

(1) Der Versicherer ist von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn der Schaden von dem Versicherungsnehmer, dem Versicherten oder ihrem Vertreter, dem Absender oder Empfänger vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht wird.

(2) Leistungsfreiheit tritt auch dann ein, wenn dem Versicherungsnehmer, dem Versicherten, ihren Vertretern oder Beauftragten bei den Verhandlungen über die Ermittlung der Entschädigung eine

arglistige Handlung zur Last fällt.

§ 11 Entschädigung

(1) Der Entschädigungsanspruch ist vom Versicherer innerhalbeines Monats, nachdem er ihn anerkannt hat oder eine darüber ergangene gerichtliche Entscheidung rechtskräftig geworden ist, zu befriedigen. Vor Ablauf dieser Frist besteht für den Versicherer keine fällige Verpflichtung zur Zahlung. Entschädigungsansprüche sind grundsätzlich in der Währung zu befriedigen, in der die Versicherung genommen und die Prämienzahlung geleistet wurde. Bei Aufwendungen und Havarie-grosse-Beiträgen in fremder Währung erfolgt die Umrechnung in die Policenwährung zum Kurse des Zahlungstages.

(2) Ist aus Anlaß des Schadens eine polizeiliche oder strafrechtliche Untersuchung gegen den Versicherungsnehmer oder Versicherten eingeleitet, so kann der Versicherer die Zahlung bis zum Abschluß

der Untersuchung verweigern.

(3) Der Versicherer ist von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn der Anspruch auf die Leistung nicht innerhalb von 6 Monaten gerichtlich geltend gemacht wird. Die Frist beginnt, nachdem der Versicherer dem Versicherung der erhobenen Anspruch auf in der erhobenen auf der erhobenen Anspruch auf in der erhobenen der erhobenen Anspruch auf in der erhobenen der erhoben der er den erhobenen Anspruch schriftlich abgelehnt hat.

§ 12 Sachverständigenverfahren

(1) Im Streitfall ist die Höhe des Schadens durch Sachverständige festzustellen.

(2) Der Versicherer (bei Mitversicherern der führende Versicherer) und der Versicherungsnehmer (Versicherte) haben unverzüglich je einen Sachverständigen zu ernennen und die Ernennung der gegneeinen Sachverständigen zu ernennen und die Ernennung der gegnerischen Partei mitzuteilen. Die Partei, welche ihren Sachverständigen bekanntgegeben hat, kann die säumige Partei schriftlich unter Mitteilung der Folge der Unterlassung auffordern, ihren Sachverständigen innerhalb zweier Wochen nach Zugang der Aufforderung zu bestimmen. Unterbleibt die Ernennung, so kann die auffordernde Partei den gegnerischen Sachverständigen durch die für den Versichere zuständige Handelskammer ernennen lassen. Können die Sachverständigen sich über die Faststellung nicht einigen oder wähnschen ständigen sich über die Feststellung nicht einigen oder wünschen sie von vornherein die Mitwirkung eines dritten Sachverständigen, so ernennen sie gemeinschaftlich diesen Sachverständigen als Obmann, mit dem zusammen sie nach Stimmenmehrheit zu entscheiden haben. Erfolgt keine Einigung über die Person des Obmannes, so wird derselbe durch die für den Versicherer zuständige Handelskammer bestimmt.

(3) Die Ablehnung eines Sachverständigen richtet sich nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung.

(4) Die Sachverständigen besichtigen den Schaden, stellen ihn fest und erstatten hierüber ein schriftliches Gutachten. Zu der Besichtigung sind, soweit tunlich, die Beteiligten hinzuzuziehen.

(5) Die von den Sachverständigen getroffene Entscheidung ist nicht verbindlich, wenn sie offenbar von der wirklichen Sachlage erheblich abweicht. Die Feststellung erfolgt in diesem Fall durch gerichtliches Urteil.

(6) Die Kosten des Sachverständigenverfahrens werden geteilt.

§ 13 Schlußbestimmungen

(1) Für Streitigkeiten aus dem Versicherungsvertrage sind die Gerichte des Ortes, an dem der Versicherer — bei mehreren Versicherern der in der Police als führend bezeichnete Versicherer — seine Hauptniederlassung (Gesellschaftssitz) hat, zuständig.

(2) Die vorstehenden Bestimmungen werden durch das VVG und die sonstigen deutschen Gesetzesvorschriften ergänzt.



Brandowsichnung.

124 000.

Ausschlüsse von der Gebäudebrandversicherung

In der Versicherungsschätzu	ng vom	
	General-Mudrastrasse 1-3 (Gessner Missien)	
(Ort)	(Straße und Haus-Nr.)	
	nde nicht mit in die Gebäudebrandversicherung aufgenommen:	
(Es sind hier nur Ausschlüsse aufz	zuführen, hinsichtlich derer beim Gebäudeeigentümer Zweifel bestehen könnten)	
Kühlmaschi	ing+einschl.Meter, 1 Miele Waschmaschine, 1 Miele	Sohl
der, fölfenern	ngspumpen, 1Geschirrspülmaschine, 1 Gasherd, 1Gas	2
haskanhand V	Spranger, Toeseniirsputmasenine, Tousners, Cas	HOCK4
1 Aphaitation	chschnellgerät mit drei 60 1 Kesseln, 1Kochkess	el 20
Chainsteam a	1 Kippbratpfenne, 1 Fischspüle, Regale im Bügelz	immer
	Lastenaufzug 100 kg Tragkraft, sämtliche elektr	Kraf
leitungen einse	hl.Motore, Schalttafeln .	
1 Oltant 7000 1	,1 Öltank 10 000 l beide vor dem Haus, explosion	nsfre
gelagert.		
1-6 gestriebre	u und mit gir. 2800 Obt in de Orridoring unt 3. Aug. 1976 Bromotovorisheringsinspelstion Rheint G.A. D.	
einterogen.		
Ma-Bordel.	3. Aug 1956	
700 1000,000	Brand veriler wes innelsting Rheint	aluen.
	AA TO	
_magama ainam madaman mamman manaman m	Mariad	
	awagaan	
	/ Fortsetzung siehe Rückse	ite
Die Ausschlüsse wurden vor	behaltlich der Genehmigung durch die Brandversicherungskamm	er
	für den Gebäudeeigentümer wirksam mit der Anerkennung der Versich	
	üsse gelten auch seitens der Brandversicherungskammer als anerkannt, we	
	ung der Brandversicherungsurkunde Änderungen veranlaßt, die dann no	ch
der Zustimmung des Gebäu	deeigenfümers bedürten.	
	Su. IX	
Mainz	, den 10.Juli q1956 (Unterschrift des Bauschätzers)	
	(Unterschrift des Bauschätzers)	
Von vorgenannten Ausschlü	ssen von der Gebäudebrandversicherung habe ^v ich Kenntnis genomme	en.
Eine Durchschrift dieses Blat	tes wurde mir ausgehändigt.	

(Unterschrift des Geb.-Eigentümers)

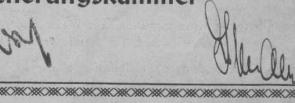
Mainz-Kastel , den 10.Juli 1956

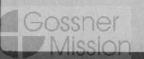
Hessische Brandversicherungsanstalt



VERSICHERUNGS-URKUNDE

Hessische Brandversicherungsanstalt VERSICHERUNGS-URKUNDE über die Hofreite in Wiesbaden - Kastel, Eleonorenstraße Gebäudeeigentümer: Gossner'sche Mission Nr. und Lit. der Gebäude Bezeichnung der Gebäude Versicherungskapital AM 64 Studentenheim, 1 St. 13 800 2 Schuppen				
	VERSICHERUNGS-URKUNDE die Hofreite in Wiesbaden - Kastel, Eleonorenstraße	,		
Gebä	udeeigentümer: Gossner'sche Mission			
Nr. und Lit. der Gebäude	Bezeichnung der Gebäude	Versicher kapi	tal	
64	Studentenheim, 1 St.	13	800	
a	Schuppen		150	
ъ	Missionshaus, 2 St. m. Keller	47	000	
С	Autohalle	1	500	
		62	450	
	In Worten: Zweiundsechzigtausendvierhundertfünf D- Mark.	zig 		
Darms	stadt, den 19. August 1952			
	Hessische Brandversicherungskammer	Al.	^	





Ortsverwanung Little and a Mill Eingeg. 2 O. AUG. 195 J. Mraus dem Gesetz vom 28. September 1890, die Brandversicherungsanstalt für Gebäude betreffend.

Auszug

Die Anstalt bezweckt die gegenseitige Versicherung der nach den Artikeln 3 bis 5 zum Beitritte verpflichteten oder zugelassenen Gebäudeeigentümer gegen die Beschädigungen oder Zerstörungen, welche sie an ihren Gebäuden durch Brand, durch Löscharbeiten, durch Biltzschlag, durch Explosion oder durch herabstürzende oder anprallende Luftfahrzeuge oder Teile von solchen erleiden.

Bei Beschädigungen und Zerstörungen durch herabstürzende oder anprallende Luftfahrzeuge oder Teile von solchen wird Versicherungsschutz nur insoweit gewährt, als der Geschädigte nicht durch Versicherungsschutz nur insoweit gewährt, als der Geschädigte nicht durch Versicherung oder auf Grund eines sonstigen Rechtsanspruches trotz Geltendmachung dieser Ansprüche Schadenersatz erhält.

Die Versicherung erstreckt sich auf diejenigen beweglichen Sachen, die, ohne Bestandteile eines Gebäudes zu sein, diesem in seiner Eigenschaft als Bauwerk bielbend zu dienen bestimmt sind und zu ihm in einem dieser Bestimmung entsprechenden räumlichen Verhältnisse stehen.

Ausgeschlossen von der Versicherung sind Maschinen, sowie alle beweglichen Sachen, die nur zur Befriedigung persönlicher, insbesondere gewerblicher Zwecke zu dienen bestimmt sind. (Art. 2.)

Die Gebäudeeigenttimer sind, soweit dieses Gesetz nicht Ausnahmen zuläßt, zur Teilnahme an der Anstalt verpflichtet.

Die zu versichernden Gebäude, welche Bestimmung dieselben auch haben, dürfen bei Meidung des Verlustes des Anspruchs des Versicherten an die Anstalt weder ganz noch teilweise anderweitig versichert werden. (Art. 3.)

Von der Versicherung bei der Brandversicherungsanstalt sind ausgeschlossen diejenigen Gebäude, welche nur zu vorübergehenden Zwecken und in der Absicht demnächstigen Wiederabruchs errichtet werden, wie beispleisweise: Bauhütten, Ausstellungs- und Festiokale, Schau- und Wirtschaftsbuden und dg.l Bauten. (Art. 4.)

Von dem Versicherungszwang bei der Brandversicherungsanstalt sind ausgenommen:

1. Lust- und Gartenhäuser, die nicht zur Wohnung eingerichtet sind.

2. Gebäude, welch

Der Versicherungsantrag hat, außer der genauen Bezeichnung des zu versiehernden Gebäudes, auch über dessen Bestimmung und Benutzung die zur etwaigen Festsetzung der tarifmäßigen Beitragserhöhung (Artikel 50) erforderliche Auskunft zu geben.

Die Gebäudeeigentümer sind verbunden, bis zum Ende des Kalenderquartals, in welchem der Bau vollendet wurde, den Versicherungsantrag bei der Bürgermeisterei zu stellen.

Bereits versichierte Gebäude, welche im Laufe des Jahres wesentliche Anderungen in den Größenverhältnissen erfahren haben, sind zum Behufe der neuen Feststellung des Versicherungsanschlags innerhalb desselben Zeitraums anzumeiden. Im Bau begriffene Gebäude können auf Grund des Kostenvoranschlags im voraus oder nach teilweisem Aufbau in dem jeweilig fertig gestellten Umfang auf Grund einer Abschätzung versichert werden. Nach ihrer Vollendung hat eine neue Feststellung des Versicherungsanschlags durch Schätzung innerhalb obliger Frist stattzufinden. (Art. 7.)

Auf besonderen Antrag des Gebäudeeigentümers kann die Versicherung der Fundamente und Keller des Gebäudeeigentümers kann die Versicherung von Maschinen und Herstellungen nicht baulicher Art von der Versicherung ausgenommen werden. (Art. 9.)

Die Wirksamkeit der Versicherung in Bezug auf die Vergütung von Brandund diesen gleich zu behandelnden Schäden beginnt mit dem Tage der Anmeldung des Versicherungssantrags, bzw. des Antrags auf Erhöhung oder Minderung der Versicherungssantrags, bzw. des Antrags auf Erhöhung oder Minderung der Versicherungssumme und zwar mit derjenigen Summe, welche endgültig festgestellt wird. (Art. 17.)

Für das Jahr, in welchem die Versicherung in wirksamkeit trit. Die Höhe des Beitrages wird nach Zehnteln des Bufenden Versicherungsanschlags eines bereits in die Anstalt aufgenommenen Gebäudes vorgenommen wird, ist ein Brandversicherungsbeitrag zu leisten, welcher vom ersten Tage des Monats an berechnet wird, in welchem nach Artikel 17 die Versicherung in Wirksamkeit trit. Die Höhe des Beitrages wird nach Zehnteln des Bufenden Vers

Nach der Wiederherstellung des Brandschadens hat der Geschädigte bzw. dessen Vertrauensmann durch die Vorlage der Akkorde, Baurechnungen und Quittungen den Nachweis über die vorschriftsmäßige Verwendung der Entschädigung innerhalb einer von der Brandversicherungskammer vorzubestimmenden Frist von drei Monaten zu erbringen. (Art. 29.)

An dem Zustande der Brandstätte darf, bevor die Schätzung des Schadens statt-gefunden hat, ohne polizeiliche Erlaubnis keine Anderung vorgenommen werden.

gefunden hat, ohne polizeiliche Erlaubnis keine Anderung vorgenommen werden.

Nimmt der Geschädigte eigenmächtig Anderungen vor, so geht ihm dadurch das Recht verloren, eine weitere Schätzung durch eine Berufungskommission zu verlangen, und er hat sich der von der Brandversicherungskammission zu verlangen, und er hat sich der von der Brandversicherungskammer für angemessen erachteten Schadensberechnung zu unterwerfen. (Art. 44.)

Der Gesamtbedarf der Anstalt zur Deckung aller derseiben obliegenden Leistungen wird nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit von den Mitgliedern der Anstalt bestritten und alljährlich je für das vorausgegangene Jahr in Gemäßheit der nachfolgenden Bestimmungen auf das Umlagekapital der versicherten Gebäude ausgeschlagen. (Art. 49.)

Zahlungspflichtig für den Brandversicherungsbeitrag ist der Brandversicherungsanstalt gegenüber, wer am 31. Dezember des Jahres, für welches der Beitrag erheben wird (Beitragsjahres), Eigentümer des Gebäudes gewesen ist; außerdem haften die früheren Eigentümer als Gesamtschuldner, wenn sie in dem Beitragsjahre Eigentümer waren. Bei Anderungen im Eigentum, die nach dem 31. Dezember des Beitragsjahres eintreten, haftet auch der neue Eigentümer für die laufenden sowie für die aus früheren Jahren rückständigen Beiträge als Gesamtschuldner. Insoweit hiernach jemand Beiträge für einen Zeitraum bezahlen muß, in dem er nicht Eigentümer des Gebäudes war, hat er mangels gegenteiliger Vereinbarung den Rückgriff auf den für den Zeitraum in Betracht kommenden Eigentümer. Mehrere Miteigentümer haften für die Beiträge als Gesamtschuldner. (Art. 55 Abs. 4.)

Wenn der Zahlungspflichtige länger als 6 Monate mit der Beitragszahlung ganz

(Art. 55 Abs. 4.)

Wenn der Zahlungspflichtige länger als 6 Monate mit der Beitragszahlung ganz oder teilweise im Rückstand ist und die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen gegen ihn nicht zur Befriedigung der Brandversicherungsanstalt grührt hat, kann ihm von der Brandversicherungskammer eine Zahlungsfrist setzt werden; erfolgt innerhalb dieser Frist keine Zahlung, so kann die Vergütunges Schadens abgeleint werden. Bei der Fristsetzung ist der Zahlungspflichtige auf diesen Rechtsnachteil hinzuweisen und den eingetragenen oder durch Eintragung gesicherten Gläubigern von dem Sachverhalt Kenntnis zu geben. (Art. 31 a.)

Das Umlagekapital eines Gebäudes wird in der Regel durch die Versicherungssumme (den Versicherungsanschlag) desselben gebildet.

lst jedoch ein Gebäude durch seine Bestimmung und Benutzung einer erhöhten Feuers- oder Explosionsgefahr ausgesetzt, so tritt zu der Versicherungssumme ein Zuschlagkapital hinzu. Beide zusammen bilden alsdann das Umlagekapital des Gebäudes.

Die Höhe des Zuschlagkapitals wird nach Maßgabe des in Nr. 16 des Regierungsblatts von 1891 veröffentlichten Tarifs der durch ihre Bestimmung und Benutzung einer erhöhten Feuers- oder Explosionsgefahr unterliegenden Gebäude bemessen. (Art. 50.)

Die Festsetzung des tarifmäßigen Zuschlags wegen der feuergefährlichen Bestimmung und Benutzung eines Gebäudes steht der Brandversicherungskammer zu.
Gegen den Beschluß der Brandversicherungskammer kann der Versicherte, falls er sich beschwert erachtet, bei der Landesregierung Einspruch erheben. Die Entscheidung der Landesregierung ist endgültig. (Art. 52.)

scheidung der Landesregierung ist enaguitig. (Art. 52.)

Erhält ein Gebäude nach der Aufnahme in die Anstalt eine feuergefährliche Bestimmung und Benutzung überhaupt oder höheren Grades, so hat der Versicherte hiervon der Bürgermeisterei binnen 14 Tagen vom Beginne der Benutzung an Anzeige zu erstatten. Die Bürgermeisterei teilt die Anzeige der zuständigen Brandversicherungs-inspektion alsbald mit, welche die Entscheidung der Brandversicherungskammer veranlaßt. (Art. 53.)

Wer für neuerichtete oder in ihren Größenverhältnissen wesentlich veränderte Gebäude innerhalb der im Artikel 7 vorgeschriebenen Zeit den Versicherungsantrag nicht einreicht, verfällt, sofern die Brandversicherungskammer darauf anträgt, in eine Geldstrafe.

Dieselbe Strafe trifft unter gleicher Voraussetzung den Gebäudeeigentilmer und bzw. dessen Vertrauensmann, wenn der Nachweis der vorschriftsmäßigen Verwendung der Entschädigung innerhalb der in Artikel 29 bemerkten Frist nierbracht wird. (Art. 69.)

Wer die in den Artikeln 7 und 53 vorgeschriebene Anzeige der feuergefährlichen Bestimmung und Benutzung des Gebäudes wissentlich unterläßt oder wissentlich eine unrichtige Angabe macht, durch welche geringere, als die schuldigen Brandversicherungsbeiträge zur Erhebung gelangen, hat den zweifachen Betrag der hinterzogenen Beiträge als Strafe zu entrichten. (Art. 70.)

II. aus den Abänderungsgesetzen vom 11. September 1924 und 16. November 1926.

Die Abschätzung und Feststellung des Versicherungsanschlags (Versicherungssumme, Art. 9 des Gesetzes) neu errichteter Gebäude sowie die Neuabschätzung und Neufeststellung des Versicherungsanschlags bereits in die Anstalt aufgenommener Gebäude (Art. 17 und 19 des Gesetzes) hat in Goldmark (jetzt D-Mark) auf der Grundlage der durchschnittlichen ortsüblichen Baupreise vom 1. August 1914 zu erfolgen, wobei im übrigen die Vorschriften des Art. 9 des Gesetzes aufrecht erhalten bleiben. (Art. III.)

Zum Ausgleich einer wesentlichen Überteuerung der Baukosten gegenüber den Baukosten vom 1. August 1914 wird zu den nach Absatz 1 errechneten Entschä-

digungen bis auf weiteres bei der Wiederherstellung ein Zuschlag gewährt, dessen Höhe unter Berücksichtigung der jeweiligen Baupreise festgesetzt wird. Entschädigung und Zuschlag zusammen dürfen nicht höher sein als die tatsächlichen Kosten der Wiederherstellung des Gebäudes in den Stand unmittelbar vor dem Brande. Ist die Versicherungssumme niedriger als der Bauwert unter Zugrundelegung der ortsüblichen Baupreise vom 1. August 1914, so werden Entschädigung und Zuschlag nur im entsprechend geringeren Verhältnis gewährt. Auf den Zuschlag finden die für die Entschädigungen geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung. (Art. IV, Absatz 2 und 3.)

Es liegt im Interesse der Versicherungsnehmer, ihre Versicherungssummen nachzuprüfen. Alle Neubauten und werterhöhenden Um- und Anbauten (auch Behelfsbauten) müssen bei der zuständigen Bürgermeisterei zur Versicherung angemeldet werden.

Beim Übergang eines Gebäudes auf einen anderen Eigentümer geht die Versicherung weiter, ohne daß es einer Anzeige bedarf. Die Versicherungsurkunde hat für den jeweiligen Eigentümer Gültigkeit.

Brandschäden sind vom Gebäudeeigentümer bei der Bürgermeisterei anzumelden, die der Brandversicherungs-Inspektion wegen Abschätzung des Schadens Anzeige zu erstatten hat.

126, 20000 2 52 KD

Hessische Brandversicherungskammer Girokonto 460 Hessische Landesbank und Nr. 1132 Hessische Landesbank, Filiale Mainz Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 13974 BVK. Nr. 7007 (Bei Antwort angeben)

26. Juni 1950

Darmstadt, den Landgraf-Philipps-Anlage 42 Telefon 528

Betr.: Die Hofreite der Gossner'schen Mission zu Mainz-Kastel, (15.) Eleonorenstrasse Nr. 64.

An die Gossner'sche Mission Wiesbaden-Kastel Eleonorenstrasse Nr. 64

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 7. Juni 1950 lassen wir Ihnen die Brandversicherungsurkunde über das Studentenheim Ihrer Mission zu Wiesbaden-Kastel, Eleonorenstrasse 64, in der Anlage zugehen. Die Gebäude sind gem. Artikel 17 des Gesetzes vom 28. Sept. 1890, die Brandversicherungsanstalt betreifend, vom Tage der Antragstellung bei uns versichert. Die Pflicht zur Beitragszahlung beginnt für die oben bezeichnete Hofreite ab 1.1.1950. Der Brandversiche rungsbeitrag für das Versicherungsjahr 1950 (1.1. - 31.12.1950) wird Anfang nächsten Jahres bei Ihnen mittels Zettel durch das Katasteramt Wiesbaden angefordert und ist an die Stadtkassennebenstelle Wiesbaden-Biebrich zu entrichten.

Die Prämienhöhe kann Ihnen leider heute noch nicht mitgeteilt werden. Sie richtet sich nach der Höhe der im Versicherungsjahr 1950 ausgezahlten Schadensbeträge. Für das Versicherungsjahr 1949, für das Sie noch keinen Beitrag zu bezahlen haben, beträgt der Brandversicherungsbeitrag 0.09 DM pro 100.-DM Umlagekapital.

Anl. 1

Versicherungsabteilung



fiessische Brandversicherungs-Anstalt

Dersicherungs-Urkunde

über die Rofreite in Wiesbaden - Kastel.

Gebäudeeigentümer Gossner'sche Mission.

Nr. und Lit. der Gebäude	Bezeichnung der Gebäude	Derficherungs Kapital DM
	- Eleonorenstrasse -	
64 a	Studentenheim, 1 St. Schuppen	13 800 150
		13 950
	In Worten: <u>Dreizehntausendneunhundertfün</u>	fzig D-Mark-

Darmstadt, den 20. Juni 1950.

fiessische Brandversicherungs-kammer

a)mor: Leieigh

10000 11. 45 Herbert



Auszug

1. aus dem Geset vom 28. September 1890, die Brandversicherungsanstalt für Gebäude betreffend.

Die Anftalt bezweck die gegenseitige Bersicherung der nach den Artiteln 3 bis b jum Beitritte verpflichteten oder jugelassenen Gebäuberigentümer gegen die Beschäbigungen oder Zersiörungen, welche sie an ihren Gebäuden durch Brand, durch Löschausbeiten, durch Blisschlag, durch Explosion oder durch herabstürzende oder anprallende

arbeiten, durch Elipschlag, durch Explosion oder durch herabsturzende oder anprallende Austichtzeuge oder Teile von solchen erleiden.

Bei Beichäbigungen und Zerhörungen durch herabstürzende oder anprallende Austichtzeuge oder Teile von solchen wird Berlicherungslicht nur insoweit gewährt, als der Gefächigte nicht durch Berlicherung oder auf Grund eines sonitigen Rechtsantzurzenden erlichendung biefer Unfweilige Schabenersch erhöft.

Die Berlicherung erirecht sich auf diezenigen beweglichen Sachen, die, ohne Bestandeitel eines Gebäudes zu sein, diesem in seiner Eigenschaft als Bauwert diesend zu dienen beitammt sind und zu ihm in einem bieser Bestimmung ensprechenden räumstehen Werdelfunge keinen. lichen Berhältniffe fteben.

Musgeichloffen von ber Berfiderung find Dafdinen, fowie alle beweglichen Sachen, nur jur Befriedigung perfonlicher, inobefondere gewerblicher Zwede ju bienen Beftimmt finb. (2frt. 2.)

Bebäubeeigentumer finb, fomeit biefes Gefeb nicht Ausnahmen guläft, gur

Die Esdäuberigentilmer find, soweit bieses Seseh nicht Ausnahmen juläft, jur Tellnahme an der Anstalt verpflichtet.

Die zu versichern Sedäube, welche Bestimmung dieselben auch haben, dürsen det Meidung des Berlusies des Anspruchs des Berlüserten an die Anstalt weder ganz noch tellweise anderweitig versichert werden. (Aut. 3.)

Bon der Berlüserung bei der Brandversicherungsanstalt sind ausgeschlossen diesengen Sedäube, welche nur zu vorübergehenden Zweden und in der Absicht demnächtigen Wiederaddruck errichtet werden, wie deitvielsweise: Bauhütten, Aussiestungs- und Perstsolet, Schaue und Wirtschaftsbuden und bgl. Bauten. (Aut. 4.)

Bon dem Bersicherungszwang dei der Brandversicherungsanstalt sind ausgenommen:

3. Luse und Gartenhäufer, die nicht zur Bohnung eingerichtet sind.

2. Sedäube, welche weniger als 100 AW Wert haben. (Art. 5.)

Der Bersicherungsantrag dat, außer der genauen Bezeichnung des zu versichernden Gedäubes, auch über bestien Bestimmung und Benutung die zur etwaigen Zeitzehnen. Die Gedäuberigentstungerhöhung (Artistel 50) erforderliche Auskungt zu geden.

Die Gedäuberigentstunge find verbunden, die zum Ende des Aalenderaguartals, in welchen der Bau vollschet wurde, den Bersicherungsantrag dei der Bürgermeisterei zu stellen.

Bereits verficherte Gebaube, welche im Laufe bes Jahres mefentliche Anberungen in ben Größenverhaltniffen erfahren haben, find gum Behule ber neuen Festellung bes Berficherungsaufchlags innerhalb besfelben Beitraums anzumelben.

Im Sau begriffene Gebäube können auf Grund bes Kostenvoranschlags im voraus ober nach teilweisem Ausbau in dem teweilig fertig gestellten Umsang auf Grund einer Adsgänung versichert werden Nach ihrer Vollendung hat eine neue Festistellung des Bersicherungsanschlags durch Shähung innerhalb obiger Friß siattausinden. (Art. 7.)

Auf besonberen Antrag bes Gebaubesgentilmers tann bie Berficherung ber Junba-mente und Reller bes Gebaubes, sowie von einzeln fiebenben massiven Schornfteinen umterbleiben. Ebenso fann die Fundamentierung und Emmauerung von Matchinen und Herstellungen nicht daulicher Art von der Bersicherung ausgenommen werben. (Art 9.)

Die Birffamtett der Berficherung in Bejug auf die Bergiltung von Brand- und diesen gleich zu behandelnden Schäben beginnt mit dem Tage der Anmelbung bes

diesen gleich zu behandelnden Schäben beginnt mit dem Tage der Anneldung des Verscharungsantrags, bzw. des Antrags auf Erhöhung oder Minderung der Verschungen Verschlaussen der Verschlaussen von der Verschlaussen der Ver

lichen Urfunde zu erfolgen, und sind die Unterschriften der Altordanten von einer mit öffentlichem Glauben versehenen Behörde zu beglaubigen. (Art. 24.)

Die Entschäbigung wird unter ber Bebingung geleiftet, bag fie lebiglich jur Bieberberfiellung und Bieberanicaffung der verficerten Gegenftände Berwendung findet. Inde besondere muß das verficherte Gebaude auf der alten Stelle bauordnungsmäßig wieder aufgeführt werben und in feiner Bestimmung, sowie im wesentlichen auch in feinen Größen-verhältniffen mit bem abgebrannten ober beschäbigten Gebäube übereinstimmen. (Urt. 28.)

Rad ber Bieberherftellung bes Branbicabens bat ber Beichabigte baw. beffen Bertrauensmann durch die Borlage der Alforde, Baurechnungen und Quittungen den Nachweis über die vorschriftsmäßige Berwendung der Entickäbigung innerhalb einer von der Brandversicherungstammer vorzubestimmenden Frist von drei Monaten zu erbringen. (Art. 29.)

An bem guftanbe ber Branbftatte barf, bevor bie Schapung bes Schabens flattgefunben bat, ohne polizeiliche Erlaubnis teine Anberung vorgenommen werben. Rimmt ber Beidabigte eigenmachtig Anberungen wor, fo geht ibm baburch bas

Recht verloren, eine weitere Schägung burch eine Berufungstommiffion ju verlangen, und er hat fich ber von ber Brandverficherungstammer für angemeffen erachteten Schabensberechnung ju unterwerfen. (Art. 44.)

Der Gefamtbebarf ber Unfialt jur Dedung aller berfelben obliegenben Leiftungen wird nach bem Grundfahe ber Gegenfeitigfeit von ben Mitgliebern ber Anfialt be-ftritten und alfahrlich je für bas vorausgegangene Jahr in Gemäßheit ber nachfolgenben Bestimmungen auf bas Umlagetapital ber versicherten Gebäube ausgeschlagen. (Art. 49.)

Bablungspflichtig für ben Brandversicherungsbeitrag in ber Brandversicherungsanftalt gegenilber, wer am 31. Dezember des Jahres, für welches ber Beitrag erhoben
wird (Beitragsjahres), Eigentümer des Gebäudes gewesen ift; außerdem haften die früheren Eigentümer als Gesantschuldner, wenn sie in dem Beitragsjahr Eigentümer waren. Bei Anderungen im Eigentum, die nach bem 31. Dezember bes Beitragsjahres eintreten, haftet auch ber neue Eigentumer für die laufenben jowie für bie aus Beitrage für einen geitraum bezachlen muß, in dem er nicht Eigentümer des Gebändes war, hat er mangels gegenteiliger Vereinbarung den Rüftlichen Beitrage in Beitrage in Beitrage in bem Budarifi auf den für den Zeitraum in Betracht tommenden Eigentümer. Mohrere Mitelgentümer halten für de Beitrage als Gefamtfdulbner. (Art. 55 Abf. 4)

Wenn ber Zahlungspflichtige langer als 6 Monate mit ber Beitragsjablung gang der teilweise in Müchand ist und die Zwangsvollnrectung in das bewegliche Bermögen gegen ihn nicht zur Befriediaung der Brandversicherungsanftalt gesuhrt dat, tann ihm von der Brandversicherungskammer eine Zahlungsfrist geseht werden; ersolgt innerhalb biefer grift feine Bablung, fo fann bie Bergutung bes Schabens abgelebnt werben. Bei ber Friffenung in ber Bablungspflichtige auf biefen Rechtenachteil bingumeifen ver der Feinfegung ist det Aahlungsplitchige aus dieten Rechtsnächelt strückeren und ben eingetragenen ober durch Eintragung gesicherten Gläubigern von dem Sach-verbalt Kenntnis zu geden. (Art. 31 a.) Das Umlagekapital eines Gebäudes wird in der Regel durch die Versicherungssumme (den Bersicherungsanschlag) desselben gebildet.

Ift jeboch ein Gebaube burch feine Bestimmung und Benugung einer erhöhten Feuers. ober Explosionsgrfahr ausgesetht, so tritt zu ber Berficerungssumme ein Zuschlag-kapital hinzu. Beibe zusammen bilben alsbann bas Umlagekapital bes Gebandes.

Die Sobe bes Bufdlagtapitals wird nach Maggabe bes in Rr. 16 bes Regierungsblatte von 1891 veröffentlichten Tarife ber burch ihre Bestimmung und Benusung einer erhöhten Beuers- ober Explosionsgesahr unterliegenden Bebäube bemeffen. (Art. 50.) Die Refifrhung bes tarifmäßigen Bufdlags wegen ber leuergefährlichen Bestimmung und Benugung eines Gebaubes fieht ber Brandverficherungstammer gu.

Gegen ben Befolus ber Branbverfiderungstammer tann ber Berfiderte, falls er fich befomert eractet, bei ber Lanbesregierung Einfprud erheben. Die Entideibung ber

Lambebregierung ift enbautitig. (Art. 52.) Grbalt ein Gebaube nach ber Aufnahme in bie Anftalt eine feuergefährliche Beergalt ein Graube nach der Aufnahme in die Unftatt eine fentegengeringe Be-filmmung und Benuhung überdaupt ober höheren Grabes, so hat der Berficherte diervon der Bürgermeisterei binnen 14 Tagen vom Beginne der Benuhung an Anzeige zu er-statten. Die Burgermeisterei teilt die Anzeige der zuständigen Brandversicherungs. Inspektion alsbald mit, welche die Entscheidung der Brandversicherungskammer ver-

anlagt (Art. 53.) Wer für neuerrichtete ober in ihren Größenverhältniffen wofentlich veränderte Gebaube innerhalb ber im Artifel 7 vorgeichriebenen Beit ben Berficherungsantrag : einreicht, verfällt, fofern bie Branbverficherungetammer barauf antragt, in eine Gelb-

Diefelbe Strafe trifft unter gleicher Borausfehung ben Gebäubeeigentumer und bezw. besien Bertrauensmann, wenn ber Rachweis ber vorschriftsmäßigen Berwenbung ber Entichabigung innerhalb ber in Artitel 29 bemertten Frift nicht erbracht wirb.

(Mrt. 69.) Wer die in den Artikeln 7 und 63 vorgeschriebene Anzeige der feuergefährlichen Bestimmung und Benuhung des Gebäudes missentlich unterläßt oder wissentlich eine unrichtige Angabe macht, durch welche geringere, als die schuldigen Brandversicherungsbeiträge zur Erhebung gelangen, hat den zweisachen Betrag der hinterzogenen Beleträge als Strafe zu entrichten. (Art. 70.)

II. aus den Abänderungsgeseten vom 11. September 1924 und 16. November 1926.

Die Abicagung und Fefiftellung bes Berfiderungsanichlags (Berfiderungslumme, Art. 9 bes Gefezes) neu errichteter Gebande sowie die Neuabschäuma und Neuselb-fiellung bes Bersicherungsanschlags bereits in die Ansalt aufgenommener Gebande (Krt. 17 und 19 bes Gesehes) hat in Goldmark auf der Grundlage der durchschnittlichen verkliblichen Baupreise vom 1. August 1914 zu erfolgen, wobet im übrigen die Bor-

fchriften des Art 9 des Gefeges aufrecht erhalten bleiben. (Art. III.) Jum Ausgleich einer weientlichen Überteuerung der Baufosten gegenüber den Baus koften vom 1. August 1914 wird zu den nach Abfah 1 errechneten Entschäbigungen dis auf weiteres bei ber Wieberherfiellung ein Bufchlag gewährt, beffen Sobe unter Berudfictigung ber jeweiligen Baupreife feftgefest wirb. Enticabigung und Buichlag gufammen bürfen nicht hober fein als bie tatfachlichen Roffen ber Bieberherftellung bes Gebaubes in ben Stand unmittelbar vor bem Branbe. Ift bie Berficerungs-fumme niedriger als ber Bauwert unter Zugrundelegung ber ortsublicen Baupreife vom 1. Kugust 1914, so werben Entschädigung und Zuschlag nur im entsprechend geringeren Berbältnis gewährt.

Auf den Zuicklag finden die für die Entschäbigungen geltenden Borschriften ent-sprechende Anwendung. (Art. IV, Absah 2 und 3.)

Brandschäden sind vom Gebäudeeigentümer bei der Bürgermeisterei anzumelden, die der Brandversicherungs-Inspektion wegen Abschätzung des Schaffens Anzeige zu erstatten hat.

Die Dersicherungsurkunde ist dem Gebäudeeigentunge durch die Bürgermeisterei zustellen zu lassen. Beim Übergang eines Gebäudes auf einen anderen Eigentlimer geht die Versicherung weiter, ohne daß es einer Anzeige bedarf.





Brandversicherungs-Urkunde

Die Gebäude in der Hofreite zu Mainz - Kastel,

(15) General-Mudra-Straße Nr. 1-3

Gebäudeeigentümer: Gossner Mission

sind mit Wirkung vom 19. Juni 1956 gemäß umstehender Darstellung mit

einem Versicherungskapital nach Baupreisen von 1914*) von zusammen

193.100,--

DM

in Worten: - Einhundertdreiundneunzigtausendeinhundert D- Mark

gegen die in Artikel 2 Absatz 1 des Hessischen Brandversicherungsgesetzes aufgeführten Schadensereignisse **) versichert.

Darmstadt, den 23. August 1956

Hessische Brandversicherungskammer

*) Im Schadensfalle wird die Überteuerung zur Zeit des Wiederaufbaues gegenüber 1914 durch einen entsprechenden Teuerungszuschlag ausgeglichen. **) Brand, Blitzschlag, Explosion, Schäden durch Löscharbelten und durch Luftfahrzeugabsturz.



Nr. Lit.	Wohnhaus, 2 St. mit Kniest. Studentenheim, 1 St. Missionshaus, 2 St. Autohalle	bzw. Zeit der Anderung 3 19.6.56 "" ""	130 800 13 800 47 000 1 500
1-3 a b	Wohnhaus, 2 St. mit Kniest. Studentenheim, 1 St. Missionshaus, 2 St.	19.6.56	130 800 13 800 47 000
a b	Studentenheim, 1 St. Missionshaus, 2 St.	11	13 800 47 000
a b	Studentenheim, 1 St. Missionshaus, 2 St.	11	13 800 47 000
b	Studentenheim, 1 St. Missionshaus, 2 St.	n n	47 000
С	Autohalle	n	1 500
		A MALE TO	
	today A		
	Neue Summen		193 100
	Bisherige Summen		78 000
	Versicherungskap	oital-Gesamtabgang	
ossner Mission		-Gesamtzugang	115 100

Das In der Versicherungsurkunde ausgewiesene Versicherungskapital ist berechnet nach den Baupreisen vom 1. August 1914.

Im Schadensfalle wird die Entschädigung zunächst ebenfalls nach den Baupreisen des Jahres 1914 berechnet (Grundentschädigung). Zu dieser Grundentschädigung tritt der Teuerungszuschlag zum Ausgleich der seit 1914 eingetretenen Bauteuerung. Der Teuerungszuschlag wird für jeden Einzelfall anhand der bei dem Wiederaufbau anfallenden Baurechnungen ermittelt. Der festgesetzte Teuerungszuschlag wird der Grundentschädigung hinzugerechnet.

Hierzu folgendes Beispiel:

Ein schadenbetroffenes Gebäude ist, da alle werterhöhenden An- und Umbauten rechtzeitig zur Versicherung angemeldet worden sind, ausreichend versichert. Das Versicherungskapital soll angenommen 10000.— DM (Wert 1. 8. 1914) betragen. Der ermittelte Schadensprozentsatz soll sich einschließlich der Kosten für Abbruch nicht mehr verwertbarer Bauteile und Wegräumung des Brandschuttes auf 45% belaufen. Dann errechnet sich die Grundentschädigung nach Baupreisen von 1914 auf Der Vergleich der Bauleistungen aus den Baurechnungen für die Wiederherstellung mit denselben Leistungen des Jahres 1914 hat eine Verteuerung von 230% ergeben, d. s. Der Geschädigte erhält also eine **Gesamtentschädigung** von

4.500.- DM

10.350.— DM

14.850.— DM

Baupreisänderungen erfordern keine Berichtigung der Versicherungssummen, weil bei dem bestehenden gleitenden Versicherungssystem sich die Haftsummen jeweils automatisch an die veränderten Baupreise angleichen.

Zur Vermeidung von Unterversicherungen kann den Versicherungsnehmern nicht dringend genug empfohlen werden, alle Neubauten und werterhöhende An- und Umbauten sofort nach Fertigstellung bei der zuständigen Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung zur Versicherung anzumelden.

Die Versicherungsurkunde gilt für den jeweiligen grundbuchmäßigen Eigentümer und ist deshalb bei Eigentumswechsel an den Erwerber weiterzugeben. Einer Anzeige an die Brandversicherungskammer über den Eigentumswechsel bedarf es nicht, weil die Brandversicherungskammer von Amts wegen Kenntnis hiervon erlangt.

Schadensfälle sind vom Gebäudeeigentümer sofort bei der Stadt- und Gemeindeverwaltung zu melden. Letztere hat eine Schadensmeldung auf vorgeschriebenem Formular aufzunehmen und der zuständigen Brandversicherungsinspektion zwecks Abschätzung des Schadens binnen 24 Stunden zuzuleiten.

Hessische Brandversicherungskammer Darmstadt

Auszug

I. aus dem Gesetz vom 28. September 1890, die Brandversicherungsanstalt für Gebäude betreffend, mit den dazu ergangenen Abänderungsgesetzen.

Die Anstalt bezweckt die gegenseitige Versicherung der nach den Artikeln 3 bis 5 zum Beitritte verpflichteten oder zugelassenen Gebäudeeigentümer gegen die Beschädigungen oder Zerstörungen, welche sie an ihren Gebäuden durch Brand, durch Löscharbeiten, durch Bitzschlag, durch Explosion oder durch herabstürzende oder anprallende Luftfahrzeuge oder Teile von solchen erleiden.

Bei Beschädigungen und Zerstörungen durch herabstürzende oder anprallende Luftfahrzeuge oder Teile von solchen wird Versicherungsschutz nur insoweit gewährt, als der Geschädigte nicht durch Versicherung oder auf Grund eines sonstigen Rechtsanspruches trotz Geltendmachung dieser Ansprüche Schadenersatz erhält,

Die Versicherung erstreckt sich auf diejenigen beweglichen Sachen, die, ohne Bestandteile eines Gebäudes zu sein, diesem in seiner Eigenschaft als Bauwerk bleibend zu dienen bestimmt sind und zu ihm in einem dieser Bestimmung entsprechenden räumlichen Verhältnisse stehen.

Ausgeschlossen von der Versicherung sind Maschinen, sowie alle beweglichen Sachen, die nur zur Befriedigung persönlicher insbesondere gewerblicher Zwecke zu dienen bestimmt sind, (Art. 2.)

Die Gebäudeeigentümer sind, soweit dieses Gesetz nicht Ausnahmen zuläßt, zur Teilnahme an der Anstalt verpflichtet.

Die zu versichernden Gebäude, welche Bestimmung dieselben auch haben, dürfen bei Meidung des Verlustes des Anspruchs des Versicherten an die Anstalt weder ganz noch teilweise anderweitig versichert werden. (Art. 3.)

Von der Versicherung bei der Brandversicherungsanstalt sind ausgeschlossen diejenigen Gebäude, welche nur zu vorübergehenden Zwecken und in der Absicht demnächstigen Wiederabbruchs errichtet werden, wie beispielsweise: Bauhütten, Ausstellungs- und Festlokale, Schau- und Wirtschaftsbuden und dgl. Bauten. (Art. 4.)

Von dem Versicherungszwang bei der Brandversicherungsanstalt sind ausgenommen:

- 1. Lust- und Gartenhäuser, die nicht zur Wohnung eingerichtet sind.
- 2. Gebäude, welche weniger als 100 DM Wert haben. (Art. 5.)

Der Versicherungsantrag hat, außer der genauen Bezeichnung des zu versichernden Gebäudes, auch über dessen Bestimmung und Beuutzung die zur etwaigen Festsetzung der tarifmäßigen Beitragserhöhung (Artikel 50) erforderliche Auskunft zu geben.

Die Gebäudeeigentümer sind verbunden, bis zum Ende des Kalenderquartals, in welchem der Bau vollendet wurde, den Versicherungsantrag bei der Bürgermeisterei zu stellen.

Bereits versicherte Gebäude, welche im Laufe des Jahres wesentliche Anderungen in den Größenverhältnissen erfahren haben, sind zum Behufe der neuen Feststellung des Versicherungsanschlags innerhalb desselben Zeitraums anzumeiden.

Im Bau begriffene Gebäude können auf Grund des Kostenvoranschlags im vorans oder nach teilweisem Aufbau in dem jeweilig fertiggestellten Umfang auf Grund einer Abschätzung versichert werden. Nach ihrer Vollendung hat eine neue Feststellung des Versicherungsanschlags durch Schätzung innerhalb obiger Frist stattzufinden. (Art. 7.)

Auf besonderen Antrag des Gebäudeeigentümers kann die Versicherung der Fundamente und Keller des Gebäudes, sowie von einzeln stehenden massiven Schorusteinen unterbleiben. Ebenso kann die Fundamentierung und Einmauerung von Maschinen und Herstellungen nicht baulicher Art von der Versicherung ausgenommen werden. (Art. 9.)

Die Wirksamkeit der Versicherung in bezug auf die Vergütung von Brandund diesen gleich zu behandelnden Schäden beginnt mit dem Tage der Anmeldung des Versicherungsantrags, bzw. des Antrags auf Erhöhung oder Minderung der Versicherungssumme, und zwar mit derjenigen Summe, welche endgültig festgestellt wird. (Art. 17.)

Für das Jahr, in welchem die Versicherung eines neu errichteten Gebäudes oder die Erhöhung oder Verminderung des Versicherungsanschlags eines bereits in die Anstalt aufgenommenen Gebäudes vorgenommen wird, ist ein Brandversicherungsbeitrag zu leisten, welcher vom ersten Tage des Monats an berechnet wird, in welchem nach Artikel 17 die Versicherung in Wirksamkeit tritt. Die Höhe des Beitrages wird nach Zehnteln des laufenden Versicherungsjahres berechnet, wobei die ersten drei Monate des Jahres mit 1/10 und jeder der folgenden Monate mit 1/10 in Ansatz kommt. (Art. 18.)

Dem Geschädigten steht die Befugnis zu, Akkorde zur Wiederherstellung der beschädigten oder zerstörten Gebäude auf die Entschädigungssumme abzuschließen und diese ganz oder teilweise an denjenigen, welcher die Wiederherstellung oder die Lieferung von Baumaterialien übernommen hat, abzurteten. Die Abtretung hat in einer schriftlichen Urkunde zu erfolgen, und sind die Unterschriften der Akkordanten von einer mit öffentlichem Glauben versehenen Behörde zu beglaubigen. (Art. 24.)

Die Entschädigung wird unter der Bedingung geleistet, daß sie lediglich zur Wiederherstellung und Wiederanschaffung der versicherten Gegenstände Verwendung findet. Insbesondere muß das versicherte Gebäude auf der alten Stelle bauordnungsmäßig wieder aufgeführt werden und in seiner Bestimmung, sowie im wesentlichen auch in seinen Größenverhaltnissen mit dem abgebrannten oder beschädigten Gebäude übereinstimmen. (Art. 26.)

Nach der Wiederherstellung des Brandschadens hat der Geschädigte bzw. dessen Vertrauensmann durch die Vorlage der Akkorde, Baurechnungen und Quittungen den Nachweis über die vorschriftsmäßige Verwendung der Entschädigung innerhalb einer von der Brandversicherungskammer vorzubestimmenden Frist von drei Monaten zu erbringen, (Art. 29.)

An dem Zustande der Brandstätte darf, bevor die Schätzung des Schadens stattgefunden hat, ohne polizeiliche Erlaubnis keine Änderung vorgenommen werden.

Nimmt der Geschädigte eigenmächtig Änderungen vor, so geht ihm dadurch das Recht verloren, eine weitere Schätzung durch eine Berufungskommission zu verlangen, und er hat sich der von der Brandversicherungskammer für angemessen erachteten Schädensberechnung zu unterwerfen. (Art. 44.)

Der Gesamtbedarf der Anstalt zur Deckung aller derselben obliegenden Leistungen wird nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit von den Mitgliedern der Anstalt bestritten und alljährlich je für das vorausgegangene Jahr in Gemäßheit der nachfolgenden Bestimmungen auf das Umlagekapital der versicherten Gebäude ausgeschlagen. (Art. 49.)

Zahlungspflichtig für den Brandversicherungsbeitrag ist der Brandversicherungsanstalt gegenüber, wer am 31. Dezember des Jahres, für welches der Beitrag erhoben wird (Beitragsjahres). Eigentümer des Gebäudes gewesen ist; außerdem haften die früheren Eigentümer als Gesamtschuldner, wenn sie in dem Beitragsjahr Eigentümer waren. Bei Anderungen im Eigentum, die nach dem 31. Dezember des Beitragsjahres eintreten, haftet auch der neue Eigentümer für die laufenden sowie für die aus früheren Jahren rückständigen Beiträge als Gesamtschuldner. Insoweit hiernach jem Beiträge für einen Zeitraum bezahlen muß, in dem er nicht Eigentümer Gebäudes war, hat er mangels gegenteiliger Vereinbarung den Rückgruf auf den für den Zeitraum in Betracht kommenden Eigentümer. Mehrere Miteigentümer haften für die Beiträge als Gesamtschuldner, (Art. 55 Abs. 4.)

Wenn der Zahlungspflichtige länger als 6 Monate mit der Beitragszahlung ganz oder teilweise im Rückstand ist und die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen gegen ihn nicht zur Befriedigung der Brandversieherungsanstalt geführt hat, kann ihm von der Brandversicherungskammer eine Zahlungsfrist gesetzt werden; erfolgt innerhalb dieser Frist keine Zahlung, so kann die Vergütung des Schadens abgelehnt werden. Bei der Fristsetzung ist der Zahlungspflichtige auf diesen Rechtsnächteil hinzuweisen und den eingetragenen oder durch Eintragung gesicherten Gläubigern von dem Sachverhalt Kenntnis zu geben. (Art. 31a.)

Das Umlagekapital eines Gebäudes wird in der Regel durch die Versicherungssumme (den Versicherungsanschlag) desselben gebildet.

Ist jedoch ein Gebäude durch seine Bestimmung und Benutzung einer erhöhten Feuers- oder Explosionsgefahr ausgesetzt, so tritt zu der Versicherungssumme ein Zuschlagkapital hinzu. Beide zusammen bilden alsdam das Umlagekapital des Gebändes.

Die Höhe des Zuschlagkapitals wird nach Maßgabe des in Nr. 16 des Regierungsblatts von 1891 veröffentlichten Tarifs der durch ihre Bestimmung und Benutzung einer erhöhten Feuers- und Explosionsgefahr unterliegenden Gebäude bemessen, (Art. 50.)

Die Festsetzung des tarifmäßigen Zuschlags wegen der feuergefährlichen Bestimmung und Benutzung eines Gebäudes steht der Brandversicherungskammer zu.

Gegen den Beschluß der Brandversicherungskammer kann der Versicherte, falls er sich beschwert erachtet, bei der Landesregierung Einspruch erhe Die Entscheidung der Landesregierung ist endgültig. (Art. 52.)

Erhält ein Gebäude nach der Aufnahme in die Anstalt eine feuergefährliche Bestimmung und Benutzung überhaupt oder höheren Grades, so hat der Versicherte hiervon der Bürgermeisterei binnen 14 Tagen vom Beginne der Benutzung an Anzeige zu erstatten. Die Bürgermeisterei tellt die Anzeige der zuständigen Brandversicherungs-Inspektion alsbald mit, welche die Entscheidung der Brandversicherungskammer veranlaßt. (Art. 53).

Wer für neuerrichtete öder in ihren Größenverhältnissen wesentlich veräderte Gebäude innerhalb der im Artikel 7 vorgeschriebenen Zeit den Versicherungsantrag nicht einreicht, verfällt, sofern die Brandversicherungskammer darauf anträgt, in eine Geldstrafe.

Dieselbe Strafe trifft unter gleicher Voraussetzung den Gebäudeeigentümer und bzw. dessen Vertrauensmann, wenn der Nachweis der vorschriftsmäßigen Verwendung der Entschädigung innerhalb der in Artikel 29 bemerkten Frist nicht erbracht wird. (Art. 69.)

Wer die in den Artikeln 7 und 53 vorgeschriebene Anzeige der feuergefährlichen Bestimmung und Benutzung des Gebäudes wissentlich unterläßt oder wissentlich eine unrichtige Angabe macht, durch welche geringere, als die schuldigen Brandversicherungsbeiträge zur Erhebung gelangen, hat den zweifachen Betrag der hinterzogenen Beiträge als Strafe zu entrichten. (Art. 70.)

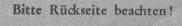
II. aus den Abänderungsgesetzen vom 11. September 1924 und 16. November 1926.

Die Abschätzung und Feststellung des Versicherungsanschlags (Versicherungssumme, Art. 9 des Gesetzes) neuerrichteter Gebäude sowie die Neuabschätzung und Neufeststellung des Versicherungsanschlags bereits in die Anstalt aufgenommener Gebäude (Artikel 17 und 19 des Gesetzes) hat in Goldmark (jetzt D-Mark) auf der Grundlage der durchschnittlichen ortsüblichen Baupreise vom 1. August 1914 zu erfolgen, wobei im übrigen die Vorschriften des Artikels 9 des Gesetzes aufrecht erhalten bleiben. (Art. III.)

Zum Ausgleich einer wesentlichen Überteuerung der Baukosten gegenüber den Baukosten vom 1. August 1914 wird zu den nach Absatz 1 errech

neten Entschädigungen bis auf weiteres bei der Wiederherstellung ein Zuschlag gewährt, dessen Höhe unter Berücksichtigung der jeweiligen Baupreise festgesetzt wird. Entschädigung und Zuschlag zusammen dürfen nicht höher sein als die tatsächlichen Kosten der Wiederherstellung des Gebäudes in den Stand unmittelbar vor dem Brande. Ist die Versicherungssumme niedriger als der Bauwert unter Zugrundelegung der ortsüblichen Baupreise vom 1. August 1914, so werden Entschädigung und Zuschlag nur im entsprechend geringeren Verhältnis gewährt.

Auf den Zuschlag finden die für die Entschädigungen geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung. (Art. IV, Absatz 2 und 3.)







Brandversicherungs-Urkunde

Die Gebäude in der Hofreite zu Mainz - Kastel,

(15) General-Mudra-Straße Nr. 1-3

Gebäudeeigentümer: Gossner Mission

sind mit Wirkung vom 19. Juni 1956 gemäß umstehender Darstellung mit einem Versicherungskapital nach Baupreisen von 1914*) von zusammen

193.100,-- DM

in Worten: - Einhundertdreiundneunzigtausendeinhundert D- Mark -

gegen die in Artikel 2 Absatz 1 des Hessischen Brandversicherungsgesetzes aufgeführten Schadensereignisse **) versichert.

Darmstadt, den 23. August 1956

Hessische Brandversicherungskammer

) Im Schadensfalle wird die Oberteuerung zur Zeit des Wiederaufbaues gegenüber 1914 durch einen entsprechenden Teuerungszuschlag ausgeglichen

**) Brand, Blitzschlag, Explosion, Schäden durch Löscharbeiten und durch Luftfahrzeugabsturz.



Brandversicherungs-Urkunde

Die Gebäude in der Hofreite zu Mainz - Kastel,

(15) General-Mudra-Straße Nr. 1-3

Gebäudeeigentümer: Gossner Mission

sind mit Wirkung vom 19. Juni 1956

gemäß umstehender Darstellung mit

einem Versicherungskapital nach Baupreisen von 1914*) von zusammen

193.100.-- DM

in Worten: - Einhundertdreiundneunzigtausendeinhundert D- Mark -

gegen die in Artikel 2 Absatz 1 des Hessischen Brandversicherungsgesetzes aufgeführten Schadensereignisse **) versichert.

Darmstadt, den 23. August 1956

Hessische Brandversicherungskammer

) Im Schadensfalle wird die Überteuerung zur Zeit des Wiederaufbaues gegenüber 1914 durch einen entsprechenden Teuerungszuschlag ausgeglichen
**) Brand, Blitzschlag, Explosion, Schäden durch Löscharbeiten und durch Luftfahrzeugabsturz.

	10 29 1/10	Wahrungsbeschluß-Nr. 40		Wahrungsbeschluß-Nr. 40 /1956	
Nr. Lit.	Der Gebäude Bezeichnung nach dem neuesten Stand	Beginn der Versicherung bzw. Zeit der Änderung	Jetziges Versicherungs kapital		
1	2	3	4		
-3	Wohnhaus, 2 St. mit Kniest.	19.6.56	130 800		
a	Studentenheim, 1 St.	n	13 800		
р	Missionshaus, 2 St.	11	47 000		
С	Autohalle	n n	1 500		
4					
	Neue Summen		193 100		
	Bisherige Summen .		78 000		
		reicheau necles in I C			
	Vei	rsicherungskapital-Gesamtabgang			

Gossner

-Gesamtzugang

115 100

Flur-Nr	10 25 1/10	Wahrungsbes	chluß-Nr. 4	O/195 6	
Nr. Lit.	Der Gebäude Bezeichnung nach dem neuesten Stand		Beginn der Versicherung bzw. Zeit der Änderung	Jetziges Versicherungs- kapital	
1	2		3	4	
1-3	Wohnhaus, 2 St. mit Kniest.		19.6.56	130 800	
a	Studentenheim, 1 St.		n	13 800	
р	Missionshaus, 2 St.		11	47 000	
C	Autohalle		"	1 500	
11					
	Neue Summen		* * *	193 100	
	Bisherige Summen .			78 000	
	Versicherungskapital-Gesamtabgang				
ossner			44 1 5 6 6	225 252	
Miccia			Gesamtzugang	115 100	

Flur-Nr. 16 29 1/10 Wahrungsbeschluß-Nr. 40		/1956	
Nr. Lit.	Der Gebäude Bezeichnung nach dem neuesten Stand	Beginn der Versicherung bzw. Zeit der Änderung	Jetziges Versicherungs- kapital
1	2	3	4
1-3	Wohnhaus, 2 St. mit Kniest.	19.6.56	130 800
a b	Studentenheim, 1 St.	"	13 800
c	Missionshaus, 2 St. Autohalle	"	47 000 1 500
•			
	Neue Summen		193 100
	Bisherige Summen		78 000
Lac.		ngskapital-Gesamtabgang	
Gossne Missic		-Gesamtzugang	115 100

Flur-Nr. 16 29 1/10 Wahrungsbeschluß-Nr. 40		/1956	
Nr. Li	Der Gebäude Bezeichnung nach dem neuesten Stand	Beginn der Versicherung bzw. Zeit der Änderung	Jetziges Versicherungs- kapital
	2	3	4
1-3	Wohnhaus, 2 St. mit Kniest.	19.6.56	130 800
a	Studentenheim, 1 St.	"	13 800
b	Missionshaus, 2 St.	"	47 000
• c	Autohalle		1 500
•			
	Neue Summen		193 100
	Bisherige Summen		78 000
	Versicherungska	pital-Gesamtabgang	-
OSSN	er en	-Gesamtzugang	115 100

Flur-Nr. Wahrungsbeschluß-Nr. 40			/1956
Nr. Lit.	Der Gebäude Bezeichnung nach dem neuesten Stand	Beginn der Versicherung bzw. Zeit der Änderung	Jetziges Versicherungs- kapital
1	2	3	4
1-3	Wohnhaus, 2 St. mit Kniest.	19.6.56	130 800
a	Studentenheim, 1 St.	"	13 800
р	Missionshaus, 2 St.	"	47 000
С	Autohalle	"	1 500
•			
•			
			•
	Neue Summen		193 100
	Bisherige Summen		78 000
Gossnei		rungskapital-Gesamtabgang -Gesamtzugang	115 100
Missio		Jesumizugung	1 100

	Der Gebäude Beginn der Versicherung bzw.		
Nr. Lit.	Bezeichnung nach dem neuesten Stand	Zeit der Änderung	kapital 2M
1	2	3	4
3	Wohnhaus, 2 St. mit Kniest.	19.6.56	130 800
a	Studentenheim, 1 St.	H .	13 800
b	Missionshaus, 2 St.	"	47 000
С	Autohalle	"	1 500
		,	
	Neue Summen		193 100
	Bisherige Summen		78 000
		ngskapital-Gesamtabgang	
ossne	er	-Gesamtzugang	115 100

	Der Gebäude Reging der				
Nr.	Lit.	Bezeichnung nach dem neuesten Stand	Beginn der Versicherung bzw. Zeit der Änderung	Jetziges Versicherungs- kapital	
	1	2	3	4	
1-3	3 5 3	Wohnhaus, 2 St. mit Kniest.	19.6.56	130 800	
	a	Studentenheim, 1 St.	n	13 800	
	b	Missionshaus, 2 St.	"	47 000	
	C	Autohalle	11	1 500	
•					
		Neue Summen		193 100	
		Bisherige Summen		78 000	
		Versicherungskap	ital-Gesamtabaana		
160	ssne				
	Alecia	on the second se	-Gesamtzugang	115 100	

	Der Gebäude	Beginn der Versicherung bzw.	Jetziges Versicherungs
Nr. Lit.	Bezeichnung nach dem neuesten Stand	Zeit der Änderung	kapital
1	2	3	4
1 7	Walmhana O St. mit Vinigat	10.6.56	170 000
1-3 a	Wohnhaus, 2 St. mit Kniest. Studentenheim, 1 St.	19.6.56	130 800 13 800
b	Missionshaus, 2 St.	n	47 000
С	Autohalle	11	1 500
•			
' '	Neue Summen		193 100
	Bisherige Summen		78 000
	Versicherungskapit	ral-Gesamtabgang	
Gossne		-Gesamtzugang	115 100
VISSIC		Cesamizagang	1 100

Mission

Versicherungskapital-Gesamtabgang

-Gesamtzugang



Brandversicherungs-Urkunde

Die Gebäude in der Hofreite zu Mainz - Kastel,

(15) General-Mudra-Straße Nr. 1-3

Gebäudeeigentümer: Gossner Mission

sind mit Wirkung vom 19. Juni 1956 gemäß umstehender Darstellung mit einem Versicherungskapital nach Baupreisen von 1914*) von zusammen

193.100,-- DM

in Worten: - Einhundertdreiundneunzigtausendeinhundert D- Mark -

gegen die in Artikel 2 Absatz 1 des Hessischen Brandversicherungsgesetzes aufgeführten Schadensereignisse**) versichert.

Darmstadt, den 23. August 1956

Hessische Brandversicherungskammer

*) Im Schadensfalle wird die überteuerung zur Zeit des Wiederaufbaues gegenüber 1914 durch einen entsprechenden Teuerungszuschlag ausgeglichen

**) Brand, Blitzschlag, Explosion, Schäden durch Löscharbeiten und durch Luftfahrzeugabsturz.



Brandversicherungs-Urkunde

Die Gebäude in der Hofreite zu Mainz - Kastel,

(15) General-Mudra-Straße Nr. 1-3

Gebäudeeigentümer: Gossner Mission

sind mit Wirkung vom 19. Juni 1956 gemäß umstehender Darstellung mit einem Versicherungskapital nach Baupreisen von 1914*) von zusammen

193.100,-- DM

in Worten: - Einhundertdreiundneunzigtausendeinhundert D- Mark -

gegen die in Artikel 2 Absatz 1 des Hessischen Brandversicherungsgesetzes aufgeführten Schadensereignisse**) versichert.

Darmstadt, den 23. August 1956

Hessische Brandversicherungskammer



Brandversicherungs-Urkunde

Die Gebäude in der Hofreite zu Mainz - Kastel,
(15) General-Mudra-Straße Nr. 1-3

Gebäudeeigentümer: Gossner Mission

sind mit Wirkung vom 19. Juni 1956 gemäß umstehender Darstellung mit einem Versicherungskapital nach Baupreisen von 1914*) von zusammen

193.100,-- DM

in Worten: - Einhundertdreiundneunzigtausendeinhundert D- Mark

gegen die in Artikel 2 Absatz 1 des Hessischen Brandversicherungsgesetzes aufgeführten Schadensereignisse**) versichert.

Darmstadt, den 23. August 1956

Hessische Brandversicherungskammer

^{*)} Im Schadensfalle wird die Oberteuerung zur Zeit des Wiederaufbaues gegenüber 1914 durch einen entsprechenden Teuerungszuschlag ausgeglichen...**) Brand, Blitzschlag, Explosion, Schäden durch Löscharbeiten und durch Luftiahrzeugabsturz.